



Beteiligungsbericht

2016

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Allgemeine Informationen	4
Übersicht der Beteiligungsunternehmen	6
Verzeichnis aller Beteiligungsunternehmen der Stadt Alsdorf	7
I. Beteiligungen Wirtschaftsförderung	8
Business Park Alsdorf GmbH	9
WfG – Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Städteregion Aachen	24
II. Beteiligungen Versorgungsunternehmen	39
EWV – Energie- und Wasserversorgung GmbH, Stolberg	40
enwor – energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath	66
III. Beteiligungen Wohnungswesen/Städtebau	82
GSG – Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf mbH, Alsdorf	83
GWG – Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die Städteregion Aachen GmbH, Würselen	95
Alsdorfer Bauland GmbH, Alsdorf	108
Grund- und Stadtentwicklung GmbH Alsdorf, Alsdorf	114
IV. Beteiligungen Kultur und Wissenschaft	129
FOGA – Alsdorfer Freizeitobjekte GmbH, Alsdorf	130
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH, Eschweiler	134
Energeticon gGmbH	135
regio iT GmbH	148
V. Sondervermögen	161
ETD – Eigenbetrieb Technische Dienste, Alsdorf	162
Rechtsnormverzeichnis	176

Vorwort

Die Stadt Alsdorf veröffentlicht den gemäß § 117 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zu erstellenden Beteiligungsbericht über ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung an Unternehmen und Einrichtungen des privaten und öffentlichen Rechts.

Mit diesem Bericht wird sowohl dem Rat der Stadt Alsdorf und seinen Ausschüssen als auch den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Alsdorf ein Überblick über die Struktur der bestehenden Beteiligungen zum 31.12.2016 gegeben.

Der jährlich fortzuschreibende Beteiligungsbericht der Stadt Alsdorf soll dem interessierten Leser einen Überblick über die wesentlichen und unternehmensrelevanten Daten der Gesellschaften geben sowie die Strukturen der Unternehmen transparenter machen.

Seit dem Haushaltsjahr 2009 sind die Gemeinden verpflichtet, ihre Geschäftsvorfälle nach dem System der doppelten Buchführung zu erfassen und eine Eröffnungsbilanz aufzustellen.

Die Stadt Alsdorf hat zum 01.01.2009 auf das so genannte *Neue Kommunale Finanzmanagement* (NKF) umgestellt. Im § 52 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) sind die Pflichtinhalte des Beteiligungsberichtes festgeschrieben.

Der Beteiligungsbericht nach den Grundsätzen des NKF fordert u.a. eine Zeitreihe der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen für das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr. Im Beteiligungsbericht 2016 der Stadt Alsdorf werden somit die Geschäftsjahre 2016, 2015, und 2014 abgebildet.

Die meist umfangreichen Lageberichte der Unternehmen und Zweckverbände werden im Beteiligungsbericht in der Regel in Auszügen wiedergegeben.

Die wirtschaftlichen Angaben im Beteiligungsbericht beziehen sich auf die zuletzt vorgelegten Prüfberichte der jeweiligen Jahresabschlüsse des Geschäftsjahres 2016, dies gilt ebenfalls für die Kennzahlen.

Alsdorf, im September 2017

gez.
Hafers
Kämmerer

Allgemeine Informationen

A. Anforderungen an den Beteiligungsbericht nach § 52 GemHVO NRW

Der jährlich zu erstellende Beteiligungsbericht umfasst gem. § 52 Abs. 1 GemHVO NRW folgende Pflichtinhalte:

die Ziele der Beteiligung,

die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,

die Beteiligungsverhältnisse,

die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,

die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,

die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,

die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,

der Personalbestand jeder Beteiligung.

Aus § 52 Abs. 2 GemHVO NRW folgt darüber hinaus, dass die Daten der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen in Form einer Zeitreihe abzubilden sind. Diese muss das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfassen.

B. Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

Die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung ergibt sich aus § 107 GO NRW. Zunächst wird dabei in wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung unterschieden.

Nach § 107 Abs. 1 GO NRW liegt immer dann eine wirtschaftliche Betätigung vor, wenn es sich um den Betrieb eines Unternehmens handelt, der als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig wird, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem privaten Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Die Zulässigkeit folgt anschließend aus § 107 Abs. 1 Nr. 1-3 GO NRW, der sogenannten Schrankentrias. Danach ist eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde nur dann zulässig, wenn

ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,

die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und

bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der dringende öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Ein öffentlicher Zweck ist immer dann tangiert, wenn es sich um eine im weitesten Sinne sozial-, gemeinwohl- und einwohnernützige Aufgabe des jeweiligen Unternehmens handelt.

Unter einem „angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde“ ist zu verstehen, dass sie sich nur insoweit wirtschaftlich betätigen darf, wie eine gesunde und absolut vertretbare Relation zwischen allgemeiner Leistungsfähigkeit der Gemeinde und finanzieller Beteiligung an einem Unternehmen vorliegt.

§ 107 Abs. 2 GO NRW umfasst einen Katalog der Betätigungsbereiche, die nicht nach den Vorschriften einer wirtschaftlichen Betätigung im Sinne des Absatzes 1 zu behandeln sind.

Für die nichtwirtschaftliche und wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes gilt darüber hinaus § 107 Absatz 3 und 4 GO NRW, welche zusammenfassend darstellen, dass solch eine Betätigung nur dann zulässig ist, wenn die Voraussetzungen des § 107 Absatz 1 GO NRW und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften tatsächlich gewahrt sind.

Eine weitere unabdingbare Voraussetzung ist in § 107 Absatz 5 GO NRW geregelt. Demzufolge ist eine wirtschaftliche Betätigung nur dann zulässig, wenn vor der Entscheidung einer Gründung eine Marktanalyse stattgefunden hat und ein Branchendialog mit den Unternehmen abgehalten worden ist, auf welche die Betätigung eventuell Auswirkungen haben könnte.

Entscheidet sich eine Gemeinde folglich dafür, sich tatsächlich wirtschaftlich zu betätigen, ist dies nach § 115 GO NRW unverzüglich der Aufsichtsbehörde anzuzeigen um überprüfen zu lassen, ob alle gesetzlichen Vorgaben erfüllt sind und die Betätigung letztlich zulässig ist.

C. Erläuterungen zu einzelnen Positionen

Zu einigen Positionen, die in der Übersicht über die einzelnen Gesellschaften beleuchtet werden, ist es für ein differenziertes Verständnis von Nöten, sie genauer zu erläutern. Im Folgenden werden diese Positionen isoliert betrachtet und Hintergrunddaten, die bei der Erstellung des Berichtes vorhanden waren und eingeflossen sind, erklärt.

Gesellschafter

Diese Position stellt die Kapitalverhältnisse in einem abschließenden Katalog dar. Das bedeutet näher, dass an dieser Stelle alle Gesellschafter des Unternehmens benannt werden und in diesem Zusammenhang auch deren prozentuale Gesellschafteranteile.

Wesentliche Beteiligungen

Unter dieser Position sind die für die Stadt Alsdorf mittelbaren Beteiligungen benannt. Von mittelbaren Beteiligungen der Stadt Alsdorf spricht man immer dann, wenn die dargestellte Gesellschaft ihrerseits an anderen Unternehmen beteiligt ist. Allerdings liegt die Besonderheit bei dieser Position darin, dass ausschließlich solche mittelbaren Beteiligungen in der Liste dokumentiert sind, an denen die Gesellschaft mindestens 20,00 % der Gesellschaftsanteile hält.

Kennzahlen

Unter dieser Position sind diverse Leistungskennziffern der jeweiligen Gesellschaften in einer Zeitreihe aufgeführt. Kennzahlen sind gemäß § 12 GemHVO NRW Indikatoren, die zur Überprüfung der Zielerreichung der jeweiligen Gesellschaft dienen.

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Unter dieser Position wird erläutert, inwieweit die jeweilige Beteiligung an der Gesellschaft sich im innerstädtischen Haushalt der Stadt Alsdorf bemerkbar macht und inwieweit die Jahresergebnisse sich dort gegebenenfalls niederschlagen.

Übersicht der Beteiligungsunternehmen



Wirtschaftsförderung	Versorgungsunternehmen	Wohnungswesen / Städtebauplanung	Kultur / Wissenschaft	Sondervermögen
Business Park Alsdorf GmbH	Energie- und Wasserversorgung	Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft	Freizeitobjekte Alsdorf	Eigenbetrieb Technische Dienste
Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen	enwor – Energie und Wasser vor Ort GmbH	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Städteregion Aachen	Freizeitzentrum Blausteinsee	
		Alsdorfer Bauland GmbH	Energeticon gGmbH	
		Grund- und StadtentwicklungsgmbH Alsdorf	regio iT GmbH	

Verzeichnis aller Beteiligungsunternehmen der Stadt Alsdorf

Gesellschaft / Unternehmen	Stammkapital in €	Beteiligung in €	Anteil in %
Eigenbetrieb Technische Dienste	2.000.000	2.000.000	100,00
Freizeitobjekte GmbH Alsdorf	127.822,97	127.822,97	100,00
Business Park Alsdorf GmbH	106.350	106.350	100,00
Grund- und Stadtentwicklungs GmbH Alsdorf	25.000	25.000	100,00
Gemeinnützige Siedlungs- gesellschaft mbH	708.139,26	538.901,64	76,10
Alsdorfer Bauland GmbH	26.000	13.000	50,00
Energeticon gGmbH	26.000	6.500	25,00
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH	25.564,59	4.601,63	18,00
Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH der Städteregion Aachen	2.303.500	151.800	6,59
enwor – energie und wasser vor ort GmbH	21.007.400	550.250	2,619
Energie- und Wasserversorgung GmbH	18.151.450	395.750	2,18
Gemeinnützige Wohnungsbau- gesellschaft mbH der Städteregion Aachen	1.000.000	17.850	1,79
regio iT GmbH	307.228	3.072	1,00

I. Beteiligungen Wirtschaftsförderung

Business Park Alsdorf GmbH

Allgemeine Angaben

Firma	Business Park Alsdorf GmbH vormals: Industrie- und Gewerbepark Alsdorf GmbH	Gesellschafter Stadt Alsdorf 100%
Sitz	Joseph-von-Fraunhofer-Str. 3b 52477 Alsdorf	Wesentliche Beteiligungen Mess- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH 24,80% (bis 31.12.2014)
E-Mail	me@businesspark-alsdorf.de	
Homepage	www.businesspark-alsdorf.de	
Rechtsform	GmbH	
Gesellschaftervertrag	vom 28.12.2015 Die Gesellschafterversammlung vom 25.11.2015 hat die vollständige Neufassung des Gesellschaftsvertrags beschlossen. Dabei wurde insbesondere eine Änderung des Unternehmensgegenstands beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 28.12.2015.	
Geschäftsführung	Prof. Dr. Axel Thomas	
Prokura	Michael Eßers M.A.	
Gremien	Gesellschafterversammlung	
Stammkapital	106.350 €	
Anteil der Stadt in €	106.350 €	

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Stadt Alsdorf. Hierzu gehören alle investiven sowie Beratungs- und Wirtschaftsförderungs-Maßnahmen sowie zugehörigen Dienstleistungen (wie standortbezogenes Marketing von eigenen und fremden Gewerbeflächen, von bebauten- und unbebauten Gewerbegrundstücken).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt einen öffentlichen Zweck i.S.v. § 107 Gemeindeordnung (GO NRW) und hat hierüber jährlich zu berichten (§ 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW). Die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes Nordrhein-Westfalen (LGG NRW) sind zu beachten und umzusetzen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen und / oder an ihnen beteiligen. Die Wirtschaftsgrundsätze des § 109 GO NRW sind zu beachten.

Bilanz

Aktivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7.031,00	10.542,00	14.903,00
II. Sachanlagen	536.729,76	545.405,86	546.265,86
III. Finanzanlagen	0,00	6.340,02	6.340,02
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.044.104,15	2.737.520,63	2.642.127,54
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.613,49	21.794,34	12.822,69
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.148.435,73	448.448,61	389.997,37
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.468,10	1.468,10	3.473,61
	4.756.382,23	3.771.519,56	3.615.930,09

Passivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	106.350,00	106.350,00	106.350,00
II. Kapitalrücklage	3.853.202,29	3.853.202,29	3.853.202,29
III. Verlustvortrag	-2.361.793,40	-2.334.207,52	-2.112.788,12
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	851.037,79	-27.585,88	-221.419,40
B. Rückstellungen	28.200,00	14.200,00	20.900,00
C. Verbindlichkeiten	2.265.875,69	2.146.050,79	1.956.175,45
D. Rechnungsabgrenzungsposten	13.509,86	13.509,88	13.509,87
	4.756.382,23	3.771.519,56	3.615.930,09

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Umsatzerlöse	1.998.388,33	387.632,27	21.276,66
Verminderung/Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-926.007,84	-191.583,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	77.575,65	34.711,37	38.366,93
Personalaufwand	67.970,23	62.749,45	79.376,08
Abschreibungen	7.953,00	8.104,79	6.595,45
sonstige betriebliche Aufwendungen	217.235,87	172.623,49	176.785,81
Erträge aus Beteiligungen	8.863,82	0,00	0,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18.083,96	18.120,43	18.676,06
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25.493,99	26.717,43	30.728,55
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	858.250,83	-21.314,09	-215.166,24
sonstige Steuern	7.213,04	6.271,79	6.253,16
Jahresüberschuss	851.037,79	-27.585,88	-221.419,40

Kennzahlen	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
Eigenkapitalquote	51%	42%	45%
Anlagenintensität	11%	15%	16%
Verschuldungsgrad	93%	134%	122%

Anzahl der Mitarbeiter	3
-------------------------------	---

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschaft war an der Firma Meß- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH, Alsdorf in Höhe von 24,8% (= 6.340,02 €) beteiligt. Die Meß- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH wurde durch Gesellschafterbeschluss mit Ablauf des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2014 aufgelöst (Liquidation). Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 12. Januar 2015. Die Liquidation der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2016 endgültig abgeschlossen. Der Beteiligungsansatz besteht somit zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 nicht mehr.

Darlehensvertrag mit der Sparkasse Aachen über 500.000€ vom 11. Juni 2010.

Darlehensvertrag mit der Sparkasse Aachen über 180.000€ vom 28. Mai 2014.

Darlehensvertrag mit der Sparkasse Aachen über 170.000€ vom 16. Dezember 2014.

Darlehensvertrag mit der Stadt Alsdorf über 800.000€ vom 26. November 2012.

Darlehensvertrag mit der Stadt Alsdorf über 500.000 € vom 04. Dezember 2013.

Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der Business Park Alsdorf GmbH und der Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH über Managementfunktionen wie Planung, Steuerung, Kontrolle und Organisation zur Erfüllung der Vermietung des Gewerbepark Alsdorf vom 12. Dezember 2012.

Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH und der Business Park Alsdorf GmbH über Managementfunktionen wie Planung, Steuerung, Kontrolle und Organisation zur Erfüllung des Unternehmensgegenstandes vom 31. Januar 2012.

Dienstleistungsvertrag zwischen der SPRUNGBrett gemeinnützige GmbH der StädteRegion Aachen und der Business Park Alsdorf GmbH über die Geschäftsbesorgung für den kaufmännischen Geschäftsbereich vom 30. September 2012.

Vertrag über den Einsatz des Geschäftsführers zwischen der Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH und Business Park Alsdorf GmbH vom 01. Januar 2012.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung: Herr Bürgermeister Alfred Sonders
Vertreter: Herr Michael Hafers

Für die **Stadt Alsdorf** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Verwaltung: Herr Bürgermeister Alfred Sonders
Vertreter: Herr Michael Hafers

SPD-Fraktion Herr Stv. Detlef Loosz
Vertreter: Herr Markus Conrads

SPD-Fraktion Herr Stv. Heinrich Plum
Vertreter: Herr Stv. Tino Schwedt

SPD-Fraktion Herr Stv. Friedhelm Krämer
Vertreter: Herr Stv. Franz-Josef Altdorf

CDU-Fraktion Frau Stv. Gabriele Persigehl
Vertreter: Herr Stv. Wilfried Maul

CDU-Fraktion: Herr Stv. Franz Brandt
Vertreter: Herr Stv. Dieter Lothmann

SPD-Fraktion: Herr Stv. Jörg Willms
Vertreter: Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch

GRÜNE-Fraktion: Herr Stv. Friedhelm Wirtz
Vertreter: Frau Jutta Silly-Kuntz

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde am 17. März 1989 unter der Firmierung Industrie- und Gewerbepark Alsdorf gegründet, die Eintragung erfolgte am 23. Mai 1989 unter der Nr. 4150 beim Handelsregister Aachen. Die Gesellschaft firmiert seit 09.12.2013 als Business Park Alsdorf GmbH (vgl. hierzu Urkunde des Notars Krause, Alsdorf, UR Nr. 2097/13 sowie Eintragung im Handelsregister am 30.12.2013).

Das Stammkapital beträgt 106.350,00 €. Beteiligungsverhältnisse bestanden zum 31.12.2016 wie folgt:

Gesellschafter	Stammkapitaleinlage	
Stadt Alsdorf	106.350,00 €	100%

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Stadt Alsdorf. Hierzu gehören insbesondere die Einrichtung und der Betrieb des Industrieparks Alsdorf und des Gewerbeparks Alsdorf sowie das Angebot von sowie Beratungs- und anderen Dienstleistungen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen und/oder an ihnen beteiligen. Im Industriepark Alsdorf werden interessierten Unternehmen aktiv Ansiedlungsgrundstücke zum Kauf, im Gewerbepark Alsdorf Betriebsräume zur Anmietung angeboten. Die Gesellschaft ist ihrem öffentlichen Auftrag nachgekommen, über Art und Umfang wird nachfolgend berichtet.

In der 91. Gesellschafterversammlung am 25.11.2015 wurde eine Änderung des Gesellschaftsvertrags beschlossen. Die Änderungen wurden am 28.12.2015 in das Handelsregister eingetragen. Mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages wurde die Einrichtung eines Aufsichtsratsgremiums zusätzlich zu dem Gremium der Gesellschafterversammlung beschlossen. Der Gesellschaftsvertrag weist nun einen klaren Katalog der zustimmungsbedürftigen Geschäfte und Maßnahmen auf, in dem die Zuständigkeiten der unterschiedlichen Gremien zugewiesen sind. Die Gremienbesetzung des Aufsichtsrats wurde bereits in der Sitzung des Rates vom 19.03.2015 beschlossen. Die Nachbesetzung für ein verstorbenes Aufsichtsratsmitglied wurde in der Sitzung des Rates vom 15.12.2015 beschlossen. Die Nachbesetzung eines zum 28.12.2015 aus dem Rat der Stadt Alsdorf ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieds ist am 15.03.2016 erfolgt. Die Nachbesetzung eines weiteren Aufsichtsratsmitglieds, das zum 30.04.2016 aus dem Rat der Stadt Alsdorf ausgeschieden ist, ist am 19.05.2016 erfolgt.

In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrates am 22.06.2016 hat das Gremium aus seiner Mitte einen Ausschuss für Vergabefragen und Jahresabschluss gewählt, der in der konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Vergabefragen und Jahresabschluss am 25.01.2017 erstmalig zusammen getroffen ist.

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Das Geschäftsmodell der BPA GmbH besteht darin, Grundstücke im Stadtgebiet zu entwickeln und zu veräußern. Nicht mehr zum Geschäftsmodell des Unternehmens gehört es, ein Gründerzentrum bzw. eine Gewerbeimmobilie zu betreiben. Lediglich als Dienstleistung wird das Management des Zentrums für den Gebäudeeigentümer angeboten. Diese (entgeltliche) Dienstleistung erfolgt in der Weise, dass neue Mieter für das Gewerbezentrum akquiriert werden bzw. bestehende Mietverhältnisse betreut werden.

2. Forschung und Entwicklung

Die BPA betreibt keine Forschung und Entwicklung in dem Sinne, dass neue Verkaufsprodukte entstehen sollen. Untersucht werden lediglich Flächen in Bezug auf ihr Entwicklungspotenzial im Sinne des zuvor beschriebenen Geschäftsmodells.

II. Wirtschaftsbericht

Wie die Gesellschaft das Unternehmensziel im Geschäftsjahr 2016 erreicht und umgesetzt hat, ist Gegenstand des nachfolgenden Wirtschafts- und Lageberichtes:

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat 2016 viele Prognosen übertroffen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im vergangenen Jahr um 1,9 % - auch oder gerade wegen des Ausgabeverhaltens des Staates. Das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 kann als robust bezeichnet werden; es liegt geringfügig über der Steigerung des Jahres 2015.

2016 ist die Binnenkonjunktur eine tragende Säule des Wirtschaftswachstums geblieben. Allerdings verliert die Binnenkonjunktur in naher Zukunft wahrscheinlich an Schwung bzw. Tempo. Die früheren, den Konsum unterstützenden Spareffekte von Ölpreiserückgängen laufen derzeit aus. Die Verbraucherpreise beginnen wieder stärker zu steigen. Damit werden reale Einkommenszuwächse der privaten Haushalte insgesamt abgebremst.

Die staatlichen Mehrausgaben für Flüchtlinge dürften in den kommenden Jahren leicht sinken, was mit dazu beitragen könnte, dass der fiskalische Expansionsgrad sukzessive abnimmt. Die Binnenwirtschaft wird auch deswegen möglicherweise an Schwung einbüßen.

Im Jahr 2016 hat sich die Binnennachfrage jedenfalls als Hauptstütze der Konjunktur erwiesen. Sie profitierte von der günstigen Arbeitsmarktlage und den steigenden Einkommen der privaten Haushalte.

Die Chancen und Risiken für das erwartete Wirtschaftswachstum erscheinen insgesamt ausgeglichen. Neben der Binnennachfrage wird das Wirtschaftswachstum auch vom Export getragen. Ob der Export im Jahr 2017 an Stärke gewinnen wird, ist derzeit nur unsicher zu beurteilen.

Folgende drei Bedrohungen könnten die Exportchancen dämpfen:

1. die Auswirkungen des angekündigten Austritts des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union (Brexit);
2. die Verschiebung der Nachfrage in China bzw. das vergleichsweise geringe Wirtschaftswachstum in China sowie
3. die möglicherweise protektionistische Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten.

Regierungen, internationale Organisationen und Wirtschaftsforschungsinstitute versuchen regelmäßig, die konjunkturelle Entwicklung anhand verschiedener Annahmen möglichst genau vorherzusagen. Die meisten Prognosen dieser Organisationseinheiten sagen ein Wirtschaftswachstum in der Bandbreite zwischen 1,2 % und 1,6 % für das Jahr 2017 voraus.

Angesichts der erhöhten Unwägbarkeiten hinsichtlich der internationalen Handelsperspektiven und -intensitäten darf es nicht verwundern, dass die exportorientierten Unternehmen in Bezug auf Unternehmensinvestitionen eine abwartende Haltung einnehmen.

Im Gegensatz zu den Unternehmensinvestitionen (die auch den Gewerbebau umfassen) weiteten sich die Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2016 deutlich aus und übertrafen die Erwartungen. Zur expansiven Grundtendenz beim Wohnungsbau tragen vor allem die günstigen Einkommensverhältnisse der privaten Haushalte sowie die niedrigen Finanzierungskosten bei. Für erhöhte Dynamik bei den Wohnungsbau-Investitionen könnte auch der Wohnungsbedarf auf Grund der Flüchtlingszuwanderung sorgen. Zunächst schätzen die Bauunternehmen ihre Geschäftslage als gut ein. Insgesamt dürfte der Wohnungsbau auch im Jahr 2017 die Konjunktur unterstützen. Impulse kommen auch noch von der nach wie vor kräftigen arbeitsmarktorientierten Zuwanderung.

Die staatlichen Investitionen dürften in 2017 stärker als das Bruttoinlandsprodukt wachsen. So plant der Bund höhere Ausgaben für die Infrastruktur und auch die Investitionsförderung des Bundes für finanzschwache Kommunen wird wahrscheinlich zunehmen. Vor allem aber dürfte die relativ gute Haushaltslage in vielen Ländern und Gemeinden (u. a. wegen stärkerer Entlastungen durch den Bund) nicht zuletzt im Wahljahr 2017 für vermehrte Investitionen genutzt werden.

Der Staatsverbrauch legte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 besonders stark zu. Dies hängt mit zusätzlichen Sachleistungen und Personalkosten im Zuge der Flüchtlingsmigration zusammen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit ging entgegen vielen ursprünglichen Annahmen weiter zurück. In 2017 und den Folgejahren dürften demografische und andere strukturelle Faktoren das Arbeitsangebot mindestens sektoral (weiter) verknappen. Die Anzahl der einheimischen Personen im erwerbsfähigen Alter geht bereits seit mehreren Jahren zurück – wie die Bundesbank berichtet. Dieser Prozess wird sich zukünftig noch verstärken. Bei einer anhaltenden Arbeitsnachfrage kann den dadurch bedingten Knappheiten prinzipiell durch erwerbsorientierte Zuwanderung sowie durch eine höhere Erwerbsbeteiligung Einheimischer entgegengewirkt werden. Die erwerbsorientierte Zuwanderung ist bereits auf einem hohen Niveau und speist sich in den letzten Jahren überwiegend aus Personen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten. Die Bundesbank erwartet, dass im Jahr 2017 die Erwerbsbeteiligung vor allem aus zwei Gründen ansteigen wird (z. B. wegen des Auslaufens der Einmaleffekte im Zusammenhang mit der abschlagsfreien Rente mit 63 für langjährig Versicherte). In den Folgejahren dürfte, so die Projektion der Deutschen Bundesbank, zum Tragen kommen, dass die Reserven in der einheimischen Bevölkerung schon in den vergangenen Jahrzehnten in erheblichem Maße aktiviert wurden. Insbesondere die Frauenerwerbsquote ist im internationalen Vergleich bereits recht hoch.

Die öffentlichen Finanzen profitierten von der günstigen Konjunktorentwicklung und den sinkenden Zinsausgaben. Diesen positiven Einflüssen steht eine expansive fiskalische Ausrichtung gegenüber.

Die Chancen und Risiken für das Wirtschaftswachstum erscheinen in der Gesamtschau weitgehend ausgeglichen. Mit Blick auf das schwieriger werdende außenwirtschaftliche Umfeld überwiegen allerdings die Abwärtsrisiken. Zudem besteht eine gewisse Gefahr, dass sich das Wachstum in China im Falle von Störungen im Finanzsystem oder eine Abwärtskorrektur auf dem Immobilienmarkt stärker verlangsamt. Außerdem besteht ein außenwirtschaftliches Risiko in einer möglichen Neuausrichtung der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik.

2. Regionalwirtschaftliche Entwicklung

Die Auswertung der jüngsten Konjunkturumfrage, die die Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen vorstellte, kann wie folgt zusammengefasst werden. Die Wirtschaft in der Region bleibt auf Wachstumskurs und startet überwiegend zuversichtlich in das neue Jahr. Die Lage der Betriebe ist seit mehr als 2 Jahren auf einem gleichbleibend hohen Niveau – berichtet die IHKGeschäftsführung.

Ein Rückgang ist in den vergangenen Monaten lt. IHK beim Exportgeschäft zu verzeichnen:

Die Nachfrage aus dem Ausland konnte nicht mit der Konjunktur im Inland mithalten.

Auch oder gerade in der hiesigen Region herrscht in der Baubranche eine ausgezeichnete Stimmung. Die Hälfte aller befragten Baubetriebe berichtet von guten Geschäften. Kein einziges Unternehmen dieser Branche ist unzufrieden.

3. Situation am regionalen Arbeitsmarkt:

Der größte von den vor Ort befragten Unternehmen im Rahmen der vorgenannten Umfrage angegebene Risikofaktor besteht im Fachkräftemangel.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Arbeitslosenquoten der hiesigen Region.

	12/2016	12/2015
Deutschland	5,8%	6,1%
NRW	7,4%	7,7%
StädteRegion Aachen	7,6%	8,1%

Innerhalb der StädteRegion Aachen existieren erhebliche Unterschiede in den Arbeitslosenquoten:

	12/2016	12/2015
Aachen	8,2%	8,9%
Stolberg	8,8%	9,5%
Eschweiler	8,1%	9,3%
Alsdorf	6,9%	7,2%
Monschau	3,2%	2,9%

(Quelle: Agentur für Arbeit Aachen-Düren)

In den angrenzenden Kreisen, die näher an der prosperierenden Rheinschiene liegen, ist die Arbeitslosigkeit niedriger (Düren: 6,9 %, Heinsberg: 5,7 %) als in der StädteRegion.

2. Geschäftsverlauf

Im Berichtsjahr gelang es, insgesamt sieben Grundstücke in einem Gesamtvolumen von 60.940 qm zu beurkunden. Davon wurden sechs Grundstücke in einem Volumen von ca. 41.190 qm in Hoengen veräußert sowie ca. 19.750 qm in Schaufenberg.

Im Bereich der Erträge aus Dienstleistungen oder aus Zinseinnahmen weist das Unternehmen einen stabilen Verlauf auf. Aufgrund der guten Akquisitionsleistung lagen die variablen Erträge in diesem Segment oberhalb des Planwertes.

2.1 Geschäftsführung

Seit 01.01.2012 ist Herr Prof. Dr. Axel Thomas zum Geschäftsführer bestellt. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

2.2 Personal

Die Gesellschaft verfügt über 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten beträgt 1. Die Anzahl der weiblichen Beschäftigten (inkl. der geringfügig Beschäftigten) beträgt 2. Die Ziele des LGG NRW wurden beachtet.

2.3 Business Park Alsdorf

Der Business Park Alsdorf (ehem. Gewerbepark Alsdorf-Schaufenberg) bestand anfänglich aus insgesamt drei Betriebsgebäuden und einem Gemeinschaftszentrum. Die Gebäude wurden in den Jahren 1990 bis 1993 errichtet. Im Jahr 1997 wurde das Gemeinschaftszentrum um einen Büroanbau erweitert.

Mit Wirkung vom 26.07.2001 wurden die Betriebsgebäude II und III an ein Unternehmen verkauft, das seit 1992 im Gewerbepark Mieter ist und hierdurch am Standort Alsdorf gehalten werden konnte. Im Jahr 2010 hat die Gesellschaft das Betriebsgebäude I und das Gemeinschaftszentrum an die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH (im Folgenden kurz GSG) verkauft und als Generalmieter zum Betrieb des

Gewerbeparks zurückgemietet. Der entsprechende Mietvertrag hatte eine Laufzeit von 15 Jahren und war befristet bis zum 30.06.2025. Die Gesellschaft hat zum Stichtag 31.12.2012 den Mietvertrag mit der GSG beendet. Die Gesellschaft trägt somit kein Vermietungsrisiko mehr. Die GSG ist seit dem 01.01.2013 unmittelbar und ohne Zwischenschaltung Vermieter der jeweiligen Endnutzer. Somit ist die Gesellschaft ab dem 01.01.2013 nicht mehr mit den Risiken des Vermietungsgeschäfts belastet. Die BPA war im Jahr 2016 als Geschäftsbesorger in Bezug auf das Betriebsgebäude bzw. Gemeinschaftszentrum für die GSG tätig.

Die durchschnittliche Belegung der Mietflächen betrug im Jahr 2016 90,45 % und lag damit unter Vorjahresniveau (85,30 %).

Im Berichtsjahr fanden im Gewerbepark 20 Neuvermietungen bzw. Mietvertragsverlängerungen mit einem Flächenumfang von 2.666,75 qm statt. Zum Abschlussstichtag waren 25 Unternehmen, wovon 2 Existenzgründer sind, mit ca. 230 Mitarbeitern eingemietet.

2.4 Business Park Alsdorf Hoengen

Der Business Park Alsdorf (-Hoengen) hat eine Gesamtgröße von ca. 1.116 Tqm. Hiervon sind 620 Tqm Ansiedlungsflächen erschlossen und da 21 Tqm sind noch nicht erschlossen.

Den Schwerpunkt des Bestandes im BPA Hoengen bilden (international tätige) Unternehmen aus dem Bereich Automobilentwicklung und Logistik.

Seit dem ersten Grundstücksverkauf im Jahre 1990 wurden bis zum Abschlussstichtag 548 Tqm der ca. 620 Tqm Ansiedlungsgrundstücke verkauft, weitere 22 Tqm sind mit einer Verkaufsoption belegt. Hierdurch wurden die Voraussetzungen für das Entstehen von 2.427 Arbeitsplätzen geschaffen. Es wurde eine Dichte von 4,4 Arbeitsplätzen pro 1.000 qm Ansiedlungsfläche erreicht. Das strategische Ziel von Faktor 2,5 wurde übertroffen. Ca. 72 Tqm erschlossene Ansiedlungsfläche sind noch frei verfügbar und Gegenstand der Verkaufsmaßnahmen.

Im Geschäftsjahr hat die Gesellschaft zur Erhöhung der Vermarktungsfähigkeit eines ca. 71 Tqm Verkaufsgrundstückes begonnen in die Straßenverkehrsinfrastruktur zu investieren und eine Stichstraße herzustellen. Dieser Straßenbau steht in direkter und unmittelbarer Verbindung mit zwei der nachbenannten Grundstücksverkäufe und war Voraussetzung für die Vertragsabschlüsse. Es ist vorgesehen, die im Jahr 2016 begonnene Herstellung der Straßenverkehrsinfrastruktureinrichtungen im Geschäftsjahr 2017 nach Fertigstellung an die Belegenheitskommune zu übertragen.

Seit dem 01.05.2012 ist die WFG geschäftsbesorgend für die Gesellschaft tätig.

2.5 Neuansiedlungen

a) Verkäufe

BPA Hoengen

Im Jahr 2016 konnten sechs Ansiedlungen im Gesamtvolumen von 41.190 qm im Business Park Alsdorf Hoengen beurkundet werden:

Ein Beschichtungsunternehmen hat im Rahmen seiner Expansion ein zusätzliches Grundstück in der Größe von ca. 2.200 qm im Business Park Alsdorf Hoengen erworben. Die Unternehmenserweiterung wird am Standort zusätzliche Arbeitsplatzeffekte erbringen.

Einem Handelsunternehmen aus der Lebensmittelbranche wurde im Business Park Alsdorf Hoengen ein Grundstück mit einer Größe von ca. 2.500 qm verkauft, auf dem in Kürze mit dem Bauvorhaben begonnen wird.

Ein weltweit tätiger Industriefußbodenbauer, der in Deutschland an drei Standorten (Rostock, Gera und Altenau) platziert ist, wird im Business Park Alsdorf Hoengen einen Neubau auf einem ca. 2.500 qm großen Grundstück realisieren, von dem aus 35 Mitarbeiter agieren werden.

Einer traditionsreichen Bauunternehmung wurde ein Grundstück mit einer Größe von ca. 2.700 qm im Business Park Alsdorf Hoengen verkauft. Das Unternehmen wird im Jahr 2017 mit der Bebauung des Grundstücks beginnen. Am neuen Standort werden nach Fertigstellung des Bauvorhabens 17 Mitarbeiter tätig werden.

Eine international tätige Immobiliengesellschaft konnte von einem Investment im Business Park Alsdorf Hoengen überzeugt werden. Insgesamt wurden dem Unternehmen ca. 20.000 qm Gewerbegrundstücksfläche verkauft, auf denen derzeit eine Logistikimmobilie mit zwei sogenannten Built-to-Suit-Anlagen errichtet wird. Ab April 2017 werden bei dem Mieter der Immobilie 150 Mitarbeiter agieren.

In direkter Nachbarschaft zum vorgenannten Unternehmen hat die Gesellschaft einem Messebau- und Live-Kommunikationsunternehmen ein Grundstück im Business Park Alsdorf Hoengen mit einer Größe von ca. 11 Tsd. qm verkauft. Die Errichtung der Immobilie soll ebenfalls bis April 2017 erfolgen. Nach Fertigstellung sollen 40 Mitarbeiter die Bereiche Messebaulogistik und Marketing von Alsdorf aus ausführen.

Der Jahresverlauf 2016 lässt sich in der Weise zusammenfassen, dass es in überdurchschnittlichem Umfang gelungen ist, volumenstarke Abschlüsse zu erzielen, die für Wachstum und Beschäftigung sorgen werden und für ein hervorragendes Jahresergebnis.

BPA Schaufenberg

Im Jahr 2016 konnte ein Grundstücksverkauf im Gesamtvolumen von 19.750 qm im Business Park Alsdorf Schaufenberg realisiert werden.

Ein Logistik-Unternehmen hat seinen bestehenden Rhein-Maas-standort im Business Park Alsdorf Schaufenberg vergrößert. Dazu hat es ein Grundstück mit einer Fläche von insgesamt ca. 25.000 qm erworben; davon stammen 5.250 qm aus dem Eigentum der Stadt Alsdorf und 19.750 qm aus dem Eigentum der BPA. Das Grundstück wird derzeit bereits bebaut.

Ein Medizintechnikunternehmen hat seine Standorterweiterung im Business Park Alsdorf Schaufenberg im April 2016 eröffnet. Im Rahmen der Erweiterung wurde das Geschäftsfeld Sterilisation von Medizingeräten mit den dazugehörigen 20 Mitarbeitern von Aachen nach Alsdorf verlagert.

Ein weiteres Medizintechnikunternehmen hat im Rahmen seines Expansionskurses im Business Park Alsdorf Schaufenberg eine eigene Immobilie erworben. Zum Jahresbeginn 2017 wurde diese bezogen und die Mitarbeiteranzahl erweitert.

b) Anmietungen

Ein Architekturbüro hat die Anmietung von ca. 44 qm Büro- und Lagerfläche verlängert. Das Büro agiert mit zwei Mitarbeitern.

Zudem wurde ein Unternehmen am Standort Business Park Alsdorf angesiedelt, das mit 2 Mitarbeitern Buchhaltungsarbeiten durchführt. Hierbei handelt es sich um eine überregionale Ansiedlung.

Ein langjähriger Bestandsmieter, der in der direkten Nachbarschaft verstandortet ist, hat die Anmietung von ca. 60 qm Lagerfläche verlängert.

Ein weiterer Bestandsmieter hat die Anmietung von ca. 73 qm Bürofläche um ein weiteres Jahr verlängert.

Ein Weiterbildungsträger agiert seit April 2016 mit fünf Personen am Standort Business Park Alsdorf Schaufenberg auf ca. 200 qm Büro- und Schulungsfläche.

Ein Automotive-Unternehmen hat im Frühjahr 2016 einen Test- und Prüfstandort im Business Park Alsdorf auf ca. 370 qm Mietfläche eingerichtet. Zum Start dieser Nutzung aus dem Hochtechnologiebereich wurden 10 Arbeitsplätze geschaffen.

Ein Alsdorfer Gebäudereinigungsunternehmen mietet seit Mitte des Jahres ein Büro mit einer Größe von ca. 21 qm neu an.

Eine weitere Neuansiedlung gelang mit dem Jobcenter, dessen Kapazitäten in der Joseph-von-Fraunhofer-Straße 1 nicht mehr ausreichend dimensioniert waren, das seit August 2016 Büroflächen im Volumen von ca. 390 qm anmietet.

Ein Taucherbedarfhandel, der bereits seit Ende 2014 im Business Park Büro- und Hallenflächen angemietet hat, hat seine insgesamt ca. 680 qm Mietflächen im Business Park verlängert.

Ein Bestandsmieter aus dem Weiterbildungssektor hat die angemietete Fläche (ca. 265 qm) verlängert und um eine Büroeinheit mit ca. 61 qm erweitert.

Ein weiterer Bestandsmieter aus dem Weiterbildungsbereich hat zusätzlich zum Bestandsbüro (ca. 24 qm) weitere Büroflächen im Volumen von ca. 45 qm angemietet und seine Anmietung verlängert.

Ein langjähriger Mieter aus dem Ingenieurbereich hat die Anmietung seiner Büroflächen im Volumen von ca. 76 qm verlängert.

Ein weiterer Bestandsmieter aus dem Bereich Online-Handel hat die Anmietung seiner Büro- und Lagerräume mit einer Größe von ca. 86 qm verlängert.

Ein Eisenverlegerbetrieb, der ebenfalls langjähriger Mieter ist, hat die Anmietung seines Büroraumes mit einer Größe von ca. 15 qm verlängert.

Ein Unternehmen, das im Bereich Personenbeförderung tätig ist, wurde am Standort im Business Park Alsdorf neu angesiedelt. Das Unternehmen agiert mit 2 Mitarbeitern.

3. Lage

a) Ertragslage

Im Geschäftsjahr wurden Umsatzerlöse aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 1.954 T€ getätigt (VJ: 364 T€). In diesem Zusammenhang sind Bestandsveränderungen in Höhe von 926 T€ (VJ: 192 T€) zu verzeichnen. Erlöse aus Geschäftsbesorgungsaufgaben wurden in Höhe von 24 T€ (VJ: 24 T€) erwirtschaftet. Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 78 T€ (VJ: 17 T€).

Unter Berücksichtigung der regulären betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 300 T€ (VJ: 250 T€) und eines Finanzergebnisses von 1 T€ (VJ: -9 T€) verbleibt ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 851 T€ (VJ: Jahresfehlbetrag -28 T€).

b) Finanzlage

	31.12.2016
	<u>T€</u>
Jahresüberschuss	851
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	8
Zunahme der Rückstellungen	14
Abnahme der Vorräte	694
Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5

Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/	-1
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	109
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	<u>10</u>
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>1690</u>
Anlagenabgänge zu Buchwert	10
Investitionstätigkeiten	<u>10</u>
Finanzierungstätigkeit	<u>0</u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	448
Zahlungswirksame Veränderungen	<u>1700</u>
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>2148</u>

c) Vermögenslage

Die Vermögensstruktur der Gesellschaft weist im Wesentlichen kurzfristiges, überwiegend in Vorräten, Forderungen und liquiden Mitteln gebundenes Vermögen in Höhe von 4.211 T€ (VJ: 3.208 T€) aus. Dies entspricht rund 89 % der Bilanzsumme. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Anlagenintensität) beträgt rund 11 %.

Der Buchwert der gesamten noch zur Verfügung stehenden Ansiedlungsflächen beträgt zum Bilanzstichtag 1.819 T€ (VJ: 2.738 T€). Der Ausweis erfolgt unter dem Vorratsvermögen.

Das Eigenkapital ist insgesamt positiv. Die Eigenkapitalquote ist um rund 9%-Punkte erhöht und beträgt 51,48 % (VJ: 42,37 %).

Bei einer Bilanzsumme von 4.756 T€ verfügt die Gesellschaft über Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 2.266 T€, hiervon entfallen 839 T€ auf ein Darlehen bei der Sparkasse Aachen und 1.300 T€ auf ein Darlehen der Stadt Alsdorf.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Anlagenintensität

Formel: Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	544	562
Gesamtvermögen	4.756	3.772
Anlagenintensität in %	11	15

Eigenkapitalanteil

Formel: Eigenkapital x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Eigenkapital	2448	1597
Gesamtvermögen	4.756	3.772
Eigenkapitalanteil in %	51	42

Verschuldungsgrad

Formel: Fremdkapital x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Fremdkapital	2294	2160
Eigenkapital	2.448	1.597
Verschuldungsgrad in %	93	134

III. Prognosebericht

Um die positive Entwicklung des Unternehmens und des Standortes zu unterstützen, gilt das Augenmerk der Vermarktung der noch verbleibenden Flächen. Insofern sind keine wesentlichen Änderungen in der Geschäftspolitik, die darin besteht, Flächen zu entwickeln und Käufer hierfür zu finden, geplant.

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens in Abhängigkeit von der gesamtwirtschaftlichen bzw. regionalwirtschaftlichen Konjunktur. Die Flächen, die im Eigentum der Gesellschaft stehen, haben Verkaufspotenzial und die Gesellschaft ist bereits in mehreren erfolgsversprechenden Verkaufsverhandlungen.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Sollten sich die Turbulenzen an den Finanzmärkten und im freien Welthandel wieder verstärken und sollten die (währungs-)politischen Risiken wieder zunehmen und insgesamt eine Konjunkturabschwächung bewirken, kann dies die wirtschaftliche Situation unserer Kaufinteressenten und die Nachfrage nach unseren Flächen negativ beeinflussen. Daraus können sich Umsatz- und Ergebnisrisiken entwickeln.

Die Jahresergebnisse der Gesellschaft werden unverändert und in entscheidendem Umfang von den Erlösen aus Grundstücksverkäufen geprägt. Grundstücksverkäufe sind singuläre Ereignisse und von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, die im Wesentlichen außerhalb des Einflusses der Gesellschaft sind. Ein positives Jahresergebnis lässt sich nur dann erzielen, wenn eine hinreichende Anzahl von Grundstücken veräußert wird. Anderenfalls stehen den Erträgen aus Dienstleistungen deutlich höhere Fixkosten gegenüber, die nicht mehr weiter zu optimieren sind.

2. Chancenbericht

Im Bereich der Gebietsentwicklung für das Gewerbegebiet Hagfeld II haben und werden Verkaufsvorgänge bewerkstelligt. Im Industriegebiet BPA Hoengen werden wir aktuelle Veräußerungsverhandlungen zum positiven Abschluss führen.

3. Gesamtaussage

Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir weiterhin in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld bei den Gewerbeflächenvermarktungen, da anderenorts eine erhöhte Preisaggressivität festzustellen ist. Aufgrund der Lagevorteile der von der BPA bevorrateten Grundstücke sehen wir uns für die Bewältigung der künftigen Vertriebsrisiken vergleichsweise gut gerüstet. Die Preissetzung entspricht dem inneren Wert der Grundstücke.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Forderungsausfälle bei Grundstücksveräußerungen sind die Ausnahme.

Verbindlichkeiten der BPA werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt. Die Gesellschaft finanziert sich überwiegend mittels Kreditlinien bei der Sparkasse Aachen bzw. über Gesellschafterdarlehen. Sie plant für 2017 wesentliche Teile der Kreditvolumina zurückzuführen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die nachhaltige Sicherung des Unternehmenserfolges und Absicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management von Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative und risikoscheue Politik

VI. Bericht über Zweigniederlassungen Beteiligung

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten. Eine Beteiligung an der Mess- und Prüfzentrum GmbH findet durch Liquidation ihr Ende.

52477 Alsdorf, im Mai 2017

Prof. Dr. Axel Thomas
-Geschäftsführer-

WfG – Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Städteregion Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	WfG - Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH StädteRegion Aachen, Würselen	Gesellschafter	Städteregion Aachen 51,36%
Sitz	Joseph-von-Fraunhofer-Str. 3a 52477 Alsdorf	Sparkasse Aachen 13,32%	Stadt Stolberg 9,27%
E-Mail	info@wfg-aachen.de	Stadt Eschweiler 8,23%	Stadt Alsdorf 6,59%
Homepage	www.wfg-aachen.de	Stadt Würselen 5,59%	Stadt Herzogenrath 4,76%
Rechtsform	GmbH	Stadt Baesweiler 0,22%	Stadt Monschau 0,22%
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung vom 26.06.2001 (letzte Änderung am 27.01.2010)	Gemeinde Roetgen 0,22%	Gemeinde Simmerath 0,22%
Geschäftsführer	Prof. Dr. Axel Thomas		
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung		
Stammkapital	2.303.500 €		
Anteil der Stadt in €	151.800 €		

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist, die wirtschaftliche Entwicklung in der Städteregion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten. Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.

Zur Erreichung dieses Zwecks erbringt die Gesellschaft Informations- und Beratungsleistungen für Unternehmen, sonstige wirtschaftliche Zielgruppen wie auch Gebietskörperschaften und sonstige Institutionen und Personen. Die Leistungen für Unternehmen umfassen insbesondere den Nachweis von Grundstücksflächen zum Zwecke der Ansiedlung sowie die Beratung über öffentliche Finanzhilfen.

Die Gesellschaft kann auch selber Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern, Grundstücke sanieren sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Entwicklungsprojekte in der Städteregion Aachen zu planen, zu realisieren und zu verwalten. Die Gesellschaft darf alle sonstigen Maßnahmen vornehmen, die ihrem Unternehmenszweck förderlich sind, insbesondere mit anderen Einrichtungen im In- und Ausland, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, kooperieren, sich an Gesellschaften, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, zu beteiligen, solche zu gründen oder zu erwerben, Zweigniederlassungen errichten. Die Gesellschaft ist verpflichtet, ihre Geschäfte zum Wohle aller beteiligten Städte und Gemeinden zu betreiben.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch seine Aufgabenstellung hat das Unternehmen als obersten Anspruch die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Gebiet der Städteregion Aachen und hat somit einen gemeinwohl- und sozialbezogenen Charakter.

Darüber hinaus handelt es sich um kein defizitäres Unternehmen und eine Beteiligung der Stadt Alsdorf auch in diesem Rahmen absolut vertretbar.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	125,00	678,00	2.602,00
II. Sachanlagen	2.784.201,18	4.993.860,69	5.208.882,21
III. Finanzanlagen	29.445,78	38.336,15	40.679,37
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.664.406,62	1.663.614,45	1.028.079,14
I. Forderungen	8.036.360,20	9.691.903,10	13.582.567,19
II. Kassenbestand	1.412.083,69	1.724.597,01	1.891.982,77
C. Rechnungsabgrenzungsposten	18.143,21	13.184,36	11.875,59
D. Aktive latente Steuern	74.000,00	92.617,00	59.231,00
	14.018.765,68	18.218.790,76	21.825.899,27

Passivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	2.303.500,00	2.303.500,00	2.303.500,00
II. Verlustvortrag	-92.026,86	221.011,32	90.560,79
III. Jahresüberschuss	169.800,58	-313.038,18	130.450,53
B. Rückstellungen	696.180,00	966.209,68	556.728,00
C. Verbindlichkeiten	10.939.880,36	15.035.756,03	18.689.629,01
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1.431,60	5.351,91	55.030,94
	14.018.765,68	18.218.790,76	21.825.899,27

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Umsatzerlöse	1.288.522,22	1.665.774,39	2.387.758,25
Erhöhung des Bestands an Grundstücken	0,00	0,00	-804.728,00
Verminderung des Bestands in Arbeit befindlicher Aufträge	0,00	-120.091,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	52.491,27	669.287,57	267.725,59
Materialaufwand	-319.146,34	-60.875,50	0,00
Personalaufwand	-485.235,34	-486.511,60	-515.595,00
Abschreibungen	-147.509,51	-302.309,49	-220.797,23
sonstige betriebliche Aufwendungen	-208.940,49	-	-586.071,22
Erträge aus Beteiligungen	9.078,29	0,00	0,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.893,84	12.836,39	46.236,60
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-408.325,21	-625.177,99	-842.180,07
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-20.659,85	33.386,00	4.756,51
Ergebnis nach Steuern	-226.831,12	-707.117,98	-262.894,57
Sonstige Steuern	-137,40	-319,40	-382,00
Erträge aus Gesellschafterzuschüssen	396.769,10	394.399,20	393.727,10
Jahresüberschuss	169.800,58	-313.038,18	130.450,53

Anzahl der Mitarbeiter	13
-------------------------------	----

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Lt. jeweiligem Ratsbeschluss zahlt die Stadt Alsdorf jährlich eine Sockelförderung an die WfG. Zum jetzigen Zeitpunkt beträgt der Zuschuss 0,75 € / Einwohner.

2014	30.100,20 €
2015	30.103,45 €
2016	30.472,00 €

Die Public-Leasing-Verträge der Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Gebiet der Stadt Alsdorf werden im Rahmen von Ausfallbürgschaften durch die Stadt abgesichert.

Die Ausfallbürgschaften, die aufgrund von geschlossenen Public-Leasing-Verträgen zwischen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und städtischen Unternehmen beliefen sich zum 31.12. auf:

2014	5.077.794,36 €
2015	4.541.605,13 €
2016	2.666.614,69 €

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016**Öffentliche Zwecksetzung und Grundlagen des Unternehmens**

Die Aufgaben der WFG StädteRegion Aachen mbH bestehen lt. Satzung darin, "die wirtschaftliche Entwicklung in der StädteRegion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten". Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben. Auch alle hiermit zusammenhängenden Beratungsstützen werden geleistet. Die Gesellschaft darf Grundstücke und grundstücksgleiche Recht erwerben, bebauen und veräußern sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.

II. Wirtschaft- und Lagebericht

Wie die Gesellschaft dieses Ziel im Jahr 2016 erreicht und umgesetzt hat, ist Gegenstand des nachfolgenden Wirtschafts- und Lageberichtes:

II.1. Überblick über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen**Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen**

Die deutsche Wirtschaft hat 2016 viele Prognosen übertroffen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im vergangenen Jahr um 1,9 % - auch oder gerade wegen des Ausgabeverhaltens des Staates. Das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 kann als robust bezeichnet werden; es liegt geringfügig über der Steigerung des Jahres 2015.

2016 ist die Binnenkonjunktur eine tragende Säule des Wirtschaftswachstums geblieben. Allerdings verliert die Binnenkonjunktur in naher Zukunft wahrscheinlich an Schwung bzw. Tempo. Die früheren, den Konsum unterstützenden Spareffekte von Ölpreisrückgängen laufen derzeit aus. Die Verbraucherpreise beginnen wieder stärker zu steigen. Damit werden reale Einkommenszuwächse der privaten Haushalte insgesamt abgebremst.

Die staatlichen Mehrausgaben für Flüchtlinge dürften in den kommenden Jahren leicht sinken, was mit dazu beitragen könnte, dass der fiskalische Expansionsgrad sukzessive abnimmt. Die Binnenwirtschaft wird auch deswegen möglicherweise an Schwung einbüßen.

Im Jahr 2016 hat sich die Binnennachfrage jedenfalls als Hauptstütze der Konjunktur erwiesen. Sie profitierte von der günstigen Arbeitsmarktlage und den steigenden Einkommen der privaten Haushalte.

Die Chancen und Risiken für das erwartete Wirtschaftswachstum erscheinen insgesamt ausgeglichen. Neben der Binnennachfrage wird das Wirtschaftswachstum auch vom Export getragen. Ob der Export im Jahr 2017 an Stärke gewinnen wird, ist derzeit nur unsicher zu beurteilen. Folgende drei Bedrohungen könnten die Exportchancen dämpfen:

1. die Auswirkungen des angekündigten Austritts des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union (Brexit);
2. die Verschiebung der Nachfrage in China bzw. das vergleichsweise geringe Wirtschaftswachstum in China sowie
3. die möglicherweise protektionistische Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten.

Regierungen, internationale Organisationen und Wirtschaftsforschungsinstitute versuchen regelmäßig, die konjunkturelle Entwicklung anhand verschiedener Annahmen möglichst genau vorherzusagen. Die meisten Prognosen dieser Organisationseinheiten sagen ein Wirtschaftswachstum in der Bandbreite zwischen 1,2 % und 1,6 % für das Jahr 2017 voraus.

Angesichts der erhöhten Unwägbarkeiten hinsichtlich der internationalen Handelsperspektiven und –intensitäten darf es nicht verwundern, dass die exportorientierten Unternehmen in Bezug auf Unternehmensinvestitionen eine abwartende Haltung einnehmen.

Im Gegensatz zu den Unternehmensinvestitionen (die auch den Gewerbebau umfassen) weiteten sich die Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2016 deutlich aus und übertrafen die Erwartungen. Zur expansiven Grundtendenz beim Wohnungsbau tragen vor allem die günstigen Einkommensverhältnisse der privaten Haushalte sowie die niedrigen Finanzierungskosten bei. Für erhöhte Dynamik bei den Wohnungsbau-Investitionen könnte auch der Wohnungsbedarf auf Grund der Flüchtlingszuwanderung sorgen. Zunächst schätzen die Bauunternehmen ihre Geschäftslage als gut ein. Insgesamt dürfte der Wohnungsbau auch im Jahr 2017 die Konjunktur unterstützen. Impulse kommen auch noch von der nach wie vor kräftigen arbeitsmarktorientierten Zuwanderung.

Die staatlichen Investitionen dürften in 2017 stärker als das Bruttoinlandsprodukt wachsen. So plant der Bund höhere Ausgaben für die Infrastruktur und auch die Investitionsförderung des Bundes für finanzschwache Kommunen wird wahrscheinlich zunehmen. Vor allem aber dürfte die relativ gute Haushaltslage in vielen Ländern und Gemeinden (u. a. wegen stärkerer Entlastungen durch den Bund) nicht zuletzt im Wahljahr 2017 für vermehrte Investitionen genutzt werden.

Der Staatsverbrauch legte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 besonders stark zu. Dies hängt mit zusätzlichen Sachleistungen und Personalkosten im Zuge der Flüchtlingsmigration zusammen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit ging entgegen vielen ursprünglichen Annahmen weiter zurück. In 2017 und den Folgejahren dürften demografische und andere strukturelle Faktoren das Arbeitsangebot mindestens sektoral (weiter) verknappen. Die Anzahl der einheimischen Personen im erwerbsfähigen Alter geht bereits seit mehreren Jahren zurück – wie die Bundesbank berichtet. Dieser Prozess wird sich zukünftig noch verstärken. Bei einer anhaltenden Arbeitsnachfrage kann den dadurch bedingten Knappheiten prinzipiell durch erwerbsorientierte Zuwanderung sowie durch eine höhere Erwerbsbeteiligung Einheimischer entgegengewirkt werden. Die erwerbsorientierte Zuwanderung ist bereits auf einem hohen Niveau und speist sich in den letzten Jahren überwiegend aus Personen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten. Die Bundesbank erwartet, dass im Jahr 2017 die Erwerbsbeteiligung vor allem aus zwei Gründen ansteigen wird (z. B. wegen des Auslaufens der Einmaleffekte im Zusammenhang mit der abschlagsfreien Rente mit 63 für langjährig Versicherte). In den Folgejahren dürfte, so die Projektion der Deutschen Bundesbank, zum Tragen kommen, dass die Reserven in der einheimischen Bevölkerung schon in den vergangenen Jahrzehnten in erheblichem Maße aktiviert wurden. Insbesondere die Frauenerwerbsquote ist im internationalen Vergleich bereits recht hoch.

Die öffentlichen Finanzen profitierten von der günstigen Konjunktorentwicklung und den sinkenden Zinsausgaben. Diesen positiven Einflüssen steht eine expansive fiskalische Ausrichtung gegenüber.

Die Chancen und Risiken für das Wirtschaftswachstum erscheinen in der Gesamtschau weitgehend ausgeglichen. Mit Blick auf das schwieriger werdende außenwirtschaftliche Umfeld überwiegen allerdings die Abwärtsrisiken. Zudem besteht eine gewisse Gefahr, dass sich das Wachstum in China im Falle von Störungen im Finanzsystem oder eine Abwärtskorrektur auf dem Immobilienmarkt stärker verlangsamt. Außerdem besteht ein außenwirtschaftliches Risiko in einer möglichen Neuausrichtung der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik.

Regionalwirtschaftliche Entwicklung

Die Auswertung der jüngsten Konjunkturumfrage, die die Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen vorstellte, kann wie folgt zusammengefasst werden. Die Wirtschaft in der Region bleibt auf Wachstumskurs und startet überwiegend zuversichtlich in das neue Jahr. Die Lage der Betriebe ist seit mehr als 2 Jahren auf einem gleichbleibend hohen Niveau – berichtet die IHKGeschäftsführung.

Ein Rückgang ist in den vergangenen Monaten lt. IHK beim Exportgeschäft zu verzeichnen: Die Nachfrage aus dem Ausland konnte nicht mit der Konjunktur im Inland mithalten.

Auch oder gerade in der hiesigen Region herrscht in der Baubranche eine ausgezeichnete Stimmung. Die Hälfte aller befragten Baubetriebe berichtet von guten Geschäften. Kein einziges Unternehmen dieser Branche ist unzufrieden.

Situation am regionalen Arbeitsmarkt:

Der größte von den vor Ort befragten Unternehmen im Rahmen der vorgenannten Umfrage angegebene Risikofaktor besteht im Fachkräftemangel.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Arbeitslosenquoten der hiesigen Region.

	12/2016	12/2015
Deutschland	5,8%	6,1%
NRW	7,4%	7,7%
StädteRegion Aachen	7,6%	8,1%

(Quelle: Agentur für Arbeit Aachen-Düren)

	12/2016	12/2015
Aachen	8,2%	8,9%
Stolberg	8,8%	9,5%
Eschweiler	8,1%	9,3%
Alsdorf	6,9%	7,2%
Monschau	3,2%	2,9%

(Quelle: Agentur für Arbeit Aachen-Düren)

In den angrenzenden Kreisen, die näher an der prosperierenden Rheinschiene liegen, ist die Arbeitslosigkeit niedriger (Düren: 6,9 %, Heinsberg: 5,7 %) als in der StädteRegion.

II. 2. Geschäftsverlauf

Public-Leasing

Das Geschäftsjahr 2016 war das sechste Geschäftsjahr, in dem beschlusslagenkonform kein Neugeschäft akquiriert wurde. Die Gremien der WFG haben zum Jahreswechsel 2010/2011 beschlossen, die derzeit im Bestand gehaltenen mehr einzugehen. Dies war aus verschiedenen betriebswirtschaftlichen und wirtschaftsrechtlichen Gründen angezeigt. Im Jahr 2015 zeigte sich noch einmal, welcher Risikogehalt in den einzelnen Engagements vorhanden war. Der bis dahin zweitgrößte Leasingnehmer der WFG geriet in Insolvenz. Der WFG war es bereits im gleichen Geschäftsjahr gelungen, einen neuen Leasingnehmer für dieses Objekt zu finden. Im Jahr 2016 entwickelten sich alle Leasingengagements planmäßig.

Da die Risikoreduzierung ein in den Gremien der WFG konsensual besprochenes Oberziel ist, war es folgerichtig, dass ein Zinsauslauf bei einem Leasingnehmer zum Anlass genommen wurde, den Vertrag vor Ablauf aufzulösen. Damit wurde der Expansionskurs dieses Betriebes weiter unterstützt und ihm zusätzliche Freiheitsgrade für Unternehmensinvestitionen mit anderen Finanzierungspartnern gegeben.

Baumanagement

Die WFG erbrachte in der Vergangenheit Baumanagement-Dienstleistungen im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Public-Leasing-Bereich, da sie sich nicht nur um die Finanzierungen, sondern vor allem um die Bauerrichtung gekümmert hat, währenddessen sich die meist technisch orientierten Leasingnehmer auf ihre Kernkompetenzen fokussiert haben. Mangels Neugeschäft im Public-Leasing-Bereich können in diesem Segment auch keine Zusatzerträge erwirtschaftet werden.

Im Jahr 2016 erbrachte die WEG jedoch für ihre Schwestergesellschaft, die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH, administrative Projektsteuerungsaufgaben gegen Entgelt.

Darüber hinaus wurden und werden in nennenswertem Umfang Kapazitäten durch den Geschäftsbereich Vermietung der WEG gebunden.

Vermietung

Alle drei am Jahresanfang noch vorhandenen Vermietungsobjekte der Gesellschaft waren zum jeweiligen Betrachtungszeitpunkt zu 100 % ausgelastet. Allerdings kam ein Mieter seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht bzw. nicht in voller Höhe und auch nicht zu den vereinbarten Zeitpunkten nach. Folgerichtig wurde der Zeitmietvertrag, der zum Jahresende 2016 auslief, nicht verlängert.

Mit Wirkung zum 01.12.2016 hat die WFG ein Objekt, das sie bisher im Anlagevermögen bilanziert hat, veräußert. Dabei ist ein akzeptabler Verlust in geringem Umfang entstanden. Als Käufer fungiert eine Person aus dem Kontext des Hauptmieters, der somit inkl. seiner Arbeitsplätze am Standort gehalten werden konnte.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2016 reduziert sich somit die Anzahl der Mietobjekte im WFG-Portfolio von anfänglich drei auf zwei.

Regionale Zusammenarbeit

Die WFG ist unverändert in zahlreichen Gremien der regionalen Organisationseinheiten vertreten, die mit dem Satzungszweck der WFG zusammenhängen. Hier sind zu zuvorderst die Technologie- und Gründerzentren zu nennen, an denen die WFG beteiligt ist.

Weitere Dienstleistungen

Die Geschäftsbesorgung der Business Park Alsdorf GmbH sowie der Camp Astrid-Gruppe gehören weiterhin zum Aufgabenportfolio der WEG. Darüber hinaus wurden wie in den Vorjahren mehrere Rechnungswesen-Mandate wahrgenommen. Durch derartige Dienstleistungen werden erhebliche Deckungsbeiträge erzielt.

Das Rechnungswesenmandat für das MPZ endete zum 31.12.2015, da die Gesellschaft liquidiert wurde.

Regionalmarketing und Ansiedlung

Im Bereich der An- und Umsiedlungsanfragen bearbeitete die WFG wie bisher 76 allgemeine Standortanfragen von Neukunden, von denen 65 zu konkreten Standortanfragen avancierten. Die Anfragenanzahl war 2016 höher als in 2015.

Die Präferenzen bei den Anfragen (vorhandenes Bauwerk oder freie Fläche) nicht so ausgeglichen wie im Vorjahr. Die Kunden recherchierten 2016 zu 45 % nach Bestandsimmobilien und zu 29 % nach frei bebaubaren Grundstücken. Präferenzlos waren 26 % der anfragenden Kunden. Somit registrieren wir im Vergleich zum Vorjahr einen Nachfrageschwerpunkt bei der Bestandsimmobilie. Im Moment steht der Kauf einer Immobilie im Fokus. Miete wird zurzeit weniger bevorzugt.

Im Bestandsgebäudesegment werden weiterhin eher kleinere Büroflächen nachgefragt. Hallenflächen werden zumeist in einer Größenordnung zwischen 1 Tsd. und 5 Tsd. qm gesucht.

Das Anfrageninteresse ist räumlich breiter gefächert als im Vorjahr. Spitzenreiter Würselen wurde von 89 % der Unternehmen angefragt, Alsdorf wurde bei 87 % der Anfragen thematisiert. Es folgt Eschweiler mit 82 % und Herzogenrath mit 80 % auf der Nachfrageseite. Stolberg wurde von 70 % und Baesweiler von 69 % der interessierten Unternehmen nachgefragt. Die Aufteilung der Nachfragehäufigkeit spiegelt die zumeist gewünschte Autobahnnähe der Standorte wieder. Trotz diesbezüglicher Nachteile wurden die „Eifelstandorte“ im Mehrjahresvergleich ebenfalls gut nachgefragt. Lagen die Nachfragehäufigkeitswerte in der Vergangenheit zumeist bei 20-30 %, so erkundigten sich im Berichtszeitraum 49 % der Anfrager nach Simmerath, 48 % nach Monschau und 46 % nach Roetgen. Dies kann die Folge der mitunter reduzierten Flächenverfügbarkeit im nördlichen Bereich der StädteRegion Aachen sein.

Die Grundstücksnachfrage gestaltete sich im Berichtszeitraum ausgeglichen. Es wurden traditionell Grundstücke in der Größe zwischen 2.000 qm bis 6.000 qm nachgefragt. Bemerkenswert waren oberhalb von 10 Tsd. qm bzw. sogar der meistnachgefragten Größe oberhalb von 30 Tsd. qm. Bei den anfragenden Unternehmen dominiert die Branche Produzierendes Gewerbe, gefolgt von den Bereichen Maschinenbau und Logistik/ Dienstleistung.

An den Standortanfragen sind auch zahlreiche konkrete Ansiedlungen entstanden.

Konkrete Ansiedlungen

Die konkreten Vertragsabschlüsse, die von der WEG begleitet wurden, werden in alphabetischer Reihenfolge der Ansiedlungskommune besprochen.

Ein Automotive-Unternehmen hat im Frühjahr 2016 einen Test- und Prüfstandort im Business Park Alsdorf Schaufenberg eingerichtet. Zum Start dieser Nutzung aus dem Hochtechnologiebereich wurden 10 Arbeitsplätze geschaffen.

Ein Weiterbildungsträger agiert seit April 2016 mit fünf Personen am Standort BusinessPark Alsdorf Schaufenberg.

Zudem wurde ein Unternehmen am Standort Business Park Alsdorf angesiedelt, das mit 2 Mitarbeitern Buchhaltungsarbeiten durchführt. Hierbei handelt es sich um eine überregionale Ansiedlung.

Eine weitere Neuansiedlung im Business Park Alsdorf gelang mit dem Jobcenter, dessen Kapazitäten in der Joseph-von-Fraunhofer-Straße 1 nicht mehr ausreichend dimensioniert waren, das seit August 2016 Büroflächen im Volumen von ca. 390 qm anmietet.

Ein Unternehmen, das im Bereich Personenbeförderung tätig ist, wurde am Standort im Business Park Alsdorf neu angesiedelt. Das Unternehmen agiert mit 2 Mitarbeitern.

Ein Medizintechnikunternehmen hat seine Standorterweiterung im Business Park Alsdorf-Schauftenberg im April 2016 eröffnet. Im Rahmen der Erweiterung wurde das Geschäftsfeld Sterilisation von Medizingeräten mit den dazugehörenden 20 Mitarbeitern von Aachen nach Alsdorf verlagert.

Ein weiteres Medizintechnikunternehmen hat im Rahmen seines Expansionskurses im Business Park Alsdorf-Schauftenberg eine eigene Immobilie erworben. Zum Jahresbeginn 2017 wurde diese bezogen und die Mitarbeiteranzahl erweitert.

Ein Beschichtungsunternehmen hat im Rahmen seiner Expansion ein zusätzliches Grundstück in der Größe von ca. 2.200 qm im Business Park Alsdorf Hoengen erworben. Die Unternehmenserweiterung wird am Standort zusätzliche Arbeitplatzeffekte erbringen.

Ein Logistik-Unternehmen hat seinen bestehenden Rhein-Maas-Standort im Business Park Alsdorf Schaufenberg vergrößert. Dazu hat es ein Grundstück mit einer Fläche von insgesamt ca. 25.000 qm erworben, das derzeit entsprechend bebaut wird.

Einem Handelsunternehmen aus der Lebensmittelbranche wurde im Business Park Alsdorf Hoengen ein Grundstück mit einer Größe von ca. 2.500 qm verkauft, auf dem in Kürze mit dem Bauvorhaben begonnen wird.

Ein weltweit tätiger Industriefußbodenbauer, der in Deutschland an drei Standorten (Rostock, Gera und Altenau) platziert ist, wird im Business Park Alsdorf Hoengen einen Neubau auf einem ca. 2.500 qm großen Grundstück realisieren, von dem aus 35 Mitarbeiter agieren werden.

Einer traditionsreichen Bauunternehmung wurde ein Grundstück mit einer Größe von ca. 2.700 qm im Business Park Alsdorf Hoengen verkauft. Das Unternehmen wird im Jahr 2017 mit der Bebauung des Grundstücks beginnen. Am neuen Standort werden nach Fertigstellung des Bauvorhabens 17 Mitarbeiter tätig werden.

Eine international tätige Immobiliengesellschaft konnte von einem Investment im Business Park Alsdorf Hoengen überzeugt werden. Insgesamt wurden dem Unternehmen ca. 20.000 qm Gewerbegrundstücksfläche verkauft, auf denen derzeit eine Logistikimmobilie mit zwei sogenannten Built-to-Suit-Anlagen errichtet wird. Ab April 2017 werden bei dem Mieter der Immobilie 150 Mitarbeiter agieren.

In direkter Nachbarschaft zum vorgenannten Unternehmen wurde einem Messebau- und Live-Kommunikationsunternehmen ein Grundstück im Business Park Alsdorf Hoengen mit einer Größe von ca. 11 Tsd. qm verkauft. Die Errichtung der Immobilie soll ebenfalls bis April 2017 erfolgen. Nach Fertigstellung sollen 40 Mitarbeiter die Bereiche Messebaulogistik und Marketing von Alsdorf aus ausführen.

Ein türkisches Unternehmen ist seit Anfang 2016 im its Baesweiler auf ca. 200 qm Hallen- und Bürofläche ansässig. Das Unternehmen beschäftigt sich mit Systemen der Augenheilkunde.

Ein Unternehmen aus dem Segment Osmosetechnik, zuvor ansässig in Baden-Württemberg, hat seit Januar 2016 seinen neuen Standort im GeTeCe Eschweiler auf ca. 160 qm Büro- und ca. 350 qm Hallenfläche gefunden. Das Unternehmen vertreibt Anlagen und Komponenten für die Aufbereitung von Wasser.

Für eine Filiale eines belgischen Unternehmens aus dem Bereich Filtration hat die WFG im Herzogenrather TPH eine geeignete Bürofläche gefunden. Seit Spätsommer 2016 bearbeiten dort 3 Mitarbeiter den deutschen Filtrationsmarkt bzw. betreiben entsprechende Produktentwicklung.

Ein Unternehmen aus dem Bereich CNC-Technik startete im Juni 2016 mit einem Neubau im Stolberger Gewerbegebiet Camp Astrid. Am neuen Standort beginnt der Produzent von Lüftungsclappen mit 5 Mitarbeitern und plant, seine Belegschaft auf 8 zu erweitern. Der Bezug der Immobilie wurde bereits im Herbst 2016 vollzogen.

Ein Bestandsunternehmen aus dem Automotivebereich erweitert im Rahmen seiner Expansionsabsichten seinen Standort in der Kupferstadt Stolberg um weitere ca. 1 Tsd. qm Grundstück.

Ein Produktionsunternehmen von Fiberglasrohren investiert im Stolberger Gewerbegebiet Camp Astrid in eine neue Produktionsstätte. Zu Beginn werden 8 Mitarbeiter vor Ort agieren. Die Planung sieht vor, den Mitarbeiterstamm auf 16 auszubauen.

Ein Unternehmen aus dem Bereich Garten- und Landschaftsbau hat im Dezember 2016 ein ca. 2.000 qm großes Grundstück im Gewerbegebiet Camp Astrid (Kupferstadt Stolberg) erworben und wird im Jahr 2017 dort den neuen Unternehmensstandort erstellen. Das Unternehmen beschäftigt am neuen Standort 5 Mitarbeiter.

Der Eigentümer der vormaligen Vobis-Liegenschaft im Gewerbegebiet Aachener Kreuz in Würselen hat u. a. mit unserer Beratung benachbarte Flächen hinzuerworben. Ziel ist es, die freien Flächen mit weiteren Logistikimmobilien zu bebauen.

Der Jahresverlauf lässt sich in der Weise zusammenfassen, dass es der WFG gelungen ist, zahlreiche Abschlüsse zu erzielen, die für Wachstum und Beschäftigung sorgen. In Bezug auf Flächenverkäufe war 2016 insgesamt ein weit überdurchschnittliches Jahr.

Personal

Die Anzahl der Beschäftigten (gerechnet nach Kopfbzahlen) bei der WFG beträgt 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Anzahl der weiblichen Mitarbeiter beträgt 7 in absoluten Größen und 53,85 in Prozenten ausgedrückt.

Die WFG hat im Hinblick auf ihre Mittelfristplanung bereits zielorientierte Gespräche mit dem Hauptgesellschafter und den Mitgliedskommunen aufgenommen, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Beschäftigungsperspektive für die Zeit nach Mitte 2018 aufzubauen.

Fast alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WEG, die über einen Dauerarbeitsvertrag verfügen und einen Beschäftigungsumfang von mehr als einer halben Stelle aufweisen, sind mit Telearbeitsplatz-Funktionalitäten ausgestattet. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird unterstützt. Auch im Übrigen werden die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes NRW bei der Personalentwicklung beachtet.

II. 3. Kommentierung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Das Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus Sachanlagevermögen. Hierbei handelt es sich um die Buchwerte der Gewerbeimmobilien, die wir vermieten. Der Wert des Anlagevermögens ist zu beziffern auf rund 2.814 T€ und somit rund 2.220 T€ niedriger als im Vorjahr. Der Unterschied zwischen den Geschäftsjahren liegt neben der planmäßigen Abschreibungen (148 T€) im Wesentlichen in Anlagenabgängen (2.073 T€) begründet. Zugänge waren in Höhe von 1 T€ zu verzeichnen.

Das Vorratsvermögen wird im Wesentlichen repräsentiert durch ein Grundstück in Herzogenrath-Dornkaul, das eine Ursprungsfläche ca. 30.000 qm hatte. Rund 2/3 dieser Fläche ist inzwischen veräußert. Des Weiteren wird aufgrund der Insolvenz des Leasingnehmers im Geschäftsjahr ein ehemaliges Leasingobjekt unter dem Vorratsvermögen ausgewiesen. Das Vorratsvermögen beträgt im Geschäftsjahr unverändert 1.664 T€.

Bei den Forderungen, insgesamt 8.036 T€ betragen (Vorjahr 9.692 T€) dominieren die Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen. Diese sind gegenüber dem Vorjahr um rund 17 % (von 9.165 T€ auf 7.574 T€) gesunken. Die Minderung der Forderungen aus Public-Leasing resultiert zum einen aus planmäßigen Tilgungsleistungen. Zum anderen wurden zwei Leasingverträge im abgelaufenen Geschäftsjahr vorzeitig aufgelöst.

Der Kassenbestand hat sich von rund 1.725 T€ auf 1.412 T€ vermindert. Dieser Kassenbestand ist nicht als freie Liquiditätsreserve anzusehen, da wir hierbei auch Gelder verwahren, die zur Reduzierung der Kreditverbindlichkeiten zum nächstfolgenden Tilgungstermin dienen.

Das Eigenkapital bleibt im Verhältnis zu den nicht granulierten Risiken gering. Konkret gibt es unverändert Einzelrisiken, die höher sind als die Haftungsmasse.

Die Verbindlichkeiten sind von 15.036 T€ auf 10.940 T€ gesunken. Auch hier machen sich das Tilgungsvolumen der Leasingverträge bei gleichzeitig nicht mehr stattfindendem Neugeschäft sowie die Rückführung der Finanzierung von dem veräußerten Objekt bemerkbar.

Insgesamt reduziert sich die Bilanzsumme von 18.219 T€ auf 14.019 T€.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	2814	5033
Gesamtvermögen	14.019	18.219
Anlagenintensität in %	20	28

Eigenkapitalanteil

Formel: Eigenkapital x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Eigenkapital	2381	2211
Gesamtvermögen	14.019	18.219
Eigenkapitalanteil in %	17	12

Verschuldungsgrad

Formel: Fremdkapital x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Fremdkapital	11636	16002
Eigenkapital	2.381	2.211
Verschuldungsgrad in %	489	724

Ertragslage

Die Umsatzerlöse sinken von 1.932 T€ auf 1.289 T€. Nach dem Ende des Leasing-Neugeschäftes reduzieren sich planmäßig und tilgungsbedingt die Einnahmen aus dem Zinsüberschuss.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um rund 352 T€ vermindert. Im Vorjahr wurde ein Regalsystem aus einem ehemaligen Leasingobjekt in Höhe von 300 T€ veräußert, was maßgeblich zu einem deutlichen Anstieg der Erträge führte.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insgesamt um 955 T€ vermindert. Im Vorjahr wurden erhebliche Verluste aus Public-Leasing-Verträgen und Grundstücksverkäufen in Höhe von insgesamt 1.000 T€ unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Der Zinsaufwand reduziert sich in Folge der Leasing-Nehmer-Tilgungen um 217 T€.

Unter Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und Ertrag (+21 T€) sowie der Gesellschafterzuschüsse (+397 T€) erzielt die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 ein Jahresüberschuss in Höhe von 170 T€ (Vorjahr: Jahresfehlbetrag: -313 T€).

Kennzahlen zur Rentabilität:

Umsatzrentabilität

Formel: $\text{Jahresüberschuss} \times 100 / \text{Gesamtleistung}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Jahresüberschuss	170	-313
Gesamtleistung	1.289	1.932
Verschuldungsgrad in %	13	-

Eigenkapitalrentabilität

Formel: $\text{Jahresüberschuss} \times 100 / \text{Eigenkapital}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Jahresüberschuss	170	-313
Gesamtleistung	2.381	2.211
Verschuldungsgrad in %	7	-

III. Prognosebericht

Die WFG verfügt über insgesamt drei Ertrags- bzw. Einnahmequellen:

- a) Leasing-Zinsüberschuss
- b) Baumanagement-Einnahmen im Zusammenhang mit Projektsteuerungsaufgaben
- c) Sockelförderung

Der Leasing-Zinsüberschuss reduziert sich planmäßig und tilgungsbedingt. Die Zinsüberschusskurve weist eine stark abfallende Verlaufsform auf. Falls Engagements im gegebenen Fall auch vorzeitig anlässlich eines Auslaufs der Zinsbindungsfrist beendet werden, können sich diese Effekte noch verstärken. Allerdings ist stets mit ins Bild zu nehmen, dass nicht nur Zinserträge, sondern vor allem auch Risiken entfallen. Dies ist besonders dann positiv zu beurteilen, wenn die Bepreisung des Leasing-Engagements in Bezug auf die Zinshöhe nicht risikoadjustiert vorgenommen wurde bzw. vorgenommen werden konnte.

Auf Grund der Tatsache, dass kein Leasing-Neugeschäft mehr akquiriert wird, fallen auch keine damit zusammenhängenden Baubetreuungs-/Managementenerträge mehr an. Folglich konzentriert sich die Projektbetreuung auf die Neubaumaßnahmen der GWG. Lediglich in Einzelfällen können Engagements von weiteren Dritten betreut werden. Aus anderen Management-Dienstleistungen, insbesondere im Bereich Rechnungswesen und Geschäftsbesorgung (am Standort Alsdorf bzw. Stolberg), generierte die WFG in der Vergangenheit zusätzliche Erträge. Dies wird auch zukünftig bis Mitte 2018 der Fall sein.

Es ist vorgesehen, dass zur Mitte des Jahres 2018 der operative Betrieb der WFG mit hauptamtlichem Personal eingestellt wird. In der Anschlussphase werden sich nur noch nebenamtliche Kräfte um die WFG-Obliegenheiten kümmern, wobei angestrebt wird, dass es sich hierbei um die heutigen Stammkräfte handelt, die dann allerdings in der Hauptsache für einen anderen Arbeitgeber (aus dem Gesellschafterkreis) tätig sein werden.

Durch diese geschäftspolitische Maßnahme werden zum Planungszeitpunkt Mitte 2018 in erheblichem Maße Personalkosten entfallen. Dementsprechend kann eine Neudimensionierung der zukünftigen Sockelförderung, beginnend mit dem Jahr 2018, stattfinden. Die kommunalen Haushalte werden mittelfristig dadurch deutlich entlastet. Die Sockelförderung wird in ihrer Höhe bedarfsorientiert angepasst.

Die zukünftigen Ergebnisse der WFG werden nach heutigem Sachstand wesentlich davon abhängen, wie unproblematisch oder problembehaftet sich die beiden verbliebenen Gewerbeimmobilien in Monschau und vor allem in Eschweiler entwickeln.

Das Geschäftsergebnis 2017 wird mit einem hohen Maß an Wahrscheinlichkeit dadurch belastet, dass der Mieter einer Gewerbeimmobilie aufgrund des auslaufenden Mietvertrages das Objekt räumen musste. Die Immobilie wird umfangreich und kostenintensiv in 2017 zu ertüchtigen sein, um eine Folgenutzung zu generieren. Die auf eine Neuvermietung gerichteten Aktivitäten werden umfänglich mit der Beleggenheitskommune (Stadt Eschweiler) abgestimmt. Für die zweite Immobilie im Eigentum der WFG kann ebenfalls keine sichere Prognose abgegeben werden. Mittelfristig gehen wir von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Allerdings ist risikobewusst darauf hinzuweisen, dass es sich um einen renovierten Altbau handelt, der für einen speziellen Nutzungszweck (Kunst- und Kulturzentrum) aufgebaut wurde, was für einen Spezialimmobilien-Charakter sorgt. Dem Alter des Objektes entsprechend können sich hier technische Risiken entwickeln, die signifikante Auswirkung auf die zukünftigen Jahresergebnisse haben dürften. Das Rückschlagpotenzial wirtschaftlicher Art sieht die Geschäftsführung jedoch im Wesentlichen in der Gewerbeimmobilie in Eschweiler und in vglw. geringerem Belastungsumfang bei der Immobilie in Monschau.

IV. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WFG konzentriert sich darauf, Restrisiken zu minimieren.

In den vergangenen Berichtsperioden hat die WFG wiederholt Bericht an die Gremien erstattet in Bezug auf die technischen Probleme hingewiesen, die bei einer inzwischen veräußerten Immobilie in Baesweiler entstanden sind. Ursächlich für die Entstehung dieser Risiken war die Verwendung von risikohaltigen Baumaterialien. Die Nachhaftungsrisiken gegenüber dem Käufer sind im Vertrag limitiert worden. Im Jahr 2016 haben sie sich jedenfalls nicht materialisiert. Das Nachhaftungsrisiko gilt somit nur noch für das Jahr 2017. Wie bereits im Prognosebericht angesprochen, liegt der Risikogehalt der vorgenommenen Investitionen vornehmlich im Bereich der Gewerbeimmobilien, die vermietet werden. Im Bereich der Leasingimmobilien sieht die Situation hingegen deutlich entspannter aus, da mehrheitlich Tilgungsquoten erreicht wurden, die einen Risikopuffer haben entstehen lassen.

V. Risikoberichterstattung für die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft verfügt im Jahr 2016 nicht über Risiko tragende Finanzinstrumente wie Swaps oder Doppelswaps. Derartige Risiken sind in den vergangenen Jahren schadensfrei vollständig abgebaut worden.

Festzuhalten bleibt für das Geschäftsjahr 2016, dass der Verlust des Jahres 2015 sich nicht wiederholt hat, sondern vielmehr die Rückkehr in die Gewinnzone stattgefunden hat.

52146 Würselen, im März 2017

Prof. Dr. Axel Thomas
-Geschäftsführer-

II. Beteiligungen Versorgungsunternehmen

EWV – Energie- und Wasserversorgung GmbH, Stolberg

Allgemeine Angaben

Firma	EWV - Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg	Gesellschafter	rhenag Beteiligungs GmbH
Sitz	Willy-Brandt-Platz 2 52222 Stolberg		53,72%
E-Mail	service@ewv.de		Stadt Stolberg
Homepage	www.ewv.de		14,28%
Rechtsform	GmbH		Stadt Eschweiler
Gesellschaftervertrag	Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert (letzte Änderung am 15.04.2013)		13,19%
Geschäftsführer	Dipl.-Ing., Dipl.-Wirt.-Ing. Manfred Schröder		Städteregion Aachen
Gremien	Gesellschafterversammlung Beirat Aufsichtsrat		9,25%
Stammkapital	18.151.450 €		Kreis Heinsberg
Anteil der Stadt in €	395.750 €		3,79%
Mitarbeiter	216 (+29 Auszubildende)		Stadt Alsdorf
Wesentliche Beteiligungen	regionetz GmbH, Düren - 100,00 % Wärmeversorgung Würselen GmbH, Würselen - 49,00 % Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH, Eschweiler - 24,90 % GREEN - Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie mbH – 39,16 % Green Solar Herzogenrath GmbH 45,00% EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH 45,00% EWV Baesweiler GmbH & Co.KG 45,00% Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH – 59,18 %		2,18%
			Stadt Würselen
			1,97%
			Stadt Baesweiler
			1,00%
			Kreis Düren
			0,58%
			Gemeinde Roetgen
			0,006%
			Gemeinde Simmerath
			0,006%
			Stadt Monschau
			0,006%
			Stadt Heinsberg
			0,003%
			Gemeinde Aldenhoven
			0,003%
			Gemeinde Inden
			0,003%
			Gemeinde Langerwehe
			0,003%
			Stadt Linnich
			0,003%
			Gemeinde Niederzier
			0,003%
			Stadt Geilenkirchen
			0,003%

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Energieversorgung der Städteregion Aachen und benachbarter Gebiete, die Errichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art und die Betriebsführung von Wasserversorgungsunternehmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundbedürfnissen wie der Bereitstellung von Energie ist im weitesten Sinne einer der Grundstücke der Daseinsvorsorge, für welche eine Gemeinde gesetzlich und auch zweckmäßig als Institution arbeitet.

Darüber hinaus handelt es sich bei der EWW um ein gewinnbringendes und nicht defizitäres Unternehmen. Dem Haushalt der Stadt kann in diesem Rahmen jährlich jeweils ein Gewinnanteil zugeführt werden und wird somit zusätzlich unterstützt.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	565.855,99	968.111,55	1.157.174,00
II. Sachanlagen	12.586.776,27	148.202.984,22	138.269.585,48
III. Finanzanlagen	129.401.134,46	10.238.790,89	10.283.416,20
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	808.523,57	671.313,64	2.490.814,03
III. Forderungen	24.345.116,25	41.169.616,93	34.913.227,30
III. Kassenbestand	581.656,35	1.064.692,74	2.155.260,99
C. Rechnungsabgrenzungsposten	154.292,71	185.162,82	200.381,33
Aktive Latente Steuern			
	168.443.355,60	202.500.672,79	189.469.859,33

Passivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	18.151.450,00	18.151.450,00	18.151.450,00
II. Kapitalrücklage	7.045.123,94	7.045.123,94	7.045.123,94
III. Andere Gewinnrücklagen	3.385.000,00	3.150.000,00	2.650.000,00
IV. Gewinnvortrag	8.512,67	7.561,15	764,45
V. Jahresüberschuss	22.281.684,86	12.735.951,52	12.506.796,70
B. Sonderposten für Investition	0,00	10.919.359,65	12.835.028,00
C. Rückstellungen	76.455.621,38	108.026.622,53	84.879.756,48
D. Verbindlichkeiten	41.069.988,37	31.189.509,99	40.582.702,98
E. Rechnungsabgrenzungsposten	45.974,38	11.275.094,01	10.818.236,78
	168.443.355,60	202.500.672,79	189.469.859,33

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Umsatzerlöse	264.583.902,42	286.154.659,80	275.557.164,64
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-74.595,34	-887.516,78	-83.379,87
Sonstige betriebliche Erträge	4.199.816,38	4.068.375,95	18.678.383,34
Materialaufwand	-193.714.845,40	-189.156.921,05	-190.341.293,13
Personalaufwand	-18.394.315,49	-19.528.593,08	-18.157.741,64
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.266.040,44	-11.414.413,58	-11.857.682,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-24.195.616,71	-24.186.512,20	-28.173.218,80
Erträge aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages	3.806.921,50	0,00	0,00
Erträge aus Beteiligungen	521.194,29	563.855,15	552.119,54
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	43.304,69	48.541,56	49.764,47
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	281.558,75	77.661,36	96.704,37
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	0,00	-4.572,43
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.672.449,71	-6.219.946,39	-5.060.702,74
Aufwand aus Verlustübernahme	0,00	-15.113.657,55	-18.876.907,73
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-9.640.499,95	-8.834.415,80	-8.874.641,28
Ergebnis nach Steuern	22.478.334,99	13.111.090,39	12.834.013,74
Sonstige Steuern	-196.650,13	-375.138,87	-327.217,04
Jahresüberschuss	22.281.684,86	12.735.951,52	12.506.796,70

Kennzahlen	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
Umsatzrendite	8,4%	4,5%	4,5%
Eigenkapitalrendite	54,2%	31,6%	31,0%
EBIT-Marge	11,3%	14,8%	16,4%

Anzahl der Mitarbeiter	216
-------------------------------	-----

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt.
Der Gewinn betrug für:

a) 2014	220.228,73 €
b) 2015	229.404,92 €
c) 2016	240.783,19 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2014	55,65%
b) 2015	57,97%
c) 2016	60,84%

Die EWV zahlte Konzessionsabgaben für Strom in Höhe von:

a) 2014	1.318.675,91 €
b) 2015	1.336.165,46 €
c) 2016	1.258.217,86 €

Die EWV zahlte Konzessionsabgaben für Gas in Höhe von:

a) 2014	129.886,64 €
b) 2015	129.886,64 €
c) 2016	135.298,23 €

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der EWV besteht laut Gesellschaftervertrag aus 21 Mitgliedern.
Für die **Stadt Alsdorf** ist im Aufsichtsrat kein Mitglied vertreten.

b) Beirat

Der Beirat wird zur Beratung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates in wichtigen Angelegenheiten gebildet.

Für die **Stadt Alsdorf** ist im Beirat vertreten:

Verwaltung:	Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 25.06.2014) Herr Hans-Rainer Steinbusch (seit dem 23.05.2016)
-------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

c) Gesellschafterversammlung

Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:

Herr Bürgermeister Alfred Sonders
(seit dem 25.06.2014)

Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen
(seit dem 25.06.2014)

Lagebericht der EWW Energie- und Wasser-Versorgung GmbH für das Geschäftsjahr 2016**1. Geschäft und Rahmenbedingungen****1.1. Unternehmensgegenstand**

Die EWW Energie- und Wasser-Versorgung GmbH (EWW) ist ein regionaler Energiedienstleister und versorgt ca. 200.000 Privathaushalte und Unternehmen in der StädteRegion Aachen sowie den Kreisen Düren und Heinsberg mit Strom, Erdgas, Fernwärme und Trinkwasser und Energiedienstleistungen. Darüber hinaus liefert EWW Strom und Gas an Privat- und Geschäftskunden in weiten Teilen Deutschlands. Ihre Tochtergesellschaft regionetz GmbH betreibt eigene und gepachteten Strom, Gas- und Wassernetze in den Konzessionsgebieten der EWW.

1.2 Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der EWW

Die EWW versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und Institutionen im Wesentlichen in der StädteRegion Aachen, Kreis Düren sowie Stadt und Kreis Heinsberg mit Strom, Erdgas, Wärme und Dienstleistungen.

In den Kommunen Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Eschweiler, Ortsteil Weisweiler, werden die öffentlichen Beleuchtungsanlagen durch die EWW betrieben.

Auf der Basis von Betriebsführungsverträgen führt EWW das Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH (VWA) bei der Belieferung von Kunden mit Trinkwasser. Gleiches erfolgt für die Stadt Eschweiler über die Städtische Wasserwerk Eschweiler GmbH (StWE), in der neben der klassischen Wasserlieferung auch die Wärmebelieferung der kommunalen Objekte erfolgt.

Über die Beteiligung an der Wärmeversorgung Würselen GmbH (WVW) und deren Betriebsführung versorgt die EWW Kunden in der Stadt Würselen u. a. mit Wärmeprodukten. Zudem führt die EWW im Rahmen einer kaufmännischen Betriebsführung die Geschäfte der EWW Baesweiler Verwaltungs GmbH und der EWW Baesweiler GmbH & Co. KG, die die Haushalte in Baesweiler mit Strom und Wärme versorgt. Seit 2016 ist eine weitere Beteiligung der EWW, die auch von der EWW betriebsgeführt wird, die Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH in Stolberg.

Daneben erbringt die EWW seit 01.01.2013 die kaufmännische Betriebsführung für ihre 100 %-ige Tochtergesellschaft regionetz GmbH (regionetz), Eschweiler, mit der sie zusätzlich über einen Ergebnisabführungsvertrag verbunden ist. Die regionetz führt den technischen Netzbetrieb in den Versorgungsnetzen für Gas, Strom und Wärme durch. Zudem hat die EWW zum 01.01.2016 das Eigentum an den Strom- und Gasnetzen an die regionetz – im Rahmen einer Ausgliederung eines steuerneutralen Teilbetriebes – übertragen.

Mit der GREEN Gesellschaft für regionale Energie GmbH (GREEN), Stolberg, und deren Betriebsführung ist die EWW gemeinsam mit weiteren kommunalen und privatrechtlichen Gesellschaften in den Markt der erneuerbaren Energien eingetreten. Mit der Gründung der Projektgesellschaften GREEN Solar Herzogenrath GmbH (2012) und der 5%-Beteiligung an der RURENERGIE GmbH (RURENERGIE) in 2014 wurde das Geschäftsfeld im Bereich der regenerativen Energien erweitert. Ebenfalls im Bereich der regenerativen Energien ist Green GECCO Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (Green GECCO) tätig, an der die EWW mit 6,58 % beteiligt ist.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Die globale Wirtschaftsleistung stieg 2016 nach ersten Schätzungen um ca. 2,5 % über das Vorjahresniveau an. Das Bruttoinlandsprodukt in der Eurozone, dürfte sich im vergangenen Jahr, insbesondere aufgrund der niedrigen Zinsen, der Abwertung des Euro und des niedrigen Ölpreises, voraussichtlich um rund 1,6 % erhöht haben. Die Wirtschaftsleistung in Deutschland, der größten Volkswirtschaft des Währungsgebiets, wird wahrscheinlich im Jahresvergleich um ca. 1,9 % gestiegen sein. Dabei hatte insbesondere der private Konsum einen positiven Einfluss.

2.2. Entwicklungen in der Energiewirtschaft

Witterung

Die Witterung spielt für die Energienachfrage und für die regenerative Erzeugung unseres Unternehmens eine wesentliche Rolle. Im vergangenen Jahr lagen die Durchschnittstemperaturen in Deutschland insgesamt unter den Werten des Vorjahres, jedoch oberhalb des langjährigen Mittelwertes. Das Windaufkommen befand sich 2016 unter dem Vorjahreswert und dem langjährigen Mittel. Die solare Einstrahlung lag im Jahresverlauf unter der des Vorjahres, sowie unter der Einstrahlung des langfristigen Mittels.

Strom- und Gasnachfrage

Vorläufige Berechnungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) lassen darauf schließen, dass der Stromverbrauch in Deutschland 2016 um 0,4 % niedriger war als ein Jahr zuvor. Zu den wesentlichen Gründen dürften eine steigende Energieeffizienz und der Verlust von Marktanteilen im Wärmemarkt zugunsten von Gas zählen. Die deutsche Gasnachfrage lag mit voraussichtlich gut 10 % über dem Vorjahreswert. Gründe dafür waren die vor allem während der Heizperioden kühlere Witterung im Vergleich zum Vorjahr, aber auch die deutliche Zunahme des Einsatzes von Erdgas für die Stromerzeugung.

Strompreise

Die Spotpreise an der Großhandels-Börse EEX sind im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt weiter gesunken und verringerten sich um 8 % auf ca. 29 €/MWh (Base-Kontrakt) bzw. um 9 % auf rund 32 €/MWh (Peak-Kontrakt). Diese Entwicklung kann im wesentlichen Teilen auf die Rohstoffpreistrückgänge sowie zunehmende Einspeisungen aus Windkraft- und Solaranlagen zurückgeführt werden. Im Endkundengeschäft tendierten die Strompreise leicht nach oben, denn diese werden in höherem Maße durch Netzkosten, Umlagen und Steuern bestimmt. Sowohl Haushaltskunden als auch Industrieunternehmen mussten im vergangenen Jahr 1 % mehr bezahlen.

Gaspreise

Der Preis für Gasimporte nach Deutschland (BAFA-Preis) betrug 2016 rund 16 €/MWh und lag damit rund 24 % unter den Preisen des Jahres 2015. Wesentliche Ursache für diesen Preistrückgang sind gefallene Ölpreise, Vertragsrevisionen sowie der generell zunehmende Anteil von spotpreis-basierten Importen/Verträgen im BAFA-Preis. Die Preise am niederländischen Spotmarkt TTF, dem kontinental-europäischen „Leitmarkt“, lagen mit einem Durchschnittswert von rund 14 €/MWh etwa 29 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Die Tarife für Haushalte fielen um etwa 3 %, die Preise für Industriekunden lagen mit 15 % deutlich unter denen des Vorjahres.

2.2. Wichtige Ereignisse des Jahresüberschuss

Visionen und Leitbild

EWV und regionetz leben fortgesetzt das in 2015 neu gestaltete Strategiepapier für die Unternehmensgruppe. Die Vision und das Leitbild fokussieren sich auf die Schwerpunkte Kunden, Produkte, Gemeinschaftsleistung, Mitarbeiter, Arbeitssicherheit und Klima- und Umweltschutz.

Konzession

In 2016 lief die Gaskonzession der Gemeinde Niederzier aus, die in der Neuvergabe erneut an EWV vergeben wurde. Darüber hinaus hat die EWV an der noch nicht abgeschlossenen Ausschreibung der Gaskonzession der Gemeinde Inden teilgenommen. Konzessionsverluste gab es in 2016 nicht.

Die EWV hat sich des Weiteren am Ausschreibungsverfahren zur Wasserkonzession der Stadt Übach-Palenberg beteiligt. Im Laufe des Verfahrens hat sich die EWV jedoch dazu entschlossen, von einer Abgabe eines finalen Angebotes abzusehen. Sie ist somit aus dem Bewerbungsverfahren ausgeschieden.

Erneuerbare Energien

Im Bereich der regenerativen Projekte wurden in 2016 zwei Großprojekte angegangen: Die Erweiterung des Solarparks der GREEN Solar Herzogenrath und die Beteiligung an der Innogy Windpark Eschweiler GmbH & Co. KG über eine gemeinsam mit der RURENERGIE GmbH neu gegründete Gesellschaft, die Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH.

Green Solar Herzogenrath GmbH

Die 45 %ige Tochtergesellschaft der EWV erweitere in 2016 ihren Anlagenpark in Herzogenrath. Hierbei wurde das Projekt einer zusätzlichen PV-Freiflächenanlage mit einer Leistung von ca. 4 MWel und einem Investitionsvolumen von ca. 3,8 Mio. € erfolgreich umgesetzt. Die Anlage ist im Dezember 2016 in Betrieb gegangen. Die Finanzierung erfolgt off balance“ aus Sicht der EWV.

Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH

Innogy SE entwickelt mit der RWE Power auf dem Gebiet der Stadt Eschweiler eine Windpark mit insgesamt 13 Windenergieanlagen. Es ist geplant, dass der Windpark, bestehend aus den zwei Teilgebieten Eschweiler Nord (4 WEA, Anfang 2017) und Eschweiler Fronhoven (9 WEA, Ende 2017) in Betrieb geht. Das Investitionsvolumen beträgt ca. 64 Mio. Euro. Hierzu hat Innogy die Projektgesellschaft „Innogy Windpark Eschweiler GmbH & Co. KG“ gegründet.

Am 01.02.2016 gründeten die EWV (60 %) und die RURENERGIE (40 %) die „Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH“, mit dem Gesellschaftszweck des Haltens der Kommanditanteile der Innogy Windpark Eschweiler GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft gewährleistet durch die Beteiligung die Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital in anteiliger Höhe der benötigten Investitionsmittel.

EWV Energiegenossenschaft & Render

Im Dezember 2016 wurde die EWV Energiegenossenschaft gegründet. Es handelt sich um einen Zusammenschluss von natürlichen bzw. evtl. zukünftig juristischen Personen in Form einer Bürgergenossenschaft zwecks Ausbau erneuerbarer Energien auf regionaler Ebene. EWV hat die Gründung unterstützt, hält aber derzeit keine Anteile an der Genossenschaft. Die Genossenschaft dient folgenden Zielen:

- 1) Ausbau der dezentralen und ökologischen Energiegewinnung.
- 2) Möglichkeit zur aktiven Teilhabe der Bürger an der Energiewende und dem Klimaschutz.
- 3) Anlage- und Investitionsmöglichkeiten in lokale und regionale Energieprojekte.
- 4) Steigerung der Akzeptanz von regenerativen Projekten in der Bevölkerung.
- 5) Stärkung des Images der EWV als kundennaher Energieversorgung mit ökologischem Anspruch.

Die Basis für die Gründung der Genossenschaft wurde in dem Projekt „Render“ – der Innovationsgruppe Regionaler Dialog Energiewende in der „Energie Region Aachen 2030“ – gelegt, in dem EWV das Pilotvorhaben, Entwicklung und Umsetzung einer Erneuerbaren Energie-Maßnahme mit Finanzierung durch eine Energiegenossenschaft betreut. EWV beteiligt sich für 4 Jahre durch einen Mitarbeiter an dem Forschungsvorhaben.

Externe Akquise von Privatkunden

Am 02.11.2016 startete die bundesweite externe Akquise von Privatkunden in 11 (Gas) und 29 (Strom) Städten mit der bereits bei Gewerbekunden bundesweit eingesetzten Marke enerSwitch und je einem Gas- und Stromprodukt (angelehnt an EWVSTROM24 bzw. EWVGAS24). Mit den Vertriebskanälen: Homepage – die in der heißen Wechselphase des Jahres durch Suchmaschinenmarketing sowie Bannerwerbung auf einschlägigen Portalen promotet wird – Experten Service Points (ESP) für den persönlichen Verkauf sowie Verivox für den Verkauf über Wechselportale ist die EWV damit ab sofort auch im wettbewerbsträchtigen Discount-Segment aktiv.

Neues Produktportfolio

Im Segment der Privat- und Gewerbekunden wurde wie berichtet im November 2015 ein neues Produktportfolio für Gas und Strom eingeführt. Im Jahr 2016 wurden eine Reihe von Altprodukten durch das neue Portfolio abgelöst und die Kunden aktiv überführt. Hiervon betroffen waren die Produkte regiostrom 1+1, 2+2 und fix, regioerdgas 1+1, 2+2 und Plus sowie regiokombi 2+2. Die Marktlage ließ es zu, dass mehr Altprodukte eliminiert werden konnten als ursprünglich für 2016 geplant. Für 2017 ff. stehen die Überführungen der Produkte regiostrom basis, regiostrom natur, regioerdgas basis und regioerdgas fix an.

SAP

Zum 01.01.2015 haben EWV und regionetz SAP als ERP-System erfolgreich eingeführt. Auch im Jahr 2016 erfolgten weitere Anpassungen von Prozessen wie beispielsweise die Implementierung der digitalen Rechnungseingangsverarbeitung, die eine optimale Nutzung des SAP-Systems ermöglicht.

Ausgliederung eines steuerneutralen Teilbetriebes

EWV hat in 2015 Vorbereitungen getroffen, um netzrelevante Teile des EWV-Anlagevermögens (u. a. Strom- und Gasnetze) in das Eigentum der regionetz zu überführen. Das zwischen EWV und regionetz praktizierte Pachtmodell führt dazu, dass auf Ebene der regionetz dem Abzugskapital auf der Passivseite (z. B. Pensionsrückstellungen und andere personalbezogene Rückstellungen) kein regulatorisch anerkanntsfähiges Aktivvermögen gegenübersteht. Posten des Umlaufvermögens werden in der Regulierung nur innerhalb sehr enger Grenzen als betriebsnotwendig anerkannt, während Sachanlagen als Deckungsvermögen angerechnet werden. In der Folge hat regionetz ein negatives Eigenkapital, welches

regulatorisch zu hohen negativen Eigenkapitalzinsen führt, die die anerkennungsfähigen Netzkosten reduzieren und somit zu einer Verringerung der Erlösobergrenze führen. Voraussetzung für die Umsetzung der Übertragung des Vermögens ist die steuerneutrale Übertragung zu Buchwerten von der EWV auf die regionetz.

Die EWV hat im März 2016 ihr Umstrukturierungsvorhaben zur Ausgliederung eines steuerneutralen Teilbetriebes in Form einer verbindlichen Auskunft gemäß § 89 Abs. 2 Abgabenordnung (AO) beim Finanzamt Aachen eingereicht. Im Juni 2016 hat EWV die positiv beschiedene verbindliche Auskunft erhalten, dass die notwendigen Voraussetzungen, insbesondere hinsichtlich der Teilbetriebsqualität des übergelassenen Geschäftsbereichs „Netze Strom und Gas“ erfüllt waren. Die verbindliche Auskunft wurde allerdings nur ertragssteuerlich neutral beschieden. Mit der Umstrukturierung waren auch Grundstücke zu übertragen. Das Finanzamt wertete die geplanten Umwandlungsschritte im Wege der (partiellen) Gesamtrechtsnachfolge (hier: Ausgliederung von Vermögenswerten) nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2 UmwG als grunderwerbsteuerbar. Mit Eintragung der Übertragung im Handelsregister am 17.08.2016 ist die Ausgliederung zur Aufnahme gem. § 123 Abs. 3 UmwG wirtschaftlich rückwirkend zum 01.01.2016 erfolgt.

Im November ist ein entsprechender Grunderwerbsteuerbescheid für die Übertragung der Grundstücke im Rahmen der Ausgliederung ergangen. EWV hat einen Widerspruch gegen den Bescheid eingelegt.

Kooperationen Netzbetrieb

Die Anreizregulierung für das regulierte Netzgeschäft wird auch nach der anstehenden Novelle der Anreizregulierungsverordnung EWV und regionetz vor große Herausforderungen stellen. Neben der fortlaufenden Anpassung der Betriebs- und Kostenstrukturen steht die EWV gemeinsam mit ihrer Tochtergesellschaft regionetz zudem vor einer spürbaren demografischen Fluktuation in der Belegschaft, die eine erhebliche personalwirtschaftliche Aufgabe darstellt. Darüber hinaus erhöhen beispielsweise die Integration und Steuerung dezentraler Stromerzeugung aus EEG-Anlagen und die hinter den Schlagworten smart meter und smart grid stehenden Entwicklungen die technische Komplexität nochmals deutlich. Das know how und die Kompetenzen unserer Belegschaften müssen mit diesen Entwicklungen Schritt halten, was fortgesetzt erheblicher Anstrengungen bedarf. Schließlich werden die fehlenden Wachstumsoptionen im regulierten Netzgeschäft auch in Zukunft dazu führen, dass andere Netzbetreiber dem Kostendruck durch externes Wachstum über die Akquise von Netzen im Konzessionswettbewerb zu begegnen versuchen.

Angesichts dieser Herausforderungen sehen sich Management und Belegschaft gemeinsam in der Verpflichtung tragfähige Zukunftskonzepte zu entwickeln.

Im laufenden Jahr 2016 beschloss der Aufsichtsrat der EWV eine Fokussierung auf eine Kooperation mit einem angrenzenden Netzbetreiber. Seit Sommer erfolgt die Vorbereitung auf eine Kooperation zum 01.01.2018 in Form eines Umsetzungsprojektes. Finale Beschlüsse für die Kooperation in den entsprechenden Gremien der EWV sind im Laufe des Jahres 2017 (bis Herbst) zu erwarten.

2.3 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts der EWV werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen dabei die Umsatzerlöse und das Jahresergebnis. Die jährlichen Investitionen in die Netzinfrastruktur erfolgen seit 2016 durch die regionetz und werden dort bilanziell abgebildet.

Die Umsatzerlöse werden beeinflusst durch Mengen- und Preiseffekte. Während die Preise unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen von der Gesellschaft beeinflusst werden können, entzieht sich die Mengenkomponente je Kunde weitestgehend dem Einfluss der EWV und wird vor allem durch Konjunktur und Witterung determiniert.

Jahresergebnis: Die Kennziffer ist definiert als Jahresüberschuss nach Steuern. Das Jahresergebnis beträgt in 2016 22,3 Mio. Euro gegenüber 12,7 Mio. Euro im Vorjahr. Wobei das Geschäftsjahr 2016 durch die positiven Ergebniseffekte aus der Neubewertung der Pensionsrückstellung iHv gesamt 4,5 Mio. Euro und durch diesen Effekt mittelbar über die Ergebnisabführung der regionetz iHv 2,5 Mio. Euro geprägt war. Ohne diesen Ergebnisbeitrag würde das Ergebnis 15,3 Mio. Euro betragen. Die Entwicklung des Jahresergebnisses ist

demnach höher als dies in der Prognose des Vorjahres (13,0 Mio. Euro) geplant war.

Investitionen: Durch die Netzübertragung der netzseitigen Infrastruktur in die regionetz erfolgen seit 2016 keine Netzinvestitionen mehr durch EWW. EWW investierte in 2016 2,35 Mio. Euro in den Bereichen immaterielle Vermögensgegenstände, Energieleistungen und Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie iHv 6,25 Mio. Euro in Finanzinvestitionen (Vorjahr 13,95 Mio. Euro, geplant waren in 2015 für 2016 13,35 Mio. Euro).

Durch die vollzogene Netzübertragung auf die regionetz GmbH ergab sich ein Aktivtausch. Hierbei nahmen die Buchwerte für die immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen iHv 136,15 Mio. Euro ab und der Buchwert für die Anteile an der regionetz GmbH inklusive der übertragenen Bau- und Hausanschlusskostenbeiträge und Rückstellungen um in Summe 113,35 Mio. Euro zu.

Die Vorjahreswerte und die Planwerte in 2015 für 2016 basierten auf der Annahme, dass EWW Netzinfrastuktur-Eigentümer ist, welcher aber seit Anfang 2016 im Rahmen der Ausgliederung eines steuerneutralen Teilbetriebes die regionetz ist.

„Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Hier steuert die EWW den Vertrieb insbesondere über die Absatzmengen an Strom und Gas. In 2016 hat die EWW 693 GWh Strom (Vorjahr 595 GWh, geplant waren in 2015 für 2016 669 GWh) und 1.682 GWh Gas (Vorjahr 1.771 GWh, geplant waren in 2015 für 2016 1.755 GWh) abgesetzt.

2.4 Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2016 belaufen sich auf 264,6 Mio. Euro (Vorjahr 286,2 Mio. Euro, jeweils nach Abzug von Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 119,6 Mio. Euro (Vorjahr 108,3 Mio. Euro) und auf den Erdgasverkauf 89,1 Mio. Euro (Vorjahr: 96,0 Mio. Euro) sowie 2,2 Mio. Euro (Vorjahr: 2,3 Mio. Euro) auf die Wärmeversorgung und das Contracting.

Mit dem Verteilnetzbetreiber regionetz wurden 39,1 Mio. Euro (Vorjahr: 63,6 Mio. Euro) an Pachtentgelten, Konzessionsweitergaben und Dienstleistungs- sowie Materialerlösen erzielt. Der Rückgang resultiert aus insbesondere aus geringen Pachtentgelten für das Stromnetz. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 14,6 Mio. Euro (Vorjahr: 16,0 Mio. Euro). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiter berechneten Installationskosten, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Entwicklung im Stromsegment

Zu Jahresbeginn setzte sich zunächst der fallende Preistrend aus dem Vorjahr fort. Die Großhandelspreise für Strom erreichten im Februar 2016 die tiefsten jemals notierten Preise. Ausgehend von einem Niveau von knapp unter 21 €/MWh für das Jahresband 2017 stiegen die Preise anschließend wieder an und stabilisierten sich ab Juni in einem Preisbereich zwischen 26 und 28 €/MWh. Zwischen Mitte September und Anfang November kam es dann initiiert v. a. durch einen starken Anstieg der Kohlepreise – zu einem massiven Preisanstieg um bis zu 10 €/MWh bis auf knapp 36 €/MWh. Die anschließende Entspannung der teilweise überhitzten Marktsituation führe zwar zu einem Rückgang auf 30-32 €/MWh, als Fazit bleibt jedoch festzuhalten, dass sich die Strompreise am Jahresende auf einem höheren Niveau befinden als vor Jahresfrist.

Die derzeitigen Terminpreise spiegeln die Erwartung wider, dass die Commodity-Preise für Strom in den kommenden Jahren auf dem heutigen Niveau stabilisieren könnten. Die Erfahrung aus diesem Jahr zeigt aber auch, dass es jederzeit zu enormen Preisschwankungen und Ausreißern kommen kann.

Analog der Beschaffungsstrategien der EWW wurden für das Jahr 2016 insgesamt 82 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 6 verschiedenen Lieferanten abgeschlossen.

Die folgende Grafik zeigt den Jahresverlauf des Base-Produktes (Bandlieferung) für das Jahr 2017, gehandelt in 2016.



Zum 01.04.2016 wurde keine Preisadjustierung für Stromkunden durchgeführt. Gestiegene Vorkosten, insbesondere aus dem EEG-Anstieg, ließen sich nicht wie im Vorjahr durch Bezugskostensenkungen kompensieren. Die Preise für Fixpreiskunden wurden konstant gehalten. Negativ wirkte sich die Strompreiserhöhung auf das Kündigerverhalten aus. Erstmals wurden auch signifikante Kündigerzahlen bei Kunden festgestellt, die sowohl Strom- als auch Gasverträge kündigen.

Insgesamt war die Anzahl der Versorgerwechsel in der Branche auf unverändert hohem Niveau. Eine Kompensation von Kundenverlusten durch Kundengewinne konnte bei der EWW nicht erreicht werden.

Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation (Preisdruck) und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt. Die Geschäftskunden-Positionierung mit der Marke „energyline“, unter der das gesamte Beratungs- und Dienstleistungsportfolio sowie die Produkte für den Commodity-Bereich zusammengefasst sind, wird weiter intensiv am Markt etabliert. Das über die Marke transportierte Image und die Leistungsspektren sollen insbesondere auch die

weitere Ausrichtung im Energiedienstleistungsgeschäft stützen. Insgesamt stabilisiert sich das Gewerbe- und Geschäftskundensegment. So konnten insbesondere der Abwärtstrend bei den Gewerbekunden im Stammgebiet gestoppt und deutlich mehr Sondervertragskunden gewonnen werden als Kundenabgänge zu verzeichnen sind. Die enge Verzahnung des Commodity-Geschäfts mit dem Dienstleistungsgeschäft wird weiter vorangetrieben.

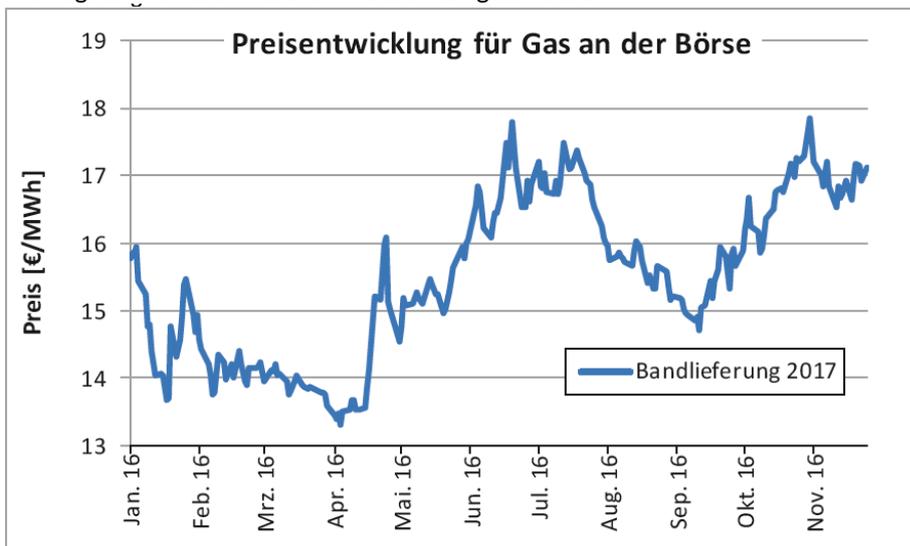
Die Marke „Enerswitch“ ist für den externen Markt außerhalb der eigenen Konzessionsgebiete konzipiert worden und zielt bisher auf Gewerbekunden und kleinere Geschäftskunden ab. Der Kundenbestand von rd. 2.500 Kunden wird sukzessive über diverse Vertriebskanäle ausgebaut.

Im Strom liegt die Absatzmenge an Endkunden 2016 bei 693 GWh und damit über der Abgabemenge des Vorjahres (595 GWh inkl. periodenfremd). Die Abweichung resultiert vor allem durch den Zugewinn von rd. 74 GWh (inkl. periodenfremd) an Key Account Kunden. Des Weiteren sank die Absatzmenge an Privatkunden um rd. 12,6 GWh (davon -13 operativ und +0,4 periodenfremd). Rd. 13,4 GWh/a ergaben sich durch Zugewinne bei der Marke „Enerswitch“. Die Stromabsatzmenge verteilt sich im Wesentlichen mit 238 GWh auf private Haushalte, 87 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 367 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Der Anstieg des Absatzes liegt dabei insgesamt ca. 1,4 % unterhalb der Prognose für 2016. Der Stromeinkauf erfolgte dabei zu 72 % über RWE und zu 28 % über fremde Händler.

Entwicklung im Erdgassegment

Im Verlauf des Jahres 2016 kam es am Großhandelsmarkt für Erdgas zu einem Preisanstieg. Ebenso wie am Strommarkt waren aber auch hier unterjährig Phasen deutlicher Preisrückgänge zu verzeichnen. Die tiefsten Marktpreise wurden am Ende des Winters, Anfang April, notiert. Die Gaspreise sind zwischen Juli und September gefallen und der nachfolgende Anstieg fiel nicht so drastisch aus wie beim Strom. Der Einfluss des weltweiten Leitenergieträgers „Rohöl“ wirkte sich in diesem Jahr nicht so deutlich aus wie in den Vorjahren. Der globale Ölmarkt ist nach wie vor von einer entspannten Angebotsituation geprägt, die auf politische und strategische Entscheidungen der bedeutendsten Förderländer zurückzuführen ist.

Analog der Beschaffungsstrategie der EWW wurden für das Gaswirtschaftsjahr 2016/17 (01.10. bis 30.09. des Folgejahres) insgesamt 40 Einzelverträge mit unterschiedlich großen Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 6 verschiedenen Lieferanten geschlossen.



Zum 01.10.2016 erfolgte im Privatkundengeschäft eine Preissenkung. Vorteile auf der Beschaffungsseite führten insbesondere für grundversorgte Kunden zu merklichen Preisreduzierungen. Die Kundenverluste bleiben trotzdem auf hohem Niveau. Im Neukundengeschäft wurden Kundengewinne durch steigende Hausanschlusskosten beeinträchtigt.

Der Verkauf von Contractinganlagen verlief im dritten Jahr in Folge sehr erfreulich. Mit mehr als 70 Kunden wurden Contractingverträge abgeschlossen.

Im Kundensegment Geschäftskunden bleibt es bei einer deutlichen Verstärkung des Wettbewerbs. So konnte der Verlust des größten Key-Account-Kunden ab dem 01.10.2016 nicht verhindert werden. Die Akquise von Kunden außerhalb des lokalen Umfelds wird zunehmend erfolgreicher. Es konnten im externen Gebiet höhere Kundengewinne im Gewerbekundenbereich erzielt werden. Hierzu hat der Ausbau weitere Vertriebskanäle beigetragen.

Im angestammten Gebiet ist es das Ziel, eine Balance zwischen Kundenverlusten und Kundenzugewinnen bei den Gaskunden zu erreichen. Dies ist in 2016 nur zum Teil gelungen.

Die Gasabsatzmenge im Jahr 2016 verteilt sich mit 966 GWh auf private Haushalte, mit 133 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 583 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden.

Die Erdgasabsatzmenge 2016 liegt mit rund 1.682 GWh insgesamt -89 GWh (-5 %) unter der des Vorjahres (1.771 GWh). Die Mengenabweichung resultiert überwiegend aus Kundenabgängen. Gegenüber der Prognose aus 2015 für 2016 wurden -73 GWh weniger abgesetzt, die i. W. aus höheren Kundenverlusten als budgetiert resultieren. Der Gasabsatz wurde dabei zu 27 % über RWE und zu 73 % über fremde Händler beschafft.

2.5 Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss iHv. 22,3 Mio. Euro (Vorjahr: 12,7 Mio. Euro). Im Verhältnis zur Planung iHv. 13,0 Mio. € demnach um 9,3 Mio. € erhöht. Wobei unter Berücksichtigung der Effekte aus der Pensionsrückstellungsbewertung iHv. 7,0 Mio. €, welche in der damaligen verabschiedeten Planung keinen Eingang fand, das geplante Jahresergebnis um 2,3 Mio. € aus operativen Effekten und nicht aus Neubewertungen sich verbessert aufzeigt.

Die Ertragslage wurde im Geschäftsjahr 2016 insbesondere von der Neubewertung der Pensionsrückstellungen beeinflusst. Durch die Bewertung der Verpflichtungen mit einem höheren Zinssatz ergab sich für die EWV ein positiver Ergebniseffekt iHv. 4,0 Mio. Euro, welcher dazu führte, dass entgegen dem Vorjahr nicht 5,4 Mio. Euro Zinsaufwendungen aus der Bewertung dieser Verpflichtung erfasst wurden, sondern nur 1,4 Mio. Euro. Daneben wirkt sich dieser Effekt auch auf die hierdurch erhöhte Gewinnabführung durch die regionetz aus. Hierbei ergab sich ein Ergebniseffekt iHv. 1,9 Mio. Euro. Ferner zeigt diese Ergebnisabführung entgegen dem Vorjahr keinen Aufwand iHv. 15,1 Mio. Euro, sondern einen Ertrag iHv. 3,8 Mio. Euro. Wesentlicher Grund hierfür ist die Netzübertragung, welcher die Ergebniseffekte aus dem Netzeigentum (Eigenkapitalverzinsung) in der regionetz entstehen lässt. Daneben ergaben sich schließlich im Geschäftsjahr Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen iHv. 3,1 Mio. Euro.

Die auf die wesentlichen Posten reduzierende Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2016		2015		Veränderung	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	264.584	100,0%	286.155	100,0%	-21.571	-7,5%
Materialaufwand	-193.715	-73,2%	-189.157	-66,1%	-4.558	-2,4%
Rohergebnis	70.869	26,8%	96.998	33,9%	-26.129	-26,9%
Andere betriebliche Erträge	4.125	1,6%	3.180	1,1%	945	2970,0%
Personalaufwand	-18.394	-7,0%	-19.529	-6,8%	1.135	5,8%
Andere betriebliche Aufwendungen	-26.659	-10,1%	-38.436	-13,4%	11.777	30,6%
Betriebsergebnis	29.941	11,3%	42.213	14,8%	-12.272	-29,1%
Beteiligungsergebnis	4.327	1,6%	-14.550	-5,1%	18.877	>100,0%
Zinsergebnis	-2.346	-0,9%	-6.094	-2,1%	3.748	61,5%
Steuerergebnis	-9.640	-3,6%	-8.834	-3,1%	-806	-9,1%
Jahresüberschuss	22.282	8,4%	12.735	4,5%	9.547	75,0%

Die Umsatzerlöse nahmen um 7,5% bzw. 21,6 Mio. Euro auf 264,6 Mio. Euro ab; im Verhältnis zur Planung iHv 280,9 Mio. € ergab sich eine Abnahme iHv 16,3 Mio. €.

Wesentlicher Grund hierfür sind die gesunkenen Pächterlöse, welche aufgrund der Netzübertragung der zuvor im Eigentum der EWW stehenden Netze im Geschäftsjahr um 23,7 Mio. Euro abnahmen.

Ferner zeigt sich ein Mengeneffekt im Gasgeschäft iHv 89 GWh, welcher in Kundenabgängen begründet ist. Dies führt dazu, dass die Gaserlöse von 96,0 Mio. Euro um -6,9 Mio. Euro (-7,2 %) auf 89,1 Mio. Euro abnahmen.

Die GWh-Absatzmenge im Strom und damit die Stromerlöse stiegen von 108,3 Mio. Euro um 11,3 Mio. Euro auf 119,6 Mio. Euro (+98 GWh).

Des Weiteren sanken vor allem witterungsbedingt leicht die Erlöse aus Fernwärme und Contracting um -0,1 Mio. Euro auf 2,2 Mio. Euro.

Schließlich reduzierten sich die Materialerlöse und die Auflösung der Bau- und Hausanschlusskosten, welche aufgrund der Assetübertragung keinen Eingang mehr in den Erlösen hatten.

Der Materialaufwand nahm unterproportional zu den Umsatzerlösen um 4,6 Mio. Euro (2,4%) auf 193,7 Mio. Euro zu. Die Strombezugskosten stiegen in Korrelation zu den erhöhten Verkaufsmengen um 6,6 %. Die Gasbezugskosten hingegen reduzierten sich in Korrelation zu dem gesunkenen Gasabsatz und den Einkaufspreisen um 13,2%.

Die Netzentgelte nahmen im Stromsegment um 18,2% und im Gassegment um 1,7% zu. Die Erhöhung der Materialaufwendungen ist demnach nahezu ausschließlich auf erhöhte Netzentgelte zurückzuführen.

Das Rohergebnis liegt im Geschäftsjahr bei 70,9 Mio. Euro (Vorjahr: 97,0 Mio. Euro) bzw. 26,8% der Umsatzerlöse und unterlag einer relativen Abnahme iHv 26,9%.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten weit überwiegend Rückstellungsaufösungen iHv 3,1 Mio. € (Vj: 0,6 Mio. €).

Der Personalaufwand beträgt 18,4 Mio. Euro und reduzierte sich um 5,8%. Wesentlicher Grund hierfür sind die reduzierten Zuführungen zu den Altersversorgungsverpflichtungen aus der Bewertung der Pensionsrückstellung.

Die Abschreibungen reduzierten sich um 9,1 Mio. Euro auf 2,3 Mio. Euro aufgrund der Assetübertragung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich um 2,5 Mio. Euro bzw. 9,2%. Wobei - unter

Berücksichtigung der Vorjahresausweisänderung bezüglich der im Vorjahr unter dem außerordentlichen Ergebnis und nun in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesenen „BilMoG-Unterschiedsbetrag aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen“ – sich sogar eine Abnahme iHv 4,0 Mio. € aufzeigt. Wesentliche Gründe hierfür sind geringe Aufwendungen, welche aufgrund der Assetübertragung nicht mehr vorlagen (z. B. Gebäudekosten, Versicherungen, Energiekosten, KFZ-Kosten etc.), geringe Arbeitnehmerüberlassungsaufwendungen und insbesondere reduzierte Provisionen. Demgegenüber stehen im Wesentlichen höhere Wertberichtigungen auf Forderungen.

Das Betriebsergebnis nahm um 12,3 Mio. Euro von 42,2 Mio. Euro auf 29,9 Mio. Euro ab.

Das negative Zinsergebnis beträgt 2,3 Mio. Euro (Vorjahr: 6,1 Mio. Euro) und resultiert im Wesentlichen aus dem Zinseffekt für die Bewertung der Pensionsrückstellung. Der Zinsaufwand im Geschäftsjahr beträgt hierfür 1,4 Mio. Euro (Vorjahr: 5,4 Mio. Euro). Die Zinsaufwendungen - resultierend aus der Kreditaufnahme - liegen im Geschäftsjahr unverändert bei 0,4 Mio. Euro. Die im Geschäftsjahr vollzogene steuerliche Betriebsprüfung führte iHv 0,7 Mio. Euro zu Zinsaufwendungen.

Das Beteiligungsergebnis liegt ohne den Ergebnisabführungsvertrag mit der regionetz unverändert bei 0,5 Mio. Euro.

Die Ergebnisabführung von der Verteilnetzbetreiber-Tochtergesellschaft, die regionetz, zeigt sich im aktuellen Geschäftsjahr mit einem Betrag iHv 3,8 Mio. Euro (Vorjahr - Verlustübernahme: 15,1 Mio. Euro). Diese deutliche Zunahme resultiert überwiegend aus dem im Zusammenhang mit der Netzübertragung wegfallenden Pacht und der nun bei der regionetz in den Netzentgelten vereinnahmten Eigenkapitalzinsen.

Der Steueraufwand schlägt im Geschäftsjahr 2016 mit einem Betrag iHv 9,6 Mio. Euro (Vorjahr: 8,8 Mio. Euro) zu Buche. Die Steuerquote (Ertragssteuern/Ergebnis vor Ertragssteuern) beträgt im Geschäftsjahr 30,2% (Vorjahr: 41,00%). Wesentlicher Grund hierfür ist, dass die Neubewertung der Pensionsrückstellung steuerlich keine Relevanz hat. Ohne Berücksichtigung dieser Ergebnisbeiträge ergäbe sich eine Steuerquote iHv 38,7%.

Die Umsatzrendite liegt im Geschäftsjahr bei 8,4 % (Vorjahr: 4,5 %) und konnte um 3,9 %-Pkt. gesteigert werden. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses von 22,3 Mio. Euro wurde eine Eigenkapitalrendite (Basis: Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres) von 54,2 % (Vorjahr: 31,6 %) erzielt. Die EBIT Marge beträgt 11,3 % (Vorjahr: 14,8 %).

Unter Berücksichtigung der Sondereffekte – Bewertung der Pensionsrückstellung, Netzübertragung und Rückstellungsaufösungen – konnte das Ergebnis stabil gehalten werden.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird vor dem Hintergrund der aktuellen Winterverhältnisse von einer stabileren Ertragslage ausgegangen.

2.6 Investitionen

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände sowie in Finanzanlagen – ohne die per Buchwert erfolgte Ausgliederung der Strom- und Gasnetze in die regionetz GmbH - in Höhe 8,5 Mio. Euro (Vorjahr: 19,3 Mio. Euro inkl. Investitionen in die Netzinfrastruktur) getätigt.

Bedingt durch den Übergang des Eigentums an der Netzinfrastruktur von EWV an regionetz zum 01.01.2016 hat die regionetz in 2016 die Investitionen in die Netzinfrastruktur durchgeführt. EWV Investitionen erfolgen in den Bereichen: Energiedienstleistungen, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Finanzinvestitionen.

Bei den Investitionen in Energiedienstleistungen wurden 1,3 Mio. Euro im Segment Privat- und Geschäftskunden investiert. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Investitionen im Bereich des Anlagencontractings von Heiz- und KWK-Anlagen. Im Bereich der Finanzinvestitionen ist maßgeblich die Beteiligung an der Windpark Eschweiler Beteiligung GmbH mit 5,9 Mio. Euro zu nennen.

2.7. Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	Mio	%	Mio	%	Mio	%
Aktiva						
Anlagevermögen	142,6	84,7%	159,4	78,7%	-16,8	-10,5%
- davon Sachanlagen	12,6	7,5%	148,2	73,2%	-135,6	-91,5%
- davon Finanzanlagen	129,4	76,8%	10,2	5,0%	119,2	>100,0%
Umlaufvermögen	25,7	15,3%	42,9	21,2%	-17,2	-40,1%
- davon Forderungen aus LuL	23,3	13,8%	39,2	19,4%	-15,9	-40,6%
Rechnungsabgrenzungsp.	0,1	0,1%	0,2	0,1%	-0,1	-50,0%
	168,4	100,0%	202,5	100,0%	-34,1	-16,8%
Passiva						
Eigenkapital	50,9	30,2%	41,1	20,3%	9,8	23,8%
Sonderposten	0,0	0,0%	10,9	5,4%	-10,9	-100,0%
Rückstellungen	76,4	45,4%	108,0	53,3%	-31,6	-29,3%
- davon Pensionsrückstellungen	52,1	30,9%	55,9	27,6%	-3,8	-6,8%
Verbindlichkeiten	41,1	24,4%	31,2	15,4%	9,9	31,7%
- davon ggüüber Kreditinstituten	17,1	10,2%	9,7	4,8%	7,4	76,3%
Rechnungsabgrenzungsp.	0,0	0,0%	11,3	5,6%	-11,3	-100,0%
	168,4	100,0%	202,5	100,0%	-34,1	-16,8%

Die Bilanzsumme nahm um 34,1 Mio. Euro von 202,5 Mio. Euro auf 168,4 Mio. Euro ab.

Der maßgebliche Effekt auf der Aktivseite liegt in der Reduzierung des Anlagevermögens und in der Abnahme der Forderungen aus LuL begründet. Auf der Passivseite folgt dieser Reduzierung aus der Abnahme der Sonderposten und der Rückstellungen. Der wesentliche Grund liegt in der Assetübertragung.

Die Anlagenintensität liegt bei 84,7% (Vorjahr: 78,7%). Das wesentliche Anlagevermögen zeigt sich nun in den Anteilen an der regionetz GmbH.

Das Umlaufvermögen sank um 17,2 Mio. Euro auf 25,7 Mio. Euro. Neben der Abnahme der Umsatzerlöse und der damit einhergehenden geringeren Forderungen wurde der Einzug der Abschläge im Geschäftsjahr zur Gänze im entsprechenden Geschäftsjahr vollzogen.

Das Eigenkapital zeigt sich stark erhöht um 9,9%-Pkt. bei 30,2 % der Bilanzsumme.

Die Rückstellungen sind geprägt von den Pensionsrückstellungen, welche zum Bilanzstichtag 52,1 Mio. Euro (55,9 Mio. Euro) betragen. Diese machen nahezu 30,9 % der Bilanzsumme aus.

Die Verbindlichkeiten aus Kreditinstituten nahmen im kurzfristigen Bereich um 9,0 Mio. Euro zu und im langfristigen Bereich gemäß den Tilgungsplänen um 1,6 Mio. Euro ab.

2.8 Finanzlage

Die Gesellschaft unterhält Kreditlinien, welche temporär und für die saisonal stark volatilen Zahlungsmittelflüsse in Anspruch genommen werden.

Im Geschäftsjahr war aufgrund der Profitabilität der Gesellschaft und aufgrund der frühzeitigen Vereinnahmung von adäquaten Kundenabschlägen sowie der bestehenden Kreditlinien das finanzielle Gleichgewicht zu jeder Zeit gewährleistet.

Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Cash-Flow aus operativem Geschäft, aus der Investition- und Finanzierungstätigkeit auf:

			in Mio.	in %
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	12,5	45,9	-33,4	-72,8%
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-7,6	-15,5	7,9	-51,0%
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-14,3	-13,9	-0,4	2,9%
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-9,4	16,5	-25,9	>-100,0%
Stand Finanzmittelfonds zu Beginn des Geschäftsjahres	-2,0	-18,5	16,5	-89,2%
Stand Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	-11,4	-2,0	-9,4	>100,0%

Im Geschäftsjahr 2016 betrug der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit 12,5 Mio. Euro (Vorjahr: 45,9 Mio. Euro). Dieser positive Cash-Flow steht Zahlungsmittelabflüssen aus der Gewinnausschüttung iHv 12,5 Mio. Euro, der Tilgung von Krediten sowie Zinsen iHv 1,8 Mio. Euro sowie dem Saldo aus Einzahlungen aufgrund der Desinvestitionen und Auszahlungen für Investitionen ins Anlagevermögen iHv -7,6 Mio. Euro gegenüber.

Maße durch die Kundenabschlagszahlungen im Tarifkundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifkunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden – basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises – für die nächste Abrechnungsperiode festgesetzt. Je nach Witterung im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei EWV. Darüber hinaus kommt das mögliche geänderte Preisniveau zum Tragen, welches erst mit der Endabrechnung realisiert wird und somit erst in künftigen Abschlagszahlungen berücksichtigt wird.

Insgesamt unterliegt das Geschäft massiven Zahlungsstromschwankungen aus divergierenden Ein- und Auszahlungen.

Durch die vorliegende Kreditlinie werden diese Zahlungsstromschwankungen gedeckt.

2.9. Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2016 beschäftigte die EWV durchschnittlich 216 (Vorjahr: 212) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am Ende des Geschäftsjahres befanden sich bei EWV 29 Menschen in einer Erstausbildung. Ausgebildet wurde in den Berufen

- Industriekauffrau/-mann,
- Industriekauffrau/-mann mit integriertem Studium (PLuS),
- Industriekauffrau/-mann mit gefördertem Studium an der FOM,
- Industriekauffrau/-mann in verkürzter Ausbildung (2-jährig/“Switch“),
- Kaufmann/-frau für Büromanagement,
- Elektroniker/in für Betriebstechnik und
- Elektroniker/in für Betriebstechnik mit integriertem Studium (PLuS).

Im Berichtsjahr wurde eine Vielzahl von Berufsfelderkundungen, Schülerbetriebspraktika, Fachpraktika, Bachelor- und Masterarbeiten sowohl im kaufmännischen als auch im gewerblichen Bereich angeboten.

An ehemalige Mitarbeiter und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,6 Mio. Euro an Versorgungsbezügen gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden) belief sich auf 467.

Personalentwicklung

Im Jahr 2016 wurde mit der Entwicklung eines EWW konzernweiten Kompetenzmodells begonnen. Dieses soll als künftige Grundlage für strategische Entscheidungen und Entwicklungen im Personalbereich dienen.

Mit dem Führungskräftenachwuchs-Programm konnten wir in 2016 zum wiederholten Male unsere neuen Führungskräfte im Unternehmen willkommen heißen. Das Führungskräftenachwuchs-Programm dient im Wesentlichen dazu, die Kultur des Konzerns kennen zu lernen, ein einheitliches Führungsverständnis zu entwickeln und moderne Methoden der Personalführung zu erlernen. Gleichzeitig können sich unsere neuen Führungskräfte vernetzen.

Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz

Im Jahr 2016 wurde der Schwerpunkt „Umgang mit psychischer Belastung“ fortgeführt. Dazu wurden alle Führungskräfte im Thema „Gesund führen“ geschult. Darüber hinaus konnten die Mitarbeiter auf freiwilliger Basis an Schulungen zum Thema Resilienz teilnehmen. Diese Möglichkeit wurde rege wahrgenommen. Zur Prävention wurde in Zusammenarbeit mit einer ortsansässigen Krankenkasse ein Gesundheitstag angeboten. An diesem Tag konnten alle Beschäftigten an verschiedenen Workshops und Vorträgen zur gesunden Ernährung in stressigen Situationen, Wertschätzung und Glück teilnehmen. Auch eine Anregung zur bewegten Pause wurde geboten.

Die Aufenthaltsräume in den Dienststellen Eschweiler und Stolberg wurden gesundheitsgerecht und freundlicher gestaltet. Außerdem wurde ein Arzt- bzw. Ruheraum, sowie eine flexibel überdachte Sitzgelegenheit im Außenbereich in Eschweiler geschaffen. Im Zug des Wiederbezuges eines bisher vermieteten Gebäudeteils in Stolberg wurden die Büros ergonomisch optimal ausgestattet.

Seit 2016 gibt es bei EWW eine Konfliktberatung, die von allen Mitarbeitern in Anspruch genommen werden kann.

2.10. Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz sind für EWW Aufgaben mit hoher Priorität. Deshalb fördert EWW den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser.

EWW berät mit seinem Beratungsnetzwerk verstärkt zu den Themen Energieeinsparung, effiziente Technologien, Elektromobilität und erneuerbare Energien aktiv auf Veranstaltungen, Messen und in den Beratungszentren und Rathäusern der Region. Darüber hinaus gibt es für Privatkunden ein attraktives begleitendes Förderprogramm.

2.11. Tätigkeitsabschlüsse

Die EWW erbringt nach der Assetübertragung der Strom- und Gasnetze auf die regionetz GmbH keine Tätigkeiten mehr im Sinne des EnWG, sodass ab dem Geschäftsjahr 2016 keine Tätigkeitsabschlüsse mehr zu erstellen sind.

3. Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben. Zukünftig wird der Nachtragsbericht gemäß BilRUG ausschließlich im Anhang abgebildet.

4. Chancen- und Risikobericht

4.1 Risikomanagement

Bei EWV ist das Risikomanagementsystem auf Basis der RWE-Konzernrichtlinie „Risikomanagement“ aufgebaut.

Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWV als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt.

Im Rahmen des Systems werden die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein aktualisiertes Risikoportfolio, welches potenzielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

4.2. Absatzmarktrisiken

Im Bereich Gas wirken milde Winter reduzierend auf die Absatzmenge. Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt, sowie die zunehmende Strom-Eigenproduktion durch Solaranlagen auf Dächern führen darüber hinaus zu einem stetig steigenden Absatzverlust. Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle Absatzrisiken sowie abnehmenden Kundenzahlen und reduzierter Margengenerierung bedingt durch steigenden Wettbewerb.

4.3. Beschaffungsmarktrisiken

Zum Management der Risiken der Energiebeschaffung wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden.

Das begleitende, regelmäßig tagende Risikokomitee überwacht die Einhaltung der Vorgaben und analysiert, bewertet und steuert die Risiken.

Die für das Jahr 2017 benötigten Strom- und Gasmengen wurden überwiegend bereits im Laufe der Jahre 2014 bis 2016 zu marktgerechten Preisen gekauft. Im Sinne einer Risikodiversifikation wurden Geschäftsabschlüsse mit verschiedenen Lieferanten zu unterschiedlichen Kaufzeitpunkten durchgeführt. Als Ergebnis eines professionellen Portfoliomanagements wurden einerseits standardisierte Handelsprodukte beschafft und andererseits auch speziell auf die Bedürfnisse der EWV angepasste Produkte gekauft. Für die Lieferjahre 2018 bis 2020 sind ebenfalls bereits Mengen entsprechend der Risikodiversifikation beschafft worden.

4.4. Betriebsrisiken

Betriebsrisiken können aus betrieblich-technischen Einflüssen entstehen, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens behindern. Die unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl von operativen Prozess- und Projektrisiken mit sich. Beispiele hierfür sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im Netz-, EDV- oder administrativen Bereich. Trotz Einleitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung sind Betriebsrisiken jedoch nie gänzlich ausschließbar.

Generell schützt die EWW sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

4.5 Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsstromschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWW und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWW und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht. Die von der EWW voraussichtlich benötigten Kreditlinien wurden und werden von den Banken jederzeit zur Verfügung gestellt.

Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften; nennenswerte ErgebnISRückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch ein implementiertes internes Kontrollsystem und der laufenden Überwachung der Beteiligungen.

4.6 Umfeldrisiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Dabei bestehen zwischen Umfeldrisiken im regulatorischen Bereich und Absatzmarktrisiken enge wechselseitige Beziehungen.

Durch die Regulierungspraxis der Bundesnetzagentur drohen weiterhin negative Einflüsse auf das Betriebsergebnis.

Im Rahmen des Risikokomitees werden aktuelle Risiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen beschlossen.

Ebenso führen die Regelungen des EEG (Erneuerbares Energien Gesetz) zu fortwährenden Kostensteigerungen im Stromsegment in Folge des Kostenwälzungsmechanismus bei der Förderung des Ausbaus der neuen Energien (Einspeisevergütung und in Folge EEG Satz). Diese Kostensteigerungen können z.T. durch den EWW Vertrieb nur begrenzt im Markt weitergeben werden. In Folge der Förderung der dezentralen Stromerzeugung wächst insbesondere der Ausbau der Erneuerbaren Energien und damit der Grad der Eigenproduktion bzw. des Eigenverbrauchs. Damit sinkt der Stromabsatz im Bestandskundensegment.

4.7. Risiko-Portfolio

Zweimal jährlich wird das Risiko-Portfolio der EWW aktualisiert und dem Risikokomitee innerhalb des Führungskreises der EWW vorgestellt. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen

- Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Prozent) in den Ausprägungen:

- Niedrig (>1 bis 10 %)
- Mittel (>10 bis 20 %)
- Hoch (>20 bis 50 %)
- Sehr Hoch (>50 bis 100 %)

und

- Schadensklassen im Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses in den Ausprägungen:

- Gering (0 bis 10 %)
- Mittel (>10 bis 20 %)
- Schwerwiegend (>20 bis 50 %)
- Kritisch (>50 %)
- Existenzbedrohend (ohne %-Angabe).

Die Wesentlichkeitsgrenze wurde für die EWV auf 1,2 Mio. Euro p.a. festgelegt. Ferner wurde in 2015 beschlossen, nur noch Risiken ab einer Nettoschadenshöhe von 0,5 Mio. Euro oder einer Eintrittswahrscheinlichkeit > 50 % im Risikokatalog zu erfassen.

Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der EWV nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind. Folgende Risiken wurden als wesentlich eingestuft:

1. Weitergabe von gesetzlichen Preisbestandteilen in Verträgen nicht möglich (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“), (1,2 Mio. Euro)

Mit In-Kraft-Treten der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) am 08.11.06 ist die Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Elektrizitätsversorgung von Tarifkunden (AVBEltV) außer Kraft getreten. Dadurch besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass der im Wege von Allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbarte Haftungsmaßstab nach Ablauf einer sechsmonatigen Übergangsfrist, unwirksam ist. Betroffen sind Verträge außerhalb des Anwendungsbereiches der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) also außerhalb der Niederspannung. Bei Kunden, die das Anpassungsbegehren und die Verträge zurückweisen, kann ein konkludentes Verhalten mit Sicherheit nicht unterstellt werden. Im Falle einer Versorgungsstörung, die regionetz als Netzbetreiber zu verantworten hat, würde regionetz diesen Kunden gegenüber unbegrenzt gemäß BGB haften.

2. *Absinken der spezifischen Margen Gas (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (1,0 Mio. Euro)*

Durch Einsparverhalten, Substitution von Erdgas durch andere Energieträger, Investitionen in Wärmedämmung und Energietechnik sowie durch den allgemeinen Temperaturanstieg (Gas) besteht das Risiko, dass die Margen sinken.

3. *Politische Krisen (Schadensklasse „Gering/Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (2,0 Mio. Euro)*

Hier besteht das Risiko, dass aus aktuellen Krisenregionen der Erde infolge politischer Instabilitäten die Erdgaslieferungen nach Deutschland eingeschränkt oder gar gestoppt werden.

4. *Kartellrechtliche Risiken (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (1,5 Mio. Euro)*

Allgemeine kartellrechtliche Risiken sind mittelfristig im Segment Wärmespeicherkunden nicht ganz auszuschließen.

4.8. Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

5. Prognosebericht und Chancen

5.1. Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Für das Jahr 2017 geht die Gesellschaft von einem normalen Temperatur- und Absatzverlauf aus. Bei der Energieart Strom wird im Bereich Wärme (Nachtspeicherheizung) ebenfalls von einem normalen Temperaturverlauf ausgegangen. Besondere konjunkturelle Effekte für 2017 werden nicht unterstellt.

In Zukunft wird es Aufgabe der EWW sein, die Kunden bei der Energiewende zu begleiten, und die sich bietenden Chancen bei dem Umbau des Energiemarktes durch ein Angebotsportfolio adäquater Leistungen und Produkte zu nutzen.

5.2. Strategische Entwicklung der EWW

Auf- und Ausbau neuer Geschäftsfelder

Im Jahr 2016 hat EWW den Ausbau der „neuen“ Geschäftsfelder Dienstleistungen, Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien weiter vorangetrieben. Im Geschäftskundensegment wurden für rund 1 Mio. € Contractingprojekte im Bereich von Heizungs- und KWK-Anlagen akquiriert und umgesetzt. Darüber hinaus wurde bei einer Reihe von Kunden das Energiemonitoringsystem EMSO mit begleitendem Messstellenkonzept eingeführt bzw. umgesetzt, mit dem sich der Energieverbrauch aufgeschalteter Messstellen überwachen und steuern lässt. Für 12 Kunden mit insgesamt rund 50 Niederlassungen wurden Energieaudits gemäß § 8 EDL-G (Energiedienstleistungs-Gesetz) durchgeführt.

Auch der Dienstleistungsvertrieb im Privat- und Gewerbekundensegment wurde weiter ausgebaut. Hier werden neben dem Heizungsanlagen-Contracting, PV Anlagen nebst Speicher sowie Ladestationen für Elektromobilität vermarktet. Entgeltliche Beratungsdienstleistungen werden außerdem mit steigenden Beratungszahlen über das Beratungszentrum effeff.ac in Aachen angeboten.

Das Geschäftsfeld Elektromobilität verspricht in naher Zukunft – aufgrund umweltpolitischer Rahmenbedingungen und der damit verbundenen vermehrten Ausrichtung der Automobilkonzerne auf E-Fahrzeuge - eine zunehmend positive Entwicklung. EWW erfüllt mit den im Konzernumfeld verfügbaren Leistungen und Produkten die Grundvoraussetzungen für eine Teilhabe an der Entwicklung.

Kooperationen

Im Bereich der erneuerbaren Energien werden gemeinsam mit der GREEN Projekte im Bereich Wind und Photovoltaik entwickelt sowie Dienstleistungen vermarktet.

Die Marktpartnergruppen Elektro, SHK, Bezirksschornsteinfeger, Architekten/beratende Ingenieure und Großhändler sind in der regioenergiegemeinschaft, einer in den Gebietskörperschaften Städteregion Aachen, Kreis Heinsberg, Kreis Düren agierender Energiegemeinschaft, organisiert. EWW ist gemeinsam mit den Stadtwerken Jülich Gründungsmitglied der Marktpartnergemeinschaft und stellt den Vorsitzenden des Vorstands. Die STAWAG ist in einem zweiten Schritt ebenfalls der Marktpartnergemeinschaft beigetreten.

Das im Oktober 2011 durch die regioenergiegemeinschaft mit Unterstützung der drei Energieversorger EWW GmbH, Stadtwerke Aachen AG und der Stadtwerke Jülich GmbH und dem regionalen Handwerk eröffnete Beratungszentrum effeff.ac in Aachen ist gut im Markt etabliert. Das Beratungs- und Vertriebsnetzwerk bietet den privaten Kunden ein umfangreiches Leistungsspektrum. Den beteiligten Handwerkern dient das effeff als Auftragsvermittlungsplattform. Die Zahl der Kundenberatungen und der Umfang der vermittelten Leistungen steigt stetig. Ebenso steigt die Zahl der Marktpartner.

EWW ist u.a. mit 6,58 % der fünftgrößte kommunale Anteilseigner der Green GECCO Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, die zu 49 % an der Green GECCO GmbH & Co. KG beteiligt ist. Mehrheitsgesellschafter, mit einem Anteil von 51 %, ist RWE Innogy GmbH. Insgesamt betreibt Green GECCO GmbH & Co. KG 5 große Windparks (Schottland (An Suidhe), Schleswig-Holstein (Süderdeich und Hörup), Niedersachsen (Düshorner Heide) und Nordrhein-Westfalen (Titz)) fortgesetzt. Neue Projekte sind nicht geplant.

5.3. Ausblick

Konjunktur

Nach ersten Prognosen wird die globale Wirtschaftsleistung 2017 voraussichtlich um rund 3% steigen. Die konjunkturelle Erholung des Euro-Raums dürfte sich im Prognosezeitraum voraussichtlich fortsetzen und das Bruttoinlandsprodukt um rund 1,5% steigen. Vergleichbar dazu scheinen die Perspektiven für die deutsche Volkswirtschaft zu sein: Nach einem Wachstum von 1,9% in 2016 hält der Sachverständigenrat für 2017 einen weiteren Anstieg der Wirtschaftsleistung im Bereich von 1,3% für möglich. Stimulierende Impulse werden insbesondere durch die robuste Beschäftigungssituation und die gestiegenen verfügbaren Einkommen erwartet, die den privaten Konsum weiter ansteigen lassen sollten.

Strom- und Gasnachfrage

Nachdem die Temperaturen im Jahr 2016 über dem langjährigen Mittel lagen, dürfte im Fall eines Jahres 2017 mit normalen Temperaturen der witterungsabhängige Teil der Gas- und Stromnachfrage stimuliert werden. Der konjunkturabhängige Teil der Strom und Gasnachfrage sollte aufgrund der Wirtschaftswachstumsaussichten das Vorjahresniveau überschreiten. Diesen Impulsen werden voraussichtlich wieder dämpfende Einflüsse eines immer effizienteren Energieeinsatzes gegenüberstehen. Ein positiver Einfluss auf die Gasnachfrage ist im Hinblick auf die erwartete Entwicklung der CO₂- und Kohlepreise bei gleichzeitig relativ günstigen Gaspreisen zu erwarten, die die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes von Gas in der Stromerzeugung weiterhin unterstützen sollte.

Energiepreise

Bei den international gehandelten Commodities Öl und Kohle notieren die Forward-Kontrakte für das Jahr 2017 bei zuletzt (04.01.2017) rund 57 \$/bbl bzw. 69 \$/t und damit etwa 31% bzw. 15% über den Preisniveau des Jahres 2016. Gas-Forwardkontrakte (TTF) für 2017 werden zur Zeit mit rund 18 €/MWh und somit rund 28% über dem Spotpreis-Niveau des Vorjahres bewertet. Auch für CO₂-Zertifikate werden aktuell höhere Preise erwartet: Forwards für 2017 liegen mit 5,7 €/t rund 7% über den durchschnittlichen Spotmarkt-Preisen von 2016. Im Strommarkt notiert der Base-Forwardkontrakt mit durchschnittlich rund 33 €/MWh ca. 14% über den durchschnittlichen Spotmarkt-Preisen von 2016, während der Peak-Forwardkontrakt mit knapp 41 €/MWh rund 28% über dem durchschnittlichen Peakpreis des vergangenen Jahres liegt.

EWW Schwerpunkte

Das Jahr 2017 wird sehr stark durch die anstehende Kooperation im Netzbereich geprägt sein. Die geplante Kooperation führt nicht nur gesellschaftsrechtlich, sondern auch operativ zu deutlichen Veränderungen bei EWW. Nach dem Zielmodell der Kooperation wird die EWW in der Rolle des kaufmännischen Betriebsführers inkl. der Personalbetreuung und Abrechnung, sowie in der Rolle eines ausgeprägten IT Dienstleisters eine völlig neue Ausrichtung bekommen. Im Rahmen der Kooperation ist hierfür eine Migration des kooperierenden Netzbetriebes auf das SAP System der EWW geplant. Im Gegenzug wird der Teil der Netzabrechnung der heutigen regionetz zum Dienstleister des kooperierenden Netzbetreibers übergehen.

Die Bindung unserer Kunden durch ein sehr gutes Image, exzellenten Service, wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen, sowie die Entwicklung unserer Kunden durch „up-selling“ und „cross-selling“ stehen im Mittelpunkt der vertrieblichen Arbeit. Die dazu benötigten detaillierten Kenntnisse über die Bedürfnisse der Kunden, den Grad ihrer Zufriedenheit mit den EWV-Produkten und Leistungen werden sukzessive erarbeitet und/oder ausgebaut. Weitere Optimierungen im Produkt- und Leistungsportfolio sowie bei den Vermarktungs-, Einkaufs- und Verkaufsprozessen sind geplant. Durch die konsequente Intensivierung der Vertriebsarbeit wird der Ansatz verfolgt, jeden Kundenkontakt und jede Referenz aktiv als vertriebliche Chance nutzen.

Der Vertrieb verfolgt das Ziel, die Kundenbasis und den Produktverkauf in allen Kundensegmenten innerhalb und schrittweise außerhalb der Region auszubauen. Dazu wurden neue Vertriebskanäle erschlossen und effiziente Prozesse entwickelt. Das Prozessmanagement der vertrieblichen Kern- und Subprozesse wurde dazu weiter optimiert.

Die Digitalisierung beeinflusst zunehmend die Geschäftsprozesse und die Marktbearbeitung der EWV. Die Digitalisierung von Prozessen soll ein wesentliches Instrument zur Verbindung von Kundenorientierung und Effizienz sein. Deshalb engagiert sich EWV in dem regionalen „Digital Hub“ und bei konzernweiten Digitalisierungsprojekten.

In den Bereichen der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz wird die Rolle als Projektierer, Produzent, Investor, Dienstleister oder Vermarkter gestärkt und weiter ausgebaut.

Die Umsatzerlöse der EWV werden auf Grundlage der Planung und der in ihr verarbeiteten Absatzerwartungen in 2017 250,7 Mio. Euro betragen. Der Rückgang der Umsatzerlöse resultiert u.a. aus einem sinkenden Gasabsatz. Für 2017 ist geplant, 697 GWh Strom und 1.532 GWh Gas abzusetzen. Dabei wird in 2017 mit Stromerlösen i.H.v. 119,1 Mio. Euro und Gaserlösen i.H.v. mit 80,2 Mio. Euro geplant. Das Ergebnis der regionetz ist in der Planung für 2017 mit 2,5 Mio. Euro unterstellt. Der Jahresüberschuss (ausschüttungsfähiges Ergebnis nach Steuern) wird in 2017 gemäß Planung ca. 13,5 Mio. Euro betragen. EWV strebt in 2017 an, ca. 3,3 Mio. Euro zu investieren.

6. Öffentliche Zweckerfüllung

Aufgabe der EWV ist die Sicherstellung der Versorger mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüberhinaus trägt die EWV Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWV hat sich im Geschäftsjahr 2016 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

Stolberg, den 30. Januar 2017

EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH

Die Geschäftsführung

(Manfred Schröder)

enwor – energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath

Allgemeine Angaben

Firma	enwor - energie & wasser vor ort
Sitz	Kaiserstraße 86 52124 Herzogenrath
E-Mail	info@enwor-vorort.de
Homepage	www.enwor-vorort.de
Rechtsform	GmbH
Gesellschaftervertrag	31.08.2016 in der derzeit gültigen Fassung letzte Änderung 12.12.2016
Geschäftsführer	Dipl.-Kfm. Herbert Pagel Dipl.-Ing. Reinhold Hüls
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung
Stammkapital	21.007.400 €
Anteil der Stadt in €	550.250 €
Mitarbeiter	318

Gesellschafter

StädteRegion Aachen	55,810%
Stadt Herzogenrath	27,896%
Stadt Würselen	11,891%
Stadt Alsdorf	2,619%
Städt. Wasserwerk Eschweiler	1,522%
Stadt Baesweiler	0,250%
Ost-West GmbH	0,006%
1 ehem. Aktionär	0,006%

Wesentliche Beteiligungen

Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, Roetgen	50,00%
enwor - wärme vor ort GmbH, Herzogenrath	100,00%
Wärmeversorgung Würselen GmbH, Würselen	49,00%
Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH, Aachen	30,00%
Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH	100,00 %

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Durchführung aller damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen, die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaften eingehen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundbedürfnissen wie der Bereitstellung von Energie ist im weitesten Sinne einer der Grundstücke der Daseinsvorsorge, für welche eine Gemeinde gesetzlich und auch zweckmäßig als Institution arbeitet.

Darüber hinaus handelt es sich bei der *enwor- energie und wasser vor ort* GmbH um ein gewinnbringendes und nicht defizitäres Unternehmen. Dem Haushalt der Stadt kann in diesem Rahmen jährlich jeweils ein Gewinnanteil zugeführt werden und wird somit zusätzlich unterstützt.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.511.871,00	3.791.845,00	4.270.124,00
II. Sachanlagen	120.970.220,00	118.821.456,00	117.287.849,00
III. Finanzanlagen	38.707.181,24	35.272.694,23	31.847.784,02
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.065.835,31	1.253.559,49	1.305.286,46
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.907.340,69	12.625.604,60	15.504.041,88
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	813.287,44	356.610,86	21.091,03
C. Rechnungsabgrenzungsposten	338.944,00	324.445,15	434.761,66
	179.314.679,68	172.446.215,33	170.670.938,05

Passivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	22.325.000,00	21.007.400,00	21.007.400,00
II. Kapitalrücklage	8.508.107,57	3.555.707,57	3.555.707,57
III. Gewinnrücklagen	10.046.069,08	9.996.040,71	9.765.420,77
IV. Jahresüberschuss	8.612.812,73	8.050.028,37	8.230.619,94
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	15.019.679,00	14.437.022,00	13.547.928,00
C. Rückstellungen	75.932.908,96	71.561.912,44	65.023.761,51
D. Verbindlichkeiten	37.290.788,20	41.593.196,10	46.507.510,19
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.579.314,14	2.244.908,14	3.032.590,07
	179.314.679,68	172.446.215,33	170.670.938,05

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Umsatzerlöse	124.255.175,28	123.402.604,66	127.511.425,96
Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-27.578,54	-58.062,12	36.471,65
Andere aktivierte Eigenleistungen	2.224.964,00	1.938.197,00	1.634.079,00
Sonstige betriebliche Erträge	984.496,28	7.454.995,85	7.783.150,36
Materialaufwand	73.217.284,84	69.088.636,26	77.874.490,93
Personalaufwand	21.522.261,90	26.252.991,29	22.475.301,63
Abschreibungen	8.845.204,00	8.801.766,00	8.744.080,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.741.175,83	13.284.263,43	12.798.799,70
Erträge aus Beteiligungen	580.512,18	1.037.061,82	923.499,51
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	882.690,26	1.042.311,48	424.937,11
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	7.956,30	10.372,25	31.751,03
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.114.002,58	835.237,13	559.749,70
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.914.450,53	4.122.638,94	4.229.083,09
außerordentliche Aufwendungen		506.748,00	422.152,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.286.501,83	5.638.370,64	4.189.955,19
Ergebnis nach Steuern	6.463.824,26	7.967.303,51	8.171.201,78
Sonstige Steuern	-2.148.988,47	-82.724,86	-59.418,16
Jahresüberschuss	8.612.812,73	8.050.028,37	8.230.619,94

Kennzahlen	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
Eigenkapitalquote	33,20%	30,60%	30,88%
Fremdkapitalquote	66,78%	69,40%	69,12%
Anlagendeckung I	30,33%	26,99%	27,94%
Anlagendeckung II	97,98%	95,44%	94,96%

Anzahl der Mitarbeiter	322
-------------------------------	-----

Angaben zu den sonstigen finanziellen Verpflichtungen

	TEuro
Verpflichtungen aus Strombezugsverträgen	7.200
Verpflichtungen aus Kohleswaps Trianel Kohlekraftwerk Lünen	455
Verpflichtungen aus CO ₂ -Zertifikaten Fahrplan 5-MW-Base-RWE	210
Verpflichtungen aus CO ₂ -Bestellungen	4

Zu dem mit der Trianel Windkraft Borkum GmbH & Co. KG geschlossenen Darlehensvertrag vom 15.12.2010 lagen bis zum Berichtstag 7 Änderungsverträge vor. In 2012 wurde erstmals die Additional-Equityfazilität i. H. v. 710.296,47 Euro abgerufen. In 2014 wurden die Contigent-Equityfazilität i. H. v. 723.108,90 Euro sowie die weitere Additional-Equityfazilität i. H. v. insgesamt 1.593.388,45 Euro abgerufen. Der verbleibende Anteil der Additional-Equity-Equityfazilität 5 i. H. v. 432.602,16 Euro wurde im Mai 2014 gezahlt. Die in 2013 gezahlte SHL-Barsicherheitenfazilität i. H. v. 23.959,73 Euro wurde im August 2014 zurückgezahlt.

Zu dem mit der Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG geschlossenen Darlehensvertrag vom 16.03.2015 wurde am 14.12.2015 eine Betriebsmittelfazilität i. H. v. 99.275,56 Euro abgerufen. Aufgrund der Treuhandvereinbarung vom 16.03.2015 wurde am 23.04.2015 eine Refinanzierungsfazilität i. H. v. 723.344,14 Euro gezahlt.

Darüber hinaus bestehen finanzielle Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen aus dem zwischen der Gesellschaft als Organträger und der enwor – wärme vor ort GmbH als Organgesellschaft abgeschlossenen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag vom 17. Mai 2006 in der Neufassung vom 01.06.2010 auf Grund einer möglichen Verlustabdeckung, sowie langfristige Wasser- und Gasbezugsverträge und Konzessionsverträge, die allerdings zum Bilanzstichtag nicht quantifizierbar sind.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt. Der Gewinn betrug für:

a) 2014	176.384,68 €
b) 2015	176.384,68 €
c) 2016	176.384,04 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2014	32,06%
b) 2015	32,06%
c) 2016	32,06%

Die enwor GmbH zahlte Konzessionsabgaben für Wasser in Höhe von:

a) 2014	659.995,01 €
b) 2015	676.029,89 €
c) 2016	676.344,73 €

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Jeder Gesellschafter entsendet je einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 25.06.2014) Vertreter: Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 25.06.2014)
-------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Zusammengefasster Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

1. Grundlagen des Konzern/Unternehmens Öffentliche Zwecksetzung und Zweckerreichung

Als kommunales Unternehmen stellt die enwor – energie & wasser vor ort GmbH (Mutterunternehmen) zusammen mit den von ihr betriebsgeführten und in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften enwor – wärme vor ort GmbH (Tochterunternehmen) und WAG Wassergewinnungs- und –aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (Gemeinschaftsunternehmen) die Versorgung weiter Teile der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit Trinkwasser, Strom, Gas, und Wärme als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge sicher. Darüber hinaus fühlt sich enwor als Arbeitgeber, als Ausbildungsbetrieb sowie als Auftraggeber für Wirtschaft und Handwerk in der Region und als Sponsor insbesondere für die Jugendarbeit im Versorgungsgebiet dem Gemeinwohl verpflichtet. Die enwor hat im Geschäftsjahr 2016 die hiermit verbundenen Maßnahmen erfolgreich umgesetzt.

Die interne Steuerung ist auf sämtliche Konzernbereiche ausgerichtet. Die enwor verfügt über einen eng verzahnten Strategie- und Planungsprozess. Aufbauend auf den Ergebnissen der Strategiesitzung des Aufsichtsrates, die in der Regel im Herbst jedes Jahres durchgeführt wird, entwickelt die Geschäftsführung die mittelfristigen Wirtschaftsplanung, welche die Konzernplanung einschließlich der Planung der Geschäftsfelder umfasst. Die Geschäftsstrategie wird dann dem Aufsichtsrat in Form einer kurz- und mittelfristigen Planungsrechnung zur Genehmigung vorgelegt (in der Regel in der letzten Sitzung des Jahres).

Sofern nichts anderes gesagt wird, beziehen sich die Angaben auf den Einzel- und Konzernabschluss der enwor – energie & Wasser vor ort GmbH.

Es gelten die folgenden Abkürzungen:

enwor	enwor – energie & Wasser vor ort GmbH
enwor-wärme	enwor – wärme vor ort GmbH
FTTH	Fibre-to-the-home (Glasfaser bis in die Wohnung)
LWL	Lichtwellenleiter
TEE	Trianel Erneuerbare Energien GmbH
TGH	Trianel Gaskraftwerk Hamm- GmbH & Co. KG
TKK	Trianel Kraftwerk Krefeld Projektgesellschaft mbH & Co. KG
TKL	Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG
TOW	Trianel Onshore Windkraft GmbH & Co. KG
TWA	Trinkwasseraufbereitungsanlage
TWB II	Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG
WAG	Wassergewinnungs- und –aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Überblick – Politische und wirtschaftliche Entwicklung

Im 2016 war die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin von Stabilität geprägt, was auch auf die Branchenentwicklung der Energie- und Wasserversorgung zutrifft. Bei weiterhin hoher Beschäftigung in Verbindung mit einer niedrigen Inflationsrate und Tarifabschlüssen mit Reallohnsteigerungen hat sich vor allem der private Konsum zu einer tragenden Säule der Wirtschaft entwickelt. In diesem Umfeld hat sich auch die enwor – energie & Wasser vor ort GmbH mit ihren operativen Geschäftsfeldern in der Strom-, Gas- und Wasserversorgung sehr gut behauptet.

Die politische Berichtserstattung war in 2016 durch zahlreiche Kriegs- und Terrorschauplätzen in der ganzen Welt gekennzeichnet. Auch wenn dadurch die Energiewirtschaft in den öffentlichen Schlagzeilen in 2016 kaum vorkam, so hat die Politik als Gesetzgeber jedoch auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die weitere Entwicklung unserer Branche nachhaltig geprägt. So wird das Jahr 2016 in die Geschichte der deutschen Energiewirtschaft als das Jahr eingehen, in dem das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende in Kraft trat. Vor allem das neue Messstellenbetriebsgesetz wird neben dem schrittweisen Aufbau der Smart-Meter-Infrastruktur und der

Umsetzung der neuen Regeln zur Marktkommunikation bis hin zu den Vorschriften der buchhalterischen Entflechtung große Herausforderungen in technischer Installation, elektronischer Datenkommunikation und sachgerechter Verbrauchsabrechnungen für alle Energieversorgungsunternehmen bringen. Die enwor wird diese Herausforderungen der sogenannten Energiewirtschaft 2.0 gemeinsam mit Kooperationspartnern angehen, deren Vorauswahl und Leistungsbeschreibung im Geschäftsjahr 2016 erfolgt ist.

Aber auch außerhalb des operativen Geschäftes konnte die enwor im Geschäftsjahr 2016 wichtige Entscheidungen vorbereiten, die die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens auch langfristig absichern. So konnte sich enwor nach 2-jährigem Wettbewerb erfolgreich bei der Neuvergabe der Konzessionen für Strom und Gas in Herzogenrath durchsetzen und hat nach einstimmiger Ratsentscheidung die neuen Konzessionsverträge mit einer Laufzeit bis zum 30. Juni 2037 im Mai 2016 unterschrieben. Auch ein Eckpunktpapier zu den langfristigen Liefer- und Leistungsverträgen zwischen der enwor und der WAG Wassergewinnungs- und –aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, die überwiegend zum 31.12.2017 auslaufen, konnte nach fast 3-jähriger Verhandlungsphase im Dezember 2016 neu vereinbart werden. Bei teils 10- und 20-jähriger Laufzeit sichert sich enwor im Bereich der Wassergewinnung auch weiterhin eine starke Position. Die Versorgung mit Trinkwasser in der Stadt Übach-Palenberg findet derzeit noch auf Basis einer Interimsvereinbarung statt, da die Ende 2016 einstimmig durch den Rat der Stadt erfolgte Neuvergabe der Wasserkonzession an die enwor durch einen im Verfahren unterlegenen Bieter rechtlich angegriffen wurde. Im Dezember 2016 erfolgte der Gesellschafterbeitritt der Stadt Übach-Palenberg zur enwor.

Das Geschäftsjahr 2016 war bei der enwor also stark von strategischen Weichenstellungen geprägt, so dass der positive operative Geschäftserlauf in der Wahrnehmung fast etwas in den Hintergrund getreten ist. Die Wassersparte hat bei konstanten Bezugskosten und unveränderten Abgabepreisen von einer witterungsbedingt im Vergleich zum Vorjahr leicht höheren Wasserabgabe profitiert. Dem gegenüber gab es in der Gaswirtschaft ebenfalls witterungsbedingt einen geringeren Absatz als im Jahr 2015, was bei einer gleichzeitigen Absenkung der Endkundenpreise im Jahr 2016 zu einem leichten Rückgang der Rohmarge geführt hat. Ähnlich verhält es sich auch bei der Stromversorgung, bei der die Entscheidung der enwor, die weiter gestiegenen Steuer- und Abgabenlasten nicht auf den Strompreis für die Endkunden zu überwälzen, ebenfalls zu einem leichten Rückgang der Rohmarge geführt hat.

In der Gesamtschau aller unserer wirtschaftlichen Aktivitäten in allen Wertschöpfungsstufen der Versorgungswirtschaft hat auch das Geschäftsjahr 2016 erneut gezeigt, dass die enwor mit ihrer Strategie der diversifizierten Unternehmensaufstellung sehr stabil aufgestellt ist, um normale Schwankungen einzelner Geschäftsbereiche im Gesamtergebnis wieder aufzufangen und damit auch die seit Jahren bekannte hohe Ergebnisstabilität wieder zu erreichen.

Nachfolgend wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage näher dargestellt.

Zur Steuerung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bedient sich die Gesellschaft sowohl finanzieller als auch nicht finanzieller Leistungsindikatoren. Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren sind:

- Umsatzerlöse
- Rohertrag
- Investitionen
- Jahresüberschuss

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind:

- Absatzmengen Strom, Gas, Wasser
- Kundenentwicklung

Zusammenfassend war die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor in 2016 jederzeit geordnet.

2.2 Ertragslage

Das Geschäftsergebnis des Konzerns ist mit 10,5 Mio. € höher als das Ergebnis des Vorjahres ausgefallen.

Auch das Geschäftsergebnis der Muttergesellschaft enwor des Geschäftsjahres 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 8,6 Mio. € über dem Vorjahresniveau ab und bestätigt die bei enwor seit Jahren hohe Ergebniskonstanz. Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, einen Betrag in Höhe von 8,5 Mio. € an die gewinnbezugsberechtigten Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Jahresüberschuss in Höhe von 112 T€ auf neue Rechnung vorzutragen.

Die operativen Geschäftsfelder haben sich auch im Geschäftsjahr 2016 positiv entwickelt.

Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse ist in den nachfolgenden Darstellungen zu den einzelnen Bereichen dargestellt. Insgesamt sind die Umsatzerlöse der enwor im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Mio. € im Vorjahr auf 124,6 Mio. gestiegen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass aufgrund des erstmalig anzuwendenden Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) verschiedene Positionen, welche im Vorjahr unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen waren, nunmehr unter den Umsatzerlösen gezeigt werden. Die ist unter anderem Fall bei Erlösen aus Vermietungen und Verpachtungen sowie bei periodenfremden Erlösen.

Korrespondierend dazu sind ebenfalls die Materialaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um 4,1 Mio. € auf 73,6 Mio. € gestiegen. Hier werden aufgrund BilRUG erstmalig die Konzessionsabgaben und bezogene Leistungen aus den sonstigen betrieblichen Aufwendungen umgegliedert. Das Rohergebnis ist somit im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig und die Materialaufwandsquote im Geschäftsjahr 2016 hat 55,29 % betragen.

Der Personalaufwand ist deutlich um 4.730 T€ auf 21.522 T€ gesunken. Ursächlich hierfür ist der erstmals im Geschäftsjahr 2016 für die Bemessung der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen anzuwendende HGB-Rechnungszins mit einer 10-jährigen Durchschnittszinsperiode. Die Abschreibungen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind auf Vorjahresniveau geblieben. Für einen seit 2016 anhängigen Rechtsstreit wurde eine angemessene Rückstellung gebildet.

Eine detailliert Übersicht zu den Erlös- und Aufwandspositionen ergibt sich aus dem veröffentlichten Spartenabschluss.

Die Entwicklung im Strombereich

Strom Netz

enwor ist Netzbetreiber Strom in den Städten Herzogenrath und Würselen und betreibt dort über ein rund 1.112 km langes Leitungsnetz (Vorjahr 1.105 km) mit insgesamt 25.633 Anschlüssen (Vorjahr 25.575).

Die Jahresnetzlast liegt mit 310,4 Mio. kWh etwas unter dem Vorjahreswert von 324,0 Mio. kWh, was hauptsächlich durch geringeren Absatz von Wärme-Strom sowie nach der LED-Umstellung durch geringeren Stromabsatz durch die Straßenbeleuchtung begründet ist. Die Durchleitungsmengen für Fremdlieferanten sind im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 mit 140,2 Mio. kWh im Vergleich zum Vorjahreswert von 139,8 Mio. kWh nahezu konstant.

Auch die Gesamterlöse des Stromnetzbetriebes lagen in 2016 mit 20,9 Mio. € auf dem Vorjahreswert in Höhe von 21,1 Mio. €.

Die Stadt Herzogenrath hat im Geschäftsjahr 2015/2016 einen Wettbewerb zur Neuvergabe der Stromkonzession durchgeführt (der zwischen enwor und der Stadt Herzogenrath bestehende Stromkonzessionsvertrag endet zum 30.06.2017). In einem intensiven Wettbewerbsumfeld konnte sich die enwor letztlich behaupten und im Mai 2016 einen neuen Stromkonzessionsvertrag mit der Stadt Herzogenrath mit einer Laufzeit bis zum 30. Juni 2037 abschließen. Damit ist der Geschäftsbereich Strom Netz der enwor in der bisherigen Form abgesichert.

Strom Vertrieb

Wie bereits im Vorjahr hat sich aus vertrieblicher Sicht auch im Geschäftsjahr 2016 die Stromabgabe an sämtliche Kunden der enwor von 254,3 Mio. kWh auf jetzt noch 228,8 Mio. kWh deutlich verringert. Ursächlich hierfür ist der Absatzrückgang im Out-Of-Area-Bereich von 77,0 Mio. kWh auf nunmehr 57,2 Mio. kWh. enwor zieht sich bewusst aus Teilen dieses Marktes zurück, da die bestehenden Handelsrisiken nicht mehr in einem ausgewogenen Verhältnis zu den extrem geringen Margen stehen.

Somit liegt das Rohergebnis Strom Vertrieb mit 2,7 Mio. € bedingt durch die BilRUG-Umstellung leicht unter Vorjahresniveau.

Darüber hinaus wurden vom Hauptzollamt Stromsteuerbeträge aus dem Jahr 2009 i. H. v. 1,7 Mio. € erstattet, die der Vertriebspartie zugerechnet werden.

Sonstige Stromaktivitäten

Zu den sonstigen Aktivitäten zählen die Stromerzeugung aus den Kraftwerken in Hamm und Lünen mit denen die enwor über Stromabnahmeverträge verbunden ist sowie die Straßenbeleuchtung und der Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen, die wir dieser Sparte zugeordnet haben.

Die im Geschäftsjahr 2015 durchgeführte umfassende Restrukturierung des GuD-Kraftwerkes in Hamm hat sich auch im Geschäftsjahr 2016 positiv auf die Ergebnisentwicklung der enwor ausgewirkt. Im Gegensatz zum Vorjahr war im abgelaufenen Geschäftsjahr kein Fehlbetrag mehr zu verzeichnen und auch ein von der enwor bereitgestelltes Darlehen zur laufenden Betriebsmittelfinanzierung musste nicht abgerufen werden. Nach derzeitigem Planungsstand gehen wir bis zum Geschäftsjahr 2020 von keinen weiteren Ergebnisbelastungen aus dem GuD Kraftwerk bei enwor aus.

Die Situation des Steinkohlekraftwerkes in Lünen ist und bleibt jedoch für die enwor weiter stark ergebnisbelastend. Neben dem laufenden Verlust aus dem Stromabnahmevertrag im Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 1,8 Mio. € hat die enwor zusätzlich mit einer weiteren Erhöhung der Drohverlustrückstellung ebenfalls in Höhe von 1,8 Mio. € weitere bilanzielle Vorsorge für die Zukunft getroffen.

Die bereits im Vorjahr begonnene Umstellung großer Teile unserer Straßenbeleuchtungsanlagen auf LED Technik wurde im Geschäftsjahr 2016 abgeschlossen. Über 4.000 Lichtpunkte in Herzogenrath und Würselen wurden auf LED Technik umgerüstet, was den Energiebedarf für die Straßenbeleuchtung von 3,1 Mio. kWh im Vorjahr auf nunmehr 2,5 Mio. kWh im Geschäftsjahr 2016 reduziert hat.

Eine weiterhin sehr positive Entwicklung zeigt der in 2014 neu aufgesetzte Geschäftsbereich Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen. Nach dem Start der Erschließung des Stadtgebietes Würselen mit Lichtwellenleitern (LWL) konnten im letzten Geschäftsjahr auch Folgeprojekte in großen Teilen des Stadtgebietes Alsdorf und Baesweiler abgeschlossen werden. Die Umsatzerlöse Telekommunikation stiegen entsprechend um 25 % auf nunmehr 403 T€.

Die Entwicklung im Gasbereich

Gas Netz

Die enwor betreibt das Gasnetz auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath. Die Leitungslänge wurde im Geschäftsjahr gering um einen Kilometer auf jetzt 132 km erweitert. Die Anschlussentwicklung blieb mit 94 neuen Hausanschlüssen ebenfalls weiter positiv. Witterungsbedingt ist die Gasabgabe im Netz von 209,8 Mio. kWh im Vorjahr auf jetzt 218,9 Mio. kWh angestiegen.

Im investiven Bereich gab es neben den bereits erwähnten neuen Hausanschlüssen und einer geringen Leitungsnetzerweiterung im Geschäftsjahr 2016 keine Besonderheiten.

Die Stadt Herzogenrath hat im Geschäftsjahr 2015/2016 einen Wettbewerb zur Neuvergabe der Gaskonzession durchgeführt (der zwischen enwor und der Stadt Herzogenrath bestehende Gaskonzessionsvertrag endet zum 30.06.2017). In einem intensiven Wettbewerbsumfeld konnte sich die enwor letztlich behaupten und im Mai 2016 einen neuen Gaskonzessionsvertrag mit der Stadt Herzogenrath und einer Laufzeit bis zum 30. Juni 2037 abschließen. Damit ist der Geschäftsbereich Gas Netz der enwor langfristig abgesichert.

Gas Vertrieb

Die zunehmende Wettbewerbsintensität im Gasmarkt hat sich auch im Geschäftsjahr 2016 unvermindert weiter entwickelt. Zwar konnte die enwor die Anzahl der Out-Of-Area-Lieferstellen mit 1.493 im Vergleich zum Vorjahr (1.472) leicht steigern, jedoch haben sich im eigenen Netzgebiet ebenfalls mit 1.793 Lieferstellen mehr Kunden als im Vorjahr durch fremde Versorger beliefern lassen. Die Gasabgabe an Kunden ist dadurch per Saldo von 215,3 Mio. kWh im Vorjahr auf jetzt 209,4 Mio. kWh in 2016 gesunken.

Dennoch konnte die Gasvertriebssparte der enwor durch Vorteile bei den Beschaffungskosten den Minderabsatz auffangen und wiederum mit einem sehr guten Rohergebnis von 2,4 Mio. € auf Vorjahresniveau abschließen.

Auch in der Gas-Vertriebssparte war eine Steuererstattung seitens des Hauptzollamtes i. H. v. 0,4 Mio. € zu verbuchen.

Die Entwicklung im Wasserbereich

enwor ist Wasserversorger in den Städten Herzogenrath, Würselen, Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Übach-Palenberg sowie Teilen von Eschweiler und Roetgen und versorgt über 69.985 Kundenverträgen rd. 270.000 Menschen sowie Industrie- und Gewerbekunden in dieser Region mit einwandfreiem Trinkwasser.

Die Wasserabgabe lag mit 15,3 Mio. m³ leicht über dem Vorjahresniveau in Höhe von 14,9 Mio. m³. Bei unveränderten Abgabepreisen lagen entsprechend auch die Umsatzerlöse mit 37,6 Mio. € über dem Vorjahreswert von 37,0 Mio. €.

In den enwor-eigenen Wasserwerken Binsfeldhammer und Hastenrath wurden insgesamt 3,1 Mio. m³ Trinkwasser aus Grundwasser gewonnen. Alle anderen Mengen werden aus Oberflächenwasser gewonnen, das von der WAG zu einem Wasserbezugspreis von unverändert 69,5 ct/m³ zuzüglich des Wasserentnahmeentgeltes bezogen wurde.

Bei Wasserbezugskosten in Höhe von 10,4 Mio. € konnte die Wassersparte mit 27,0 Mio. € trotz der BilRUG-Umgliederung wieder ein sehr gutes Rohergebnis erzielen. Bei weiterhin auch im Geschäftsjahr 2017 unveränderten Bezugspreisen als auch Abgabepreisen gehen wir von einer stabilen Entwicklung der Wassersparte innerhalb des enwor Geschäftsbetriebes aus.

Die Stadt Übach-Palenberg wird seit dem 01.07.2016 von enwor auf der Basis einer Interimsvereinbarung versorgt, da die Stadt ein 2016 durchgeführtes Wasserkonzessionsverfahren (der Altvertrag zwischen enwor und der Stadt Übach-Palenberg ist am 30.06.2016 ausgelaufen) nicht bis zum 31.12.2016 zum Abschluss bringen konnte.

Entwicklungen bei der Beteiligungsgesellschaft WAG

Ohne den o. g. Anteil der enwor wurden 21,4 Mio. m³ Trinkwasser an die Wasserversorgungsunternehmen geliefert. Ursache Eine höhere Absatzmenge verzeichneten der Gesellschafter enwor sowie die WML, während STAWAG und SWD weniger abnahmen als im Vorjahr.

Das Jahresergebnis der WAG verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 583 T€ auf 2,138 T€. Das Ergebnis vor Steuern betrug 3,341 Mio. €. Damit wurde das Ergebnisniveau des Vorjahres (2,462 Mio. €) nochmals um 879 T€ übertroffen. Dieses positive Ergebnis resultierte aus einer moderaten Ertragssteigerung in Höhe von 27 T€ bei deutlich geringeren betrieblichen Aufwendungen zum Vorjahr in Höhe von 753 T€ infolge von abgeschlossenen Instandhaltungsarbeiten und reduzierten Abschreibungen im Rahmen des Sachanlagevermögens, sowie einem verbesserten Finanzergebnis mit geringeren Fremdkapitalzinsen (+100T€).

Die Umsatzerlöse des Jahres 2016 erreichten 27,324 Mio. € und lagen damit um 260 T€ über dem Vorjahreswert. Sie setzten sich zusammen aus Erlösen aus dem Trinkwasserverkauf in Höhe von 27,013 Mio. € (Vorjahr 26,984 Mio. €), die in Höhe von 1,771 Mio. € (Vorjahr 1,776 Mio. €) Einnahmen aus der Weiterberechnung des Wasserentnahmeentgelts (WEE) enthalten. Zusätzlich konnten Erlöse aus der Stromeinspeisung in Höhe von 77 T€ (Vorjahr 80 T€) erzielt werden.

Erstmalig werden unter den Umsatzerlösen – hervorgerufen durch das Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetz (BilRUG) – auch Erlöse aus Miet- und Pachteinnahmen (54,7 T€), aus Holzverkäufen (126,4 T€) sowie sonstige Einnahmen (54,0 T€) ausgewiesen. Dieser Ausweis ist im Wesentlichen für die Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr verantwortlich. Im gleichen Umfang sinken die sonstigen betrieblichen Erträge auf 335 T€. Sie beinhalten im Wesentlichen noch die Auflösung von Sonderposten in Höhe von 289,7 T€ sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (35 T€).

Entwicklungen beim Tochterunternehmen enwor – wärme

Trotz der im Vergleich zum Vorjahr nahezu gleichbleibenden Witterung mit einer Jahres-GTZ von 3.344,8 (3.384,1) und einer Jahres-Durchschnittstemperatur von 10,33°C (Vorjahr: 10,49°C) stieg der Wärmeabsatz der enwor – wärme vor ort GmbH im Geschäftsjahr 2016 auf 18,5 Mio. kWh (17,1 Mio. kWh). Vor dem Hintergrund sinkender Energiekosten verringerten sich die Umsatzerlöse aus Wärmeverkauf dennoch auf 1,589 Mio. € (1,766 Mio. €).

Die Stromerzeugung der enwor – wärme vor ort GmbH erhöhte sich durch die gestiegenen Modullaufzeiten in den BHKW bei gleichzeitig witterungsbedingt sinkender Stromerzeugung über die EEG-Anlagen auf insgesamt 15,31 Mio. kWh (14,94 Mio. kWh). Vor dem Hintergrund sinkender Börsenstrompreise und unterjährigem Auslaufen der KWKG-Förderung für das BHKW Aquana sanken die Umsatzerlöse aus Stromverkauf dennoch auf 1,154 Mio. € (1,217 Mio. €).

Betriebsführungen

Wie in den Vorjahren hat die enwor auch in 2016 die Betriebsführungen für die Gesellschaft WAG Wassergewinnungs- und –aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mhH sowie für die enwor – wärme vor ort GmbH durchgeführt. Die Umsatzerlöse lagen in Höhe von 6,7 Mio. € auf Vorjahresniveau. Auf Konzernebene findet eine Aufwands-/Ertragskonsolidierung statt.

Zwischen der enwor und der WAG konnte im angelaufenen Geschäftsjahr grundsätzliche Einigkeit erzielt werden, die Betriebsführung der WAG durch enwor auch langfristig zunächst bis zum Ende des Geschäftsjahres 2027 fortzusetzen. Diese, in einem trilateralen Eckpunktepapier enthaltene, grundsätzliche Einigung hat im Dezember 2016 die jeweilige Zustimmung der beteiligten Aufsichtsgremien der beiden Gesellschaften sowie des anderen WAG-Gesellschafters Stadtwerke Aachen AG (STAWAG) gefunden. Die vertraglichen Einzelheiten werden derzeit ausgearbeitet und sollen im ersten Halbjahr 2017 abgeschlossen werden. Damit wäre auch die Fortführung des Geschäftsbereiches Betriebsführung bei der enwor wieder langfristig gesichert.

2.3 Finanzlage

Auch im Geschäftsjahr 2016 hat die enwor 7,2 Mio. € in den Erhalt und die Erweiterung ihrer Leitungsnetze, Hausanschlüsse sowie Zähler und Messeinrichtungen investiert. Aufgrund der großen Dynamik in der

Ausweisung von neuen Baugebieten sowie vorhabenbezogenen Erschließungsgebieten wurden dabei allein für die Erweiterung des Trinkwassernetzes mehr als 600 T€ investiert.

Die bereits seit Jahren praktizierte hohe Investitionsrate hält das technische Anlagevermögen der enwor auf aktuellem Stand und gewährleistet unseren Kunden ein hohes Maß an Versorgungssicherheit. Die vorstehend genannten Investitionen konnten nahezu vollständig im Rahmen der Innenfinanzierung aus Abschreibungen finanziert werden.

Wie bereits in den Vorjahren hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Investitionstätigkeit in Finanzanlagen weiter zugenommen. Hier investiert die enwor schwerpunktmäßig in den Bereich der regenerativen Energieerzeugungsanlagen, so dass in diesem Bereich der Beteiligungsgesellschaften quasi indirekt mittelbare Investitionen abgewickelt werden. Unser Engagement in Finanzanlagen stieg im Geschäftsjahr 2016 erneut deutlich um 3,4 Mio. € auf einen Gesamtwert von jetzt 30,6 Mio. €. Der Schwerpunkt dieser Investitionstätigkeit lag in einer Erhöhung unserer Beteiligungen bei der STAWAG Solar GmbH, der Trianel Erneuerbare Energien GmbH (TEE) sowie der Trianel Windkraft Borkum II GmbH & Co. KG (TWB II) um jeweils ca. 1,0 Mio. €.

Die darüber hinaus bestehenden Gesellschafterdarlehen an die Trianel Windkraftwerke Borkum GmbH & Co. KG (TWB), sowie Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH) bestehen in gleicher Höhe fort.

Die Zahlungsfähigkeit der enwor war zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Finanzlage WAG

Im Investitionsplan 2016 war ein Gesamtvolumen von 2,445 Mio. € ausgewiesen. Hiervon wurden im Geschäftsjahr Bauvorhaben, Maschinen und Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 1,294 Mio. € realisiert. Davon wurden 281 T€ als Investitionen aktiviert. 1,013 Mio. € wurden als Anlagen im Bau erfasst.

Abgeschlossen werden konnte die Errichtung des Bodenfilters Erlenweg in Monschau-Imgenbroich und der Austausch der Leitstellenrechner der TWA Roetgen.

Als Anlagen im Bau wurden erfasst der Bau des Bodenfilters Dreibern in Schleiden, der Einbau einer Brandvermeidungsanlage in den Elektroschalträumen der TWA Roetgen und die Errichtung der Zentrifuge an der TWA Roetgen. Die Zentrifuge konnte Ende des Jahres in Betrieb genommen werden, wegen noch ausstehender Rechnungen und Nacharbeiten wird diese jedoch erst in 2017 endabgenommen werden.

Die Liquidität der WAG war während des gesamten Geschäftsjahres ausreichend gegeben.

Finanzlage enwor – wärme

Die Investitionen im Geschäftsjahr beliefen sich auf 258 T€. Sie umfassten im Wesentlichen die Optimierung der Steuerungssoftware und der Wärmespeicher im BHKW Herzogenrath Kohlscheid sowie die Errichtung von 21 neuen Contractinganlagen.

Die Eigenkapitalquote der enwor – wärme beträgt 80,0 %. Die enwor – wärme wird ausschließlich über die Muttergesellschaft enwor finanziert, was eine ausreichende Liquidität der enwor – wärme während des gesamten Geschäftsjahres gewährleistet.

2.4. Vermögenslage

Vermögenslage des Konzerns

Das Anlagevermögen beträgt 173,620 Mio. € (Vorjahr 169,374 Mio. €) und ist zu 36,96 % durch betriebswirtschaftliches Eigenkapital gedeckt. Als betriebswirtschaftliches Eigenkapital werden hier das Eigenkapital und 70 % der Sonderposten für Investitionszuschüsse bezeichnet. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt bei 90,25 %. Das Umlaufvermögen in Höhe von 18,091 Mio. € besteht im Wesentlichen aus einem Teilbetrag von 2,407 Mio. € aus Guthaben bei Kreditinstituten und einem Teilbetrag von 14,572 Mio. € aus Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen.

Die Passivseite setzt sich neben dem Eigenkapital in Höhe von 51,717 Mio. € (Vorjahr 43,765 Mio. €) schwerpunktmäßig aus Pensionsrückstellungen (61,448 Mio. €, Vorjahr 58,676 Mio. €), sonstigen Rückstellungen (13,390 Mio. €, Vorjahr 11,874 Mio. €), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (3,423 Mio. €, Vorjahr 3,195 Mio. €) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zusammen (37,310 Mio. €, Vorjahr 43,792 Mio. €).

Die betriebswirtschaftliche Eigenkapitalquote des Konzerns stieg leicht auf 33,4 % (Vorjahr 30,3 %) wodurch sich rechnerisch eine Fremdkapitalquote stichtagsbezogen zum 31.12.2016 von 66,6 % ergibt. Das Eigen- und langfristige Fremdkapital macht einen Anteil von 79,3 % am Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne aus und deckt das Anlagevermögen zu 87,9 % ab.

Vermögenslage der enwor

Das Anlagevermögen beträgt 163,189 Mio. € (Vorjahr 157,886 Mio. €) und ist zu 36,5 % durch betriebswirtschaftliches Eigenkapital gedeckt. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt bei 91,0 % (Vorjahr: 91,6 %). Das Umlaufvermögen in Höhe von 15,786 Mio. € (Vorjahr 14,235 Mio. €) besteht im Wesentlichen aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 44,259 Mio. € (Vorjahr 44,021 Mio. €) abzüglich erhaltenen Anzahlung in Höhe von 36,695 Mio. € (Vorjahr 36,357 Mio. €) sowie sonstigen Vermögensgegenständen von 3,105 Mio. € (Vorjahr 2,062 Mio. €) und Vorräten in Höhe von 1,066 Mio. € (Vorjahr 1,254 Mio. €).

Die Passivseite setzt sich neben dem Eigenkapital in Höhe von 49,492 Mio. € (Vorjahr 42,609 Mio. €) schwerpunktmäßig aus Pensionsrückstellungen (61,448 Mio. €, Vorjahr 58,676 Mio. €), sonstigen Rückstellungen (13,083 Mio. €, Vorjahr 11,558 Mio. €), sonstige Verbindlichkeiten (5,117 Mio. €, Vorjahr 7,886 Mio. €) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zusammen (28,659 Mio. €, Vorjahr 33,504 Mio. €).

Die betriebswirtschaftliche Eigenkapitalquote der enwor ist von 30,6 % im Vorjahr auf nunmehr 33,2 % leicht angestiegen, wodurch sich rechnerisch eine Fremdkapitalquote stichtagsbezogen zum 31.12.2016 von 66,8 % ergibt. Das Eigen- und langfristige Fremdkapital macht einen Anteil von 86,4 % am Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne aus und deckt damit das Anlagevermögen zu 94,9 % ab.

Die Vermögenslage der WAG

Da der Werteverzehr größer war als der Anlagenzuwachs, sank der Wert des Anlagevermögens um 1,9 Mio. €. Die Abschreibungen wurden genutzt, um die langfristigen Kredite zu bedienen. Somit sanken die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 3,3 Mio. € auf 17,3 Mio. €. Weiterhin stieg das Eigenkapital aufgrund der Erhöhung der Gewinnvorträge um 2,138 Mio. € auf 18,3 Mio. €. Infolge dieser Vermögensveränderung reduzierte sich die Bilanzsumme um 0,8 Mio. € auf 39,6 Mio. €. Beide Effekte, die Reduktion der Bilanzsumme und die Steigerung des Eigenkapitals führen zu der positiven Veränderung der Eigenkapitalquote um 6,3 % auf 46,3 % im Vergleich zum Vorjahr.

Die Vermögenslage der enwor – wärme

Die enwor – wärme vor ort GmbH wird durch die Muttergesellschaft enwor mitfinanziert und weist daher keine langfristigen Verbindlichkeiten aus. Das hat unmittelbare Auswirkungen auf die Kennzahlen:

Das Anlagevermögen beträgt 3,331 Mio. € (Vorjahr 3,429 Mio. €) und ist zu 78,8 % durch betriebswirtschaftliches Eigenkapital gedeckt. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt bei 85,3 % (Vorjahr: 85,1 %).

Das Eigen- und langfristige Fremdkapital macht einen Anteil von 80,5 % am Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne aus deckt damit das Anlagevermögen zu 92,3 % ab.

4. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Die bereits im Geschäftsjahr 2012 vom Aufsichtsrat der enwor beschlossene Ausweitung des Erzeugungsportfolios im Bereich regenerativer Stromerzeugung wurde auch im Geschäftsjahr 2016 weiter erfolgreich umgesetzt. In unserem Beteiligungsunternehmen TOW wurde im Geschäftsjahr 2016 mit der Inbetriebnahme der Windparks in Groß-Kleinniedesheim und in Twerberg das Beteiligungsportfolio abgeschlossen. Das Gesamtportfolio umfasst derzeit 100,5 MW installierte Leistung bestehend aus 42 Turbinen in acht Windparks. Bezogen auf die Beteiligung der enwor an der TOW bedeutet dies eine anteilige installierte Leistung von rund 5 MW und eine anteilige durchschnittliche Jahresproduktion von 12.200 MWh Windstrom.

Auch die erst im Geschäftsjahr 2015 an den Start gegangene Beteiligungsgesellschaft TEE hat im Geschäftsjahr 2016 ihr Beteiligungsportfolio weiter aufgebaut. So wurden mit den Solarparks in Schipkau und Uchtdorf zwei weitere Freiflächenanlagen in Betrieb genommen und mit den Windparks in Jeckenbach, Buchenau und Uckley die auch die ersten Investitionen in die Windenergie erfolgreich umgesetzt.

Unter dem Dach der STAWAG Solar GmbH wurde durch die Inbetriebnahme des Windparks Linnich ebenfalls das Beteiligungsportfolio weiter ausgebaut.

Im Investitionsplan für das Geschäftsjahr 2017 sind Mittel in Höhe von rund 7,5 Mio. € für den weiteren Ausbau des regenerativen Erzeugungsportfolios vorgesehen. Hierbei ist insbesondere eine erste Tranche in Höhe von 4,75 Mio. € für die Errichtung des Offshore Windparks TBW II vorgesehen, dessen Baubeschluss am 7. April 2017 erfolgte.

Äußerst schwierig ist und bleibt die Situation bei der konventionellen Energieerzeugung. Zwar erwarten wir nach erfolgreicher Restrukturierung aus unserer GuD-Kraftwerksbeteiligung in Hamm mittelfristig keine weiteren Verluste, dem gegenüber ist jedoch die Situation beim Kohlekraftwerk in Lünen weiterhin extrem schwierig. Eine Verbesserung dieser Situation ist derzeit weder am Markt erkennbar (die Strompreisnotierungen an der Börse tendieren auch für die Folgejahre seitwärts auf niedrigem Niveau) noch ist eine politische Lösung erkennbar für die Honorierung gesicherter Leistungsbereitstellung. Erst in den langfristigen Strommarktprognosen deutet sich ab Mitte der 20er Jahre d. h. nach dem endgültigen Abschalten der Kernkraftwerke in Deutschland eine wirtschaftliche Verbesserung für die konventionelle Stromerzeugung an. Vor diesem Hintergrund hat enwor die Drohverlustrückstellungen für die Stromerzeugung aus dem Kohlekraftwerk Lünen weiter erhöht.

Da auch auf mittelfristiger Sicht keine energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen zur Realisierung eines weiteren GuD-Kraftwerkes bestehen und auch keine gesellschaftliche Akzeptanz zur Errichtung weiterer fossiler Kraftwerke besteht, hat die enwor im Geschäftsjahr 2016 den Ausstieg aus der Projektentwicklung TKK Krefeld beschlossen und die Gesellschaftsanteile an der Trianel Kraftwerk Krefeld Projektgesellschaft mbH & Co. KG an die Trianel Kraftwerk Krefeld Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG abgetreten.

Über die wirtschaftliche Entwicklung aller Beteiligungsgesellschaften legt die enwor jährlich einen gesonderten Beteiligungsbericht vor.

Weiterhin gute Perspektiven ergeben sich in dem noch jungen Geschäftsbereich des Baus und Betriebs von LWL-Netzen. Nachdem der Netzausbau in Würselen, Alsdorf und Baesweiler mittlerweile abgeschlossen ist, ergeben sich in der sogenannten Nahbereicherschließung weitere Potentiale sowie mit der sogenannten FTTH-Technik in Neubaugebieten. Die Mittelfristplanung der enwor zeichnet auf der Basis bereits abgeschlossener Verträge diese positive Entwicklung eindrucksvoll auf.

In dem hier vorliegenden Jahresabschluss 2016 hat enwor erstmals bei der Bemessung der Pensionsrückstellungen auf die 10-Jahres-Durchschnittswertbildung bei der HGB-Zinsberechnung abgestellt. Hieraus ergibt sich einmalig ein Entlastungseffekt für das Geschäftsjahr 2016, jedoch zeigt die mittelfristige Planung, dass der Gesetzgeber hier keine substantielle Entlastung für die Unternehmen herbeigeführt hat, sondern lediglich eine zeitliche Streckung der Aufwendungen.

Die vorgenannten Sachverhalte, der Abschluss neuer Strom- und Gaskonzessionsverträge mit der Stadt Herzogenrath, der Zuschlag beim Wasserkonzessionsverfahren mit der Stadt Übach-Palenberg sowie die Einigung auf ein Eckpunktepapier in Hinsicht auf die mit der WAG bestehenden Liefer- und Leistungsverträge zeigt, dass wir in den operativen Geschäftsbereichen der Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmeversorgung sowohl bei der enwor als auch im Konzern für die kommenden Jahre von stabilen Ergebnissen auf dem Niveau der Vorjahre ausgehen. Jedoch zeigt die Neustrukturierung der Wasserwirtschaft erhebliche Auswirkungen auf die Ergebnisstruktur des Unternehmens. Die Geschäftsführung hat dies zum Anlass genommen, eine sehr detaillierte 10-Jahres-Planung für die Geschäftsjahre 2018 bis 2027 zu erstellen und diese mit dem Aufsichtsrat zu beraten. Die Umstrukturierung der Wasserwirtschaft wird demnach im Geschäftsjahr 2017 einmalig durch die Hebung stiller Reserven zu hohen Erträgen führen, während in den Folgejahren die dann fehlenden Erträge vorübergehend zu einer Abschwächung des Jahresergebnisses führen werden. Für die wirtschaftliche Perspektive der enwor ist aber maßgeblich, dass das bereits frühzeitig bei enwor eingesetzte Investitionsprogramm vornehmlich in regenerative Stromerzeugungsanlagen in den nächsten Jahren mehr und mehr greifen wird und in diesem Geschäftsbereich zukünftig Erträge generiert werden, die den Ertragsrückgang durch die Umstrukturierung der Wasserwirtschaft ausgleichen. Die enwor wird die aus der Umstrukturierung der Wasserwirtschaft resultierenden Einmalerträge zur Stabilisierung der Ergebnisse der Folgejahre einsetzen, bis diese Zug um Zug durch die steigenden Beteiligungserträge ausgeglichen werden. Hierdurch soll für die Gesellschafter der enwor die Ergebniskonstanz der letzten Jahre auf gleichem Niveau auch für die kommenden Geschäftsjahre gesichert werden.

WAG

Die Entwicklung des Wasserabsatzes in den letzten sieben Jahren ist sehr positiv verlaufen. So stieg der Absatz von 32,5 Mio. m³ in 2010 auf 35,4 Mio. m³ in 2016. Zu diesem Anstieg haben vor allem die Stadtwerke Düren beigetragen, die erstmalig in 2014 ganzjährig Trinkwasser von der WAG bezogen haben.

Die Geschäftsführung geht in ihrer Planung davon aus, dass der hohe Trinkwasserabsatz von 35,4 Mio. m³ des Jahres 2016 im Geschäftsjahr 2017 auf ein normales Maß in Höhe von 34,4 Mio. m³ Trinkwasserabsatz zurückgehen wird.

Das Recht zur Entnahme von Wasser aus der Wehebachtalsperre war bis zum 31.12.2016 befristet. Das Anfang 2016 bei der Bezirksregierung Köln begonnene Verfahren zur Erteilung eines neuen Wasserrechts konnte noch nicht abgeschlossen werden. Die Bezirksregierung hat daher hilfsweise eine auf 2 Jahre befristete Erlaubnis zur Entnahme erteilt. Es ist davon auszugehen, dass das Verfahren in 2017 mit der Verleihung einer neuen Bewilligung abgeschlossen werden kann.

enwor – Wärme

Im laufenden Geschäftsjahr 2017 erwarten wir eine Wärmeabgabe von 16,5 Mio. kWh und eine Stromverkaufsmenge von 14,4 Mio. kWh.

Das Betriebsergebnis und das Jahresergebnis vor Abführung 2017 werden entsprechend den Planwerten erwartet. Die Lage des Unternehmens und die Zukunftsaussichten werden somit positiv bewertet.

Für das Jahr 2017 sind Investitionen von 101 T€ geplant. Hiervon stehen 31 T€ für Maschinen, technische Anlagen Zähler und Wärmetauscher, 40 T€ für Contracting-Anlagen sowie 30 T€ für Netzerweiterungen zur Verfügung. Der Anteil der Finanzierung, der nicht bereits durch Abschreibungen gedeckt ist, wird durch die Muttergesellschaft enwor gewährleistet.

Risikomanagement

Zur Abschätzung und Begrenzung von Risiken wird bereits seit dem Jahre 2007 ein jährlicher Risikomanagementbericht für die enwor – energie & Wasser vor ort GmbH erstellt, in das auch die betriebsgeführte WAG und die enwor – wärme mit einbezogen sind. Hierzu werden festgelegte Risiken von den jeweils verantwortlichen Mitarbeitern quartalsweise bewertet und softwareunterstützt ausgewertet. Die Geschäftsführung überprüft die Risikoeinschätzung und leitet in Abstimmung mit den verantwortlichen Mitarbeitern ggf. die erforderlichen Maßnahmen ein. Der Risikobericht wird dem Aufsichtsrat ebenfalls zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Herzogenrath, den 13. März 2017

enwor – energie & Wasser vor ort GmbH

Die Geschäftsführung

gez. Dipl. Kfm. Herbert Pagel

gez. Dipl. Ing. Reinhold Hüls

III. Beteiligungen

Wohnungswesen/Städtebau

GSG – Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf mbH, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	GSG - Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH
Sitz	Annastraße 10 52477 Alsdorf
E-Mail	info@gsg-alsdorf.de
Homepage	www.gsg-alsdorf.de
Rechtsform	GmbH
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültige Fassung datiert vom 23. Juli 2010
Geschäftsführer	Dieter Sandlöbes
Gremien	Gesellschafterversammlung
Stammkapital	710.000,00 €
Anteil der Stadt in €	540.000,00 €

Gesellschafter

Stadt Alsdorf
76,10%
Aachener Bank
23,90%

Wesentliche Beteiligungen

Keine

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben und erschließen, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, soweit diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft übernimmt die Aufgabe der Bevölkerung zusätzlichen Wohnraum zu liefern, um sich im Stadtgebiet niederzulassen. Der Zweck der Gesellschaft liegt somit im Bereich der Daseinsvorsorge und ist sozial- und gemeinwohlnützig.

Des Weiteren ist die GSG ein Unternehmen, die innerhalb eines Geschäftsjahres einen Gewinn erwirtschaftet. Die Stadt Alsdorf erhält jährlich einen bestimmten Anteil davon, den sie dem Finanzhaushalt zuführen kann.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	845	0	189
II. Sachanlagen	31.957.586,63	30.946.990,36	27.706.009,58
III. Finanzanlagen	1.500,00	1.500,00	1.500,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.674.934,65	1.517.892,63	2.021.184,03
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	367.365,32	461.097,95	92.252,71
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.682.010,12	864.876,90	1.270.362,94
	35.684.241,72	33.792.357,84	31.091.498,26
Passivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	710.000,00	710.000,00	710.000,00
II. Gewinnrücklagen	11.350.000,00	10.600.000,00	9.950.000,00
III. Bilanzgewinn	963.344,53	1.155.499,41	1.025.181,60
B. Rückstellungen	219.658,55	200.769,51	234.015,76
C. Verbindlichkeiten	22.441.238,64	21.126.088,92	19.172.300,90
	35.684.241,72	33.792.357,84	31.091.498,26

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Umsatzerlöse	5.151.456,01	4.764.581,19	4.868.947,03
Verminderung/Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	168.070,37	46.152,41	-248.195,47
Sonstige betriebliche Erträge	448.009,79	716.948,77	446.010,57
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	2.192.800,49	1.984.108,29	1.914.337,50
Personalaufwand	666.372,96	579.401,96	528.587,92
Abschreibungen	819.868,88	729.093,79	620.331,95
Sonstige betriebliche Aufwendungen	149.813,05	137.489,55	155.443,13
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	67,50	75,00	90,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	87,86	283,28	1.737,10
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	631.650,31	622.318,15	553.052,73
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	173.491,28	189.992,01	162.786,96
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.133.694,56	1.285.636,90	1.134.049,04
Sonstige Steuern	220.849,44	150.319,09	151.378,10
Jahresüberschuss	912.845,12	1.135.317,81	982.670,94
Gewinnvortrag	50.499,41	20.181,60	42.510,66
Bilanzgewinn	963.344,53	1.155.499,41	1.025.181,60

Kennzahlen	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
Gesamtkapitalrentabilität	4,8%	5,8%	5,5%
Eigenkapitalrentabilität	8,3%	10,6%	9,8%
Eigenkapitalquote	35,5%	35,9%	36,5%

Anzahl der Mitarbeiter	20
-------------------------------	----

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt. Der Gewinn betrug für:

a) 2014	227.272,50 €
b) 2015	227.272,50 €
c) 2016	227.272,50 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2014	42,09 %
b) 2015	42,09 %
c) 2016	42,09 %

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung wird in der Regel von den Geschäftsführern einberufen.
Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 25.06.2014, GM) Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 25.06.2014; stellv. GM)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Heinrich Plum (seit dem 25.06.2014; GM)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch (seit dem 25.06.2014; stellv. GM)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Detlef Loosz (seit dem 25.06.2014, GM)
SPD-Fraktion:	Frau Stv. Birgit Graf (seit dem 25.06.2014; stellv. GM)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Wilfried Maul (seit dem 15.12.2015; GM)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Hubert Lothmann (seit dem 15.12.2015; stellv. GM)
GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Wirtz (seit dem 25.06.2014)
GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich (seit dem 25.06.2014)

Lagebericht 2016

Angaben nach § 289 Abs. 1 HGB

- 1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses
- 2 Darstellung der Lage
- 3 Finanzielle Leistungsindikatoren
- 4 Prognosebericht
- 5 Risikobericht
- 5.1 Risiken der künftigen Entwicklung
- 5.2 Chancen der künftigen Entwicklung
- 5.3 Finanzinstrumente

Angaben nach § 289 Abs. 1 HGB

1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH (GSG) ist als Wohnungsunternehmen im Stadtgebiet Alsdorf tätig. Im Gesellschaftsvertrag wird die Errichtung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten aller Art als Geschäftsgegenstand festgelegt. Sitz der Gesellschaft ist die Stadt Alsdorf

Weltwirtschaft

Insgesamt kam die Weltwirtschaft vor allem in der zweiten Jahreshälfte wieder etwas mehr in Schwung. Vor allem in den entwickelten Volkswirtschaften nahm die Konjunktur zuletzt etwas Fahrt auf; insbesondere in den USA blieb das Wachstum kräftig. In wichtigen Schwellenländern – darunter China – sorgten expansive wirtschaftspolitische Maßnahmen für eine Stützung der Nachfrage. Die rezessiven Tendenzen in Russland und Brasilien entschärften sich zum Jahresende 2016. Dagegen hat sich die politische Landschaft im Laufe des Jahres 2016 stark verändert, was weitreichende Konsequenzen für die Weltwirtschaft in den kommenden Jahren haben könnte. So entschied Großbritannien im Juni 2016 mit einem Referendum für den Austritt aus der Europäischen Union. Gleichzeitig wirft die überraschende Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten eine Vielzahl von Fragezeichen bezüglich der künftigen wirtschaftspolitischen Ausrichtung der größten Volkswirtschaft der Welt auf.

Euro-Raum

In der Summe hat sich 2016 die moderate Erholung auch in den Ländern des Euroraums fortgesetzt. Mit 1,7 % war die wirtschaftliche Entwicklung 2016 spürbar aufwärts gerichtet. Bis auf Griechenland scheinen alle Euroländer erneut auf einen leichten Wachstumspfad zurückgefunden zu haben. Dennoch liegt das Produktionsniveau etwa in Spanien oder in Italien aktuell immer noch unter dem Vorkrisenniveau aus dem Jahr 2008. Dementsprechend wird die Arbeitslosigkeit nur langsam abgebaut.

Deutschland

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2016 gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,9 % höher als im Vorjahr. Damit setzte die deutsche Wirtschaft das robuste Wachstum des Jahres 2015 (+1,7 %) fort. Auch 2014 war das Bruttoinlandsprodukt in ähnlicher Größenordnung angestiegen. In längerfristiger Betrachtungen lag das Wirtschaftswachstum 2016 gut über dem Durchschnittswert der letzten sieben Jahre, der +1,6 % betrug.

Angesichts der gemischten externen Impulse wird auch 2017 die Binnennachfrage der Wachstumsimpuls für die deutsche Wirtschaft bleiben. Die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts dürfte nach Meinung der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland im laufenden Jahr bei etwa 1,5 % liegen. Durch einen Kalendereffekt – das Jahr 2017 hat fast 3 Arbeitstage weniger als 2016 – fällt dabei die Wachstumsrate um 0,2 Prozentpunkte geringer aus. Kalenderbereinigt läge die Wachstumsrate bei etwa 1,7 % und damit über dem langjährigen Durchschnitt.

Immobilienwirtschaft und Baugewerbe

Die Grundstücks- und Immobilienwirtschaft, die 10,9 % der gesamten Bruttowertschöpfung erzeugte, wuchs um 0,8 % etwa mit derselben Rate wie im Vorjahr (0,9 %). In jeweiligen Preisen erzielte die Grundstücks- und Immobilienwirtschaft damit eine Bruttowertschätzung von 307 Milliarden EUR. Die leicht unterdurchschnittliche Wachstumsrate unterstreicht die tendenziell geringere Konjunkturabhängigkeit der Immobiliendienstleister. So hatte die Grundstücks- und Immobilienwirtschaft beispielsweise im Krisenjahr 2009 als einer der wenigen Wirtschaftsbereiche ein positives Wachstum aufzuweisen.

Die Bauinvestitionen insgesamt stiegen im Jahr 2016 um 3,1 % und damit deutlich stärker als im Vorjahr (0,3 %). Der Wohnungsbau entwickelte sich wie in den Vorjahren deutlich überdurchschnittlich und stieg um 4,3 %, während die Nichtwohnbauten lediglich um 1,4 % zulegten. Der öffentliche Hoch- und Tiefbau

entwickelte sich dabei deutlich dynamischer (2,4 %) als der gewerbliche Bau (0,9 %). Hier schlagen sich die besser gefüllten Steuereinkassen und auch die zusätzlichen Ausgaben zur Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung zu Buche. In den Neubau und die Modernisierung der Wohnungsbestände flossen 2016 rund 189,4 Milliarden EUR.

Arbeitsmarkt

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2016 von knapp 43,5 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das ist der höchste Stand seit der deutschen Wiedervereinigung. Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes waren im Jahr 2016 rund 429.000 Personen oder 1 % mehr erwerbstätig als ein Jahr zuvor.

Damit setzte sich der seit über zehn Jahren anhaltende Aufwärtstrend fort. Der Anstieg fiel im Jahr 2016 wieder etwas stärker aus als in den zwei Jahren zuvor (+0,9 % im Jahr 2015 und +0,8 % im Jahr 2014). Eine gesteigerte Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung sowie die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte gleichen dabei negative demografische Effekte aus. Isoliert betrachtet hätte die Alterung der Bevölkerung das Arbeitskräfteangebot im Jahr 2016 um 310.000 Personen schrumpfen lassen. Ein Demografieeffekt in gleicher Höhe ist auch 2017 zu erwarten.

Damit das Erwerbspersonenpotenzial auch in Zukunft nicht schrumpft, müsste die Nettozuwanderung nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg offensichtlich deutlich höher sein als in der Vergangenheit. Modellrechnung des IAB zeigen, dass im Zeitraum 2015 bis 2025 rund 450.000 Zuzüge pro Jahr, zwischen 2026 bis 2035 etwa 600.000 Zuzüge pro Jahr und zwischen 2036 bis 2050 rund 550.000 Zuzüge pro Jahr netto notwendig wären, um das Arbeitskräftepotenzial einigermaßen konstant auf heutigem Niveau zu halten.

Das kontinuierliche Wirtschaftswachstum und der anhaltend günstige Trend der Arbeitsmarktentwicklung haben Deutschland in den Jahren seit 2010 zu einem Hauptwanderungsziel der EU-Binnenmigration werden lassen. Die tatsächliche Nettozuwanderung im Jahr 2016 (Ausländer und Deutsche) kann aufgrund der vorliegenden Daten des Ausländerzentralregisters auf insgesamt 750.000 Personen geschätzt werden. Gegenüber dem Jahr 2015, das durch eine einmalig sehr hohe Flüchtlingszuwanderung geprägt war, lag die Nettozuwanderung im abgelaufenen Jahr etwa 34 % niedriger.

Immobilienmarkt in Alsdorfer

Alsdorf verzeichnet einen angespannten Wohnungsmarkt, insbesondere im preiswerten Altbaubereich sind deutlich mehr Nachfrager als Wohnungen zu verzeichnen. Dies führt zu steigenden Mieten.

Die GSG befindet sich im Wohnungssegment im Vollvermietungsstatus. Leerstände entstehen nur bei anstehenden Instandsetzungsarbeiten in den Wohnungen oder in unseren gewerblichen Einheiten.

GSG Alsdorf

Das Geschäftsergebnis 2016 ist mit 1.086 T€ vor Ertragssteuern erneut über der Millionengrenze. Unter Berücksichtigung der Ertragssteuern (173 T€) und der Gewinne aus Verkäufen aus dem unbeweglichem Anlagevermögen (309 T€) ergibt sich ein Überschuss von 604 T€.

Die Einzelheiten können der nachfolgenden Lagedarstellung (1.2) entnommen werden

Die Gesellschaft beschäftigte am 31.12.2016:

- 1 Geschäftsführer
- 4 kaufmännische Mitarbeiter, davon eine Teilzeitbeschäftigte
- 8 Handwerker/Hausmeister
- 1 teilzeitbeschäftigte Hauswartin/Reinigungskraft

Zusätzlich wurden 7 Mieter als geringfügig Beschäftigte im Sinne des Steuerrechts mit Aufgaben betreut.

Die eigenen Bestände haben sich durch den Verkauf der Bestandsimmobilien in der Burgweid 11, Tischelkauerweg 3 und Von-Ketteler-Str. 3 (Buchwert -41 T€) vermindert. Durch den Ankauf der Immobilien Theodor-Seipp-Str. 1c und Bahnhofstr. 49a/51 (+868 T€) ergibt sich unter Berücksichtigung der Abschreibungen, (-820 T€), Umbuchungen und unserer Neubautätigkeit (Kita Ofden +824) sowie weiterer Investitionen eine Steigerung des Anlagevermögens um rund 1.012 T€ oder 3,3 %.

Die Bilanzsumme stieg um 1.892 T€ oder 5,6 %.

Die Kaufpreise aus den Verkäufen aus dem Anlagevermögen in Höhe von 350 T€ sowie der Verkauf eines unbebauten Grundstückes in Höhe von 72 T€ konnten die Liquiditätsslage der Gesellschaft, trotz der Abflüsse für den Neubau des Kindergartens und der weiteren Investitionen sowie Dividende von 50 % des Stammkapitals, stabil halten.

2 Darstellung der Lage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Unser Anlagevermögen umfasst rund 89,6 % der Bilanzsumme. Die flüssigen Mittel betragen zum 31.12.2016 rund 1.682 T€.

Unsere langfristige Eigenkapitalquote beläuft sich auf 35,5 % (Vorjahr 35,

Der dynamische Verschuldungsgrad (Langfristiges Fremdkapital zu Cashflow) beträgt 11,77 Jahre (Vorjahr 10,63 Jahre).

Die Finanzlage ist gut.

Unser langfristiges Fremdkapital (Dauerfinanzierungsmittel u. a.) beläuft sich zum 31.12.2016 auf 57,0 % (Vorjahr 57,8 %) der Bilanzsumme.

Die Zahlungsfähigkeit war in vollem Umfang und jederzeit gegeben.

Unsere Ertragslage ist ebenfalls gut. Im Bereich der Hausbewirtschaftung wurde ein Überschuss von 900 T€ erzielt, die Betreuungstätigkeit schloss mit einem Minus von 3 T€ und die Bautätigkeit verursachte ein Minus 97 T€. Es ergibt sich damit ein Betriebsergebnis von 800 T€ (Vorjahr 801 T€). Der neutrale Bereich schloss mit einem Plus von 289 T€, das Beteiligungs- und Finanzergebnis mit Minus 3 T€.

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung stiegen um 315 T€ (+6,7 %), die Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken des Umlaufvermögens um 72 T€. Die Einnahmen aus Betreuungstätigkeit blieben auf Vorjahresniveau. Die Einnahmen aus sonstigen Lieferungen und Leistungen stiegen um 1 T€. Insgesamt stiegen die gesamten Umsatzerlöse um rund 388 T€, oder aber 8,1 %.

Im Weiteren sanken die Sonstigen betrieblichen Erträge um 269 T€ auf 448 T€, hier sind die Verkäufe aus dem Anlagevermögen mit einem Anteil von 309 T€ (-178 T) vermerkt.

Auf der Aufwandsseite stiegen die Ausgaben für die Personalkosten (+87 T€), der Aufwendungen aus der Hausbewirtschaftung (+207 T€), die Zinsaufwendungen (+10 T€), die Abschreibungen (+91 T€) sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (-12 T€).

Zum Jahresende standen 4 Wohnungen, hiervon 1 wegen anstehendem Verkauf, 1 wegen Sanierungsmaßnahmen, 1 wegen normaler Neuvermietung sowie eine in unserem Haus Bahnhofstr. 51, die erst nach einer Kernsanierung vermietbar wäre. Zum Berichtstermin war nur noch diese Wohnung leer.

Im Jahre 2016 wurden 69 (10,1 %) Wohnungen, 4 Gewerbeflächen, 11 sonstige Einheiten, 14 Garagen und 10 neue Abstellplätze neu vermietet.

Die weitere Entwicklung ist auf Grundlage der Wirtschafts- und Finanzplanung 2017 positiv. Es wird ein Geschäftsergebnis in der Größenordnung von 2016 erwartet.

3 Finanzielle Leistungsindikatoren

Nachfolgend einige ausgewählte Leistungskennziffern:

		2016	2015	2014
Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragssteuern + Fremdkapitalzinsen/Bilanzsumme)	%	4,8	5,8	5,5
Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragsteuern/Eigenkapital)	%	8,3	10,6	9,8
Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Bilanzsumme)	%	35,5	35,9	36,5
Cashflow (Jahresüberschuss + Abschreib. auf Anlagevermögen + Veränderung langfristiger Rückstellungen)	T€	1.730	1.873	1.574
Instandhaltungskosten	% der Jahres-sollmiete*	22,9	19,3	22,2
Fremdkapitalzinsen	% der Jahres-sollmiete*	16,8	17,7	16,4
Erlösschmälerungen	% der Jahres-sollmiete*	1,6	2,3	1,3

4 Prognosebericht

Das Geschäftsjahr 2017 wird stark durch unsere Investitionen in die Fertigstellung des Neubaus der Kita Ofdon, den Erwerb der Immobilie Ringstr. sowie deren Umbau und den Beginn der Neubaumaßnahme eines 19-Familienhauses in der Pützdrischstr. geprägt sein.

Für diese Investitionen besteht im Jahr 2017 ein Kapitalbedarf von rund 3,2 Millionen Euro. Hiervon sind ca. 810 T€ als Eigenkapital aufzubringen.

Die Vermarktung von Bestandsobjekten, zum Berichtstermin war bereits ein Verkauf in Höhe von 120 T€ getätigt, wirkt dieser Belastung entgegen.

5 Risikobericht

5.1 Risiken der künftigen Entwicklung

Die Neubau- und Umbauprojekte sind mit den üblichen Baurisiken bis zur endgültigen Fertigstellung und Abrechnung behaftet. Für den Neubau der Kita und für die Immobilie Ringstr. wurden bereits Mietverträge abgeschlossen, die eine angemessene Rendite und Rückzahlung ermöglichen. Der soziale Wohnungsbau in der Pützdrischstr. wird erst in 2018 fertig gestellt werden, aufgrund seiner geringen Neubaumiete (5,25 €/qm) wird hier nur ein sehr geringes Vermietungsrisiko.

Das Risikomanagementziel sowie die Methoden des Risikomanagements zur Absicherung aller wichtigen Arten von Transaktionen werden durch beständige Controllingmaßnahmen laufend den Erfordernissen angepasst.

Im Bestandsgeschäft sind keine größeren Risiken vorhanden.

Dem Risiko einer, auf lange Sicht betrachtet, Erhöhung des Zinsniveaus wurde durch den Abschluss langfristiger Zinsbindungen entgegengewirkt.

Aufgrund des durchschnittlichen Alters der Gebäudebestände ist von einem Anstieg der Instandhaltungskosten auszugehen.

Abschließend wird festgestellt, dass keine Risiken erkennbar sind, die die Gesellschaft gefährden könnten.

5.2 Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die Gesellschaft wird sich weiter durch Investitionen in den Neubau von Mietwohnungen, jetzt auch öffentlich gefördert, für die Zukunft aufstellen. Sie will dadurch einen wichtigen Beitrag zur Wohnraumversorgung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten, insbesondere für Familien und Rentner, leisten. Auf Grundlage der sehr erfolgreichen letzten Geschäftsjahre können wir in naher Zukunft weitere Neubauprojekte realisieren und auch für die Stadt Alsdorf als Investitionsträger auftreten.

Durch den sukzessiven Umbau von Bestandswohnungen wollen wir insbesondere den Anteil der altersgerechten Wohnungen erhöhen und somit auch in Zukunft Marktanteile sichern.

Moderate Mieterhöhungen werden unsere wirtschaftlichen Möglichkeiten verbessern. Unsere Instandhaltungsaufträge stärken zudem die regionale Handwerkerschaft.

5.3 Finanzinstrumente

Besondere Finanzinstrumente und insbesondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Bei den zur Finanzierung des Anlagevermögens hereingenommenen Fremdmitteln handelt es sich um langfristige Annuitätendarlehen. Die Zinsentwicklung wird im Rahmen unseres Risikomanagements sorgfältig analysiert.

Alsdorf, 20.06.2017

Dieter Sandlöbes
Geschäftsführer

**GWG – Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH,
Würselen**

Allgemeine Angaben

Firma	GWG - Gemeinnützige Wohnungs- baugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH, Würselen	Gesellschafter	Städtereion Aachen 78,18%
Sitz	Mauerfeldchen 72 52146 Würselen		Stadt Stolberg 4,91%
E-Mail	info@gwg-aachen.de		Provinzial 4,87%
Homepage	www.gwg-kreis-aachen.de		Stadt Eschweiler 4,35%
Rechtsform	GmbH		Stadt Alsdorf 1,79%
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 08.03.2010		Stadt Herzogenrath 1,64%
Geschäftsführer	Dr. Axel Thomas		Stadt Würselen 1,64%
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung		Sparkasse Aachen 1,52%
Stammkapital	1.000.000 €		ASEAG 0,61%
Anteil der Stadt in €	17.850 €		Gemeinde Simmerath 0,49%
		Wesentliche Beteiligungen	
			Keine

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Aufgabe der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung im Gebiet der Städtereion Aachen und stellt im Rahmen der Daseinsvorsorge somit eine größere Menge an Wohnraum für die Einwohner zur Verfügung.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.334,00	4.675,00	7.016,00
Sachanlagen	29.490.619,30	29.015.464,12	28.607.796,06
Finanzanlagen	1.439.480,95	1.456.275,80	1.471.894,04
Umlaufvermögen			
Vorräte	1.092.991,74	1.141.001,60	1.251.937,99
Forderungen	111.212,27	43.114,52	59.007,75
Kassenbestand	3.045.041,42	3.336.948,33	2.541.006,92
Rechnungsabgrenzungsposten	5.992,68	6.367,91	6.967,08
	35.187.672,36	35.003.847,28	33.945.625,84

Passivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00	1.000.000,00	1.000.000,00
Gewinnrücklagen	10.707.000,00	10.326.000,00	9.926.000,00
Bilanzgewinn	833,06	897,59	162,05
Rückstellungen	112.000,00	107.700,00	127.400,00
Verbindlichkeiten	23.367.824,30	23.569.249,69	22.892.063,79
Rechnungsabgrenzungsposten	15,00	0,00	0,00
	35.187.672,36	35.003.847,28	33.945.625,84

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Umsatzerlöse	4.689.706,61	4.637.932,82	4.395.122,82
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-48.231,65	-110.847,12	59.223,77
aktivierte Eigenleistung	23.521,14	34.637,69	30.264,94
sonstige betriebliche Erträge	43.238,08	130.244,69	170.169,66
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	1.516.957,71	1.536.282,69	1.552.287,30
Rohergebnis	3.191.276,47	3.155.685,39	3.102.493,89
Personalaufwand	792.748,64	781.871,74	776.410,43
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.032.430,66	988.961,43	949.487,57
sonstige betriebliche Aufwendungen	216.750,93	218.217,22	222.568,88
Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens	105.093,47	106.270,08	107.364,24
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.040,35	2.045,11	3.815,32
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	721.849,96	739.133,32	747.364,71
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	534.630,10	535.816,87	517.841,86
sonstige Steuern	153.694,63	135.081,33	117.638,48
Jahresüberschuss	380.935,47	400.735,54	400.203,38
Gewinnvortrag	897,59	162,05	958,67
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	381.000,00	400.000,00	401.000,00
Bilanzgewinn	833,06	897,59	162,05

Kennzahlen	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
Eigenkapitalquote	33,3%	32,4%	32,2%
Fremdkapitalquote	61,0%	61,8%	61,5%
Fluktuationsquote	10,4%	13,3%	10,3%
Leerstandsquote länger als 3 Monate	0,1%	0,3%	0,4%

Anzahl der Mitarbeiter	29
Anzahl der weiblichen Mitarbeiter:	10
Anzahl der männlichen Mitarbeiter:	19

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die GWG ist eine Gesellschaft, die in den letzten Jahren immer einen Jahresüberschuss erwirtschaften konnte.

Im Geschäftsjahr 2016 wies sie ein Jahresergebnis in Höhe von 380.935,47 Euro aus.

An der Gewinnausschüttung ist die Stadt Alsdorf entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital (1,79%) der Gesellschaft beteiligt. Die Gewinne werden jedoch der Gewinnrücklage zugeführt.

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der GWG umfasst laut Gesellschaftsvertrag 13 Mitglieder.

Für die **Stadt Alsdorf** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Verwaltung: Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen
(seit dem 25.06.2014)

b) Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung wird in der Regel von den Geschäftsführern einberufen.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

1. SPD-Fraktion: Frau Stv. Sandra Niedermaier
(seit dem 25.06.2014)

Lagebericht 2016

I. Grundlagen des Unternehmens

Öffentliche Zwecksetzung

Die Firmierung weist der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen einen öffentlichen Zweck zu.

Er besteht in der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit attraktivem und gleichzeitig bezahlbarem Wohnraum. Dies ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe, bei der technische, ökologische, volks- und betriebswirtschaftliche Aspekte miteinander in Einklang zu bringen sein.

Insbesondere zeigt sich die Herausforderung dabei, Wohnungsbestände unter dem Blickwinkel steigender Kundenanforderungen in Bezug auf Qualität und Umwelt auf ein marktgerechtes Niveau zu bringen.

Die GWG ist ein wesentliches Element der Wohnungspolitik der StädteRegion Aachen und der beteiligten Kommunen.

II. Wirtschaftsbericht

Wie die Gesellschaft dieses Ziel im Jahr 2016 erreicht und umgesetzt hat, ist Gegenstand des nachfolgenden Wirtschafts- und Lageberichtes:

1. Überblick über die gesamtwirtschaftliche Lage

Die deutsche Wirtschaft hat 2016 viele Prognosen übertroffen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im vergangenen Jahr um 1,9 % - auch oder gerade wegen des Ausgabeverhaltens des Staates. Das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 kann als robust bezeichnet werden; es liegt geringfügig über der Steigerung des Jahres 2015.

2016 ist die Binnenkonjunktur eine tragende Säule des Wirtschaftswachstums geblieben. Allerdings verliert die Binnenkonjunktur in naher Zukunft wahrscheinlich an Schwung bzw. Tempo. Die früheren, den Konsum unterstützenden Spareffekte von Ölpreiserückgängen laufen derzeit aus. Die Verbraucherpreise beginnen wieder stärker zu steigen. Damit werden reale Einkommenszuwächse der privaten Haushalte insgesamt abgebremst.

Die staatlichen Mehrausgaben für Flüchtlinge dürften in den kommenden Jahren leicht sinken, was mit dazu beitragen könnte, dass der fiskalische Expansionsgrad sukzessive abnimmt. Die Binnenwirtschaft wird auch deswegen möglicherweise an Schwung einbüßen.

Im Jahr 2016 hat sich die Binnennachfrage jedenfalls als Hauptstütze der Konjunktur erwiesen. Sie profitierte von der günstigen Arbeitsmarktlage und den steigenden Einkommen der privaten Haushalte.

Die Chancen und Risiken für das erwartete Wirtschaftswachstum erscheinen insgesamt ausgeglichen. Neben der Binnennachfrage wird das Wirtschaftswachstum auch vom Export getragen. Ob der Export im Jahr 2017 an Stärke gewinnen wird, ist derzeit nur unsicher zu beurteilen. Folgende drei Bedrohungen könnten die Exportchancen dämpfen:

1. die Auswirkungen des angekündigten Austritts des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union (Brexit);
2. die Verschiebung der Nachfrage in China bzw. das vergleichsweise geringe Wirtschaftswachstum in China sowie
3. die möglicherweise protektionistische Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten.

Regierungen, internationale Organisationen und Wirtschaftsforschungsinstitute versuchen regelmäßig, die konjunkturelle Entwicklung anhand verschiedener Annahmen möglichst genau vorherzusagen. Die meisten

Prognosen dieser Organisationseinheiten sagen ein Wirtschaftswachstum in der Bandbreite zwischen 1,2 % und 1,6 % für das Jahr 2017 voraus.

Angesichts der erhöhten Unwägbarkeiten hinsichtlich der internationalen Handelsperspektiven und –intensitäten darf es nicht verwundern, dass die exportorientierten Unternehmen in Bezug auf Unternehmensinvestitionen eine abwartende Haltung einnehmen.

Im Gegensatz zu den Unternehmensinvestitionen (die auch den Gewerbebau umfassen) weiteten sich die Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2016 deutlich aus und übertrafen die Erwartungen. Zur expansiven Grundtendenz beim Wohnungsbau tragen vor allem die günstigen Einkommensverhältnisse der privaten Haushalte sowie die niedrigen Finanzierungskosten bei. Für erhöhte Dynamik bei den Wohnungsbau-Investitionen könnte auch der Wohnungsbedarf auf Grund der Flüchtlingszuwanderung sorgen. Zunächst schätzen die Bauunternehmen ihre Geschäftslage als gut ein. Insgesamt dürfte der Wohnungsbau auch im Jahr 2017 die Konjunktur unterstützen. Impulse kommen auch noch von der nach wie vor kräftigen arbeitsmarktorientierten Zuwanderung.

Die staatlichen Investitionen dürften in 2017 stärker als das Bruttoinlandsprodukt wachsen. So plant der Bund höhere Ausgaben für die Infrastruktur und auch die Investitionsförderung des Bundes für finanzschwache Kommunen wird wahrscheinlich zunehmen. Vor allem aber dürfte die relativ gute Haushaltslage in vielen Ländern und Gemeinden (u. a. wegen stärkerer Entlastungen durch den Bund) nicht zuletzt im Wahljahr 2017 für vermehrte Investitionen genutzt werden.

Der Staatsverbrauch legte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 besonders stark zu. Dies hängt mit zusätzlichen Sachleistungen und Personalkosten im Zuge der Flüchtlingsmigration zusammen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit ging entgegen vielen ursprünglichen Annahmen weiter zurück. In 2017 und den Folgejahren dürften demografische und andere strukturelle Faktoren das Arbeitsangebot mindestens sektoral (weiter) verknappen. Die Anzahl der einheimischen Personen im erwerbsfähigen Alter geht bereits seit mehreren Jahren zurück – wie die Bundesbank berichtet. Dieser Prozess wird sich zukünftig noch verstärken. Bei einer anhaltenden Arbeitsnachfrage kann den dadurch bedingten Knappheiten prinzipiell durch erwerbsorientierte Zuwanderung sowie durch eine höhere Erwerbsbeteiligung Einheimischer entgegengewirkt werden. Die erwerbsorientierte Zuwanderung ist bereits auf einem hohen Niveau und speist sich in den letzten Jahren überwiegend aus Personen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten. Die Bundesbank erwartet, dass im Jahr 2017 die Erwerbsbeteiligung vor allem aus zwei Gründen ansteigen wird (z. B. wegen des Auslaufens der Einmaleffekte im Zusammenhang mit der abschlagsfreien Rente mit 63 für langjährig Versicherte). In den Folgejahren dürfte, so die Projektion der Deutschen Bundesbank, zum Tragen kommen, dass die Reserven in der einheimischen Bevölkerung schon in den vergangenen Jahrzehnten in erheblichem Maße aktiviert wurden. Insbesondere die Frauenerwerbsquote ist im internationalen Vergleich bereits recht hoch.

Die öffentlichen Finanzen profitierten von der günstigen Konjunktorentwicklung und den sinkenden Zinsausgaben. Diesen positiven Einflüssen steht eine expansive fiskalische Ausrichtung gegenüber.

Die Chancen und Risiken für das Wirtschaftswachstum erscheinen in der Gesamtschau weitgehend ausgeglichen. Mit Blick auf das schwieriger werdende außenwirtschaftliche Umfeld überwiegen allerdings die Abwärtsrisiken. Zudem besteht eine gewisse Gefahr, dass sich das Wachstum in China im Falle von Störungen im Finanzsystem oder eine Abwärtskorrektur auf dem Immobilienmarkt stärker verlangsamt. Außerdem besteht ein außenwirtschaftliches Risiko in einer möglichen Neuausrichtung der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik.

2. Regionalwirtschaftliche Entwicklung

Die Auswertung der jüngsten Konjunkturumfrage, die die Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen vorstellte, kann wie folgt zusammengefasst werden. Die Wirtschaft in der Region bleibt auf Wachstumskurs und startet überwiegend zuversichtlich in das neue Jahr. Die Lage der Betriebe ist seit mehr als 2 Jahren auf einem gleichbleibend hohen Niveau – berichtet die IHKGeschäftsführung.

Ein Rückgang ist in den vergangenen Monaten lt. IHK beim Exportgeschäft zu verzeichnen: Die Nachfrage aus dem Ausland konnte nicht mit der Konjunktur im Inland mithalten.

Auch oder gerade in der hiesigen Region herrscht in der Baubranche eine ausgezeichnete Stimmung. Die Hälfte aller befragten Baubetriebe berichtet von guten Geschäften. Kein einziges Unternehmen dieser Branche ist unzufrieden.

3. Situation am regionalen Arbeitsmarkt:

Der größte von den vor Ort befragten Unternehmen im Rahmen der vorgenannten Umfrage angegebene Risikofaktor besteht im Fachkräftemangel.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Arbeitslosenquoten der hiesigen Region.

	12/2016	12/2015
Deutschland	5,8%	6,1%
NRW	7,4%	7,7%
StädteRegion Aachen	7,6%	8,1%

Innerhalb der StädteRegion Aachen existieren erhebliche Unterschiede in den Arbeitslosenquoten:

	12/2016	12/2015
Aachen	8,2%	8,9%
Stolberg	8,8%	9,5%
Eschweiler	8,1%	9,3%
Alsdorf	6,9%	7,2%
Monschau	3,2%	2,9%

(Quelle: Agentur für Arbeit Aachen-Düren)

In den angrenzenden Kreisen, die näher an der prosperierenden Rheinschiene liegen, ist die Arbeitslosigkeit niedriger (Düren: 6,9 %, Heinsberg: 5,7 %) als in der StädteRegion.

4. Geschäftsverlauf

GWG-bezogene Wohnungsmarkt-Aussagen:

Steigende Baupreise und niedrige Zinsen führen bei der GWG nicht dazu, dass bei den Immobilienfinanzierungen weniger Eigenkapital je Projekt eingebracht wird. Dem Risiko einer steigenden finanziellen Zinsbelastung bei einer Anschlussfinanzierung wird durch zahlreiche Maßnahmen vorgebeugt. Die GWG legt großen Wert auf nachhaltige Finanzstabilität und unterlegt die Investitionen, die sie im Jahr 2016 und in den Folgejahren vornimmt, mindestens mit 30 % Liquidität aus eigenen Mitteln und ist auf langfristige Zinssicherungen jenseits der 10 Jahresgrenze ausgerichtet.

Der hiesige Wohnungsmarkt befindet sich zweifellos in einer dynamischen Phase, die neben der allgemeinen Sympathie für Betongeld auch von der „Euphorie“ um das Ende des RWTH-Campus-Projekts unterstützt wird. Die GWG ist im Jahr 2016 mit dieser Situation verantwortungsvoll umgegangen und orientiert ihr Handeln an dem Maßstab der Finanzstabilität und des nachhaltigen finanziellen Erfolges.

Unser operativer Fokus liegt auf der Bewirtschaftung und Entwicklung unseres Wohnungsbestandes. Mit unseren seniorengerechten Neubauvorhaben sind wir in einem wachsenden Markt aktiv, der durch die demografische Entwicklung unterstützt wird. Mit wertsteigernden Neubauten verbessern und verjüngen wir

unser Wohn- und Spezialimmobilien-Portfolio. Dabei konzentrieren wir uns auf klassische Wohnimmobilien. Im öffentlich geförderten Wohnungsbau werden wir schwerpunktmäßig Projekte entwickeln.

Bestandsentwicklung:

Wir verfügten über

	31.12.2016	31.12.2015
Häuser	123	122
Wohnungen	770	758
davon frei finanziert / preisgebunden	571 / 199	555 / 203
Garagen / Stellplätze	242 / 208	242 / 202
Wohnfläche	46.057 m ²	45.309 m ²
Gewerbereinheiten	14	14
Anzahl sonstiger Einheiten	10	10
Gewerbeflächen	3.453 m ²	3.453 m ²
Fläche sonstiger Einheiten	2.822 m ²	2.822 m ²

Der Wohnungsbestand liegt vollständig im Gebiet der StädteRegion Aachen.

5. Wirtschaftliche Lage

a) Erhaltung / Modernisierung

Im Rahmen der Bestandsbewirtschaftung bildet die bedarfsorientierte und marktgerechte Entwicklung des Wohnungsbestandes und der Wohnquartiere weiterhin den Schwerpunkt der Aktivitäten unseres Hauses.

Zur Sicherung der Vermietbarkeit des Bestandes wurden im Geschäftsjahr 2016 insgesamt für Instandhaltungsmaßnahmen T€ 549 (Vorjahr: T€ 522) ausgegeben.

b) Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2016 sind gegenüber dem Vorjahr um T€ 52 gestiegen und liegen damit über Vorjahresniveau. Allerdings sind darin enthalten 33 T€, die auf die Umgliederung von Positionen aus den sonstigen betrieblichen Erträgen im Rahmen des BilRUG zurückgehen.

Die laufenden Instandhaltungskosten betragen im Geschäftsjahr 2016 wie dargestellt T€ 549, zusammen mit den aktivierungsfähigen Sanierungsmaßnahmen (in der Größenordnung von ca. T€ 212) wurde insgesamt eine Summe von T€ 761 in den Werterhalt unserer Gebäude verausgabt. Die Summe der diesbezüglichen Ausgaben pro m² Wohnfläche und Jahr beträgt mithin: 16,80 €.

Unter Einbeziehung der Personal- und zugehörigen Sachkosten unserer Regiehandwerker ergibt sich ein Wert von 19,00 €/m²/Jahr für die Substanzverbesserung.

Im Personalvergütungsbereich haben wir auch in 2016 die variable, leistungsorientierte Vergütungskomponente im Bereich der Tarifangestellten zum Einsatz gebracht. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 11 T€ gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von 1,4 %.

Das Jahresergebnis 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 381.

c) Vergleich der GuV mit Wirtschaftsplan und Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die Ergebnisrechnung liegt um ca. T€ 66 über dem geplanten Wert. Dies liegt in erster Linie daran, dass die Erlösschmälerungen niedriger blieben, als erwartet (aber über dem Vorjahresniveau). Darüber hinaus wurde die Rückstellung für unterlassene Instandhaltung in Höhe von 18 T€ aufgelöst.

d) Vermögens- und Finanzlage

Im Rahmen unseres Finanzmanagements wurde sichergestellt, dass die GWG sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr sowie gegenüber den finanzierenden Banken jederzeit vertragsgerecht nachgekommen ist.

Darüber hinaus gilt es, Leistungs- und Zahlungsströme jetzt und in Zukunft so zu gestalten, dass neben der Finanzierung der Modernisierungsmaßnahmen gegebenenfalls auch Mittel für etwaige weitere Investitionen vorhanden sind bzw. generiert werden.

Die Vermögenslage der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2016 durch eine Steigerung des Anlagevermögens gekennzeichnet. Die übrigen Kennzahlen sind annähernd unverändert zum Vorjahr, wie die nachstehende Tabelle belegt:

	2016	2015	2014
Bilanzsumme T€	35.188	35.004	33.946
Anlagevermögen T€	30.932	30.476	30.087
Sachanlagen % zu Bilanzsumme	83,8	82,9	88,6
Eigenkapitalquote in %	33,3	32,4	32,2
Langfristige Fremdkapitalquote in %	61,0	61,8	61,5

6. Geschäftsergebnis, finanzielle Leistungsindikatoren

Insgesamt haben wir im Geschäftsjahr 2016 ein Jahresergebnis von T€ 381 erwirtschaftet (gegenüber T€ 401 in 2015).

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung des Unternehmens insgesamt als stabil zu beurteilen. Die Einstellung des Jahresergebnisses in die Rücklagen wird die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft weiter stärken.

Für die Gesellschaft sind die nachfolgenden finanziellen Leistungsindikatoren wesentliche Steuerungsinstrumente. Diese haben sich in den letzten vier Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

	2016	2015	2014	2013
Umsatzerlöse T€	4.690	4.637	4.395	4.254
Eigenkapital T€	11.708	11.327	10.926	10.526
Eigenkapitalquote	33,3%	32,4%	32,2%	30,7%
Eigenkapitalrentabilität	3,8%	3,7%	3,7%	11,4%
Fluktuationsquote	10,4%	13,3%	10,3%	19,0%
Leerstandsquote länger als 3 Monate	0,1%	0,3%	0,4%	0,3%
Erlösschmälerungen Sollmieten	2,4%	1,6%	1,7%	2,6%

Das zeigt, dass wir im Umsatz erneut einen Schritt nach vorne gemacht haben.

III. Chancen- und Risikobericht:

1. Risikobericht

Branchenspezifische Risiken:

Sollte sich die Konjunktur abschwächen oder sollten gesamtwirtschaftliche bzw. weltwirtschaftliche Verwerfungen entstehen, kann dies die wirtschaftliche Situation unserer aktuellen und potenziellen Mieter und die Nachfrage nach unseren Wohnungsangeboten negativ beeinflussen. Daraus können sich für uns Umsatz- und Ergebnisrisiken entwickeln. Voraussetzung für zukünftige wirtschaftliche Erfolge ist, dass beispielsweise die Gesamtbevölkerung sowie die Arbeitslosenquote in der Region sich nicht nennenswert von der heutigen Situation unterscheiden. Außerdem können sich (unplanmäßige) Kostensteigerungen bei zukünftigen Neubauvorhaben als Belastungsfaktoren für zukünftige Ergebnisrechnungen herausstellen.

Ertragsorientierte Risiken:

Überkapazitäten am hiesigen Wohnungsmarkt sind derzeit noch nicht zu erkennen, obwohl allerorten Neubauten entstehen. Die Folge wäre ein Verdrängungswettbewerb mit den daraus resultierenden Konsequenzen für die Erlöse und Erträge. Wir gehen davon aus, dass unsere Wohnungen weiterhin Gegenstand der Nachfrage sein werden. Schließlich sind wir im Neubaubereich überdurchschnittlich für den demografischen Wandel aufgestellt. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird stetig zunehmen. In diesem Kontext reduzieren wir den Anteil von Wohnungen, die nicht barrierefrei sind. Allerdings ist festzuhalten, dass sich möglicherweise Ertragsrisiken daraus ergeben, dass zwar eine Nachfrage nach unseren Seniorenwohnbauprodukten vorhanden ist, die Mietinteressenten aber finanziell nicht in der Lage sind, uns eine kostendeckende Miete zu zahlen (Stichwort: Altersarmut). Die Einkommensverhältnisse in der Region sind stark unterschiedlich und insgesamt unter Landesdurchschnitt.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalausstattung unseres Unternehmens sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

Währungsrisiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen könnten, sind nicht vorhanden, da die Gesellschaft nicht in Fremdwährungen refinanziert ist.

Die Liquiditätslage ist vollkommen zufriedenstellend; es sind keine Engpässe zu erwarten. Die Gesellschaft hat das derzeit niedrige Zinsniveau genutzt, um für Verbindlichkeiten, die in Zeiträumen, die man mit Forward-Konditionen abdecken kann, mit Zinssicherheit zu versehen. Somit hat sich die Gesellschaft gegen

Zinssteigerungsrisiken im Rahmen des Möglichen gewappnet. Im Neubaubereich unterlegt die Gesellschaft ihre Investitionen stets mit einer konservativen Eigenmittelausstattung. Gleichwohl besteht das Restrisiko, dass die Kreditinstitute der Gesellschaft bei einem Neubauvorhaben keine neuen Kredite gewähren würden. Dies würde sich auf das Neubaugeschäft retardierend auswirken.

Die Gesellschaft verfügt über ein Kundenportfolio, das in Bezug auf Rückstände permanent der Beobachtung bedarf.

Verbindlichkeiten werden von der Gesellschaft stets innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt, hier ist kein Risiko zu erkennen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Bedrohungen jeglicher Art. Beim Management von Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiken wird für jedes Neubauprojekt ein separater Liquiditätsplan erstellt, der dem Aufsichtsrat bzw. den Gremien einen Überblick über die Geldaus- und -einzüge vermittelt.

Soweit Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen mit der gebotenen kaufmännischen Vorsicht vorgenommen. Das Mahnwesen setzt niederschwellig und früh ein und ist konsequent.

2. Chancenbericht:

Bei der Beschaffung von Bauleistungen sehen wir noch keine Engpässe. Aufgrund der bisher vorliegenden Ergebnisse können wir darauf verweisen, dass sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Baunebengewerbe bis dato noch eine knapp ausreichende Anzahl von Anbietern vorhanden ist, die einen interessierten Preis bei den Ausschreibungen abgeben. Im Bereich der Refinanzierungen stehen uns im Regelfall mehrere Kreditinstitute zur Verfügung. Insofern bestehen beidseits keine Engpässe.

Dem Wettbewerb am Vermietungsmarkt werden wir weiterhin durch Erfahrung, Flexibilität und ein definiertes Maß an Qualität begegnen. Außerdem ist die Preissetzung der GWG nicht so ausgerichtet, dass die GWG an der Preisspitze des jeweiligen Marktsegmentes steht.

Der Angebotsmix in Bezug auf Standorte und Qualitäten ist groß.

3. Gesamtaussage:

Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir im Sanierungsbedarf unserer Bestände. Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Solidität sehen wir uns für die Bewältigung der künftig eintretenden Risiken gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar. Die GWG erachtet es insgesamt als wichtig, verantwortungsvoll mit den vorgenannten Chancen und Risiken umzugehen. Die GWG untersucht insbesondere ihr Portfolio ständig darauf, ob es zukunftsfähig ist und ob es qualitativ und quantitativ den Anforderungen unserer aktuellen und potenziellen Kunden entspricht. Wo die Rentabilität der Sanierung ungewiss ist, stellt die Veräußerung angesichts der derzeitigen Nachfrage nach Immobilien eine Alternative dar. Der Wohnungsmarkt in der Region entwickelt sich insgesamt zufriedenstellend (mit gewissen regionalen Unterschieden). Die Chancen und Risiken der Wohnungsbaugesellschaft können allerdings nur im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der Region in Bezug auf Wachstum, Einkommen und Beschäftigung gelten. Risiken ergeben sich aus der Finanzlast, die die GWG zu tragen hat. Bei einer Fremdkapitalquote von 70 % würden sich nachhaltige Zinssteigerungen für Wohnungsbaukredite im Ergebnis der GWG langfristig bemerkbar machen. Dementsprechend ist die Gesellschaft bemüht, dieses Risiko zu minimieren. Die Mietzahlungswilligkeit der Kunden gilt es stets zu beobachten, die Mietzahlungsfähigkeit gilt es, frühzeitig zu analysieren.

IV. Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten:

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen,

Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Gesellschaft hat im Jahr 2007 Darlehen über T€ 917 bzw. T€ 758 mit einer Laufzeit von 20 Jahren (31.05.2027 und 31.08.2027) abgeschlossen und diese mit einer Doppelswap- Konstruktion unterlegt. Die Darlehenszinssätze bemessen sich nach dem 6-Monats-Euribor zuzüglich Kreditmarge.

Zur Sicherung der Risiken aus dem variablen Zins werden Festzinssätze von 4,53% p.a. bzw. 4,49% p.a. (Sicherungsgeschäft) gegen einen 6-Monats-Euribor (Grundgeschäft) geswapt. Die Sicherungsgeschäfte zu den beiden Darlehen haben jeweils Laufzeiten bis zum 31.05.2027 bzw. bis zum 31.08.2027. Die Bezugsbeträge entwickeln sich dabei entsprechend den Darlehensständen. Es handelt sich hier um einen Cashflow-Hedge, der als 100% wirksam zur Absicherung der Risiken aus der variablen Verzinsung der Darlehen anzusehen ist. Gem. Mitteilung der Banken beträgt der beizulegende Zeitwert zum 31.12.2016 - losgelöst vom Grundgeschäft der Darlehen -211 T€. Den Vereinbarungen liegt insgesamt ein Nominalwert von 1.675 T€ zugrunde. Auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung konnte vor dem Hintergrund der Anwendung des § 254 HGB verzichtet werden. Die Zinssicherungsgeschäfte (Zinsswaps) werden in der Bilanz nicht erfasst (Einfrierungsmethode).

V. Prognosebericht

Um die positive Weiterentwicklung des Unternehmens zu unterstützen, werden wir uns in Zukunft unverändert um folgende Themen schwerpunktmäßig kümmern:

- a) Halten unserer bestehenden Mieter
- b) Akquisition neuer Mieter (da unsere Fluktuationsquote konstant oberhalb von 10 % liegt)
- c) Akquisition von Grundstücken für neue Baumaßnahmen, um das Portfolio zu optimieren
- d) öffentlich geförderter Wohnungsbau

Voraussetzung für die unter a) und b) genannten Aspekte ist, dass wir unsere Wohnbestände qualitativ auf einem Niveau halten, das von Kunden als attraktiv vom Preis-Leistungs-Verhältnis angesehen wird.

Insgesamt sind keine wesentlichen Änderungen in unserer Geschäftspolitik notwendig. Die stabilen Ergebnisse der letzten Jahre sind uns eine Bestätigung.

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung der GWG positiv. Die gesamtwirtschaftlichen und regionalwirtschaftlichen Trends geben uns eine Zuversicht, dass wir auch in den nächsten Jahren über gute Auslastungszahlen verfügen könnten. Die Nachfrage nach Wohnraum in der Region ist unverändert auf einem erfreulichen Niveau. In unserer Planung gegen wir von einer moderaten Umsatzsteigerung im Zeitablauf aus. Insgesamt erwarten wir, dass aufgrund der Fertigstellung weiterer Neubaumaßnahmen die Mietumsätze insgesamt steigen werden. Das Jahresergebnis 2017 erwarten wir operativ im Korridor der Werte, die in den letzten Jahren erzielt wurden. Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Dank an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berichtsjahr 2016:

Im Berichtsjahr 2016 ist von den GWG-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wieder ein wesentlicher Erfolgsbeitrag geleistet worden. Für das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das letztlich zu dem guten wirtschaftlichen Ergebnis geführt hat, bedankt sich die Geschäftsführung bei allen Beteiligten – auch oder gerade im Namen der Gremien und der Eigentümer.

Personal

Die Anzahl der Mitarbeiter der GWG beträgt insgesamt: 29

Anzahl der weiblichen Mitarbeiter: 10

Anzahl der männlichen Mitarbeiter: 19

Die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes NRW werden beachtet.

Würselen, den 21.06.2017

Prof. Dr. Axel Thomas
(Geschäftsführer)

Alsdorfer Bauland GmbH, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	Alsdorfer Bauland GmbH, Alsdorf
Sitz	Hubertusstraße 17 52477 Alsdorf
E-Mail	info@alsdorf.de
Homepage	www.alsdorf.de
Rechtsform	GmbH
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 10.01.2007
Geschäftsführung und Vertretung	Michael Hafers, Alsdorf Dietmar Röhrig, Aachen
Gremien	Gesellschafterversammlung
Stammkapital	26.000 €
Anteil der Stadt in €	13.000 €

Gesellschafter

Stadt Alsdorf
50,000%
Sparkasse Aachen
50,000%

Wesentliche Beteiligungen

Keine

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Bauflächen in Alsdorf.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck der Alsdorfer Bauland GmbH ist dadurch gegeben, dass diese junge Gesellschaft sich zur Aufgabe gemacht hat, mit der Herrichtung von Bauflächen zusätzlichen Wohnraum für die Bevölkerung zu schaffen.

Die Gesellschaft liefert in ihren Anfängen schon einen Jahresüberschuss, aus dem ein gewisser Anteil in den städtischen Haushalt fließt.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	1.604,00	3.542,00	0,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	35.288,96	1.464.956,44	1.021.335,52
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	47.973,00	439,87	60.520,05
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	774.306,73	1.274.505,14	529.649,60
	859.172,69	2.743.443,45	1.611.505,17

Passivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00	26.000,00
I.I nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	-13.000,00	-13.000,00	-13.000,00
II. Gewinnvortrag	25.448,45	9.602,96	31.597,70
III. Jahresüberschuss	299.654,60	115.845,49	18.005,26
B. Rückstellungen	102.914,48	54.474,26	9.998,49
C. Verbindlichkeiten	418.155,34	2.550.520,74	1.538.903,72
	859.172,87	2.743.443,45	1.611.505,17

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Umsatzerlöse	1.689.560,00	1.302.054,83	513.882,82
Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1.223.007,86	443.620,92	492.550,38
Gesamtleistung	466.552,14	1.745.675,75	1.006.433,20
sonstige betriebliche Erträge	14.812,59	160,82	715,10
Materialaufwand	0,00	1.532.162,44	944.328,48
Personalaufwand	7.298,90	7.563,36	7.008,36
Abschreibungen	1.484,00	914,19	543,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	24.013,68	31.942,10	26.451,33
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	936,17	16,91	107,91
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.267,10	0,00	2.002,01
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	148.582,62	57.425,90	8.917,77
Jahresüberschuss	299.654,60	115.845,49	18.005,26
Kennzahlen	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
<i>Eigenkapitalquote</i>	39,35%	5,05%	3,88%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Bedarfsfalle müssten bei entsprechenden Gesellschafterbeschlüssen nach gesetzlichen Vorschriften Darlehen, ggfls. auch Zuschüsse geleistet werden, soweit Eigenmittel der GmbH nicht ausreichen.

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt.
Der Gewinn betrug für:

a) 2014	16.835,00 €
b) 2015	42.087,50 €
c) 2016	105.218,75 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2014	129,50 %
b) 2015	323,75 %
c) 2016	809,38 %

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 19.03.2015) Frau Techn. Beigeordnete Susanne Lo Cicero-Marenberg (seit dem 19.03.2015)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Heinrich Plum (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Detlef Loosz (seit dem 25.06.2014)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Franz Brandt (seit dem 25.06.2014)
GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Wirtz (seit dem 25.06.2014)

Lagebericht zur Bilanz zum 31.12.2016

Alsdorfer Bauland GmbH
Alsdorf

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft beschäftigt sich mit dem Erwerb, der Durchführung von Erschließungsmaßnahmen sowie der Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten im Rahmen dieser Betätigung im Gebiet der Stadt Alsdorf.

Die Gesellschaft wurde Anfang 2007 mit einem Stammkapital in Höhe von 26.000,00 € gegründet. Im Jahr 2007 wurde das erste Erschließungsgelände Müschekamp mit einer Gesamtnettobaufläche von ca. 29.000 qm, aufgeteilt in 68 Grundstücke, erworben und in den Jahren 2007 und 2008 erschlossen. Die vollständige Vermarktung und der Endausbau wurden im Jahr 2015 abgeschlossen.

Ende 2012 wurde ein Grundstück im Stadtteil Busch (Alte Aachener Straße) erworben. In diesem Baugebiet ist eine Nettobaufläche von 7.640 qm, aufgeteilt in 18 Grundstücke, entstanden. Bis zum Ende des Jahres 2014 wurden auch in diesem Baugebiet die verbliebenen Grundstücke vermarktet. Der Endausbau ist im Jahr 2016 vollständig abgeschlossen worden.

Im Jahre 2014 wurde das Grundstück für das neue Plangebiet Alfred-Brehm-Straße im Stadtteil Ofden mit einer Bruttofläche von ca. 18.500 qm erworben. In diesem Baugebiet sind 34 Grundstücke mit einer Nettobaufläche von 14.944 qm entstanden. Bis zum Ende des Berichtsjahres wurden hiervon 33 Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 14.691 qm veräußert. Das letzte Grundstück wurde mit notarieller Urkunde vom 02.01.2017 vermarktet. Der Endausbau ist für das Jahr 2017 geplant.

Somit hat die Gesellschaft in den Jahren seit Ihrer Gründung Nettobauflächen von insgesamt ca. 33.000 qm (90 Grundstücke) erschlossen und erfolgreich vermarktet.

Des Weiteren wurden in den Jahren 2014 und 2016 Treuhändererschließungsverträge mit der Stadt Alsdorf abgeschlossen. Durch diese Verträge verpflichtete sich die Alsdorfer Bauland GmbH treuhänderisch im eigenen Namen die im Besitze der Stadt Alsdorf stehenden Grundstücke zu erschließen und zu vermarkten. Dabei geht die Alsdorfer Bauland GmbH mit den Erschließungskosten in Vorleistung. Diese werden von der Stadt Alsdorf erstattet. Für diese Treuhändertätigkeit erhält die Gesellschaft ein Treuhänderhonorar. Sämtliche Grundstücke des Baugebietes Franz-Engländer-Straße wurden in den Jahren 2014 und 2015 vermarktet und das Treuhandverhältnis wurde abgerechnet und beendet.

Die Erschließung und die Vermarktung des zweiten treuhänderisch zu erschließenden Baugebietes Am Klötgen werden im Jahr 2017 erfolgen.

II. Darstellung der Lage

Als größter Posten auf der Aktivseite der Bilanz werden Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 774.306,73 € (90,12%) ausgewiesen. Forderungen gegen die Stadt Alsdorf aus zu erstattenden Planungs- und Erschließungsleistungen belaufen sich auf 47.950,22 € (5,58%). Im Umlaufvermögen wird das letzte Grundstück des Baugebietes Alfred-Brehm-Straße ausgewiesen (35.288,96 €, 4,11%).

Die Passivseite wird im Wesentlichen durch die Verbindlichkeiten für den Endausbau Alfred-Brehm-Straße in Höhe von 417.645,18 € strukturiert (48,61 %). Steuerrückstellungen wurden in Höhe von 91.154,48 € passiviert.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben. Die Gesellschaft weist zum Ende des Jahres 2016 ein buchmäßiges Eigenkapital in Höhe von 338.103,05 € aus (Eigenkapitalquote 39,35%). Im Jahr 2016 erfolgte eine Gewinnausschüttung an die Gesellschafter in Höhe von 80.000,00 €.

III. Voraussichtliche Entwicklung, Risiken und Chancen

Im Jahre 2017 soll der Endausbau des Baugebietes Alfred-Brehm-Straße in Ofden abgeschlossen werden. Des Weiteren soll die Realisierbarkeit des Baugebietes „Am Weiher“ in Alsdorf-Ofden geprüft werden. Hierzu wurde im Jahr 2015 ein Optionsvertrag mit der Stadt Alsdorf über den Erwerb der Flächen geschlossen. Erste Erkundungen wurden bereits im Jahr 2016 durchgeführt und von der Gesellschaft bezahlt. Durch den Optionsvertrag verpflichtet sich die Stadt Alsdorf bei Nichterwerb diese Kosten zu erstatten.

Die gute Lage Alsdorfs, der Wunsch des Menschen nach Wohneigentum, steigende Mieten sowie das zur Zeit sehr niedrige Zinsniveau sprechen für positive Chancen bei der Vermarktung von Wohnbaugrundstücken. Auf Grund der moderaten Kaufpreisgestaltung und der Kinderrabatte sind die Baugebiete insbesondere für junge Familien interessant. Zudem stellt Immobilieneigentum eine wertstabile Alternative zum turbulenten Aktienmarkt dar.

Durch die zeitlich länger andauernde Veräußerungsphase der Grundstücke besteht das Risiko, dass nicht alle Grundstücke zeitnah verkauft werden können. Diesem Risiko wird mittels einer entsprechenden Reserve in der Projektkalkulation Rechnung getragen.

Die erfolgreiche Vermarktung der Baugebiete soll die Gesellschaft in die finanzielle Lage versetzen, weitere Projekte zu planen und zu vermarkten.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird auf Grund der geplanten Erschließungsphase durch die Einnahmen aus dem Treuhandverhältnis mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet.

IV. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich im laufenden Geschäftsjahr nicht ergeben.

Grund- und Stadtentwicklung GmbH Alsdorf, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	Grund- und Stadtentwicklung GmbH Alsdorf	Gesellschafter
Sitz	Burgstraße 17 52477 Alsdorf	Stadt Alsdorf 100,000%
E-Mail	info@stadtentwicklung-alsdorf.de	
Homepage	www.stadtentwicklung-alsdorf.de	Wesentliche Beteiligungen
Rechtsform	GmbH	Keine
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 23.07.2010	
Geschäftsführer	Michael Hafers Kathrin Koppe	
Gremien	Gesellschafterversammlung	
Stammkapital	25.000 €	
Anteil der Stadt in €	25.000 €	

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten des Städtebaus und der Infrastruktur. Sie kann Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten errichten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Ferner ist die Gesellschaft berechtigt, Tochterunternehmen zu gründen, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die GSG Grund- und Stadtentwicklung GmbH ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Stadt Alsdorf. Seit ihrer Gründung am 23.07.2010 führt sie Dienstleistungen für die Stadt Alsdorf in den Bereichen Grundstücks- und Stadtentwicklung sowie städt. Gebäudewirtschaft aus.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage
Bilanz

Aktivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.225,00	4.086,00	3.633,00
II. Sachanlagen	42.076.150,61	26.746.117,77	10.115.792,33
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	171.843,66	73.462,95	1.442,97
I. Forderungen	308.598,38	499.901,94	464.864,32
II. Kassenbestand	7.300.817,32	13.205.576,45	4.899.124,76
C. Rechnungsabgrenzungsposten	31.697,28	21.373,05	35.581,18
	49.893.332,25	40.550.518,16	15.520.438,56
Passivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	5.251.560,00	5.251.560,00	5.251.560,00
III. Gewinnrücklage			
1. satzungsmäßige Rücklagen	12.500,00	12.500,00	12.500,00
IV. Verlustvortrag	-62.100,11	145.752,88	126.779,57
V. Jahresüberschuss	-70.574,82	-207.852,99	18.973,31
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	13.117.196,23	6.563.482,57	2.414.146,82
C. Rückstellungen	105.247,85	148.076,90	207.980,78
D. Verbindlichkeiten	31.514.503,10	28.611.998,80	7.463.498,08
	49.893.332,25	40.550.518,16	15.520.438,56

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Umsatzerlöse	2.443.059,24	2.237.597,86	2.302.929,88
Erhöhung des Bestands in Ausführung befindlicher Aufträge	99.241,77	72.601,89	
Andere aktivierte Eigenleistungen	114.175,18	249.437,22	240.982,18
sonstige betriebliche Erträge	11.839,07	20.668,25	3.205,77
Materialaufwand	68.344,62	52.325,19	
Personalaufwand	1.935.849,44	1.928.510,10	1.812.636,51
Abschreibungen	114.594,67	112.809,09	118.498,59
sonstige betriebliche Aufwendungen	609.425,64	567.903,33	580.825,53
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	928,73	1.288,52	58,31
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.074,84	130.043,30	534,24
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-5.479,00	11.472,38
Ergebnis nach Steuern	-67.045,22	-204.518,27	23.208,89
Sonstige Steuern	3.529,60	3.334,72	4.235,58
Erträge aus Gesellschafterzuschüssen			
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-70.574,82	-207.852,99	18.973,31

Kennzahlen	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
Eigenkapitalrentabilität	0,00%	0,00%	0,27%
Umsatzrentabilität	0,00%	0,00%	0,75%
Anlagenintensität	84,34%	65,97%	65,20%
Eigenkapitalquote	27,42%	23,40%	45,12%
Verschuldungsgrad	262,62%	327,17%	121,59%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Geschäftsjahr 2012 hat die Gesellschaft den Unterhalt der Friedhöfe und dazugehörigen Flächen sowie Trauerhallen für die Stadt Alsdorf übernommen. Die Gesellschaft verpflichtete sich in einem entsprechenden Handlungsrahmen zur Verwaltung der städtischen Friedhöfe im Namen und für Rechnung der Stadt Alsdorf. Die Trauerhallen hingegen werden im eigenen Namen und auf Rechnung der Gesellschaft betreut. Im Jahr 2012 übernahm die Gesellschaft die Bewirtschaftung und bauliche Unterhaltung aller restlichen städtischen Immobilien, die bis dahin noch durch andere Gesellschaften ausgeführt wurde.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 25.06.2014) Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Krämer (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Konrad Krämer (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Detlef Loosz (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Marc Schlösser (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Marcel Gandelheidt (seit dem 25.06.2014)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Franz Brandt (seit dem 25.06.2014)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Wilfried Maul (seit dem 25.06.2014)
CDU-Fraktion:	Hubert Lothmann (seit dem 15.12.2015)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Dirk Schaffrath (seit dem 15.12.2015)
GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich (seit dem 25.06.2014)
GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Wirtz (seit dem 25.06.2014)

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

I. Grundlagen des Unternehmens

I.1 Geschäftsmodell

Die Gesellschaft wurde mit notarieller Urkunde vom 23.07.2011 mit der Urkunden Nummer 1134 in 2010 gegründet. Nach Einzahlung der Stammkapitaleinlage von 25.000 € erfolgte die Eintragung in das Handelsregister beim Amtsgericht Aachen auf dem Registerblatt HRB 16410 zum 27.09.2011.

Die Gesellschaft dient dem Zweck, Dienstleistungen für ihre Gesellschafterin, die Stadt Alsdorf, bereitzustellen.

Die ihr übertragenen Aufgaben erfüllt die Gesellschaft überwiegend treuhänderisch, d. h. im Namen und auf Rechnung der Stadt Alsdorf. Zusätzlich finanziert und errichtet die Gesellschaft in eigenem Namen für die Stadt Alsdorf im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ das Kultur- und Bildungszentrum auf dem Annagelände.

II. Wirtschaftsbericht

II.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Jahr 2016 war die konjunkturelle Lage in Deutschland durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,9 % höher als im Vorjahr. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP in einer ähnlichen Größenordnung gewachsen: 2015 um 1,7 % und 2014 um 1,6 %. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 einen halben Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von + 1,4 % lag.

Ausschlaggebend für die positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahr 2016 war die inländische Verwendung: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 2,0 % höher als ein Jahr zuvor. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen mit + 4,2 % sogar noch deutlich stärker. Dieser kräftige Anstieg ist unter anderem auf die hohe Zuwanderung von Schutzsuchenden und die daraus resultierenden Kosten zurückzuführen. Insgesamt legten die Konsumausgaben um 2,5 % zu und waren auch im Jahr 2016 die größte, jedoch nicht die einzige Stütze des deutschen Wirtschaftswachstums. Auch die Investitionen trugen ihren Teil dazu bei: Die preisbereinigten Bauinvestitionen stiegen im Jahr 2016 kräftig um 3,1 %, was vor allem an höheren Investitionen für Wohnbauten lag.

Die staatlichen Haushalte waren im Jahr 2016 weiter auf Konsolidierungskurs: Der Staatssektor – dazu gehören Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen – beendete das Jahr nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsüberschuss in Höhe von 19,2 Milliarden Euro.

Das Land Nordrhein-Westfalen kam dank höherer Steuereinnahmen und Minderausgaben im Jahr 2016 nach vorläufigen Zahlen ohne neue Schulden aus – erstmals seit dem Jahr 1973. Geplant war eine Nettoneuverschuldung von 1,8 Milliarden Euro, doch dank Steuermehreinnahmen und geringeren Ausgaben konnte das Land einen Überschuss von 217 Millionen Euro erwirtschaften. Der Betrag soll vollständig zur Schuldentilgung genutzt werden.

II.2 Lage und Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

a) Ertragslage

Die Gebäudebewirtschaftung für die Stadt Alsdorf umfasst 33 Objekte.

Die Verwaltung der städtischen Spielplätze umfasst 40 Einzelobjekte, die über das gesamte Stadtgebiet zu betreuen sind.

Die Bewirtschaftung der 7 städtischen Friedhöfe und der 8 städtischen Friedhofshallen wurden der Gesellschaft mit Handlungsrahmen von 29.02.2012 übertragen. Die Bewirtschaftung des Friedhofes Hoengen erfolgt derzeit noch durch ein von der Stadt Alsdorf beauftragtes externes Gartenbauunternehmen.

Die im Jahresabschluss 2016 gezeigten Umsätze verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Aufgabenfelder:

	Umsatz		Umsatz	
	2016	2015	2016	2015
	EUR	EUR	%	%
Gebäude	1.652.705	1.420.300	63%	63%
Spielplätze	238.533	221.342	10%	10%
Friedhöfe	504.593	550.359	25%	25%
Sonstige	47.228	45.597	2%	2%
Gesamt:	2.443.059	2.237.598	100%	100%

Die Gesellschaft erhält für ihre Dienstleistungen eine Vergütung auf der Basis der Selbstkosten. Der Selbstkostenerstattungspreis wird nach der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen und der „Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten (LSP)“ in der jeweils gültigen Fassung ermittelt. Zuzüglich erhält die Gesellschaft einen Gewinnaufschlag von 2%. Aus den der Gesellschaft übertragenen Dienstleistungen für die Stadt Alsdorf entsteht somit kein besonderes Geschäftsrisiko.

Insgesamt ist das Jahresergebnis um 137 TEUR gegenüber dem Vorjahr verbessert und beträgt im Geschäftsjahr 2016 -71 TEUR. Das Jahresergebnis liegt rd. 65 TEUR unter dem für 2016 erwarteten Jahresergebnis.

Als Gründe für das vom Wirtschaftsplan abweichende Jahresergebnis sind insbesondere folgende Aspekte zu nennen:

Das Kerngeschäft der Gesellschaft besteht seit ihrer Gründung darin, das Kultur- und Bildungszentrum auf dem Annagelände zu errichten und künftig zu betreiben.

Bereits im Geschäftsjahr 2015 mussten die Herstellungskosten der Gesamtmaßnahme von rd. 40,3 Mio. € um 4,9 Mio. € auf dann 45,2 Mio. € angehoben werden. Grund hierfür waren nicht vorsehbare, statisch-konstruktive zusätzliche Herrichtungsmaßnahmen zur Ertüchtigung und Sanierung der Kraftzentrale.

Neben der Erhöhung des Kostenrahmens musste der Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Kraftzentrale um ein Jahr verschoben werden und sollte erst zu Beginn des Schuljahres 2017/2018 zur Verfügung stehen. Die Errichtung des Neubaus für Gymnasium, Realschule und Sporthalle lag zu diesem Zeitpunkt im Termin- und Kostenrahmen.

Am 30. Mai 2016 verursachte eine defekte Trinkwasserleitung im Neubau einen Wasserschaden. Große Teile des bereits fertiggestellten Innenbereiches des Neubaus mussten zurückgebaut und erneuert werden. Die Gesamtkosten zur Wiederherstellung des Gebäudes belaufen sich nach einer ersten Kostenschätzung auf 4,5 Mio. €. Diese Kosten werden durch die Bauwesenversicherung der Gesellschaft getragen. Der Zeitpunkt der Fertigstellung der Immobilie verlängert sich dadurch um ein Jahr.

Somit konnte die Inbetriebnahme des Kultur- und Bildungszentrums nicht wie geplant, zum Schuljahr 2016/2017, erfolgen. Auf Grund der eingetretenen Bauzeitverlängerung mussten die Zinsaufwendungen, die sich auf den (längeren) Zeitraum der Herstellung beziehen, entsprechend der Bewertungsstetigkeit und abweichend vom Planansatz, aktiviert werden. Demgegenüber konnten die geplanten Umsatzerlöse aus der Vermietung nicht realisiert werden sowie keine Abschreibungen berücksichtigt werden. Insgesamt war das Spartenergebnis hierdurch um rd. 95 TEUR besser.

Demgegenüber schloss der Bereich „Gebäudebewirtschaftung“ u.a. durch die Bauzeitverlängerung rd. 12 TEUR schlechter ab. Die Sparten „Friedhofsbewirtschaftung“ und „Sonstige Projekte“ schlossen rd. 7 TEUR bzw. 11 TEUR schlechter ab als geplant. Als Gründe hierfür sind im Wesentlichen Zielabweichungen bei den realisierten Umsatzerlösen zu nennen.

Die sonstigen Sparten entwickelten sich wie ursprünglich geplant.

b) Finanzlage

Die nachfolgende Kapitalflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

Bezeichnung	kumuliert 2016 in TEUR	kumuliert 2015 in TEUR
Jahresüberschuss	-71	-208
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	115	113
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-43	-60
Auflösung des Sonderpostens	-3	-2
Zunahme/Abnahme der Vorräte	-98	-72
Zunahme/Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	165	-47
Zunahme/Abnahme der sonstigen Vermögens- gegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	16	25
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-447	-361
Zunahme/Abnahme der erhaltenen Anzahlungen	109	76
Zunahme/Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	-505	-1.970
Laufende Geschäftstätigkeit	-762	-2.506
Anlagenabgänge zu Buchwert	8	1
Auszahlung für Investitionen in das SachAV	-15.452	-16.740
Auszahlung für Investitionen in das immaterielle AV	-3	-4
Zunahme Sonderposten	6.557	4.151
Zunahme/Abnahme noch nicht verwendeter Zuschüsse	-3.327	1.312
Investitionstätigkeit	-12.217	-11.280
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	7.614	22.096
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-540	-3
Finanzierungstätigkeit	7.074	22.093
Liquide Mittel am Anfang der Periode	13.206	4.899
Zahlungswirksam Veränderungen	-5.905	8.307
Liquide Mittel am Ende der Periode	7.301	13.206

Im Februar 2009 hat der Rat der Stadt Alsdorf den Grundsatzbeschluss zur Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums auf dem Annagelände gefasst und die städtische Gesellschaft, die GSG Grund- und Stadtentwicklung GmbH, mit Schreiben vom 01.12.2011, mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt. Die GSG errichtet und finanziert das Bauvorhaben im eigenen Namen und auf eigene Rechnung.

Die Liquiditätsplanung und damit auch die Finanzlage der Gesellschaft stehen daher in unmittelbarem Zusammenhang mit der Kostenentwicklung für die Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums auf dem Annagelände.

Nach der Kostenberechnung zum Stichtag 20.11.2013 waren Investitionskosten von 40,3 Mio. € ursprünglich veranschlagt. Aufgrund von statisch-konstruktiven, nicht vorhersehbaren zusätzlichen

Herrichtungsmaßnahmen wurde das Budget mit Beschluss des Rates vom 05.11.2015 um rd. 4,9 Mio. € auf 45,2 Mio. € angepasst.

Eine durch die Gesellschaft mit Unterstützung des Projektsteuerers Ernst & Young vorgenommene Schlussrechnungsprognose zeigte im Oktober 2016, dass für die endgültige Fertigstellung der Investitionsmaßnahme weitere zusätzliche Finanzmittel von rd. 11,755 Mio.€ erforderlich sind. Die Herstellungskosten zur Errichtung des KuBiZ wurden daher nach Beschluss des Rates vom 06.12.2016 auf insgesamt rd. 57 Mio. € erhöht.

Bereits zur Finanzierung des Investitionsbedarfes 2013 musste die Gesellschaft Kreditmittel in Anspruch nehmen. Die Gesellschaft konnte dabei auf Bankdarlehen in Höhe von 24,7 Mio. € zurückgreifen. Die Besicherung der Kreditmittel erfolgt:

1. mit einer Ausfallbürgschaft durch die Stadt Alsdorf in Darlehenshöhe,
2. durch die Bereitstellung einer erstrangigen Buchgrundschuld von 24.700 TEUR auf dem Objekt KuBiZ,
3. durch Abtretung der Mietforderungen gegen die Stadt Alsdorf an den Kreditgeber,
4. durch die Verpfändung vom Guthaben auf dem Tagesgeldkonto.

Auch die Finanzierung der zusätzlichen Investitionsbedarfe ist durch die Gesellschaft sicherzustellen.

Mit Beschluss vom 09.12.2015 hat die Gesellschafterversammlung die Geschäftsführung ermächtigt, zur weiteren Finanzierung der Baukosten für das KuBiZ mit der Stadt als Gesellschafterin einen Darlehensvertrag über insgesamt 4.914.000 EUR abzuschließen. Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 15.12.2015 der Gewährung des Gesellschafterdarlehens zugestimmt. Die Darlehensmittel wurden durch die Gesellschaft im Jahr 2016 abgerufen.

Zur Finanzierung der erneuten Kostensteigerung hat die Gesellschafterversammlung mit Beschluss vom 01.12.2016 die Gesellschafterin gebeten, die Finanzierung im Rahmen eines Gesellschafterdarlehens abzusichern.

Mit Beschluss des Rates der Stadt vom 15.12.2016 wurde ein weiteres Gesellschafterdarlehen in Höhe von 11.755.635 € bewilligt. Der rechtswirksame Abschluss des Darlehensvertrags ist auf den 24.01.2017 datiert.

Die zur Erfüllung der Dienstleistungen für die Stadt Alsdorf benötigten finanziellen Mittel stellt die Stadt Alsdorf zur Verfügung. Die für das Jahr 2017 vorgesehene Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von 2.700 T€ aus der ursprünglichen Finanzplanung der Stadt wird voraussichtlich 2018 erfolgen. Für die Vorfinanzierung der zu erwartenden Erlöse aus der Grundstücksveräußerung des Alt - Standortes Gymnasium in Höhe von 2.700.000 € hat die Sparkasse Aachen der Gesellschaft ein Darlehen mit einer Laufzeit bis zum 30.03.2018 und einem Zinssatz von 0,8 zur Verfügung gestellt.

c) Vermögenslage

Das Vermögen und das Kapital der Gesellschaft haben sich gegenüber dem Vorjahr um 9.343 TEUR erhöht.

Im Wesentlichen resultiert der Anstieg des Vermögens aus der Erhöhung des Sachanlagevermögens in Höhe von 15.330 TEUR, welche überwiegend durch die Baumaßnahmen am KuBiZ zustande gekommen ist. Demgegenüber haben sich die liquiden Mittel um 5.905 TEUR gegenüber dem Vorjahr verringert.

Korrespondierend hierzu ist durch die weitere Auszahlung von bewilligten Fördermitteln und erhaltenen Versicherungsentschädigungen für das Projekt KuBiZ der Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen um 6.554 TEUR gestiegen. Des Weiteren sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gegenüber dem Vorjahr um 2.158 TEUR, die sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern um 4.367 TEUR, sowie die übrigen sonstigen Verbindlichkeiten um 1.083 TEUR gestiegen. Wohingegen sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 445 TEUR vermindert haben.

Die Anlagenintensität hat sich – wie im Vorjahr prognostiziert – erhöht. Die Eigenkapitalquote (ohne Berücksichtigung des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen) ist entsprechend der Prognose im Vorjahr gesunken.

II.3 Finanzielle Leistungsindikatoren und Kennzahlen zur Rentabilität

Kennzahlen zur Rentabilität:

Eigenkapitalrentabilität

Formel: Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Jahresüberschuss	-71	-208
Eigenkapital	13.683	9.493
Eigenkapitalrentabilität in %	0,00	0,00

Umsatzrentabilität

Formel: Jahresüberschuss x 100 / Gesamtleistung

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Jahresüberschuss	-71	-208
Gesamtleistung	2.656	2.560
Umsatzrentabilität in %	0,00	0,00

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Anlagevermögen	42.082	26.750
Gesamtvermögen	49.895	40.551
Anlagenintensität in %	84,34	65,97

Eigenkapitalanteil

Formel: Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Eigenkapital	13.683	9.493
Gesamtkapital	49.895	40.551
Eigenkapitalanteil in %	27,42	23,40

Verschuldungsgrad

Formel: Fremdkapital x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Fremdkapital	35.934	31.058
Eigenkapital	13.683	9.493
Verschuldungsgrad in %	262,62	327,17

Kennzahlendefinition:

Die Gesamtleistung ist wie folgt definiert:

- Umsatzerlöse
- + andere aktivierte Eigenleistungen

Das bilanzanalytische Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

- Gezeichnetes Kapital
- + Kapitalrücklage
- + Gewinnrücklagen
- + Gewinnvortrag
- + Jahresergebnis
- + Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen (zu 65 %)

III. Prognosebericht

Nach Abschluss der Vorplanung und erstellter Kostenberechnung – Stand 20.11.2013 – ergaben sich Investitionskosten von rd. 40,3 Mio. €.

Mit Bescheid vom Nr. 05/05/13 vom 22.11.2013 hat das Land NRW für die außerschulische Nutzung eine Landesförderung abschließend mit 12.413.355 € bewilligt. Da die Einrichtungskosten der Immobilie von der Nutzerin, der Stadt Alsdorf, direkt getragen werden, verbleiben auch die anteiligen Landeszuweisungen bei der Stadt Alsdorf.

Mehrkosten zur Sanierung der Kraftzentrale

Zur Ertüchtigung und Sanierung der Kraftzentrale wurde im Oktober 2015 festgestellt, dass nicht vorhersehbare, statisch-konstruktive zusätzliche Herrichtungsmaßnahmen erforderlich waren.

Diese Arbeiten umfassten die statische Ertüchtigung der vorgefundenen Fundamente, konstruktive Herrichtungsmaßnahmen und Korrosionsschutz des Dachtragwerkes, sowie Mehrkostenaufwendungen für die Fugen- und Mauerwerkssanierung.

Durch diese zusätzlichen Herrichtungsmaßnahmen wurden die Gesamtkosten der Maßnahme von bisher 40,3 Mio. € um 4,9 Mio. € auf dann 45,2 Mio. € erhöht. Dieser zusätzliche Finanzbedarf wurde durch Beschluss des Rates der Stadt Alsdorf mit einem Gesellschafterdarlehen gesichert. Ein Teil der Mehrkosten wurde mit 2.997.618,40 € gefördert.

Mehrkosten der Gesamtmaßnahme

Während des Jahres 2016 wurde festgestellt, dass nach der Schlussrechnungsprognose, die durch die Geschäftsführung gemeinsam mit allen Projektbeteiligten erarbeitet wurde, aufgrund von zusätzlichen unvorhersehbaren Mehrmengen und Nachträgen die Gesamtkosten der Maßnahme um weitere 11.755.635 € ansteigen werden.

Der Rat der Stadt hat hierzu mit Beschluss vom 06.12.2016 eine neue Kostenfestschreibung vorgenommen. Der erneute Finanzierungsbedarf der Gesellschaft wurde ebenfalls über ein Gesellschafterdarlehen abgesichert. Der Darlehensvertrag wurde am 24.01.2017 abgeschlossen. Ob diese erneuten Mehrkosten als „förderfähig“ nach den Förderrichtlinien des Landes NRW anerkannt werden können, wird ebenfalls zurzeit geprüft. Die mit dem Projektmanagement beauftragte Landesgesellschaft NRW.URBAN ist auch hier beauftragt, einen ergänzenden Antrag zur Landesförderung zu erstellen. Sollten hierfür weitere Fördermittel bewilligt werden, ist es geplant diese zur Sondertilgung des neugewährten Gesellschafterdarlehens einzusetzen.

Bedingt durch einen Wasserschaden im Neubau des KuBiZ konnte eine Inbetriebnahme dieses Gebäudeteils ebenfalls nicht mehr wie geplant, im Jahr 2016, erfolgen. Nach dem Bauzeitplan des Neubaus soll die Immobilie ab Juli 2017 nunmehr in die Nutzung der Stadt Alsdorf übergehen.

Das Gebäude der Kraftzentrale kann zu diesem Zeitpunkt, bezogen auf die Gebäudeteile A und B, ebenfalls in Betrieb gehen. Der Gebäudeteil C wird erst zum Ende des Jahres 2017 fertiggestellt sein. Eine Nutzungsüberlassung wird daher wohl erst zu Beginn des Jahres 2018 erfolgen können.

Konkludierend lässt sich daher feststellen, dass die Ergebnisvorschau für die Gesellschaft im engen Zusammenhang mit der Inbetriebnahme des Kultur- und Bildungszentrums steht. Ab dem Schuljahresbeginn 2017/2018 können Mieterträge nun generiert werden. Langfristig wird die Gesellschaft hierdurch in die Gewinnzone kommen.

Nach der mittelfristigen Ertragsplanung erwartet die Gesellschaft folgende Entwicklung:

Erfolgsplan 2017 - 2020

Lfd.-Nr.	Position	Plan-Wirtschaftsjahre			
		2017	2018	2019	2020
1	Erlöse				
	Summe der Umsätze und Erträge	2.857.638 €	3.753.559 €	3.780.966 €	3.808.763 €
2	Personalkosten				
	Zwischensumme Personalkosten	1.776.216 €	1.755.890 €	1.779.334 €	1.803.129 €
3	Sonstige Aufwendungen				
	Zwischensumme Aufwendungen	1.078.116 €	1.978.513 €	1.968.018 €	1.957.275 €
	Summe der Aufwendungen	2.854.333 €	3.734.403 €	3.747.352 €	3.760.404 €
	Ergebnis vor Steuern	3.304 €	19.154 €	33.614 €	48.359 €
4	Ergebnis aus der gewöhnlichen Tätigkeit	3.304 €	19.154 €	33.614 €	48.359 €

Durch das stetige Abschmelzen der Zinsaufwendungen aus den Darlehensverpflichtungen für das KuBiZ wird die Gesellschaft mittelfristig Überschüsse aus dieser Sparte erwirtschaften. Insgesamt erwartet die Gesellschaft für das Jahr 2017 einen Jahresüberschuss von ca. 3.300 €.

Die wirtschaftliche Betätigung der Gesellschaft wird im Jahr 2017 darin bestehen, das Bauvorhaben KuBiZ fertigzustellen. Hierzu werden durch die Gesellschaft noch Investitionsmittel in Höhe von 17.616.288,19 € umgesetzt. Die Anlageintensität wird hierdurch auch im Jahr 2017 erneut steigen.

Durch die Inanspruchnahme des Gesellschafterdarlehens wird der Fremdkapitalanteil kurzfristig ansteigen. Da die Gesellschafterin beabsichtigt, diese Zwischenfinanzierung durch Investitionszuschüsse bis zum Jahre 2020 zu ersetzen, wird sich der Eigenkapitalanteil (inkl. Berücksichtigung des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen) mittelfristig weiter verbessern und der Grad der Verschuldung sinken.

Belastend zeigt sich für die Gesellschaft die Beendigung des Vertrages über die treuhänderische Verwaltung der Friedhöfe und Trauerhallen mit der Stadt Alsdorf. Die aus dieser Sparte resultierenden Überschüsse beliefen sich in den Vorjahren auf:

2014	29.446,62 €
2015	26.204,01 €
2016	23.063,40 €

IV. Chancen- und Risikobericht

Mit der engen vertraglichen Bindung der Gesellschaft an die Stadt Alsdorf ist auch ihre finanzielle Entwicklung von Bedeutung. Durch die 2014 eingetretene Überschuldung der Stadt Alsdorf sind die Rahmenbedingungen für Investitionen in die Infrastruktur stark eingeschränkt.

Der Rat der Stadt hat durch Beschluss vom 06.12.2016 entschieden, an der 3. Stufe des Stärkungspaktgesetzes teilzunehmen. Hierdurch werden der Stadt Alsdorf bis zum Haushaltsjahr 2022 jährlich Konsolidierungshilfen zur Behebung der finanziellen Schieflage zur Verfügung gestellt. Die Betrachtung der Chancen und Risiken steht daher im Zusammenhang mit der Aufgabenstellung und wirtschaftlichen Situation des Gesellschafters Stadt Alsdorf.

Risiken

Zur Einschätzung von unternehmerischen Risiken muss man zwischen

- a) der Wahrnehmung von treuhänderischen Aufgaben, die durch die Gesellschaft im Namen und auf Rechnung der Stadt Alsdorf und
- b) der eigenen unternehmerischen Aufgabe, die in der Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums liegt, unterscheiden.

Die treuhänderischen Aufgaben werden auf Grund eines zwischen der Stadt Alsdorf und der Gesellschaft geschlossenen Rahmenvertrags erfüllt. Hiernach übernimmt die Gesellschaft die Bewirtschaftung und Unterhaltung des gesamten Immobilienbestandes der Stadt Alsdorf.

Dieser Immobilienbestand gehört dabei zum pflichtigen Aufgabenkreis einer kommunalen Gebietskörperschaft wie der Stadt Alsdorf, so dass langfristig die Aufgabenerfüllung zu gewährleisten sein wird. Dennoch steht die Gesellschaft im Rahmen der vertraglichen Vereinbarung unter dem Kostendruck der Stadt.

So wurde aus dem bestehenden Rahmenvertrag die Bewirtschaftung und Verwaltung der Friedhöfe mit Beschluss des Rates vom 06.12.2016 aufgekündigt. Diese soll spätestens ab dem 01.01.2018 durch die Stadt wieder selber organisiert werden.

Die Risiken des Kultur- und Bildungszentrums liegen in der Ertüchtigung und Sanierung der Kraftzentrale. Die in den Jahren 2015 und 2016 entstandenen Kostensteigerungen verdeutlichen, wie schwierig die vollständige Einschätzung von Risiken hier ist. Zur Risikominimierung ist aus Sicht der Gesellschaft eine fachgerechte Begleitung der Baumaßnahme und zeitnahe Überwachung der Kostenentwicklung unverzichtbar. Gemeinsam mit dem Projektsteuerer Ernst & Young Real Estate GmbH hat sich die Gesellschaft hierzu neu organisiert.

Chancen

Bund und Land haben durch die Verabschiedung des „Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen“ (KInvFG) der Stadt Alsdorf Investitionsmittel von 4,7 Mio. € zur Verfügung gestellt. Der Rat der Stadt hat die Gesellschaft beauftragt, in den Jahren 2016 bis 2018 die Finanzmittel zusätzlich in die Infrastruktur der Stadt zu investieren.

Das Land NRW hat ferner 2016 das Förderprogramm „Gute Schulen 2020“ auf den Weg gebracht. Auch hieraus wird die Stadt Alsdorf in den Jahren 2017 bis 2020 Investitionsmittel von 5,7 Mio. € erhalten. Die Stadt Alsdorf wird hierzu im 1. Halbjahr 2017 die Entscheidung über die Mittelverwendung treffen und entsprechend der Förderrichtlinien in die technische Infrastruktur sowie Gebäudesanierung und -technik weiter investieren.

Maßgeblich ist für die Umsetzung derartiger Maßnahmen der Rahmenvertrag über die Verwaltung der städtischen Immobilien durch die GSG Grund- und Stadtentwicklung GmbH. Somit wird die Gesellschaft zur Umsetzung dieses Förderprogrammes ebenfalls zusätzliche Aufgaben leisten müssen.

Zusammenfassung

Der Lagebericht verdeutlicht, dass die Risiken der Gesellschaft aus den ihr übertragenen Aufgaben in Verbindung mit dem gesetzlichen Auftrag der Gesellschafterin bewertet werden müssen. Danach besteht kein besonderes Geschäftsrisiko.

Die Risiken aus der Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums werden – unter Zuhilfenahme externer Unterstützung – beobachtet. Bei Bedarf werden entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Alsdorf, den 28.02.2017

Michael Hafers
Geschäftsführer

Kathrin Koppe
Geschäftsführerin

IV. Beteiligungen Kultur und Wissenschaft

FOGA – Alsdorfer Freizeitobjekte GmbH, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	FOGA - Alsdorfer Freizeitobjekte GmbH, Alsdorf	Gesellschafter Stadt Alsdorf 100,000%
Sitz	Annastraße 2-6 52477 Alsdorf	
E-Mail	info@stadthalle-alsdorf.de	Wesentliche Beteiligungen
Homepage	www.stadthalle-alsdorf.de	Keine
Rechtsform	GmbH	
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 17.11.1992, zuletzt geändert am 05.04.2000	
Geschäftsführer	Alfred Sonders	
Prokura	Ernst Erasmus	
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung	
Mitarbeiter	42, davon 31 Aushilfen und 1 Auszubildender	
Stammkapital	127.822,97 €	
Anteil der Stadt in €	127.822,97 €	

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und Betrieb von Freizeiteinrichtungen der Stadt Alsdorf, insbesondere der Stadthalle, der Tageserholungsanlage mit ihren Angeboten, des Hotels und des Stadtbades mit seinen Einrichtungen.

Bis zum 31. Dezember 2007 beschränkte sich die Tätigkeit der Gesellschaft darauf, die Stadthalle zu betreiben und zu unterhalten. Mit Wirkung vom 01. Januar 2008 hat die Gesellschaft zusätzlich die Bewirtschaftung der Tageserholungsanlage Broichbachtal der Stadt Alsdorf übernommen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Versorgung der Einwohner mit kulturellen und sportlichen Freizeitangeboten. Diese sollen unter anderem die Steigerung des Gemeinwohls im Stadtgebiet fördern, um gegebenenfalls auch eine weitere Anzahl von Menschen dafür begeistern zu können sich im Raum der Stadt Alsdorf niederzulassen.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage
Bilanz

Aktivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.727,00	4.792,00	0,00
II. Sachanlagen	107.732,70	82.831,21	78.854,40
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	8.824,38	8.245,28	6.594,48
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	62.540,79	35.509,05	70.873,13
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	166.389,71	191.748,40	174.715,20
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.994,35	7.563,22	11.430,94
	355.208,93	330.689,16	342.468,15

Passivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97	127.822,97	127.822,97
II. Kapitalrücklage	5.659.296,44	5.579.296,44	5.499.296,44
III. Verlustvortrag	-5.495.391,02	-5.414.926,03	-5.382.034,75
IV. Jahresfehlbetrag	-61.658,28	-80.464,99	-32.891,28
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	1.655,00	3.521,00	7.006,83
C. Rückstellungen	49.812,30	50.091,88	37.728,08
D. Verbindlichkeiten	66.350,52	55.251,89	72.668,86
E. Rechnungsabgrenzungsposten	7.321,00	10.096,00	12.871,00
	355.208,93	330.689,16	342.468,15

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Umsatzerlöse	860.514,50	729.019,96	737.338,56
Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-28,40	-85,20	-664,56
sonstige betriebliche Erträge	20.998,38	165.979,14	181.450,81
Materialaufwand	37.633,51	56.681,67	70.657,69
Personalaufwand	532.674,10	540.564,89	520.455,65
Abschreibungen	22.370,00	21.560,14	23.650,56
sonstige betriebliche Aufwendungen	349.937,93	356.640,03	336.621,56
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17,27	481,60	704,58
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	79,49	11,76	5,21
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-61.193,28	-80.062,99	-32.561,28
Sonstige Steuern	465,00	402,00	330,00
Jahresüberschuss	-61.658,28	-80.464,99	-32.891,28

Kennzahlen	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
Eigenkapitalquote	65%	65%	63%

Wesentliche Verträge

Pachtvertrag zwischen der Stadt Alsdorf und der Gesellschaft vom 20. Februar 1996, zuletzt geändert am 12. Januar 2010.

Pachtvertrag mit Serge und Erika Boland über die Verpachtung der Gastronomie „Amadeus“ sowie seit 01. Juli 202 über die Gesamtbewirtung der Stadthalle.

Anstellungsvertrag mit Herrn Alfred Sonders als Geschäftsführer vom 21. Dezember 2000, zuletzt geändert mit Aufsichtsratsbeschluss vom 19. Oktober 2009.

Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Stadt Alsdorf über die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Tageserholungsanlage Broichbachtal vom 30. Januar 2008.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Bedarfsfalle müssten bei entsprechenden Gesellschafterbeschlüssen nach gesellschafts-/satzungsrechtlichen Regelungen Darlehen, ggfls. auch Zuschüsse geleistet werden, soweit Eigenmittel der GmbH nicht ausreichen.

Die von der Stadt zu übernehmenden Verluste betragen für:

2014	90.000,00 €
2015	80.000,00 €
2016	80.000,00 €

Gemäß Pachtvertrag zwischen der Stadt Alsdorf und der FOGA GmbH vom 01.01.2009, trägt die Gesellschaft nur die sich aus dem Betrieb der Stadthalle ergebenden verbrauchsabhängigen Kosten für Strom, Gas, Wasser und Heizung. Die übrigen Betriebskosten werden mit der Pacht abgegolten, die im Jahr 2016 – 60.000 Euro betrug.

Der Stadt Alsdorf ist darüber hinaus für die laufende Instandhaltung des Gebäudes, der maschinellen Ausstattung und Einrichtung zuständig.

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Verwaltung:	Herr Kämmerer Michael Hafers (seit 25.06.2014)
SPD – Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Krämer (seit 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Konrad Krämer (seit 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Markus Conrads (seit 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Jörg Willms (seit 15.03.2016)
CDU-Fraktion	Herr Andreas Brandt (seit 25.06.2014)
CDU-Fraktion	Frau Stv. Gerda Wienold (seit 25.06.2014)
GRÜNE-Fraktion:	Frau Stv. Jutta Silly-Kuntz (seit 25.06.2014)

b) Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung: Herr Dezernent Stephan Spaltner

Lagebericht

Die Gesellschaft hat zulässigerweise keinen Lagebericht aufgestellt.

Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH, Eschweiler

Der Jahresabschluss 2016 liegt zum Stand 04.10.2017 nicht vor.

Insoweit wird an dieser Stelle zur Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH, Eschweiler auf den Beteiligungsbericht 2015 verwiesen.

Energeticon gGmbH

Allgemeine Angaben

Firma	ENERGETICON gGmbH	Gesellschafter
Sitz	Konrad-Adenauer-Allee 7 52477 Alsdorf	LVR Landschaftsverband Rheinland 50,00%
E-Mail	harald.richter@energeticon.de	Stadt Alsdorf 25,00%
Homepage	www.energeticon.de	Städteregion Aachen 10,00%
Rechtsform	GmbH	Stadt Eschweiler 2,50%
Gesellschaftervertrag	Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 01.10.2010 mit Änderung vom 25.09.2013	Stadt Stolberg 2,50%
Geschäftsführer	Dipl.-Ing. Harald Richter	Stadt Baesweiler 2,50%
Gremien	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat	Stadt Herzogenrath 2,50%
Stammkapital	26.000 €	Energeticon e.V. 2,50%
Anteil der Stadt in €	6.500 €	Bergbaumuseum Grube Anna e.V. 2,50%

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Wissensvermittlung über energiegeschichtliche und – technische Entwicklung, Bildung und Erziehung, Kunst, Kultur, Umwelt und Landschaft, Denkmalschutz sowie Heimatpflege und Heimatkunde.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Errichtung und den Betrieb des ENERGETICON – Euregionales Zentrum für Energieentwicklung und Bergbaugeschichte eines Ausstellungs- Fachinformations- und Veranstaltungszentrums rund um das Thema Energie, Energieentwicklung und –zukunft als außerschulischer Lernort und Museum auf dem Gebiet des Annaparks im Zentrum der Stadt Alsdorf und die Erstellung von Nutzungskonzepten für Industriedenkmäler unter Einbeziehung und Berücksichtigung des langfristigen Erhalts dieser Denkmäler auf dem Gebiet des Annaparks im Zentrum der Stadt Alsdorf sowie deren sinnvoller Nutzung und Zugang für die Allgemeinheit.

Bilanz

<i>Aktivseite</i>	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.100.175,00	1.159.423,00	1.224.489,00
II. Sachanlagen	7.009.047,94	7.150.369,20	7.376.264,60
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	7.020,00	7.534,00	8.308,50
I. Forderungen	17.791,23	19.873,41	327.242,00
II. Kassenbestand	127.585,16	241.513,81	253.548,54
	8.261.619,33	8.578.713,42	9.189.852,64

<i>Passivseite</i>	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00	26.000,00
II. Kapitalrücklage	496.987,25	602.604,10	706.437,84
III. Bilanzgewinn	759,96	759,96	759,96
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	7.420.206,72	7.696.034,38	8.017.513,70
C. Rückstellungen	23.313,81	22.559,51	36.828,20
D. Verbindlichkeiten	281.351,59	130.755,47	402.312,94
E. Rechnungsabgrenzungsposten	13.000,00	100.000,00	
	8.261.619,33	8.578.713,42	9.189.852,64

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Umsatzerlöse	292.526,36	263.246,29	117.103,07
andere aktivierte Eigenleistungen	25.660,89	23.816,16	87.808,68
sonstige betriebliche Erträge	562.659,68	577.005,55	291.494,27
Materialaufwand	61.146,10	48.139,03	26.305,67
Personalaufwand	292.757,98	272.335,03	262.951,96
Abschreibungen	396.628,47	397.454,13	145.136,21
sonstige betriebliche Aufwendungen	232.121,25	245.012,66	243.584,58
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,02	0,08	184,08
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.500,00	3.440,97	0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	281,00	1.491,00	1.432,00
Ergebnis nach Steuern	-105.587,85	-103.804,74	-174.620,32
Sonstige Steuern	29,00	29,00	201,00
Jahresfehlbetrag	-105.616,85	-103.833,74	-174.821,32
Gewinnvortrag aus Vorjahr	759,96	759,96	759,96
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	105.616,85	103.833,74	191.221,32
Bilanzgewinn	759,96	759,96	17.159,96

Kennzahlen	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
Eigenkapitalquote	96,2%	97,0%	95,2%
Anlagenintensität	98,1%	96,9%	93,6%
Verschuldungsgrad	4,0%	3,0%	5,0%

Anzahl der Mitarbeiter	22
-------------------------------	----

Wesentliche Verträge

Die Gesellschaft betreffen u. a. die folgenden wichtigen Verträge:

Gesellschaftsvertrag vom 01. Oktober (URNr. 1747 für 2010 des Notars Ralf Ersfeld in Aachen) mit Änderungen vom 25. September 2013.

Erbbaurechtsvertrag vom 28. September 2011 (URNr. 1718 für 2011 des Notars Ralf Krause in Aachen).

Festkredit mit einer Kreditlinie in Höhe von 1.000 T€ vom 30. Oktober 2015 mit der Sparkasse Aachen.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Am 28. September 2011 wurde mit der Gesellschafterin Stadt Alsdorf ein Erbbaurechtsvertrag über die Liegenschaft des ENERGETICON abgeschlossen. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 50 Jahren. Die zukünftigen Verpflichtungen hieraus belaufen sich auf jährlich EUR 1,00 Erbpacht.

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Für die **Stadt Alsdorf** ist im Aufsichtsrat als Mitglied vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch (seit dem 15.03.2016)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Dirk Schaffrath (seit dem 15.12.2015)

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch (seit dem 25.06.2014)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Dirk Schaffrath (seit dem 15.12.2015)

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016**I. Geschäftsmodell**

Die ENERGETICON gGmbH besteht seit Herbst 2010. Sein Geschäftsmodell sieht drei Betriebsbereiche vor: Bildung, Kultur/Freizeit und Vermietung.

Das ENERGETICON ist primär ein Ort für Bildung. Es geht um die Förderung von Wissen über energiegeschichtliche und –technische Entwicklungen insbesondere an die jüngeren Generationen (außerschulischer Lernort), aber auch an die interessierte allgemeine Öffentlichkeit (Freizeitbesucher). Es geht in diesem Kernbetriebsbereich um die niederschwellige Kommunikation der Energiewende im globalen Zusammenhang, ihrer Notwendigkeit und ihrer technischen Wege. Dieser Gesellschaftszweck wird im Wesentlichen verwirklicht durch den Betrieb der Dauerausstellung „Von der Sonne zur Sonne“ mit zugehörigen pädagogischen und fachlichen Begleitveranstaltungen sowie durch ergänzende Wechsel- und Sonderausstellungen.

Das ENERGETICON ist zugleich Ort von Kultur und Freizeitgestaltung, durch unter anderem kulturelle Fremd- und Eigenveranstaltungen insbesondere im Fördermaschinenhaus.

Das ENERGETICON betreibt ein Vermietungsgeschäft für Fachtagungen, private und öffentliche Unterhaltungs-/Freizeitangebote sowie für private Feiernveranstaltungen.

Für diesen Betrieb unterhält und bespielt die Gesellschaft drei ehemalige Grubengebäude und deren Außenanlagen auf einer Teilfläche der ehemaligen Grube Anna II. Die Gebäude wurden saniert und zu einem Energie-Erlebnis-Museum mit didaktisch und gestalterisch innovativem Charakter umgestaltet.

II. Wirtschaftsbericht**II.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen**

Die positiven gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2016 wirkten sich nur mittelbar, z. B. durch Sponsoringbereitschaft der Wirtschaft, auf die wirtschaftliche Situation des ENERGETICON aus. Die Bereitschaft zu konsumtiven Ausgaben war in der BRD, auch im Sektor des Infotainments, grundsätzlich positiv vorhanden.

Das extrem niedrige Niveau der Leitzinsen ermöglichte die günstige Aufnahme von Euribor-Krediten, die die gGmbH im Jahr 2016 zur Zwischenfinanzierung von EU-Mitteln (Kostenerstattungsprinzip) zur Planung/Umplanung des Grubenwasserthermieprojektes GrEEn im ehemaligen Eduardschacht in Anspruch nehmen musste.

Im Einzugsbereich des ENERGETICON ging bereits Ende 2016 mit dem Großprojekt Continium / Columbus / The Cube in der niederländischen Grenzstadt Kerkrade eine Einrichtung auf dem euregionalen Markt, die sich ebenfalls im Bereich des naturwissenschaftlich-technischen Info-/Edutainments bewegt. Die Staatsgrenze zwischen den Niederlanden und Deutschland bildet faktisch noch immer eine Marktgrenze bezüglich der Besucherbewegung. Das neue Kerkrader Projekt hat deutlich höhere Eintrittspreise im Vergleich zur moderaten, zielgruppenorientierten Preisgestaltung des ENERGETICON. Die Wettbewerbssituation für das Energiemuseum ENERGETICON hat sich von daher faktisch nachweisbar nicht verändert.

Im Einzugsbereich des ENERGETICON eröffnete ebenfalls Ende 2015 im belgischen Eupen das Kulturzentrum „Alter Schlachthof“. Der Alte Schlachthof ist ein reines Kulturzentrum mit niveauvollen Angeboten in den Schwerpunkten Theater, Film, Musik, Literatur. Das ENERGETICON hatte 2016 ein vergleichsweise kleines Kulturprogramm. Auch hier bildet die Staatsgrenze faktisch eine Marktgrenze bezüglich der Besucherbewegung. Die Wettbewerbssituation für das ENERGETICON als Ort der Kultur hat sich durch den „Alten Schlachthof“ von daher faktisch nachweisbar nicht verändert.

Insgesamt hat sich die Stellung des ENERGETICON im euregionalen Markt der Info-/Edutainment-Einrichtungen und als Kultur- bzw. Eventlocationanbieter faktisch nachweisbar nicht verändert.

II.2 Geschäftsfelder und Geschäftsverlauf

Das Wirtschaftsjahr 2016 war das zweite Vollbetriebsjahr des ENERGETICON.

Das Geschäftsfeld Museumspädagogik (Führungsformate, Workshops etc.) als Kernaufgabe des ENERGETICON stand 2016 im Mittelpunkt der Tätigkeiten: Ausformulierung pädagogischer Angebotsmodule (Besucherrallys, neue pädagogische Workshops etc.) und Organisationsformen zu deren Umsetzung sind hier zu nennen.

Die gGmbH intensivierte parallel dazu die Vermarktung für fachbezogenen und kulturellen Betrieb im Fördermaschinenhaus und den Panoramaräumen. Hierbei handelte es sich neben Privatvermietungen, insbesondere um öffentliche Kulturveranstaltungen und Tagungen. Paketangebote von Vermietung und Ausstellungsbesichtigung fanden zunehmend eine Nachfrage. Insgesamt führte dies zu einer Einnahmesteigerung um rd. 30 % im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2015.

Im Bereich Marketing investierte die Gesellschaft regionale und euregionale Werbemaßnahmen um den Bekanntheitsgrad der Einrichtung zu erhöhen. Hierbei wurden alle Medien genutzt (Tageszeitungen, Freizeitsmagazine, Internetseite, Radio, Fernsehen, Facebook, Kino, Plakate) und Werbepartnerschaften gebildet (z. B. mit dem Science Center Overbach, der Jufa in Jülich oder dem EKOZet in Kerpen). Die hierfür aufgewandten Finanzmittel für Werbung blieben mit rd. 23.000 Euro auf dem Niveau des Vorjahres. Markenbildung und Markteinführung des ENERGETICON sind 2016 einen guten Schritt vorangekommen.

Die Vernetzung des Energeticon wurde fortgeführt: Der Aufbau eines Netzwerks der Kooperationsschulen wurde 2016 fortgesetzt und in 2016 um 10 Schulen erhöht. Die Zusammenarbeit mit dem Bildungsbüro der StädteRegion Aachen konnte erneut intensiviert werden (Energiespar-Detektive, Haus der kleinen Forscher, Bildungszugabe, Kultur macht stark). Kooperationen mit starken Partnern fanden auch 2016 eine Fortsetzung.

Die Privatisierung der gastronomischen Einrichtung in der Schmiede an einen erfahrenen Gastropartner (BG Gastronomie GmbH) hat sich bewährt. Das Bistro / Restaurant Eduard entwickelte sich zwischenzeitlich zu einer bekannten Adresse für hochwertige Küche in attraktivem Industrieambiente und wirkt damit auch als Werbeträger für das Energie-Erlebnis-Museum selbst.

Die erste Phase des Anlaufbetriebs konnte 2016 abgeschlossen werden. Der Tagesbetrieb läuft zwischenzeitlich routiniert und professionell. Insgesamt verzeichnet das ENERGETICON dadurch eine sehr hohe Besucherzufriedenheit. Dies belegen immer wieder persönliche Rückmeldungen von Besuchern an Kassen- und Führungspersonal sowie schriftliche Äußerungen auf entsprechenden Fragebogen am Counter.

II.3 Investitions- und Finanzierungsbereich

Im Wirtschaftsjahr 2016 fanden keine baulichen Investitionen der Gesellschaft mehr statt.

Die Sparkasse Aachen bewilligte bereits 2015 zur Zwischenfinanzierung der EU-geförderten Maßnahme GrEEen einen Euriborkredit in einer Gesamthöhe von einer Million Euro, der 2016, dem Projektprozess folgend, lediglich mit rd. 150.000 Euro abgerufen wurde.

II.4 Lage der Gesellschaft

a) Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2016 konnten die Erlöse aus den Bereichen Vermietung und Veranstaltungen um 26 TEUR gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 112 TEUR erhöht werden. Im Geschäftsjahr konnten Spenden i. H. v. 30 TEUR vereinnahmt werden, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 15 TEUR entspricht. Des Weiteren konnten im Geschäftsjahr die Erlöse aus der steuerfreien Vermögensverwaltung mit rund TEUR 37 gegenüber dem Vorjahr konstant gehalten werden. Im Bereich der Ausstellung konnten 144 TEUR Erlöse aus dem Ausstellungsbetrieb und dem Ausstellungsshop generiert werden was einer Steigerung von 5 TEUR gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die Löhne und Gehälter 2016 betragen TEUR 235 gegenüber TEUR 217 im Vergleichszeitraum 2015. Die absolute Veränderung beträgt damit TEUR 18. Dies ergibt eine Erhöhungsrage von rd. 8 %. Wesentlicher Grund:

Ausbau der Museumspädagogik, die sich durch Einnahmen refinanziert. An sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung fielen im Berichtsjahr 2016 TEUR 58 an. In 2015 belief sich der entsprechende Wert auf TEUR 55. Der Betrag der absoluten Veränderung beläuft sich auf TEUR 3. Die entspricht einer Erhöhungsrage von rd. 5 %.

Insgesamt blieb der Jahresfehlbetrag mit 106 TEUR gegenüber dem Vorjahr nahezu identisch.

b) Finanzlage

Die nachfolgende Finanzflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

	31.12.2016
	<u>T€</u>
Jahresfehlbetrag	-106
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	395
Abnahme Sonderposten	-276
Abnahme der Vorräte	1
Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-7
Abnahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	9
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-5
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	<u>-81</u>
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>-70</u>
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-194
Investitionstätigkeit	<u>-194</u>
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	150
Finanzierungstätigkeit	<u>150</u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	242
Zahlungswirksame Veränderungen	-114
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>128</u>

c) Vermögenslage

Das Vermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 317 TEUR auf insgesamt 8.262 TEUR verringert.

Im Wesentlichen resultiert der Rückgang des Vermögens aus dem Werteverzehr des Anlagevermögens in Höhe von 200 TEUR und dem Rückgang der flüssigen Mittel in Höhe von 114 TEUR. Korrespondierend hierzu ist der Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen um 276 TEUR rückläufig.

d) Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: $\text{Anlagevermögen} \times 100 / \text{Gesamtvermögen}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Anlagevermögen	8.109	8.310
Gesamtvermögen	8.262	8.579
Anlagenintensität in %	98,1	96,9

Eigenkapitalanteil

Formel: $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Gesamtkapital}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Eigenkapital	7.944	8.325
Gesamtkapital	8.262	8.579
Eigenkapitalanteil in %	96,2	97,0

Verschuldungsgrad

Formel: $\text{Fremdkapital} \times 100 / \text{Eigenkapital}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Fremdkapital	318	253
Eigenkapital	7.944	8.325
Verschuldungsgrad in %	4,0	3,0

Das bilanzanalytische Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

- Gezeichnetes Kapital
- + Kapitalrücklage
- + Bilanzgewinn
- + Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen

II.5 Sonstige wesentliche Ereignisse

Nach langwierigen Abstimmungen mit dem Projektträger ETN und dem Oberbergamt konnte das Grubenwasserthermieprojekt GrEEN (Grubenwasserenergie für das ENERGETICON) 2016 ingenieurseitig vorbereitet werden. Unerwartete technische Hindernisse erforderten im Herbst 2016 eine Umplanung mit geschätzten Mehrkosten von rd. 200.000 Euro. Die Bauphase verschiebt sich dadurch auf die zweite Jahreshälfte 2017.

Die im ursprünglichen Wirtschaftsplan fest eingeplante Einnahme von 56.000 Euro, die die Schulträgerin Stadt Alsdorf für die Anmietung von Räumen des ENERGETICON für Gymnasium und Realschule im Schuljahr 2016/17 zur Lösung vorübergehender Raumdefizite an die gGmbH entrichten sollte, kamen wegen eines großen Wasserschadens am Neubau, nicht zum Tragen.

III. Prognosebericht

III.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Entwicklung

Im Zuge der komplizierten öffentlichen Diskussion um die Zukunft der Energiewende ist von einem wachsenden Bedarf der Bevölkerung nach Grundlageninformationen zu diesem Themenkomplex auszugehen. Bei entsprechender didaktischer Aufbereitung und Zielgruppen scharfer Werbung bestehen große Nachfragepotenziale für die Angebote des ENERGETICON.

*Die 2016 um rd. 10 % erhöhten Buchungen von Schulklassen und die steigende Zahl von Kooperationsschulen (Ende 2016 28 Kooperationsschulen) bestätigen dies.

Es gilt jedoch nach wie vor durch noch aktiveres und noch Zielgruppen orientiertes Marketing die noch nicht aktivierte Besucherpotenziale im Einzugsbereich in tatsächliche, zahlende Nachfrage umzusetzen.

III.2 Wesentliche Geschäftsfelder

a) Ausstellung

Eine noch intensivere Partnerschaft mit Schulen als dauerhaften Einrichtungen in den Regelbetrieb der ENERGETICON-Ausstellung (außerschulischer Lernort) ist auch in 2017 ff ein Hauptziel. Ebenfalls Zielgruppen orientierte Werbung Richtung Freizeitbesucher (insbesondere Senioren und Familien) werden künftig zu wachsenden Besucherzahlen führen.

Die Bespielung der Ausstellung mit immer wieder aktualisierten pädagogischen Angeboten erhöht deren Attraktivität für Besucher. Insbesondere die Einführung des digital geführten Besucherparcours seit April 2017 oder der vorbereitete „Kullestempel“ sind hier zu nennen.

Die neuen Exkursionsangebote (Annapark/Fördergerüst Hautschacht und Haldenlandschaftspark Anna) außerhalb des direkten ENERGETICON-Geländes werden ebenfalls in den Folgejahren noch intensiver zu vermarkten sein.

b) Tagungen

Durch noch initiativeres Marketing, insbesondere in Komplettpaketen mit Gastro- und Führungsangeboten, soll das ENERGETICON als Tagungsstätte mit besonderen Rahmenprogrammoptionen für Nachfrager von Hochschulen, Betrieben oder Privatpersonen noch attraktiver gemacht werden.

c) Ausstellungen mit KMU

Ebenfalls die Vermarktung des ENERGETICON als Ausstellungsort für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), insbesondere der Energietechnologie, ist nach weiterer Fertigstellung des Außengeländes 2017 ausbaufähig. Im so genannten Dreiecksraum des Kauengebäudes finden seit Eröffnung im Rahmen einer dauerhaften Wechsausstellung Präsentationen von Unternehmen und Institutionen mit Bezug zur Energiewende statt. Die Vermarktung des Fördermaschinenhauses als Location für KMU-Veranstaltungen wird 2017 im Geschäftsfeld „Tagen und feiern“ noch stärker beworben.

d) Kunst und Kultur

Als Ort für kulturelle Fremd- und Eigenveranstaltungen im Bereich Theater, Kunstausstellungen, klassische Musik, Jazzmusik oder Cross-Over-Happenings bietet das ENERGETICON beste infrastrukturelle Voraussetzungen. Die Gesellschaft ist 2015 eine Kooperation mit der Kulturgemeinde Alsdorf eingegangen, die 2016 fortgesetzt wurde. Wegen der entstandenen Defizite will aber auch die Kulturgemeinde leider zunächst kein weiteres wirtschaftliches Risiko mehr für Eigenveranstaltungen im ENERGETICON übernehmen. Es wird in 2017 ff daher darum gehen, das Kultursponsoring auszubauen.

e) Privatvermietung

Das Fördermaschinenhaus und die Panoramaräume werden durch ein noch aktiveres Marketing für Tagungen und Privatveranstaltungen / -feierlichkeiten im Geschäftsbereich „Tagen und Feiern“ in den kommenden Jahren höhere Einnahmen generieren. Hierzu wird auch die seit Februar 2017 aktivierte Partnerschaft mit Meyer Konzerte, Würselen beitragen.

Ab September 2017 wird die erste Stufe der Staffelmiete des Restaurant Eduard greifen (rd. 580 Euro monatlich), wenn dann die vereinbarte Festmiete der ersten drei Pachtjahre abläuft.

III.3 Investitions- und Finanzierungsbereich

Die großen Investivmaßnahmen im Bau- und Ausstellungsbereich sind abgeschlossen. Lediglich die Gestaltung der Außenanlagen, insbesondere auch die erkennbare Darstellung der ENERGETICON-Angebote in den umgebenden öffentlichen Raum, bedarf als Marketingaufwand am Standort im Laufe des kommenden Jahres weiterer Investitionen. Gleiches gilt für die Verbesserung der Eingangssituation vor dem Schmiedegebäude.

Diese werden, neben Umsetzung über Eigenleistungen, verstärkt durch Einwerbung von Sponsorenmitteln zu finanzieren sein. 2017 werden die 2016 begonnenen konkreten Maßnahmen zur Installation regenerativer Großexponate (insbesondere Solarthermie, Windkraft) in den Außenanlagen fortgeführt.

Kurz nach Baubeginn im August 2016, traf das Grubenwasserthermieprojekt GrEEn auf völlig unerwartete technische Hindernisse. Die Bewilligung des Antrags auf entsprechend erhöhte Förderung und auf Verlängerung des Durchführungs- / Bewilligungszeitraums wird im Frühjahr 2017 erwartet. Ein Euriborkredit zur Zwischenfinanzierung ist bereits 2015 bewilligt worden. Die Finanzierung von GrEEn ist daher gesichert. In der zweiten Jahreshälfte wird die bauliche Umsetzung des Projektes erfolgen.

III.4 Geschäftsverlauf / Ergebnis

Die positiven Besucherzahlen des ENERGETICON im zweiten Vollbetriebsjahr sind wesentlich auf intensive, effektive Werbemaßnahmen zurückzuführen, die alle Werbemittel umfasste (Printmedien, Plakate, Internetpräsenz, Face Book, TV, Radio). Nicht zuletzt trugen auch nachfrageorientierte ab und von nachfrageorientierten pädagogischen Angebotspaketen für die verschiedenen Zielgruppen zu wachsenden Besucherzahlen.

Die verschiedenen Netzwerke, die die Gesellschaft insbesondere in die Hochschulen geknüpft hat, beginnen Früchte zu tragen im Bereich des Vermietungsgeschäftes und durch ehrenamtliche fachliche Beratung bei Projektrealisierung, -aktualisierung und -betrieb selber.

Bezüglich der Personal- und Betriebskostenentwicklung ist für die zukünftige Entwicklung festzuhalten:

Personalentwicklung

a) Verwaltung / Technik

Die Geschäftsführung ist beauftragt eine finanzierbare personelle Folgelösung für den derzeitigen Geschäftsführer ab 01.09.2018 vorzubereiten.

Die vorhandene personelle Ausstattung im Bereich Technik ist für 2017 ff auskömmlich.

b) Museumspädagogik

Die vorhandene personelle Ausstattung des pädagogischen Stammpersonals der Geschäftsstelle ist für 2017 ff auskömmlich.

Im Bereich der Honorarkräfte gilt es bei wachsender Zahl von Workshop-Buchungen oder Kindergeburtstagsprogrammen eine weitere Honorarkraft einzustellen.

c) Besucherbegleiter

Die Altersstruktur im Bereich der Steigerführungen macht die kontinuierliche Erneuerung der Gruppe der Honorarkräfte dort erforderlich. Die erwartete Zunahme geführter Gruppenbuchungen wird auch für die Gesamtführung, die Young Energy-Führung und die Exkursionen neues Honorarpersonal erforderlich machen.

d) Kassendienst

Die vorhandene personelle Ausstattung ist für 2017 ff auskömmlich.

e) Reinigungsarbeiten

Die Arbeiten sollen künftig durch eigenes Personal im Rahmen von Minijobs erledigt werden. Diese Form hat sich sowohl finanziell als auch inhaltlich bewährt.

f) Ausstellungsüberwachung

Im Laufe des Jahres 2016 wurden im Rahmen der allgemeinen Sparmaßnahmen zwei Minijobs in diesem Aufgabenfeld gestrichen. Die ersten Erfahrungen mit einer solchen Reduzierung der Ausstellungsaufsicht zeigen: Die installierte Videoüberwachung in Verbindung mit der ELA-Anlage vom Counter aus und die regelmäßigen Kontrollgängen des technischen Personals, stellen eine ausreichende Aufsicht über die Ausstellung sicher. Die ohnehin geringe Zahl der Beschädigungen durch Besucher hat 2016 nicht zugenommen.

g) Projektsteuerung GrEEen

Das komplizierte, zeitaufwändige NRW-Pilotprojekt GrEEen kann nicht vom Stammpersonal der Gesellschaft als Zusatzleistung gesteuert werden. Die befristete Einstellung eines Projektsteuerers in 2015 für die Projektlaufzeit war daher unumgänglich. Diese Personalkosten sind in der Förderung von GrEEen bis zum Abschluss des Projektes enthalten.

h) Gastronomiebetrieb

Die BG-Gastronomie GmbH (Eduard) dient einerseits der Bewirtung der Ausstellungsbesucher und der Besuchern von (Abend-) Veranstaltungen im Kauengebäude und im Fördermaschinenhaus. Andererseits können im Eduard daneben auch eigenwirtschaftliche Privatveranstaltungen der BG-Gastronomie GmbH stattfinden. Es ist davon auszugehen, dass die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der gGmbH weiter

funktionieren wird.

Betriebskosten:

Die Gesellschaft erwartet eine erhebliche Einsparung der Raumkosten (Heizung) durch das Geothermieprojekt GrEEen. In welchem Umfang genau dies gelingt bleibt der Erfahrung der kommenden Jahre vorbehalten. Derzeitige Berechnungen gehen von bis zu 50 % aus.

IV. Chancen- und Risikobericht

IV.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Chancen und Risiken

Mit seinem Kernthema Energie in all seinen Facetten (Stromwende, Mobilitätswende, Ernährung, energiesparendes Bauen, Klimaanpassung etc.) greift das ENERGETICON ein zentrales Thema des öffentlichen Diskurses auf. Die Themenkreise Energiewende / Energieversorgung / Energiekosten waren auch 2016 zentrale Diskussionsgegenstände, nicht nur in Deutschland:

Es ist davon auszugehen, dass „die Energiefrage“, die Energiewende mit ihren Problemen, noch über Jahre und Jahrzehnte ein zentrales Thema der gesellschaftlichen Debatte bleiben wird. Die hohe Dynamik der Diskussion bietet für die unabhängige Infotainment-Einrichtung ENERGETICON Stoff für vielfältige, immer wieder aktuelle Anknüpfungspunkte mit eigenen und Fremdveranstaltungen oder für Sonderausstellungen.

IV.2 Projektbezogene Chancen und Risiken

Das ENERGETICON verfügt über beste infrastrukturelle Voraussetzungen ein regionaler Kristallisationsort, ein regionales Forum für diese Debatte zu sein. Bei verschiedenen Veranstaltungen der StädteRegion, der Verbraucherzentrale oder der Hochschulen war dies bereits 2016 der Fall.

Die hohe Dynamik der Energiediskussion birgt zugleich die Gefahr, schnell mit veralteten Aussagen an die Öffentlichkeit zu treten. Die Zweckbindungsdauer der Fördermittel für die Dauerausstellung ist einzuhalten. Das Betriebskonzept des ENERGETICON löst dieses Problem:

Es begegnet der Gefahr der Zweckentfremdung von Fördermitteln dadurch, dass sich einerseits seine Kernaussstellung im Wesentlichen mit grundlegenden Fragen, und damit langfristig zutreffenden Antworten, historischer und künftiger Energieversorgung befasst, also über Jahre statisch sein kann, und dass es andererseits durch temporäre Veranstaltungen und Sonderausstellungen Aktuelles aufgreift.

Zur Minimierung von finanziellen Risiken sind –soweit im Einzelfall erforderlich– zudem mehrere externe Kontrollinstanzen in den Betrieb und seine finanzielle Ausgestaltung integriert:

Das städtische Rechnungsprüfungsamt, das städtische Rechtsamt und die städtische Bauverwaltung, die Vorortkontrollen der Bezirksregierung, gegebenenfalls des Rechnungsprüfungsamtes der Bezirksregierung, die vierteljährliche „Watchlist“ für den LVR, und die Vorortkontrollen der LVR-Rechnungsprüfer begleiten den Betrieb der Einrichtung.

Insbesondere durch die im Dezember 2016 vom Stiftungskuratorium beschlossene Auflösung der Stiftung Bergbaumuseum Grube Anna, ist die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft bis 2010 sichergestellt. Nach Ablauf des Sperrjahres Ende 2017 erfolgt der Transfer von rd. 450.000 Euro aus dem Stiftungsvermögen von der Treuhänderin Stadt Alsdorf an die ENERGETICON gGmbH.

IV.3 Geschäftsverlauf / Ergebnis

Im Bereich der Umsätze muss weiterhin durch den konsequenten Ausbau des Vermietungs- und Veranstaltungsgeschäftes und durch Sparmaßnahmen eine Verminderung der Defizite erreicht werden. Den positiven Entwicklungen der Einnahmeseite des ENERGETICON stehen erhöhte Aufwendungen gegenüber. Um das Bilanzdefizit 2017 ff zu reduzieren geht es darum, die vorgenannten Maßnahme, insbesondere im Bereich eines initiativeren Marketing umzusetzen.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die kritische Finanzsituation, insbesondere bezüglich des Eigenkapitalverzehr, unter Beibehaltung der Betriebskostenzuschüsse von LVR, Stadt und StädteRegion, durch konsequentes Verbessern der Angebote des Energie-Erlebnis-Museums und damit einhergehender Erhöhung der eigenwirtschaftlichen Erlöse, sowie die Umsetzung der dargestellten weiteren Sparmaßnahmen im Bereich der Betriebskosten, dauerhaft bewältigt werden kann.

Es geht weiterhin darum, sämtliche Einnahmemöglichkeiten und sämtlich Einsparmöglichkeiten konsequent zu nutzen. Hierfür erstellt die Geschäftsführung 2016 eine detaillierte Analyse von Spar-, Einnahmen- und Sponsoringpotenzialen mit vier Entwicklungsmodellen erstellt. Die darin enthaltenen Sparmaßnahmen wurden 2016 bereits umgesetzt.

Dies gilt in gleicher Weise für Bemühungen zum Erhalt der Eigenkapitalquote. Der Kapitalzufluss aus der ehemaligen Stiftung Bergbaumuseum Grube Anna II wird mittelfristig die Liquiditätsprobleme der Gesellschaft lösen. Diesen Zeitraum wird die Geschäftsführung zur Entwicklung eines wirtschaftlich tragfähigen Betriebsmodells nutzen.

Alsdorf, im Mai 2017

gez. Richter
Geschäftsführer

regio iT GmbH

Allgemeine Informationen

Firma	regio iT GmbH Gesellschaft für informationstechnologie mbH, Aachen	Gesellschafter E.V.A 59,27% Zweckverband INOFOKOM Gütersloh 15,00% StädteRegion Aachen 11,75% Stadt Aachen 0,98% Stadt Düren 1,00% Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren GmbH 1,00% Stadt Alsdorf 1,00% Stadt Baesweiler 1,00% Stadt Eschweiler 1,00% Stadt Herzogenrath 1,00% Stadt Monschau 1,00% Gemeinde Roetgen 1,00% Gemeinde Simmerath 1,00% Stadt Würselen 1,00% Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens 1,00% Kupferstadt Stolberg 1,00% civitec Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung KÖR 1,00%
Sitz	Lombardenstr. 24 52070 Aachen	
E-Mail	info@regioit.de	
Homepage	www.regioit.de	
Rechtsform	GmbH	
Gesellschaftsvertrag	Vom 03.08.1967 (in der Fassung vom 27.03.2014)	
Geschäftsführer	Herr Dieter Rehfeld (Vorsitzender Geschäftsführung Aachen) Herr Dieter Ludwigs (Geschäftsführer Aachen)	
Gremien	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat	
Stammkapital	307.228 €	
Anteil Stadt in €	3.072 €	

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die automatisierte Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Weiterhin führt die Gesellschaft IT-gestützte Qualifizierungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Gesellschafter sowie von Einwohnerinnen und Einwohnern der kommunalen Gesellschafter für den ersten Arbeitsmarkt durch. Darüber hinaus führt die Gesellschaft Datenverarbeitungs-Dienstleistungen für den E.V.A.-Konzern durch. Zu den Dienstleistungen gehören insbesondere Produktnutzung, Dienstleistung/Beratung, Verkauf/Vermietung von Hard- und Software sowie Leasinggeschäft.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die regio iT GmbH erfüllt ihren öffentlichen Zweck, in dem sie als IT-Dienstleister und Partner für Kommunen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen an den Standorten Aachen und Gütersloh innerhalb der vier Leistungsbereiche Verwaltung & Finanzen, Energie & Entsorgung, Bildung & Wissen, IT Service & Betrieb lösungsorientierte Produkte und Dienstleistungen entlang der gesamten IT-Wertschöpfkette anbietet.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage
Bilanz

Aktivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.555.543,42	5.125.303,16	5.127.506,50
II. Sachanlagen	5.814.245,92	6.453.384,53	5.245.326,03
III. Finanzanlagen	2.972.957,02	15.207,02	15.207,02
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.153.135,33	6.140.626,03	2.149.591,93
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	55.424,33	57.776,84	20.310,57
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.050.773,32	1.685.447,11	1.539.357,84
	20.602.079,34	19.477.744,69	14.097.299,89

Passivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	307.228,00	307.228,00	307.228,00
II. Kapitalrücklage	388.066,00	388.066,00	388.066,00
III. Gewinnvortrag	650.000,83	450.000,83	450.000,83
III. Jahresüberschuss	2.355.052,31	1.530.088,11	1.176.087,82
B. Rückstellungen	6.241.326,39	4.980.903,33	4.229.790,76
C. Verbindlichkeiten	10.623.652,97	11.734.151,06	7.534.393,15
D. Rechnungsabgrenzungsposten	36.752,84	51.648,36	11.733,33
E. Passive latente Steuern	0,00	35.659,00	0,00
	20.602.079,34	19.477.744,69	14.097.299,89

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Umsatzerlöse	58.236.772,31	54.782.125,75	51.721.374,16
Erträge aus aktiviertem Eigenleistungen	0,00	260.449,00	232.727,00
sonstige betriebliche Erträge	828.131,20	731.654,60	743.859,37
Materialaufwand	20.777.782,02	19.932.766,63	18.928.590,63
Personalaufwand	23.247.274,41	22.765.752,98	21.736.091,48
Abschreibungen	4.282.022,16	3.906.773,25	3.604.862,66
sonstige betriebliche Aufwendungen	6.935.411,30	6.638.638,25	6.570.464,09
Betriebsergebnis	3.822.413,62	2.530.298,24	1.857.951,67
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	401.397,73	0,00	0,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.720,43	129,50	41,71
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	190.537,08	184.045,26	179.248,53
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.040.994,70	2.346.382,48	1.678.744,85
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.652.687,45	797.869,91	492.945,30
<i>davon latente Steuern</i>	<i>-35.659,00</i>	<i>35.659,00</i>	
Ergebnis nach Steuern	2.388.307,25	1.548.512,57	1.185.799,55
Sonstige Steuern	33.254,94	18.424,46	9.711,73
Jahresüberschuss	2.355.052,31	1.530.088,11	1.176.087,82

Kennzahlen	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
Investitionsquote	141,1%	131,6%	96,2%
Eigenkapitalquote	18,0%	13,7%	16,5%
Umsatzrentabilität	4,0%	2,8%	2,3%
Eigenkapitalrentabilität	63,6%	57,2%	50,7%
Gesamtkapitalrentabilität	12,4%	8,8%	9,6%

Anzahl der Mitarbeiter	311
	17 Auszubildende
	13 Aushilfen

Wesentliche Verträge:

Die regio iT hat im Geschäftsjahr selbst erstellte, in Entwicklung befindliche immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert. Es handelt sich um Softwarelösungen im Bereich Energie- Monitoring und der Wahlsoftware votemanager. Die selbst erstellten, in Entwicklung befindlichen Softwares wurden zu Herstellungskosten bilanziert und enthalten mit 663 TEUR direkt zurechenbare Kosten sowie auch anteilige Gemeinkosten. Kosten i. S. d. § 255 Abs. 2 Satz 3 HGB sind nicht einbezogen worden. Forschungskosten sind nicht angefallen.

Die regio iT hat Anfang 2016 100 % der Geschäftsanteile an der Berninger Software GmbH, Marburg, zu einem Kaufpreis von 2.608 TEUR erworben und in vote iT GmbH, Aachen, umfirmiert. Das Tochterunternehmen vote iT GmbH (bis 31. Dezember 2015 Berninger Software GmbH) vereint die beiden Wahllösungen votemanager und PC-Wahl und versteht sich als Dienstleister und Berater rund um Softwarelösungen für Wahlen. Das Dienstleistungs-/Produktportfolio umfasst die Durchführung von Projekten zur Entwicklung und Einführung von Softwarelösungen für Wahlen, beginnend mit der Analyse über die Realisierung und Implementierung bis hin zur Betreuung (Wartung).

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt. Der Gewinn betrug für:

a) 2014	9.899,72 €
b) 2015	11.196,02 €
c) 2016	15.614,90 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2014	322,26%
b) 2015	364,45%
c) 2016	508,30%

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung durch die von ihnen bestellten Personen vertreten.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung: Herr Erster Beigeordnete Ralf Kahlen
(seit dem 25.06.2014)

Vertreter: Herr Thomas Dieckmann, Stadtverwaltung
(seit dem 25.06.2014)

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. Geschäftsmodell

Die regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT) mit Unternehmenssitz in Aachen und einer Niederlassung in Gütersloh ist ein etablierter und zertifizierter mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, kommunale Unternehmen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen.

Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Sie verfügt über eine umfassende Kenntnis der Prozesse ihrer Kunden und kann so ihre Lösungen optimal auf deren Bedürfnisse ausrichten. Mit einem Angebot über alle Wertschöpfungsstufen der IT und ihrer Integrationskompetenz verfügt die regio iT über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Sie orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs.

Anfang 2016 hat die regio iT die Geschäftsanteile der Berninger Software GmbH, Marburg, vom bisherigen Alleingesellschafter erworben und in vote iT GmbH, Aachen, umfirmiert. Das Tochterunternehmen vote iT GmbH (bis 31.12.2015 Berninger Software GmbH) versteht sich als Dienstleister und Berater rund um Softwarelösungen für Wahlen. Das Dienstleistungs-/Produktportfolio umfasst die Durchführung von Projekten zur Entwicklung und Einführung von Softwarelösungen für Wahlen, beginnend mit der Analyse über die Realisierung und Implementierung bis hin zur Betreuung (Wartung).

1.2. Gesellschaftsstruktur

Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit anderen Unternehmen unterstützen die Wachstumsstrategie der Gesellschaft. Die regio iT ist offen für neue Gesellschafter, die ihrerseits ihr Geschäft in die regio iT einbringen. Sie ist willens, sich auch an Unternehmen, die zum Geschäftsfokus der regio iT passen, zu beteiligen. Im Geschäftsjahr 2016 konnte mit dem civitec Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung, Siegburg, ein weiterer Kunde als Gesellschafter gewonnen werden.

Zum 31.12.2016 ergibt sich folgende Gesellschafterstruktur:

Gesellschafter	Anteil
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen	59,27%
INFOKOM Gütersloh AöR- Zweckverband für kommunale Informations- und Kommunikationstechnik StädteRegion Aachen	15,00%
Stadt Aachen	11,75%
Stadt Alsdorf	0,98%
Stadt Baesweiler	1,00%
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (DG)	1,00%
Stadt Düren	1,00%
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	1,00%
Stadt Eschweiler	1,00%
Stadt Herzogenrath	1,00%
Stadt Monschau	1,00%
Gemeinde Roetgen	1,00%
Gemeinde Simmerath	1,00%
Kupferstadt Stolberg	1,00%
Stadt Würselen	1,00%
civitec Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung, Siegburg	1,00%

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Schon in den beiden Vorjahren wuchs die Wirtschaftsleistung in Deutschland relativ stark. Im Jahr 2016 legte das Bruttoinlandsprodukt noch einmal um 1,9 % zu (Vorjahr +1,6 %). Nach einer Konjunkturumfrage des Branchenverbandes BITKOM verlief das Jahr 2016 auch für die Unternehmen der Informationstechnologie ausgesprochen positiv. Der Gesamtmarkt der Informationstechnologie konnte um 3,6 % oder um 2,9 Milliarden € auf 84 Milliarden € erneut zulegen.

Die Entwicklung der drei Teilmärkte der Informationstechnik (Software, ITService und IT-Hardware) verlief jedoch heterogen. Mit einer Steigerungsrate von 6,2 % auf 21,6 Milliarden € konnte das Geschäft mit Software am stärksten zulegen. Die regio iT ist überwiegend im Teilmarkt IT-Services mit Dienstleistungen wie Outsourcing oder Wartung tätig. Auch die Umsätze in diesem Segment stiegen um 2,7 % auf 38,2 Milliarden €. Auch konnte der Markt für IT-Hardware gegenüber dem Vorjahr zulegen. Das Marktvolumen stieg erneut um 2,8 % auf 24,3 Milliarden Euro. Grundlage der Markteinschätzung für 2016 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

2.2. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2016 haben sich die wichtigsten wirtschaftlichen Kennziffern der regio iT sehr positiv entwickelt und gleichzeitig konnten durch Investitionen und Innovationen auch die Grundlagen für zukünftige Erfolge gelegt werden. Dabei konnte die regio iT von den positiven gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen partizipieren. Insbesondere die von der regio iT bedienten Branchen, die Kommunen und kommunalen Unternehmen, haben aufgrund von Wettbewerbsdruck bzw. gesetzlicher Anforderungen gezielt in die Digitalisierung von Geschäftsprozessen und die Modernisierung der IT-Systeme investiert. Dies schlägt sich insbesondere in den wesentlich gestiegenen Umsatzerlösen aus Projektleistungen und Beratungen bei der regio iT wider, die erstmalig in der Unternehmensgeschichte auf einen Wert von über 5 Mio. € gestiegen sind. Im Ergebnis konnte im Geschäftsjahr 2016 in diesem Umsatzsegment sogar ein Gesamtumsatz von 5,8 Mio. € erreicht werden, der um 1,1 Mio. € oder 22,3 % über dem Vorjahreswert liegt. Auch der Produkt- und Applikationsbetrieb entwickelte sich ausgesprochen positiv, in dem sich eine Steigerung um 2,8 Mio. € oder 6,4 % auf 45,3 Mio. € ergibt. Hier konnte die breite Produktpalette der regio iT innerhalb der Bestandskunden sowie bei externen Kunden ausgebaut werden. Insgesamt hat sich der Gesamtumsatz außerordentlich positiv innerhalb aller Umsatzsegmente auf 58,2 Mio. € entwickelt. Hier ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 3,5 Mio. € oder 6,3 %.

Im Gegenzug sind die Gesamtkosten nur sehr moderat gestiegen, so dass sich ein außerordentlich positives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 4,0 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €) für das Geschäftsjahr 2016 ergibt. Nach Steuern resultiert hieraus ein Jahresüberschuss von 2,4 Mio. € (Vorjahr: 1,5 Mio. €).

Zum 1. Januar 2016 hat die regio iT die Geschäftsanteile der Berninger Software GmbH vom bisherigen Alleingesellschafter erworben. Das Tochterunternehmen vote iT GmbH (bis 31. Dezember 2015 Berninger Software GmbH) versteht sich als Dienstleister und Berater rund um Softwarelösungen für Wahlen. Die bisherige Eigenentwicklung der regio iT „votemanager“ wurde in das Unternehmen überführt. Das Tochterunternehmen hat sich im ersten Jahr wirtschaftlich ebenfalls sehr positiv entwickelt. Hervorzuheben sind insbesondere die sehr positiven Gespräche mit weiteren kommunalen IT-Dienstleistern, die vote iT-Lösung flächendeckend in den entsprechenden Zweckverbandsgebieten einzusetzen.

Des Weiteren konnte im Geschäftsjahr 2016 mit dem civitec Zweckverband kommunale Informationsverarbeitung, Siegburg, ein weiterer Kunde als Gesellschafter gewonnen werden. Neben dem bisherigen Produktsegment der Bereitstellung von sicherer Rechenzentrumsinfrastruktur für den Zweckverband, wurden auch in 2016 weitere Aktivitäten in beidseitigem Dienstleistungsaustausch vorgenommen.

Aufgrund des sehr positiven Ergebnisses hat die regio iT auch in die IT-Netzanbindung der Bestandskunden und Gesellschafter investiert, und zwar in der Form, dass diese Netzanbindung zukünftig breitbandiger zu günstigeren Konditionen erfolgt. Die Zielsetzung ist hierbei, den Kunden in einem weiteren Schritt zusätzliche Produktservices aus dem Rechenzentrumsbetrieb anbieten zu können.

2.3 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. €):

2.3.1. Finanzielle Leistungsindikatoren

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 38,3 Mio. € im Berichtsjahr (Vorjahr: 35,8 Mio. €). Auch das für das Berichtsjahr geplante Rohergebnis (37,0 Mio. €) wurde übertroffen (+1,5 Mio. €).

Die Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 45,3 Mio. € ebenfalls über dem geplanten Niveau (44,0 Mio. €).

Überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus Handels- und Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (3,9 Mio. €) konnten um 0,3 Mio. € übertroffen werden.

Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung. Einem geplanten Umsatz von 5,1 Mio. € (9,2 % der Gesamtumsätze) stand ein erzielter Umsatz von 5,8 Mio. € gegenüber (10 % der Gesamtumsätze).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit lag somit mit 4,0 Mio. € um 1,6 Mio. € über Plan.

Die Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) lag im Berichtsjahr 6,9 %. Aufgrund der positiven Entwicklung der Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb sowie aus Projektleistungen und Beratung konnte der Planwert (4,3 %) deutlich überschritten werden.

2.3.2. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Im Jahr 2006 wurde das Qualitätsmanagementsystem der regio iT erstmals nach DIN EN ISO 9001 zertifiziert. Diese Zertifizierung wurde seitdem mehrfach durch unabhängige Prüfer bestätigt, womit dem Qualitätsmanagementsystem eine optimal aufgestellte, prozessorientierte Organisation bescheinigt wurde.

Die ISO/IEC 20000 ist eine international anerkannte Norm zum IT-Service-Management, in dem die Anforderungen für ein professionelles IT-Service-Management dokumentiert sind. Erstmals wurde die Zertifizierung im Jahr 2008 erfolgreich vorgenommen.

Die Kunden der regio iT haben als Kommunen und kommunale Unternehmen sehr hohe Anforderung an die Sicherheit und Integrität ihrer Daten. Die internationale Norm ISO/IEC 27001 spezifiziert die Anforderungen für Herstellung, Einführung, Betrieb, Überwachung, Wartung und Verbesserung eines dokumentierten Informationssicherheits-Managementsystems unter Berücksichtigung der IT-Risiken der gesamten Organisation. Die regio iT ist seit 2009 umfassend in der IT-Sicherheit zertifiziert.

Alle drei Normen bzw. deren Zertifizierungen wurden seither mehrfach in Audits durch unabhängige Prüfer bestätigt, zuletzt im Geschäftsjahr 2016.

Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Um die Wachstumsstrategie der regio iT bewältigen zu können, müssen jedoch ausreichend Fachkräfte am (regionalen) Markt verfügbar sein. Daher ist es für die regio iT ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit Sommer 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der unabhängigen Hertie-Stiftung. Der Gesellschaft wurde bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die regio iT ist nach der erfolgreichen (Re-) Zertifizierung in 2014 berechtigt, dieses Siegel für weitere drei Jahre (bis 2017) zu führen.

2.4 Ertragslage

Die regio IT konnte im Geschäftsjahr 2016 mit einem Gesamtumsatz von 58,2 Mio. € einen neuen Rekordwert erzielen. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine Steigerung von 3,5 Mio. € oder 6,3 %. Zurückzuführen ist dies vor allem auf eine Umsatzausweitung bei den Bestandskunden.

Erstmalig in der Unternehmensgeschichte konnte bei den Umsatzerlösen aus Projektleistungen und Beratung die Größenordnung von 5 Mio. € überschritten werden. Mit einem Rekordwert von 5,8 Mio. € konnte dieses Umsatzsegment sogar um 1 Mio. € oder 22,3 % gegenüber dem Vorjahr (4,8 Mio. €) gesteigert werden. Diese Steigerung ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass bei den Gebietskörperschaften sowie bei kommunalen Unternehmen aus der Ver-/Entsorgung zusätzliche Projekte akquiriert werden konnten. Die Umsätze in diesem Segment werden von eigenen Mitarbeiter/-innen erwirtschaftet.

Ausgesprochen positiv haben sich auch die Umsatzerlöse aus Produkt-/ Applikationsbetrieb entwickelt. Mit 45,3 Mio. € konnte der Vorjahresumsatz (42,5 Mio. €) um 2,8 Mio. € (+6,4 %) gesteigert und auch in diesem Umsatzsegment ein neuer Rekordwert erzielt werden. Hier konnten bei den Bestandskunden sowohl die erbrachten IT-Dienstleistungen ausgeweitet als auch neue Produkte platziert werden. Vor dem Hintergrund von meist langfristigen Verträgen ist dieser Umsatzzuwachs nachhaltig einzuordnen und verbessert auch mittelfristig die Gesamtumsatzsituation.

Rückläufig haben sich hingegen die Umsätze aus Handels-/Leasing-Geschäft entwickelt. Der Vorjahreswert (5,0 Mio. €) wurde um 0,8 Mio. € unterschritten. Allerdings ist dies auch eine Folge der deutlich gestiegenen Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb. Immer mehr Kunden weiten die von der regio iT abgenommenen IT-Dienstleistungen aus, darin enthalten ist auch die Gestellung der Arbeitsplatz-Hardware in Form einer Mietpauschale. Die eigene Beschaffung entfällt somit für den Kunden.

Gestiegen sind auch die Umsätze aus Weiterberechnung von Fremdleistungen / Porto. Diese lagen im Vorjahr bei 2,5 Mio. €, im Geschäftsjahr 2016 bei 2,9 Mio. €. Hierbei handelt es sich jedoch um die reine Weiterberechnung von Fremdleistungen ohne eigene Wertschöpfung. Die Umsatzerlöse korrelieren mit den Kosten innerhalb des Materialaufwandes.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 0,8 Mio. € leicht über Vorjahresniveau (0,7 Mio. €). Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Fördermittel bzw. anteilige Erstattungen des regio iT-Personalaufwandes innerhalb von durch den Bund geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekten. Durch gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung wird eine kontinuierliche Weiterentwicklung des eigenen Produktportfolios gewährleistet. Im Geschäftsjahr 2016 engagierte sich die regio iT vor allem in Förderprojekten zu den Themen Smart Services/Internetbasierte Dienste für (Elektro-) Mobilität und kommunale und privatwirtschaftliche Prozesse sowie im Bereich IT-Sicherheit innerhalb von kritischen Infrastrukturen (der Versorgung).

Da die Steigerung der Gesamtleistung überwiegend auf die positive Entwicklung der Umsatzsegmente mit hoher eigener Wertschöpfung zurückzuführen ist, liegt der Materialaufwand mit 20,8 Mio. € nur geringfügig über dem Vorjahresniveau (19,9 Mio. €). Dies zeigt sich auch in einer deutlichen Steigerung des Rohergebnisses um 2,5 Mio. € von 35,8 Mio. € auf 38,3 Mio. €.

Die Personalaufwendungen der Angestellten erhöhten sich im Wesentlichen aufgrund von Tarifsteigerungen um 1,8 % auf 23,2 Mio. € (Vorjahr: 22,8 Mio. €). Zum 31. Dezember 2016 waren bei der regio iT 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 349), davon 17 Auszubildende (Vorjahr: 16) beschäftigt. Zusätzlich wurden der Gesellschaft von der Stadt Aachen sowie vom Zweckverband INFOKOM Gütersloh insgesamt 30 Beamtinnen und Beamte (Vorjahr: 32) zugewiesen.

Leicht gestiegen sind die Abschreibungen: Diese liegen mit 4,3 Mio. € um 0,4 Mio. € über dem Vorjahreswert (3,9 Mio. €). Auch diese Position korreliert mit der Entwicklung der Umsatzerlöse, insbesondere den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Berichtsjahr mit 6,9 Mio. € über dem Vorjahresniveau (6,6 Mio. €). Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf gestiegene Aufwendungen aus Altersteilzeitvereinbarungen.

Aufgrund der Beteiligungserträge der vote iT GmbH ist das Finanzergebnis mit +0,2 Mio. € (Vorjahr -0,2 Mio. €) erstmals positiv. Zum 1. Januar 2016 wurde mit der vote iT GmbH ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen. Für das Geschäftsjahr 2016 ist eine Ergebnisabführung in Höhe von 0,4 Mio. € enthalten.

2.5 Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2016 betrug die Bilanzsumme 20,6 Mio. € (Vorjahr: 19,5 Mio. €). Im Berichtsjahr lagen die Investitionen im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen bei 3,1 Mio. € (Vorjahr: 5,1 Mio. €). Das Anlagevermögen hält die regio iT im Wesentlichen für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und Softwarelizenzen im Zusammenhang mit ASP-Kundenverträgen vor (Application Service Providing). Korrelierend mit den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb ist somit ein hoher Anteil über mehrjährige Kundenverträge bzw. einen hohen Auftragsbestand mittelfristig refinanziert.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 hat die regio iT die Geschäftsanteile der Berninger Software GmbH, Marburg, vom bisherigen Alleingesellschafter erworben und in vote iT GmbH, Aachen, umfirmiert. Des Weiteren wurde der vote iT zur Liquiditätssicherung ein Rahmenkredit in Höhe von 0,4 Mio. € gewährt. Daraus resultiert insgesamt eine Erhöhung der Bilanzposition Finanzanlagen um 3,0 Mio. €. Wie jedoch die Kennzahlen Anlagendeckungsgrad¹ sowie die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag zeigen, kann die regio iT ihre notwendigen Investitionen in das Anlagevermögen nicht immer aus eigenen Mitteln finanzieren. Zum 31. Dezember 2016 betrug der Anlagendeckungsgrad¹ 27,7 %, die Eigenkapitalquote 18,0 % (Eigenkapitalquote Vorjahr: 13,7 %). Die Investitionen werden daher neben dem Cashflow mittels langfristiger Kredite finanziert. Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 6,5 Mio. € (Vorjahr: 8,4 Mio. €), gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0,5 Mio. €).

¹ (Eigenkapital x 100)/Anlagevermögen

Die Gesellschaft hat zudem mit ihrem Gesellschafter Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Aachen, (E.V.A.) einen Cash-Pooling-Vertrag abgeschlossen. Die regio iT kann somit ihren Finanzierungsbedarf zusätzlich aus diesem Cash-Pool decken. Die Kreditlinie beträgt 3,0 Mio. €. Zum Bilanzstichtag hat die Gesellschaft eine Forderung gegen den Cash-Pooling-Geber von 1,2 Mio. €.

2.6 Berichterstattung über die öffentliche Zwecksetzung

Hinsichtlich der Berichterstattung zur Erfüllung der öffentlichen Zwecksetzung (§ 108 GO NRW) wird folgendes festgestellt: Die regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH ist im Geschäftsjahr 2016 ihren satzungsgemäßen Aufgaben, bestehend aus der Erbringung von IT-Dienstleistung für alle hierfür geeigneten kommunalen Aufgaben, nachgekommen. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes durchgeführt.

2.7. Zusammenfassung

Der Verlauf des Berichtsjahres 2016 kann aufgrund der Rekordwerte bei Umsatz und Ergebnis als hervorragend bewertet werden. Die regio iT konnte im Berichtsjahr sowohl stärker als der ITK-Markt (Markt für Informations- und Kommunikationstechnik) als auch stärker als die Gesamtwirtschaft wachsen. Die Entwicklung der Umsatzerlöse dokumentiert nach wie vor die erfolgreichen Wachstumsstrategien der regio iT. Die Vermögenslage ist jedoch weiterhin geprägt von einer Eigenkapitalquote unterhalb des durchschnittlichen Wertes deutscher mittelständischer Unternehmen in vergleichbarer Größe² (33,4 %). Der Finanzierungsbedarf ist allerdings über den Cash-Pooling-Vertrag der E.V.A. sowie über langfristige Bankdarlehen ausreichend gesichert. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt im Berichtsjahr gesichert.

3. Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

4.1 Prognosebericht

Die regio iT setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden und einer kontinuierlichen Ausweitung der Produktpalette weiter organisch zu wachsen. Einem anorganischen Wachstum durch Zusammenschluss mit weiteren IT-Dienstleistern im kommunalen Umfeld steht die regio iT auch zukünftig offen gegenüber. Jedes organische oder anorganische Wachstum ist stets ergebnisorientiert und profitabel ausgerichtet. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet aktuell eine Reihe von Chancen für die regio iT. Die Digitalisierung schreitet in allen bedienten Branchen voran und bietet kurz- und mittelfristige Umsatzchancen. Neben den Erfordernissen, die Prozesse bei den Kunden effizienter über eine Digitalisierung und Automatisierung abzubilden, ist der Gesetzgeber ein weiterer Treiber bei kommunalen Verwaltungsprozessen. Die regio iT ist auch in 2017 bei innovativen und geförderten Forschungsprojekten in Konsortien vertreten.

Auch im Geschäftsjahr 2017 wird die Wirksamkeit der drei Normen/Zertifizierungen (ISO 9001, ISO 27001 sowie ISO 20000) von unabhängigen Auditoren überprüft.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2017 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. €).

Finanzielle Leistungsindikatoren (Mio. €)

	2016 Ist	2017 Plan	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %
Gesamtumsatz	58,2	58,0	-0,2	-0,4%
<u>davon</u>				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	45,3	45,3	0,0	0,0%
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	5,8	5,9	0,1	1,7%
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	4,2	3,4	-0,8	-19,0%
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	10,0%	10,2%	-	-
Rohergebnis ¹	38,3	39,3	1,0	2,7%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4,1	3,5	-0,6	-13,6%
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	6,9%	6,0%	-	-

¹Rohergebnis=(Umsatz+sonstige betriebl. Erträge + Andere aktivierte Eigenleistungen ./Materialaufwand

²<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/150148/umfrage/durchschnittliche-eigenkapitalquote-im-deutschenmittelstand/>

Für das Geschäftsjahr 2017 plant die regio iT mit 45,3 Mio. € Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb sowie 5,9 Mio. € aus Projektleistung/Beratung nahezu auf Vorjahresniveau. Die erwarteten Umsätze aus Projektleistung und Beratung entsprechen dem Ziel der regio iT, ca. 10 % des Gesamtumsatzes in diesem Segment zu erwirtschaften. Viele Projekte, und in der Folge demnach auch Produktumsätze, sind in der Anbahnung. Ein wesentlicher Anteil wird weiterhin bei den kommunalen Unternehmen gesehen und hier insbesondere bei Ver- und Entsorgungsunternehmen.

Bei den Umsätzen aus Produkt- und Applikationsbetrieb stehen Folgeumsätze der in 2016 abgeschlossenen Projekte Preisanpassungen, insbesondere bei der Breitband-, Netz- und Internetanbindung, gegenüber. Gerade die Breitbandanbindung an die Rechenzentren der regio iT hat sich in der Vergangenheit als Engpassfaktor für neue Services erwiesen. Insoweit besteht für die regio iT aufgrund der deutlich verbesserten technischen Rahmenbedingungen und den damit einhergehenden günstigeren Konditionen für die Kunden perspektivisch die Chance, mit weiteren Services aus den Rechenzentren eine größere Wertschöpfungstiefe zu erreichen.

Auch die Digitalisierung im Bereich der Energieversorgung, und hier insbesondere die Einführung intelligenter Messsysteme sowie Lösungen im Bereich Mobilität, bieten aufgrund der ausgezeichneten Expertise der regio iT Wachstumspotenzial.

Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft werden mit 3,4 Mio. € eher rückläufige Umsätze erwartet. Ausschlaggebend für Investitionsentscheidungen der kommunalen Kunden ist die jeweilige Haushaltssituation, an der die Steuereinnahmen wesentlichen Anteil haben. Das Ifo-Institut erwartet für 2017 ein Wachstum von 1,5 %. Gegenläufige Effekte für diese Umsatzposition ergeben sich jedoch auch aus der Tendenz, dass immer mehr Kunden die Arbeitsplatz-Hardware bei der regio iT mieten, anstatt selbst zu beschaffen.

Aufgrund weiterhin steigender eigener Wertschöpfung erwartet die regio iT für 2017 eine Steigerung des Rohergebnisses von 38,4 Mio. € auf 39,3 Mio. €. Dementsprechend geht die regio iT von einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 3,5 Mio. € aus, welches um 0,6 Mio. € unter dem hervorragenden Niveau des Berichtsjahres (4,1 Mio. €) liegt. Dies ist auf eine gegenläufige Personalkostenentwicklung zurückzuführen. Zum einen aufgrund der tariflichen Steigerung, zum anderen sind auch wieder Neueinstellungen geplant, um den weiteren Wachstumskurs bewältigen zu können.

Zusammenfassend geht die regio iT von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2017 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können. Auch wenn die Ergebnisentwicklung gegenüber dem Rekordergebnis des Berichtsjahres leicht rückläufig ist, wird auch weiterhin eine angemessene Rendite für die Gesellschafter erwirtschaftet werden.

3.2 Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Fokus des Risikomanagements der regio iT liegt nicht auf den Risiken nach der Bruttobewertung, sondern auf der tatsächlichen Risikolage nach Berücksichtigung von Maßnahmen. Die Risikopolitik der regio iT setzt auf eine gezielte und effiziente Nutzung unternehmerischer Chancen sowie die Minimierung oder Vermeidung potenzieller Risiken.

Das Kerngeschäft der regio iT besteht in der Erbringung von IT-Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen. Dabei liegt das Hauptrisiko in der Sicherheit der Informationsverarbeitung. Die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie ist im kommunalen Umfeld unverzichtbar und auf Grund immer größerer Prozessunterstützung und Prozessautomation ein zentraler Aspekt des Risikomanagements der regio iT. Das Risikomanagementsystem entspricht den Anforderungen der DIN EN ISO 9001, ISO/IEC 20000 sowie insbesondere ISO/IEC 27001.

Dienstleistungen mit Projektrisiko werden regelmäßig durch ein Steuerungsgremium (Projektmanagementboard) unter Beteiligung der Geschäftsleitung überwacht. Für die Dienstleistungen mit Projektrisiko werden darüber hinaus Vorkalkulationen und Risikobetrachtungen im Vorfeld der Projekte durchgeführt, die somit schon in der Angebotsphase Berücksichtigung finden.

Regelmäßige Routineüberprüfungen auf Basis eines Reporting-Systems steuern die Risikoerkennung im Bereich der Dienstleistungen ohne Projektrisiko. Die Führungskräfte und Auftragsverantwortlichen führen regelmäßig Analysen durch, die gemeinsam mit der Geschäftsleitung bewertet und in steuernde Maßnahmen umgesetzt werden.

Die regio iT benötigt für den kundenbezogenen Applikationsbetrieb Lizenzen bzw. Nutzungsrechte an Software Dritter. Dadurch steigen die Anforderungen an das interne und kundenbezogene Lizenzmanagement, zumal sich Lizenzmodelle der Anbieter beständig fortentwickeln. Es besteht das Risiko, dass durch die Fehlinterpretation von komplexen Lizenzierungsbedingungen ein höherer Anspruch an Nutzungs-/Wartungsentgelten des Anbieters gegenüber der regio iT entsteht, als über die Kalkulation der Kundenpreise refinanziert wurde. Die regio iT begegnet diesem Risiko durch den weiteren Ausbau des Lizenzmanagements.

Durch die Gesellschafterstruktur und damit verbunden auch die Kundenstruktur bestehen langfristige Vertragsbeziehungen, die als große Chance für eine positive Geschäftsentwicklung zu sehen sind. Das Risiko der Kundenfluktuation in Form wesentlicher, kurzfristiger Vertragskündigungen ohne Gegensteuerungsmöglichkeiten wird derzeit als gering eingeschätzt.

Risiken bestehen aufgrund technischer Probleme durch Hardwareausfall oder andere negative interne oder externe Einflussfaktoren auf definierte IT-Service-Management-Prozesse. Können diese nicht kurzfristig behoben werden, stellt dies ein Risiko für die vertraglich vereinbarte Leistungserbringung dar. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu begrenzen, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher technischer Integrität eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch (Folge-)Schäden aufgrund fehlerhafter Software und IT-Dienstleistungen.

Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele 2017 erreicht werden.

Das Risikomanagementsystem der regio iT ist in das Risikomanagementsystem der E.V.A. eingebunden.

Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

Aachen, den 16. März 2017

regio iT
gesellschaft für informationstechnologie mbH

Dieter Rehfeld
Vorsitzender der Geschäftsführung

Dieter Ludwigs
Geschäftsführer

V. Sondervermögen

ETD – Eigenbetrieb Technische Dienste, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	ETD - Eigenbetrieb Technische Dienste, Alsdorf	Gesellschafter
Sitz	Carl-Zeiss-Straße 20 52477 Alsdorf	Stadt Alsdorf 100,000%
E-Mail	info@alsdorf.de	Wesentliche Beteiligungen
Homepage	www.alsdorf.de	Keine
Rechtsform	Sondervermögen der Stadt Alsdorf mit eigenem Rechnungskreis	
Betriebsatzung	Betriebsatzung in der Neufassung vom 12. November 2010 Inkrafttreten 1. Dezember 2010 mit der 2. Änderung vom 23. März 2015	
Betriebsleiter	Dipl.-Kfm. Stephan Spaltner kaufmännischer Betriebsleiter (ab 03.11.2016) Stephan Maaßen kaufmännischer Betriebsleiter (bis 30.11.2016) Dipl.-Ing. Jörg Theißing Technischer Betriebsleiter	
Gremien	Betriebsausschuss	
Stammkapital	2.000.000 €	
Anteil der Stadt in €	2.000.000 €	

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Koordination und Wahrnehmung der Bereiche der Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung, Straßenreinigung einschließlich des Winterdienstes für die Stadt Alsdorf. Darüber hinaus übernimmt der Eigenbetrieb Technische Dienste die Aufgaben des Baubetriebshofes.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Eigenbetrieb erfüllt seinen öffentlichen Zweck durch seine Dienstleistungen Winterdienst, Straßenreinigung und Abfallentsorgung. Diese tragen dazu bei, der Stadt Alsdorf ein gepflegtes äußeres Erscheinungsbild zu verschaffen und somit die Attraktivität des Wohnortes für die Einwohner zu bewahren.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage
Bilanz

Aktivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	45.970,98	49.970,21	50.819,56
II. Sachanlagen	52.678.164,42	52.323.314,10	53.376.775,21
III. Finanzanlagen	6.250,00	6.250,00	6.250,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	44.494,35	36.695,58	32.373,76
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.301.240,42	1.383.077,66	1.239.210,26
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.006.550,42	2.503.523,16	2.117.001,36
C. Rechnungsabgrenzungsposten	16.543,30	7.626,26	6.846,46
	56.099.213,89	56.310.456,97	56.829.276,61

Passivseite	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	2.000.000,00	2.000.000,00	2.000.000,00
II. Rücklagen	6.179.757,96	6.179.757,96	6.179.757,96
1. Gewinnvortrag	1.121.658,04	768.226,88	20.717,45
2. Verwendung für Eigenkapitalverzinsung an die Stadt	-564.152,11	-493.355,17	-597.987,62
3. Jahresüberschuss	2.297.786,14	846.786,33	1.345.497,05
B. Empfangene Ertragszuschüsse	14.491.800,31	14.993.682,22	16.513.341,08
C. Sonderposten für Investitionskostenzuschüsse zum Anlagevermögen	11.725.230,85	11.992.785,50	11.169.118,54
D. Rückstellungen	1.595.373,65	1.827.239,09	1.507.504,18
E. Verbindlichkeiten	17.251.759,05	18.195.334,16	18.691.327,97
	56.099.213,89	56.310.456,97	56.829.276,61

<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
1. Umsatzerlöse	19.913.178,50	19.189.043,51	19.153.124,44
2. andere aktivierte Eigenleistungen	71.774,68	78.456,71	42.915,51
3. sonstige betriebliche Erträge	381.641,30	477.921,48	168.079,92
4. Materialaufwand	11.542.378,26	11.654.661,58	11.745.010,78
5. Personalaufwand	2.823.111,51	2.851.240,22	2.693.733,55
6. Abschreibungen	2.156.272,70	1.854.558,20	1.796.219,61
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	847.812,46	1.832.196,34	1.051.088,73
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	31.526,37	38.960,28	43.587,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	719.192,84	733.414,96	765.099,95
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.566,15	4.877,87	5.644,33
10. Ergebnis nach Steuern	2.304.786,93	853.432,81	1.350.909,92
12. sonstige Steuern	7.000,79	6.646,48	5.412,87
Jahresüberschuss	2.297.786,14	846.786,33	1.345.497,05

Kennzahlen	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
<i>Eigenkapitalquote</i>	66,00%	64,00%	64,45%

Anzahl der Mitarbeiter	60
-------------------------------	----

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Betriebssatzung in der Neufassung vom 12. November 2010 (Inkrafttreten 1. Dezember 2010) mit der 2. Änderung vom 23. März 2015.

Entwässerungsgebührensatzung vom 6. Oktober 2009 in der Fassung vom 16. Dezember 2015 (Inkrafttreten 1. Januar 2016).

Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen vom 20. Juni 1989 in der Fassung vom 12. Dezember 2007 (Inkrafttreten 1. Januar 2008).

Straßenreinigungs- und Gebührensatzung vom 7. Dezember 2009 mit der 6. Änderung vom 16. Dezember 2015 (Inkrafttreten 1. Januar 2016).

Satzung über die Vermeidung, Verwertung sowie das Einsammeln und Befördern von Abfällen (Abfallsatzung) im Gebiet des Zweckverbandes Regio-Entsorgung vom 14. Mai 2012 mit Änderungen vom 16. Dezember 2013.

Abfallentsorgungsgebührensatzung vom 15. Dezember 2006 in der Fassung vom 14. Dezember 2015 (Inkrafttreten 1. Januar 2016).

Satzung für das Kommunalunternehmen "RegioEntsorgung, Anstalt des öffentlichen Rechts" vom 4. Mai 2012 in der Fassung (gültig ab 1. Juni 2012).

Zweckverbandsatzung des Entsorgungsverbandes RegioEntsorgung vom 04. November 2005 mit der 11. Änderung vom 2. November 2015.

Vertrag über die Durchführung der maschinellen Straßenreinigung in der Stadt Alsdorf vom 16. September 2013.

Baumschutzsatzung vom 24. Oktober 1986 mit der 1. Änderung vom 24. Dezember 1993.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Würselen und der Stadt Alsdorf über die gemeinsame Nutzung der Kläranlage Euchen, des RÜB Euchen und des RÜB Broichweiden.

Vereinbarung über die Unterhaltung und Instandsetzung der im Stadtgebiet gelegenen Ortsdurchfahrten zwischen dem Kreis Aachen (seit 21. Oktober 2009 Städteregion Aachen) und der Stadt Alsdorf vom 27. Oktober 1973.

Vereinbarung über die Beseitigung von Bergschäden an den Entwässerungsanlagen der Stadt Alsdorf vom 13. Januar 1994 zwischen der Stadt Alsdorf und der Eschweiler Bergwerks-Verein GmbH.

Übernahmevertrag Stadt Alsdorf/IGA vom 7. Juli 2005.

Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland vertreten durch das Land NRW, vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes NRW, vertreten durch die Geschäftsführung des Landesbetriebes Straßenbau NRW, diese handelt durch den Leiter der Regionalniederlassung Vile-Eifel – Straßenbauverwaltung- und der Stadt Alsdorf vom 11. Juli 2011.

Die von der Stadt zu übernehmenden Verluste des ETD in den einzelnen Geschäftsjahren betragen für:

2014	2.85 Mio.€
2015	2.85 Mio.€
2016	2.85 Mio.€

Zusammensetzung der Organe

Betriebsausschuss

Für die **Stadt Alsdorf** sind im Betriebsausschuss vertreten:

Für die **Stadt Alsdorf** sind im Betriebsausschuss vertreten:

Vorsitzender:	Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch
1. SPD- Fraktion	(seit dem 25.06.2014)
Stellv. Vorsitzender:	Herr Stv. Wilfried Maul
2. CDU-Fraktion:	(seit dem 25.06.2014)
3. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Franz-Josef Altdorf
	(seit dem 25.06.2014)
4. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Norbert Leschnik
	(seit dem 25.06.2014)
5. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Marc Schlösser
	(seit dem 25.06.2014)
6. CDU-Fraktion:	Herr Stv. Dirk Schaffrath
	(seit dem 25.06.2014)
7. GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Marius Sapletta
	(seit dem 25.06.2014)
8. GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich
	(seit dem 04.09.2014)
9. GRÜNE-Fraktion:	Frau Stv. Jutta Silly-Kuntz
	(seit dem 04.09.2014)
10. GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedel Wirtz
	(seit dem 04.09.2014)
11. ABU/FDP	Herr Stv. Frank Breuer
	(seit dem 25.06.2014)

Stadt Alsdorf

Eigenbetrieb Technische Dienste

Lagebericht zum 31. Dezember 2016

Inhalt:

- I. Grundlagen des Betriebes
 1. Geschäftsmodell des Betriebes
 2. Forschung und Entwicklung
- II. Wirtschaftsbericht
 1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen
 2. Geschäftsverlauf
 3. Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 4. Finanzielle Leistungsindikatoren/Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
- III. Prognosebericht
- IV. Chancen- und Risikobericht
 1. Risiko und Chancenbericht
 2. Gesamtaussage
- V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten
- VI. Bericht über Zweigniederlassungen

I. Grundlagen des Betriebes

1. Geschäftsmodell des Betriebes

Mit Beschluss des Rates der Stadt Alsdorf vom 27. November 2003 wurde der bestehende Eigenbetrieb Abwasser mit Wirkung zum 01. Januar 2004 um die Aufgabenbereiche Baubetriebshof, Abfallentsorgung, Straßenreinigung einschließlich Winterdienst gemäß § 107 Abs. 2 GO NW und den Vorschriften der EigVO NW erweitert. Zu den Aufgaben des Baubetriebshofes zählen die Unterhaltung und Grünpflege der öffentlichen Verkehrsflächen sowie die Verkehrslenkung.

Der Rat der Stadt Alsdorf hat in seinen Sitzungen am 30.09.2010 und am 04.11.2010 die Betriebsatzung vom 12.11.2010 für den Eigenbetrieb Techn. Dienste der Stadt Alsdorf als Neufassung beschlossen. Die Neufassung der Betriebsatzung wurde zum 21.12.2012 und zum 27.03.2015 geändert. Eine weitere, die 3. Änderung der Betriebsatzung, wurde am 16.03.2017 im Betriebsausschuss beschlossen und tritt ab diesem Datum in Kraft.

Der Rat der Stadt Alsdorf hat in seinen Sitzungen am 30.09.2010 und am 04.11.2010 die Betriebsatzung vom 12.11.2010 für den Eigenbetrieb Techn. Dienste der Stadt Alsdorf als Neufassung beschlossen. Die Neufassung der Betriebsatzung wurde zum 21.12.2012 und zum 27.03.2015 geändert. Eine weitere 3. Änderung der Betriebsatzung, wurde am 16.03.2017 im Betriebsausschuss beschlossen und tritt ab diesem Datum in Kraft.

Mit Wirkung zum 01.01.2007 ist die Stadt Alsdorf dem Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung beigetreten. Die für den Zweckverband handelnde RegioEntsorgung AÖR nimmt für die ihr angeschlossenen Kommunen folgende Aufgaben wahr:

- Sammeln und Transportieren der Abfälle sowie
- Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwangs

Darüber hinaus gehende Aufgaben wie die Beseitigung von wildem Müll, das Leeren von Straßenpapierkörben sowie die Reinigung der Glascontainerstandorte verbleiben bei der Stadt Alsdorf; hier beim Eigenbetrieb Technische Dienste.

Die Auswirkungen stellen sich für die Gebührenpflichtigen und das Stadtbild positiv dar.

2. Forschung und Entwicklung

Der Eigenbetrieb Technische Dienste betreibt keine Forschung und Entwicklung.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Fiskalpolitik bleibt im Prognosezeitraum weiter expansiv. In diesem Jahr werden die fiskalpolitischen Maßnahmen (Fiskalimpuls) voraussichtlich 0,3 % bis 0,4 % des nominalen BIP umfassen. Dazu tragen insbesondere Entlastungen bei der Einkommensteuer und zusätzliche Investitionsausgaben bei. Im Jahr 2017 wirken sich vor allem zusätzliche Ausgaben der Sozialversicherungen im Pflege- und Gesundheitsbereich aus.

Zudem entstehen expansive Effekte auf die deutsche Konjunktur über zusätzliche Ausgaben für soziale Leistungen an Asylsuchende im Jahr 2016 in Höhe von 0,2 % des nominalen BIP. Für das kommende Jahr dürften diese Ausgaben jedoch zurückgehen, sodass dieser Impuls leicht negativ wird. Trotzdem fallen die Ausgaben im Jahr 2017 höher aus als im Jahr 2015.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo wird im laufenden Jahr mit 18,2 Mrd. Euro voraussichtlich ähnlich hoch liegen wie im vergangenen Jahr. Im kommenden Jahr wird er mit 12,4 Mrd. Euro etwas niedriger ausfallen. Durch diese Überschüsse dürfte die Schuldenstandquote im Jahr 2017 auf 65,7 % sinken und dem Referenzwert des Maastricht-Kriteriums von 60 % immer näher kommen.

Der beachtliche Finanzierungsüberschuss im Jahr 2016 hängt vor allem mit der erfreulichen konjunkturellen Entwicklung zusammen. Die hohe Beschäftigung und die gute Gewinnsituation führen zu hohen Einnahmezuwächsen. Gleichzeitig fallen die Ausgaben für Sozialleistungen relativ gering aus. Zudem sinken die Zinsausgaben des Staates nach wie vor. Im kommenden Jahr werden die Beschäftigungsentwicklung und die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stark an Dynamik verlieren. Dadurch steigen die Steuern und Sozialbeiträge weniger stark. Allerdings werden Sondererlöse durch die Versteigerung von Mobilfunklizenzen in Höhe von 3,8 Mrd. Euro verbucht.

Die gesamtstaatlichen Einnahmen steigen im Jahr 2016 um rund 3,5 %. Die Steuereinnahmen erhöhen sich um 3,7 %. Diese Zuwachsrate ist aufgrund von Steuerrechtsänderungen zwar niedriger als im Vorjahr. Insbesondere die Anhebung des Grund- und des Kinderfreibetrags und die Rückgabe der Kalten Progression dämpfen das Aufkommen. Jedoch führt die gute Konjunktur zu vergleichsweise hohen Steuereinnahmen zum Beispiel bei den gewinnabhängigen Steuern, der Lohnsteuer und der Umsatzsteuer. Die Sozialbeiträge steigen aufgrund der hohen Beschäftigung und der Lohnabschlüsse im Jahr 2016 kräftig. Zudem wurden die Beitragssätze angehoben. Bei den gesetzlichen Krankenkassen ist im Jahr 2016 der durchschnittliche Zusatzbeitrag um 0,2 Prozentpunkte angestiegen.

Der Bundestag hat dem Etat für 2017 zugestimmt. Insgesamt will der Staat im kommenden Jahr knapp 330 Milliarden Euro ausgeben – 3,8 Prozent mehr als 2016. Dank der hohen Steuereinnahmen und niedrigen Zinsen will der Bund erneut auf die Aufnahme neuer Kredite verzichten. Damit peilt die Koalition das vierte Jahr in Folge eine "schwarze Null" an. Für Investitionen stehen 2017 gut 36 Milliarden Euro bereit. Damit liegt die Investitionsquote im Etat bei rund elf Prozent, das ist der höchste Wert seit etlichen Jahren.

Die gesamtstaatlichen Ausgaben steigen im gesamten Prognosezeitraum dynamisch. Hierbei schlagen die Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration mit rund 12,8 Mrd. Euro im Jahr 2016 und 10,2 Mrd. Euro im Jahr 2017 zu Buche. Im Vergleich zum Jahr 2015 sind dies 5,1 Mrd. Euro oder 2,6 Mrd. Euro mehr. Die Ausgaben für Asylbewerber wirken sich vor allem bei den Vorleistungen und den sozialen Sachleistungen im laufenden Jahr aus, da im Jahr 2017 mit weniger neuen Asylsuchenden zu rechnen ist.

Bei den sozialen Sachleistungen wären selbst ohne Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration starke Zuwächse zu erwarten gewesen. Diese hängen beispielsweise mit den Leistungsausweitungen im Bereich der Pflege und der Krankenhäuser zusammen. Das gleiche gilt für die monetären Sozialleistungen, die nach den Leistungsausweitungen durch das Rentenpaket, dem starken Zuwachs der Renten im laufenden Jahr und der Anhebung des Kindergeldes mit 3,3 % im Jahr 2016 und 3,9 % im Jahr 2017 wachsen werden. Die Arbeitnehmerentgelte steigen aufgrund der hohen Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst und der steigenden Anzahl der Beschäftigten im Jahr 2016 ebenfalls stärker als in den vergangenen Jahren. Die Investitionen dürften aufgrund des Investitionsprogramms des Bundes und der zusätzlichen veranschlagten Mittel für Verteidigungsausgaben merklich zulegen.

2. Geschäftsverlauf

Das Wirtschaftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss von Euro 2.297.786,14.

Das Jahresergebnis teilt sich auf die Betriebsbereiche wie folgt:

	2016	2015
Abwasser	2.279.463,28	615.839,66
Abfallentsorgung	29.665,65	488.576,85
Straßenunterhaltung	0,00	0,00
Straßenreinigung / Winterdienst	-11.342,79	-257.630,18
Gesamt	2.297.786,14	846.786,33

Betriebsbereich Abwasser

Im Jahre 2016 wurde im Betriebszweig Abwasser ein Gewinn i.H. v. 2.279.463,28 € erwirtschaftet.

Das Jahresergebnis im Bereich Abwasser bedeutet nicht, dass vom Eigenbetrieb in diesem Betriebsbereich wirtschaftliche Gewinne erzielt wurden. Die Gebührenkalkulation nach KAG stellt eine gesonderte Rechnung dar und ist Grundlage für die zukünftige Entwicklung der Gebühren.

Im Wirtschaftsjahr 2016 wurde das Abwasser von 46.887 Einwohnern (44.674 angeschlossene Einwohner über Mischwasserkanal und 2.166 Einwohner über Trennsystem, sowie 47 Einwohner mit Kleinkläranlagen) behandelt und entsorgt. Dies entspricht einer Schmutzwassermenge in 2016 von 1.920.908 m³ (in 2015: 1.903.719 m³).

Die Abwasserbeseitigung erzielte Umsatzerlöse in Höhe von 12.758 T€.

Betriebsbereich Straßenunterhaltung

Der Betriebszweig Straßenunterhaltung erzielte im Berichtszeitraum einen Gewinn i. H. v. 7.542,87 €. Dieser Betrag wurde als sonstige Rückstellung verbucht, so dass ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt wurde.

Der Zuschuss der Stadt Alsdorf für den Betriebszweig Straßenunterhaltung beträgt im Geschäftsjahr 2016 2.860.000 €. Im Geschäftsjahr 2016 wurden für die Unterhaltung der Straßen durch Fremdvergaben insgesamt 393.162,65 € ausgegeben.

Betriebsbereich Straßenreinigung / Winterdienst

Im Wirtschaftsjahr 2016 wurden die Gebühren gesenkt.

Im Berichtsjahr wurde ein Verlust i. H. v. 11.342,79 € erzielt.

Betriebsbereich Abfallentsorgung

Im Wirtschaftsjahr 2016 wurden die Gebühren gesenkt.

Der Betriebszweig Abfallentsorgung erwirtschaftete einen Gewinn i. H. v. 29.665,65 Euro.

3. Lage

a) Ertragslage

Die im Anhang zum 31.12.2016 aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2016 und 2015 zeigt die Ertragslage und ihre Veränderungen.

Betriebsbereich Abwasser

Dem Betriebsbereich Abwasser obliegt die unschädliche Ableitung von Schmutz- und Niederschlagswasser auf städtischem Gebiet.

Die Entsorgung erfolgte in den Kläranlagen Alsdorf-Bettendorf und Alsdorf-Broichtal, die zum 01.01.1996 an den Wasserverband Eifel-Rur übergegangen sind, für rund 40.000 Einwohner, sowie für ca. 6.200 Einwohner aus einem Teilbereich des Stadtteils Mariadorf sowie aus den Stadtteilen Blumenrath und Broicher Siedlung über die Kläranlage Würselen-Euchen, die zum 01.01.1999 an den Wasserverband Eifel-Rur übertragen worden ist.

Die Kanalbenutzungsgebühren wurden in 2016 mit folgenden Sätzen erhoben:

	Gebühr/cbm
Schmutzwassergebühr	3,45
	Gebühr/cbm
Niederschlagswassergebühr	1,23

Gegenüber dem Vorjahr wurden die Gebühren gesenkt.

Betriebsbereich Straßenreinigung / Winterdienst

Die maschinelle Straßenreinigung für die Stadt Alsdorf wird seit dem 01.01.2011 durch die Firma Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG durchgeführt. Zu den Aufgaben gehört die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze innerhalb der geschlossenen Ortslage, welche nicht den Anliegern per Satzung übertragen worden sind.

Die Gebühren wurden auch in diesen Betriebszweigen gesenkt.

Für die Straßenreinigung der Fahrbahn wurden einheitlich bei 1,42 €/ lfd. Meter berechnet; für die Winterwartung Kat. I. 2,50 €/ lfd. Meter und Kategorie II. 2,06 €/ lfd. Meter.

Betriebsbereich Straßenunterhalt

Dem Betriebszweig Straßenunterhalt obliegt die Unterhaltung der öffentlichen Räume bezüglich Sauberkeit, öffentliche Ordnung, Grünpflege und Verkehrssicherung von öffentlichen Straßen. Größere Straßenunterhaltungsmaßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht werden im Rahmen eines sog. Generalunternehmervertrages durch die ARGE RV Kanal- und Straßenbau Alsdorf (Reuber / Schleiden) durchgeführt.

Betriebsbereich Abfallentsorgung

In der nachfolgenden Tabelle sind die entsorgten Abfallmengen im Vergleich zum Vorjahr ausgewiesen.

Abfälle aus Haushalten	2016 Tonnen	2015 Tonnen
Restmüll	5.173	5.206
Bioabfall	3.959	3.832
Grünabfall	1.003	972
Sperrmüll	464	466
Holz	923	937
Wertstoffe		
- Altpapier	3.500	3.490
- Altglas	975	1.150
- Leichtstoffe	2.168	2.020
Summe	18.156	18.073

Die Entsorgung der festen Abfälle, die keiner Verwertung mehr zugeführt werden, erfolgt durch Verbrennung in der MVA Weisweiler. Verwertbare Hausabfälle werden der Zentraldeponie Alsdorf-Warden zugeführt.

Nachfolgend sind aus der Übersicht die Abfallgebühren 2016 zu entnehmen:

	2016	2015
	Euro	Euro
Grundgebühren		
80 Liter Abfallgefäß / jährlich	133,92	146,76
2. Restmüllbehälter / jährlich	35,80	36,92
1.100 Liter Restmüll-Container / jährlich	1.552,76	1.715,20
Bildung einer Abfallgemeinschaft / jährlich	98,12	109,84
Abfuhrgebühren		
80 Liter Restmüllgefäß / Leerung	3,85	3,99
1.100 Liter Restmüll-Container / Leerung	34,65	35,91
120 Liter Biomülltonne / jährlich	48,00	54,00
1.100 Liter Bio-Container	432,00	486,00

Die Abfallgebühren wurden im Wirtschaftsjahr 2016 gesenkt.

b) Finanzlage

Nachfolgend werden wesentliche Veränderungen bezüglich des Cashflows der laufenden Geschäftstätigkeit, des Cashflows der Investitionstätigkeit und des Cashflows der Finanzierungstätigkeit aufgezeigt:

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 3.504 T€ ist gegenüber dem Vorjahr 2015 (2.843 T€) gestiegen.

Im Geschäftsjahr 2016 waren keine weiteren Kreditaufnahmen erforderlich.

Sowohl die Investitionen -2.508 T€ (-3.055 T€), als auch die Auszahlungen für Kredittilgungen -930 T€ (-898 T€) und Kapitalverzinsung 2016 -564 T€ (-493 T€) konnten somit beglichen werden.

c) Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bilanzsumme um 211 T€ auf 56.099 € verringert. Eine detaillierte Betrachtung zeigt, dass das lang- und mittelfristig gebundene Vermögen zu rd. 87 % aus Abwassersammlungsanlagen besteht. Daraus resultiert die branchenübliche, hohe Anlagenintensität, was die hohe Fixkostenabhängigkeit des Betriebes verdeutlicht.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich um 94 T€ gegenüber dem Vorjahr verringert. Forderungen gegenüber der Stadt Alsdorf wurden mit +37 T€ erhöht und die Forderungen aus sonstigen kurz- und langfristigen Vermögensgegenständen verringerten sich um -24 T€.

Auf der **Passivseite** ist der Rückgang der Bilanzsumme hauptsächlich auf folgende Posten zurückzuführen:

Die Erhöhung des Gewinnvortrages in Höhe von 1.122 T€ setzt sich zusammen aus dem Jahresüberschuss 2015 in Höhe von 847 T€, abzüglich der Kapitalverzinsung i. H. v. 493 T€ für das Jahr 2015.

Die Rückstellung für Gebührenaussgleich beläuft sich zum 31.12.2016 auf 1.266 T€ und resultiert aus der Kostenüberdeckung der Jahre 2012-2016 der Betriebszweige Abwasser, Straßenreinigung, Winterdienst und Abfall. Gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3 KAG sind Kostenüberdeckungen dem Gebührenzahler innerhalb von vier Jahren zu erstatten.

Da im Jahr 2016 keine neuen Darlehen aufgenommen wurden, hat sich der Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute in Höhe von planmäßigen Tilgungen um 930 T€ verringert.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind stichtagsbedingt um 131 T€ zum Vorjahr verringert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Alsdorf sind um 92 T€ erhöht. Dies resultiert daraus, dass Abrechnungen mit der Stadt Alsdorf zu Anfang des Wirtschaftsjahres 2017 vorgenommen wurden.

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind um 26 T€ erhöht. Hierin enthalten sind u. a. Verbindlichkeiten aus Lohnsteuerzahlungen des (Vor)Monats Dezember 2016.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren/ Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Der Wasserverband Eifel – Rur hat im Rahmen seines Wirtschaftsplans 2016 für die Erweiterung der Kläranlage Würselen – Euchen für den Zeitraum 2014 – 2016 Investitionen in Höhe von 7,5 Mio. Euro veranschlagt. Die Stadt Alsdorf ist mit rund 23 % an der Kläranlage beteiligt. Auch aus der Umsetzung der EU-WRRRL werden größere Investitionen an den Kläranlagen und den Sonderbauwerken erforderlich. Der Eigenbetrieb wird nicht über ein Kennzahlensystem gesteuert.

Zum Schutz des Grundwassers und der Gewässer erfolgen jährlich Investitionen in die öffentliche Abwasserbeseitigung. Der Betrieb und die Unterhaltung des städtischen Kanalnetzes erfolgt entsprechend den gesetzlichen Vorgaben. Zusätzliche Anforderungen aus der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVoAbw) erfordern ebenfalls eine Anzahl von Nachfolgeinvestitionen bzw. Maßnahmen im Unterhalt.

Die Aufgaben der Abfallwirtschaft (Sammlung und Transport) sind mit Wirkung vom 1.1.2007 auf den Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung (ZRE) mit befreiender Wirkung übertragen worden. Die abfallrechtlichen Vorschriften sind daher durch die RegioEntsorgung AöR vollumfänglich einzuhalten.

III. Prognosebericht

Aus heutiger Sicht brachte die Optimierung der Aufgabenerledigung des gesamten Eigenbetriebes Technische Dienste am Standort Carl Zeiss Str. 20 eine wesentliche Verbesserung des bestehenden Baubetriebshofes. Der III. und letzte Bauabschnitt wurde im Berichtsjahr 2016 fertig gestellt und aktiviert.

Im einzelnen wurden eine Fahrzeughalle errichtet und ein Waschplatz eingerichtet. Das Bürogebäude wurde erweitert und zwei zusätzliche Silos errichtet. Zuletzt wurde die Werkhalle ertüchtigt und auf aktuelle technische Standards angepasst.

Für die kommenden Jahre ist schrittweise die Implementierung einer neuen Software zur Überwachung und Steuerung der operativen Einheiten geplant. Weitere Effizienzsteigerungen sollen so erschlossen werden.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancen- und Risikobericht

Insbesondere der Abwasserbetrieb wird in den nächsten Jahren gewaltige Investitionen, aus heutiger Sicht ca. (10,4 T€) tätigen müssen, die steigende Abschreibungen und Zinsen aus der Finanzierung dieser Investitionen zur Folge haben. Hierbei handelt es sich um insbesondere bauliche und hydraulische Kanalsanierungsmaßnahmen.

Die für die Jahre 2016 – 2018 im Jahr 2016 im Bereich Abwasser durchgeführten Gebührenbedarfsrechnung hat jedoch ergeben, dass gleichwohl eine Vielzahl von Anlagen im Kalkulationszeitraum endgültig abgeschrieben wird, so dass selbst bei Berücksichtigung aller zu tätigen Investitionen im Kalkulationszeitraum, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Investitionsplanes bekannt waren, Gebührenanpassungen vorzunehmen sind. Diese Gebührenanpassungen sind für 2019 vorgesehen.

Gemäß § 6 (2) Satz 2 des KAG kann der Gebührenrechnung höchstens ein Kalkulationszeitraum von drei Jahren zugrunde gelegt werden. Demnach dürfen die zum Zeitpunkt der Durchführung der Gebührenbedarfsrechnung bekannten Investitionen und daraus resultierende Aufwendung ab dem Jahr 2019 nicht berücksichtigt werden.

Darüber hinaus sind die Gebühren nach der Inanspruchnahme der Einrichtung zu bemessen (Wirtschaftlichkeitsmaßstab) und dürfen mithin nicht willkürlich höher festgesetzt werden, um höhere Aufwendungen, die nach Ablauf des Kalkulationszeitraumes entstehen, zu kompensieren (§ 6 (3) Satz 1 KAG).

Das OVG Münster hat am 24.07.2013 einen entscheidenden Beschluss zur Straßenoberflächenentwässerung gefasst. Demnach ist es grundsätzlich möglich, die Straßenbaulastträger klassifizierter Straßen zu Niederschlagswassergebühren per Bescheid heranzuziehen.

Hieraus ergaben sich Mehreinnahmen im Bereich Abwasser "Umsatzerlöse Niederschlagswasser" in Höhe von jährlich ca. 159.000 €. Die Nachveranlagungen wurden im Wirtschaftsjahr 2016 durchgeführt.

2. Gesamtaussage

Abwasser

Die Zusammenführung der beiden Betriebsstätten Hahnengasse und Carl-Zeiss-Straße ist eine der dringlichsten Maßnahmen gewesen. Hierdurch wurden Einsätze und Aufgabenzusammenführungen zu einer verbesserten wirtschaftlichen Situation geführt. Die 6. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) wurde der Oberen Wasserbehörde im Sommer 2015 vorgelegt und von dieser im Herbst 2015 genehmigt.

Abfallentsorgung

Ziel des Entsorgungszweckverbandes RegioEntsorgung (ZRE) ist weiterhin ein einheitliches Abfallsystem für alle Mitgliedskommunen. Erforderliche Beschlüsse sollen sukzessive im Laufe der nächsten Jahre in den zuständigen politischen Gremien gefasst werden.

Eine ständige Beobachtung der Prozesse in den Gremien des ZRE ist erforderlich, um ggfs. Einfluss auf Systemänderungen und damit auf den kommunalen Gebührenhaushalt ausüben zu können.

Straßenunterhaltung

Der eingesetzte Straßenbegeher/-kontrolleur ist mit einem GPS-unterstütztem Erfassungssystem ausgestattet, das eine Aufzeichnung von vorhandenen Missständen/Schäden im öffentlichen Verkehrsraum aufzeichnet, so dass eine zeitnahe Abhilfe möglich ist, um Schadensersatzansprüche gegen die Stadt zu vermeiden.

Straßenreinigung / Winterdienst

Zum 01.01.2014 wurde die Dienstleistung für die maschinelle Straßenreinigung neu ausgeschrieben und erneut an den wirtschaftlichsten Bieter, die Firma Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG, vergeben. Hierzu sind keine Änderungen geplant.

Der Vertrag endet zum 31.12.2017. Die maschinelle Straßenreinigung wurde neu ausgeschrieben und erneut an den wirtschaftlichsten Bieter, die Firma Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG für die Wirtschaftsjahre 2018 bis 2020 vergeben.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Der Eigenbetrieb Techn. Dienste der Stadt Alsdorf verfügt nicht über Finanzinstrumente. Somit sind Erläuterungen hierzu entbehrlich.

VI. Bericht über Zweigniederlassungen

Der Eigenbetrieb Technische Dienste der Stadt Alsdorf wird als Sondervermögen der Stadt Alsdorf ausgewiesen und verfügt über keine Zweigniederlassungen.

Alsdorf, den 10.05.2017

gez. Dipl. Ing. Theißing
Techn. Betriebsleiter

gez. Dipl. Kaufm. Stephan Spaltner
Kfm. Betriebsleiter

Rechtsnormverzeichnis

**11. Teil
Wirtschaftliche Betätigung und
nicht wirtschaftliche Betätigung**

§ 107 GO NRW

Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),
 - Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder,

Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),

- Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen).
3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
 4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
 5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a GO NRW

Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur

die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108 GO NRW

Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107a Abs. 1 gegeben ist,

2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,

3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,

4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,

5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,

6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,

7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,

8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weiter gehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, auf Grund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,

9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,

b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,

c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und

d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muss sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,

b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,

c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,

b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,

c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

- die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,
- für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und
- sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder
- sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;

b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt

worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108a GO NRW

Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Abs. 1 , § 107a Abs. 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Abs. 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können diesem Arbeitnehmervertreter angehören. Arbeitnehmervertreter können von der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat entsandt werden, wenn diese mehr als zwei Aufsichtsratsmandate besetzt. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 gegeben, wenn bei mehr als zwei von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Wird ein Aufsichtsratsmandat oder werden zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen diese als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sein. Werden mehr als zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen mindestens zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sind.

(3) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von den Beschäftigten des Unternehmens oder der Einrichtung gewählten Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf

eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Neuwahl zu verlangen. In diesem Fall können die Beschäftigten eine neue Vorschlagsliste wählen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(4) § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie § 9 des Drittelbeteiligungsgesetzes vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 114 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, gelten für die nach Absatz 3 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter, der als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt ist, die Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Absatz 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(5) Zur Wahl der Vorschlagsliste nach Absatz 3 sind alle Beschäftigten des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt und nicht wählbar sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Personen aufgenommen werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung ist die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Absatz 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(6) Die Wahl der Vorschlagsliste erfolgt auf Grund von Wahlvorschlägen des Betriebsrats und der Beschäftigten. Die Wahlvorschläge der Beschäftigten müssen von mindestens einem Zehntel der Wahlberechtigten, jedoch mindestens von drei Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Sieht der Gesellschaftsvertrag des Unternehmens oder der Einrichtung die Stellvertretung eines verhinderten Aufsichtsratsmitglieds vor, kann in

jedem Wahlvorschlag zusammen mit jedem Bewerber für diesen ein stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Ein Bewerber kann nicht zugleich als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Wird ein Bewerber gemäß Absatz 3 als Aufsichtsratsmitglied bestimmt, so ist auch das zusammen mit ihm vorgeschlagene stellvertretende Mitglied bestimmt. Das für Inneres zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

(7) Der Bürgermeister teilt dem zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organ des Unternehmens oder der Einrichtung die Namen der vom Rat für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und ihrer im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder mit. Gleichzeitig informiert er die für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und die im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder.

(8) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, ist gleichzeitig auch das zusammen mit ihm nach Absatz 6 Satz 5 bestimmte stellvertretende Mitglied abberufen oder ausgeschieden. Wird ein stellvertretendes Mitglied von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet es aus anderen Gründen als stellvertretendes Mitglied aus dem Aufsichtsrat aus, bleibt die Position des stellvertretenden Mitglieds unbesetzt. Für den abberufenen oder ausgeschiedenen Arbeitnehmervertreter bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 3 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(9) Die Absätze 1 bis 8 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden unmittelbar oder mittelbar mit insgesamt mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt sind:

1. Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine neue Vorschlagsliste gewählt werden. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

2. Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 8 gilt Nummer 1 Satz 1 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

3. Für die nach § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 108b GO NRW Regelung zur Vollparität

(1) Nach Maßgabe der folgenden Regelungen kann für die fakultativen Aufsichtsräte kommunal beherrschter Gesellschaften, die von den bis zum 31. Oktober 2020 amtierenden kommunalen Vertretungen zu bestellen sind, auf Antrag eine

Ausnahme von der in § 108a geregelten Drittelparität zugelassen werden.

(2) Die Ausnahme ist von der Gemeinde, die die Gesellschaft beherrscht, schriftlich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde unter Beifügung eines entsprechenden Ratsbeschlusses und des vorgesehenen Gesellschaftsvertrages zu beantragen. Sind an der kommunal beherrschten Gesellschaft zwei oder mehr Gemeinden beteiligt, muss der Antrag von sämtlichen an der Gesellschaft beteiligten Gemeinden unter Beifügung der entsprechenden Ratsbeschlüsse gestellt werden.

(3) Die zuständige Aufsichtsbehörde hat die Ausnahme zuzulassen, wenn die in Absatz 2 genannten Unterlagen ordnungsgemäß vorliegen und der Gesellschaftsvertrag den sonstigen Anforderungen des § 108a und der nachfolgenden Absätze entspricht. Die Zulassung der Ausnahme durch die zuständige Aufsichtsbehörde bedarf vor ihrem Wirksamwerden der Genehmigung des für Inneres zuständigen Ministeriums.

(4) Sind sämtliche Aufsichtsratsmandate von der Gemeinde zu besetzen, können abweichend von § 108a Absatz 1 Satz 3 bis zur Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt werden. Wird die Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass der Aufsichtsratsvorsitzende nicht zu dem von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagenen Personenkreis gehört. Außerdem muss der Gesellschaftsvertrag für den Fall, dass eine Abstimmung im Aufsichtsrat Stimmgleichheit ergibt, regeln, dass noch in derselben Sitzung des Aufsichtsrats eine erneute Abstimmung über denselben Gegenstand herbeigeführt wird, bei der der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen hat.

(5) Ist ein Teil der Aufsichtsratsmandate von Gesellschaftern zu besetzen, die die Vorschriften des 11. Teils nicht unmittelbar, sinngemäß oder entsprechend anzuwenden haben, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass die Mehrzahl der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate mit Personen besetzt wird, die nicht von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagen werden.

(6) Im Übrigen gelten die Regelungen des § 108a. Das für Inneres zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die

Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

§ 109 GO NRW Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 110 GO NRW Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

§ 111 GO NRW Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v. H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften im

Sinne des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 GO NRW **Informations- und Prüfungsrechte**

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsatzgesetzes ausüben,

2. darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsatzgesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes, so soll die Gemeinde, soweit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, dass ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes beteiligt ist.

§ 113 GO NRW **Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen**

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der

Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 114 GO NRW **Eigenbetriebe**

(1) Die gemeindlichen wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) werden nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebsatzung geführt

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebes ist der Betriebsleitung ausreichende Selbstständigkeit der Entschließung einzuräumen. Die Zuständigkeiten des Rates sollen soweit wie möglich dem Betriebsausschuss übertragen werden.

(3) Bei Eigenbetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten besteht der Betriebsausschuss zu einem Drittel aus Beschäftigten des Eigenbetriebes. Die Gesamtzahl der Ausschussmitglieder muss in diesem Fall durch drei teilbar sein. Bei Eigenbetrieben mit weniger als 51, aber mehr als zehn Beschäftigten gehören dem Betriebsausschuss zwei Beschäftigte des Eigenbetriebes an. Die dem Betriebsausschuss angehörenden Beschäftigten werden aus einem Vorschlag der Versammlung der Beschäftigten des Eigenbetriebes gewählt, der mindestens die doppelte Zahl der zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter enthält. Wird für mehrere Eigenbetriebe ein gemeinsamer Betriebsausschuss gebildet, ist die Gesamtzahl aller Beschäftigten dieser Eigenbetriebe maßgebend; Satz 4 gilt entsprechend. Die Zahl der sachkundigen Bürger darf zusammen mit der Zahl der Beschäftigten die der Ratsmitglieder im Betriebsausschuss nicht erreichen.

§ 114a GO NRW

Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Die Satzung muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zu Gunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 9 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 7 gilt entsprechend.

(4) Die Anstalt kann nach Maßgabe der Satzung andere Unternehmen oder Einrichtungen gründen oder sich an solchen beteiligen oder eine bestehende Beteiligung erhöhen, wenn das dem Anstaltszweck dient. Für die Gründung von und die

Beteiligung an anderen Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts sowie deren Veräußerung und andere Rechtsgeschäfte im Sinne des § 111 gelten die §§ 108 bis 113 entsprechend. Für die in Satz 2 genannten Gründungen und Beteiligungen muss ein besonders wichtiges Interesse vorliegen.

(5) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 87 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(6) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.

(7) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über

1. den Erlass von Satzungen gemäß Absatz 3 Satz 2,
2. die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen sowie deren Gründung,
3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
4. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Ergebnisverwendung,
7. Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111.

Im Fall der Nummer 1 unterliegt der Verwaltungsrat den Weisungen des Rates und berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. In den Fällen der Nummern 2 und 7 bedarf es der vorherigen Entscheidung des Rates. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. In der Satzung kann ferner vorgesehen werden, dass bei Entscheidungen der Organe der Anstalt von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung des Rates erforderlich ist.

(8) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Rat für die Dauer der Wahlperiode gewählt; für die Wahl gilt § 50 Abs. 4 sinngemäß. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, endet mit dem Ende der Wahlperiode oder bei Mitgliedern des Verwaltungsrats, die dem Rat angehören, mit dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Rat. Die Mitglieder des Rats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,

2. leitende Bedienstete von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die Anstalt mit mehr als 50 v. H. beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,

3. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(9) Die Anstalt hat das Recht, Dienstherr von Beamten zu sein, wenn sie auf Grund einer Aufgabenübertragung nach Absatz 3 hoheitliche Befugnisse ausübt. Wird die Anstalt aufgelöst oder umgebildet, so gilt für die Rechtsstellung der Beamten und der Versorgungsempfänger Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

(10) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Anstalt werden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft, sofern nicht weiter gehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands sowie die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Leistungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates im Anhang des Jahresabschlusses für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge und Leistungen für jedes einzelne Mitglied dieser

Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden, soweit es sich um Leistungen des Kommunalunternehmens handelt. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für Leistungen entsprechend § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 Satz 2.

(11) § 14 Abs. 1, § 31, § 74, § 75 Abs. 1, § 77, § 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

§ 115 GO NRW Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

a) die Gründung oder wesentliche Erweiterung einer Gesellschaft oder eine wesentliche Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages,

b) die Beteiligung an einer Gesellschaft oder die Änderung der Beteiligung an einer Gesellschaft,

c) die gänzliche oder teilweise Veräußerung einer Gesellschaft oder der Beteiligung an einer Gesellschaft,

d) die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines Unternehmens, die Änderung der bisherigen Rechtsform oder eine wesentliche Änderung des Zwecks,

e) den Abschluss von Rechtsgeschäften, die ihrer Art nach geeignet sind, den Einfluss der Gemeinde auf das Unternehmen oder die Einrichtung zu mindern oder zu beseitigen oder die Ausübung von Rechten aus einer Beteiligung zu beschränken,

f) die Führung von Einrichtungen entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe,

g) den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,

h) die Errichtung, wesentliche Erweiterung oder Auflösung einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß § 114a, die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen oder deren Gründung sowie Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111

sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall aus besonderem Grund die Frist verkürzen oder verlängern.

(2) Für die Entscheidung über die mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft gilt Entsprechendes, wenn ein Beschluss des Rates nach § 108 Abs. 6 oder § 111 Abs. 2 zu fassen ist